

# ARCHIV MITTEILUNGEN

ZEITSCHRIFT FÜR THEORIE UND PRAXIS DES ARCHIVWESENS

HERAUSGEGEBEN  
VON DER STAATLICHEN ARCHIVVERWALTUNG  
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

**Aus dem Inhalt:**

Schicksale deutschen Archivguts  
im II. Weltkrieg und in der  
Nachkriegszeit

Beiträge zur Öffentlichkeits-  
arbeit der Archive in der DDR

Der Verband der Archivare der DDR  
(VdA/DDR) – Statut –

3|90

AM · Berlin · 40 (1990) 3 · S. 81–120  
ISSN 0004–038X · DDR-Preis 1,– M

STAATSVERLAG DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

## INHALT

WEIDEMANN, D.: Das Schicksal der Akten der Deutschen Gesandtschaft Kabul, Afghanistan .....	81- 83
CORDSHAGEN, Chr.: Zur Auslagerung und Rückführung wertvollen Archivgutes im Staatsarchiv Schwerin – eine Bilanz .....	83- 85
BUCHWALD, A.: Findbuch contra Kriegsverlust .....	85- 86
KOHLISCH, R.: Archivgut deutscher Provenienz und zur deutschen Geschichte in sowjetischen Archiven .....	86- 87
METSCHIES, K.: Zu den Verlusten des ehemaligen Reichsarchivs im zweiten Weltkrieg .....	87
LIPPERT, H.-J.: Siegelreproduktionen – Bestandteil der Öffentlichkeitsarbeit des Staatsarchivs Potsdam .....	87- 89
WOLF, E.: Die Öffentlichkeitsarbeit der Kreis- und Stadtarchive im Bezirk Dresden .....	89- 91
KUCKERT, K.: Aktivitäten in der Auswertungs- und Öffentlichkeitsarbeit des Kreisarchivs Belgiz .....	91
KLUGE, R.: Öffentlichkeitsarbeit im Kreisarchiv Güstrow... ..	92
SCHMIDT, U.: Aus der Ausstellungstätigkeit des Stadtarchivs Zwickau .....	92- 93
TÖPEL, V.: Erfahrungen bei der Gestaltung einer Ausstellung im VEB Stahl- und Hartgußwerk Bösdorf .....	93- 94
SCHMID, G.: Zur Strategie und Planung der archivarischen Erschließungsarbeiten im Goethe- und Schiller-Archiv... ..	94- 97
LANGE, B.: Das Archiv der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft beim Zentralausschuß .....	97-100
SCHULTZE, W.: Das Archiv der Humboldt-Universität zu Berlin .....	100-101
<b>Wortmeldungen</b> .....	101-104
<b>Statut des Verbandes der Archivare der DDR</b> .....	104-106
<b>Berichte</b>	
Gründung des Verbandes der Archivare der DDR (D. HEBIG) .....	106-107
Der Internationalismus der Arbeiterklasse in Geschichte und Gegenwart (G. GRAHN) .....	107-108
Stalinismus. Begriff – Geschichte – Überwindung (G. GRAHN) .....	108-109
10. Konferenz der Fachkommission Geschichte der Neuesten Zeit II (1945 bis zur Gegenwart)(G. BIRK) .....	109-110
Gab es eine „Ökonomie der Endlösung“ (G. GRAHN) ....	110
Wissenschaftliches Kolloquium der Fachkommission Betriebsgeschichte der Historiker-Gesellschaft der DDR (R. FOITZIK) .....	110-111
40 Jahre Maschinen- und Ausleihstationen (D. SCHMIDT) Kolloquium der Kommission der Historiker der DDR und Ungarns am 21. November 1989 in Potsdam (G. GRAHN) .....	111-112
Rückführung von staatlichem Archivgut aus dem Zentralen Parteiarchiv der PDS .....	112
<b>Literaturbesprechungen</b>	
Franz, Eckhart G.: Einführung in die Archivkunde (B. BRACHMANN) .....	113
Freys, Alexander F. J.: Das Recht der Nutzung und des Unterhalts von Archiven (B. BRACHMANN) .....	113
Wissenschaftliche Archivarsausbildung in Europa (W. BLÖSS) .....	114
Vorschriften zur archivarischen Berufsausbildung (W. BLÖSS) .....	114
Archiv zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft (W. BLÖSS) .....	114
Henning, Eckart: Chronik der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften (W. BLÖSS) .....	114
Izvestiã na dyržavnite arhivi. – Sofiã 54(1987)–56(1988) (G. GRAHN) .....	114-115
Ličnite dokumenti kato istoričeski izvor (G. GRAHN) .....	115-116
Mitteilungen aus dem Frankfurter Stadtarchiv (W. BLÖSS). Studien und Quellen. – Bern 15(1989) (W. BLÖSS) .....	116- 117
Smers, Hanspeter: Orte des Kreises Weißwasser auf historischen Landkarten bis 1815 (H. BRICHZIN) .....	117-118
Jahrbuch für Geschichte. – Berlin 35(1987) (H. MÜLLER)... ..	118-119
<b>Personalia und Informationen</b> .....	120

Am 8. Mai jährten sich zum 45. Male die Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus und das Ende des zweiten Weltkrieges. Dies ist uns Anlaß, die in Heft 5/89 begonnene Aufarbeitung des Schicksals deutschen Archivgutes im zweiten Weltkrieg und in der Nachkriegszeit weiterzuführen, eine Aufgabe, die angesichts der politischen Entwicklung in Europa und der bevorstehenden Vereinigung der beiden deutschen Staaten gezielt weiter zu verfolgen ist.

Einen weiteren Schwerpunkt dieses Heftes bilden die aus Platzgründen mehrfach zurückgestellten Beiträge zum Thema Öffentlichkeitsarbeit der Archive. Dabei wird versucht, eine Auswahl aus den Möglichkeiten zu zeigen und zugleich auf die Probleme und Erfahrungen kleinerer Archive, die die Öffentlichkeitsarbeit nur am Rande betreiben können, aufmerksam zu machen. Die Beiträge verdeutlichen aber auch, daß gerade im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit die Tätigkeit der Archive stark von den gesellschaftlichen Verhältnissen geprägt war und jetzt einer deutlichen Umprofilierung bedarf. Am 12. Mai 1990 wurde der Verband der Archivare der DDR gegründet. In diesem Heft wird das Statut veröffentlicht und über die Gründung des Verbandes berichtet, um allen Archivarinnen und Archivaren der DDR diese wichtige Information schnell und umfassend zugänglich zu machen. Die Beiträge zur Barbarossa-Ehrung müssen aus technischen Gründen auf Heft 4/90 verschoben werden.

## HERAUSGEBER:

Staatliche Archivverwaltung der Deutschen Demokratischen Republik

## REDAKTION:

Dieter Hebig (Chefredakteur – Tel. 31 43 50)

Horst L. Petrak (Abhandlungen, Miscellen, Literatur, Bibliographie – Tel. 31 43 51)

Roland Foitzik (Berichte, Softwareinformation, Personalia, Informationen – Tel. 31 43 51)

Ursula Richter (Redaktionssekretärin – Tel. 31 43 52)

## REDAKTIONSKOLLEGIUM:

Friedrich Beck, Botho Brachmann, Gertraude Gebauer, Erhard Hartstock, Dieter Hebig, Peter Langhof, Helmut Ramm, Isolde Scharf, Eberhard Schetelich, Volker Wahl

## Anschrift des Herausgebers und der Redaktion:

Berliner Straße 98–101

Potsdam, 1561

Tel. 31 40

Die Zeitschrift erscheint zweimonatlich.

Bestellungen sind in der DDR bei sämtlichen Postämtern und beim örtlichen Buchhandel möglich.

Interessenten im Ausland wenden sich an den internationalen Buch- und Zeitschriftenhandel des jeweiligen Landes oder an den Staatsverlag der DDR, Otto-Grotewohl-Straße 17, Berlin, 1086. – Artikel-Nr. (EDV) 224.

Preis: DDR 1,- M (ab H. 4/90: 4,- DM). Auslandspreise sind den Zeitschriftenkatalogen des Außenhandelsbetriebes Buchexport zu entnehmen.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangaben gestattet. Alle weiteren Rechte vorbehalten.

Verlag: Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Otto-Grotewohl-Straße 17, Berlin, 1086.

Anzeigenannahme: Staatsverlag der DDR, Abteilung Werbung, Otto-Grotewohl-Straße 17, Berlin 1086.

Gesamtherstellung: Staatsdruckerei der Deutschen Demokratischen Republik.

Registriernummer beim Presse- und Informationsdienst der Regierung der DDR: 1534

Redaktionsschluß: 17. Mai 1990

Die Beiträge geben die Ansichten ihrer Verfasser wieder und müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.

# ARCHIVMITTEILUNGEN

ZEITSCHRIFT FÜR THEORIE UND PRAXIS DES ARCHIVWESENS

HERAUSGEGEBEN VON DER STAATLICHEN ARCHIVVERWALTUNG  
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

40. JAHRGANG

ISSN 0004-038X

HEFT 3/1990

## Das Schicksal der Akten der Deutschen Gesandtschaft Kabul, Afghanistan

Diethelm Weidemann

Die Akten des Government of India weisen aus, daß der Secretary of State for Foreign Affairs in London am 16. April 1945 die britischen Missionen anwies, die Archive der deutschen Auslandsvertretungen nach dem Zusammenbruch der faschistischen Regierung zu konfiszieren (1). Der Empfang der Weisung wurde am 28. April 1945 vom britischen Gesandten in Kabul bestätigt (2). Am 2. 5. 1945 telegraphierte Squire an den Außenminister, daß die Deutschen nach zuverlässigen Quellen die Vernichtung des Gesandtschaftsarchivs am 30. April beendet hätten und daß alle Gesandtschaftsangehörigen aus ihren bisherigen Wohnungen in das Dienstgebäude umgezogen seien (3).

Unmittelbar nach der Kapitulation Hitlerdeutschlands am 8. Mai 1945 nahm eine gemischte alliierte Kommission eine Durchsichtung der Deutschen Gesandtschaft vor. Daran waren beteiligt Captain E. J. F. Scott, Attaché an der Britischen Gesandtschaft in Kabul, ein Mr. Mathews, der amerikanische Gesandte sowie M. Orlov, Andreev und das Ehepaar Dorodnicyn von der sowjetischen Botschaft (4). Scott schrieb am 1. Juni 1945: „All that remained of the German Legation Chancery files was placed under seal at the American Legation on May 12th“ (5). Über die Durchsichtung existieren mehrere Berichte, die jedoch keinen konkreten Aufschluß über die Akten geben (6). Die wichtigsten Quellen hinsichtlich des Umfangs, des Inhalts und des Verbleibs jener Akten, die im Mai 1945 sichergestellt werden konnten, sind die nach dieser Untersuchung angefertigten Berichte von Captain E. J. F. Scott.

In einem ersten Bericht vom 15. Mai 1945 schrieb er, „the Germans have evidently been tough in their destruction, and nothing of direct intelligence value is likely to remain“ (7). Die Masse der Akten sei aus der Zeit bis 1941. Die Gesandtschaftsangehörigen hätten sich bei der Durchsichtung korrekt und hilfsbereit verhalten, wobei Scott namentlich Schmidt, Zugenbühler und Seeger erwähnt. Die Nennung Zugenbühlers ist nicht ohne Pikanterie, da er Angehöriger der Abwehrstelle in Kabul war, wie die Akten des Referats Pol IM in der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes beweisen (8).

In einem zweiten ausführlichen Bericht vom 1. 6. 1945, zu dem auch umfangreiche Anlagen gehören, gibt Scott eine exakte Übersicht über die Ergebnisse seiner Ermittlungen (9). Der Überrest des Archivs be-

stand aus reichlich 350 Akteneinheiten. Ihre Datierung verwies darauf, daß ein großer Teil des wichtigen Materials bereits Ende 1941 im Zusammenhang mit dem sowjetisch-britischen Ultimatum an die afghanische Regierung, die deutsche Kolonie auszuweisen, vernichtet worden sei: „It appears that in 1941 the German Legation fully expected to follow the German colony out of Afghanistan and destroyed many papers at that time“ (10).

Auch über die weitere Behandlung der Akten und ihren zeitweiligen Verbleib gibt der Bericht Scotts konkrete Auskunft: „It was finally agreed between the Soviet Ambassador, the American Minister and the British Minister (the French Minister expressed an interest in the papers on schools and research only) that the files which seemed to be of no interest – and those formed the great majority – should go the Moscow for examination and then be returned to Kabul if required for examination in India ... In return it was agreed that the few files which we had singled out as of greater interest than the remainder, together with some papers extracted from various files, should be sent to Delhi for examination and be returned as soon as possible (and in any case to not less than a month) for despatch to Moscow.“ (11). Für diesen Zweck numerierte Captain Scott alle sofort nach Moskau gehenden Akten und fertigte ein vollständiges Verzeichnis dieser 344 Aktenbände bzw. Ordner an (12). Dieser Bestand wurde am 31. Mai 1945 der sowjetischen Botschaft übergeben, dort verpackt und mit einer sowjetischen Kuriermaschine nach Moskau geflogen (13). In der Akte 483-F/1945 des External Affairs Department, Government of India befindet sich übrigens auch eine Inventarliste der AFIMA-Papiere (14). Die für Delhi bestimmten Akten wurden durch Großbuchstaben gekennzeichnet. Ihnen wurden aus anderen Akten stammende Einzelvorgänge zugeordnet, der Band A wurde überhaupt neu von M. Orlov aus Personalpapieren zusammengestellt (15). Sie sind nachstehend aufgeführt:

- A. Verschiedenes
- B. Lufthansa
- C. Ausländische Mission in Kabul
- D. Krieg, Achsenmächte, Alliierte
- E. Skoda, Abag
- F. Indien
- G. Rheinmetall, Borsig
- H. Rheinmetall, Borsig und andere Waffenlieferanten
- I. Skoda, Abag. Angelegenheiten von Protektoratsangehörigen
- J. Orden und Auszeichnungen
- K. Ca. 370 Bogen Kohlepapier (von Codetelegrammen).

Wie aus den Akten hervorgeht, wurden die Akteneinheiten A – K wieder nach Kabul zurückgeführt und dann gleichfalls nach Moskau gebracht. Der Zeitpunkt läßt sich hinreichend genau fixieren. Am 11. Oktober 1945 bezeichnete das US State Department die Überführung von Akten als irregulär und forderte schnellsten Rücktransport nach Kabul. Aus der britischen Antwort wird ersichtlich, daß die Akten A – K im Juli 1945 wieder nach Kabul zurückgeführt wurden (16).

Am 2. Juni 1945 schrieb Squire an den Secretary External Affairs Department in Delhi, Sir Olaf Caroe: „There seems to be little of any real importance among the papers that we have discovered, though Pilger's funeral oration on Oberdorfer is in its way a masterpiece (This file is one of those that has gone first to Moscow)“ (17). Die Einstufung der deutschen Gesandtschaftsakten als überwiegend unbedeutend wird auch im Brief Squires an Caroe vom 8. Juni 1945 deutlich: „Would you let me know in due course the numbers of any files which will not be required in Delhi and which therefore be left with the Russians or destroyed here?“ (18). Auch unter Berücksichtigung der Lage und der Stimmungen nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus ist der Vorschlag, in einem neutralen Land beschlagnahmte deutsche Gesandtschaftsakten zu vernichten, für einen britischen Diplomaten außergewöhnlich. Glücklicherweise sind die Dienststellen in New Delhi weder dieser Vernichtungs-idee noch der Geringschätzung der Gesandtschaftsakten gefolgt, denn in den Akten liegt eine Auswahl von als wichtig angesehenen Dokumenten aus Beständen der Deutschen Gesandtschaft Kabul und eine Beschreibung des Inhalts der Aktenbände bzw. Aktenordner vor. Sie sind zusammen mit einem Duplikat der von Scott angefertigten Inventarliste in einem Anhang zur Korrespondenz von 84 Seiten Gesamtumfang enthalten (19). Die Aufstellung trägt den Titel „Documents relating to War of Axis Powers Against Allies“ und ist wie folgt gegliedert:

Group A Telegrams from Kabul to Berlin  
Doc. Nos. 1, 16, 18, 22, 24, 25, 27

Group B Telegrams from Berlin to Kabul  
Doc. Nos. 5 – 15, 19 – 21, 23, 26, 28, 29.

Eine dritte Gruppe bilden Agentenberichte, auf denen andere Vorgänge beruhen; so ist Doc. No. 17 die Basis für Doc. No. 16 und die Doc. Nos. 2 – 4, Agentenberichte in Englisch und in der Originalakte gleichfalls die Vorgänge 2 – 4, waren die Grundlage für Doc. No. 1. Es wurden kaum Afghanistan betreffende Aktenstücke ausgewählt, der Schwerpunkt lag vielmehr auf deutschen diplomatischen Reaktionen 1943 – 1944 und auf den deutschen Berichten zu Sowjetmittelasien. Die Akten des External Affairs Department machen auch deutlich, daß neben dem offenkundigen, bereits genannten, amerikanischen Unwillen über die Operation Gesandtschaftsarchiv auch die afghanische Regierung durch das Vorgehen Großbritanniens ihre souveränen Rechte auf ihrem eigenen Territorium als verletzt ansah. Das zeigt ein Telegramm der Britischen Gesandtschaft Kabul vom 24. 6. 1945, in dem es u. a. heißt: „Due to the unconditional surrender to the Allies and the non-existence of a German Government, all the Nazi property in Afghanistan has been withheld by the Afghan Govt. w. e. f. 9-5-45“ (20). Dazu zählte auch die Gesandtschaft, ihr Vermögen und ihre Unterlagen. Die Position der afghanischen Regierung wurde auch in mehrfachen Protesten des Außenministers bei der britischen Regierung bezüglich des weiteren Schicksals der deutschen Diplomaten in Kabul deutlich (21), in denen zugleich die antisowjetische Grundhaltung der damaligen Regierung unübersehbar ist (22).

Die letzten Schriftstücke zum Archiv der Deutschen Gesandtschaft Kabul in den britisch-indischen Akten stammen aus dem Frühjahr 1946 (23). Danach verliert sich die Spur. Im Zentralen Staatsarchiv in Potsdam befinden sich 151 Akteneinheiten. Sie gehören zu dem umfangreichen Archiv- und Schriftgut zahlreicher deutscher Ministerien, Dienststellen und Einrichtungen, die Ende 1959 von der UdSSR an die DDR übergeben wurden. Da die 1945 von Captain Scott angefertigte Inventarliste weder die offizielle Registratur-Nomenklatur des Auswärtigen Amtes noch den vollen Aktentitel wiedergibt und auch keinerlei Datierung enthält, gestaltete sich der Vergleich zwischen dieser Liste und dem Potsdamer Bestand sehr schwierig. Ein Konkordanzvergleich, für dessen Ergebnis dem Benutzerdienst des Zentralen Staatsarchivs aufrichtiger Dank gebührt, läßt folgende Aussagen zu:

– Für 21 Potsdamer Akteneinheiten lassen sich Bände bzw. Ordner der Scott-Aufstellung nicht definitiv zuordnen;

– 204 der 355 erhalten gebliebenen Aktenbände bzw. Ordner der Deutschen Gesandtschaft Kabul lassen sich derzeit nicht in den Potsdamer Akteneinheiten nachweisen;

– Der Potsdamer Bestand und die fehlenden Positionen ergeben zusammen in etwa die Summe der 1945 sichergestellten Akteneinheiten. Das trifft aber nur bedingt zu, denn der Konkordanzvergleich zeigt, daß nicht selten mehrere Positionen des Scott-Verzeichnisses in eine der heutigen Potsdamer Akteneinheiten eingegangen sind (so sind in 15 Potsdamer Akten insgesamt 35 Kabuler Akten enthalten). Das läßt den Schluß zu, daß die 21 Potsdamer Akteneinheiten, die nicht eindeutig zuzuordnen sind, mehr als 21 Positionen der Kabuler Liste enthalten. Andererseits lassen sich die mit Buchstaben gekennzeichneten Bände, die zeitweilig in New Delhi ausgewertet wurden, nicht nachweisen. Vom Titel her ist allerdings die Annahme nicht ohne Berechtigung, daß die ZStA-Nr. 66 identisch mit E, 67 mit I, 68 mit H und 69 mit G ist (24).

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß der in Kabul sichergestellte Bestand eindeutig umfangreicher war als die heute im Zentralen Staatsarchiv in Potsdam aufbewahrten Akten der Deutschen Gesandtschaft Kabul. Der Umfang des fehlenden Materials ist mangels entsprechender Unterlagen nicht exakt zu bestimmen. Es kann nicht ausgeschlossen werden, daß ein Teil vor der Übergabe an die DDR wegen sachlicher Geringfügigkeit vernichtet wurde – unter den fehlenden Positionen befinden sich auffallend viele Ordner zum inneren Geschäftsbetrieb, zu Verwaltungsangelegenheiten, Kassensachen sowie Journale und Tagebücher. Andererseits ist eine durchgängige Eliminierung der fehlenden Positionen auszuschließen, denn mindestens 30 Ordner besaßen eine politische und wirtschaftliche Bedeutung für die Siegermächte, im besonderen für die Interessen Großbritanniens und der UdSSR in Afghanistan. Daher kann die Frage nach dem Schicksal der Akten der Deutschen Gesandtschaft Kabul auch noch nicht abschließend beantwortet werden.

#### Benutzte Quellen

##### Abkürzungen:

AA	Auswärtiges Amt
E.A.D.	External Affairs Department
Govt. of India	Government of India
ZStA	Zentrales Staatsarchiv, Potsdam

##### A) N.A.I. Govt. of India. Proceedings of the E.A.D.

1. German Legation papers relating to the work of the Afghan Mining Co. – File No. 399(2)-F(rontier)/1945 – 4 S.
2. Question of taking possession of Archives of the German Legations in Foreign Countries on the collapse of German authority on Europe. – File No. 483-F(rontier)/1945 Top Secret – 31 Notes, 38 Correspondence, 84 S. Dokumente – insgesamt 173 S.
3. Interrogation of German Legation Staff at Kabul. – File No. 583-F(rontier)/1945 – 24 S.
4. Afghanistan. Expenditure involved in the disposal of German Legation in Kabul. – File No. 647-F(rontier)/1945 – 23 S.
5. British Legation Kabul. Disposal of the property of the German Legation. – File No. 617(1)-F(rontier)/1945 stand nicht zur Verfügung, laut Auskunft noch nicht transferiert.
6. Control Council Resolution about recall of German Officials and of Noxious Germans from Afghanistan, a neutral country in the War. – File No. 727-F(rontier)/1945 – 8 S.

##### B) ZStA Potsdam

1. Deutsche diplomatische Vertretungen im Ausland V.F.II – Findbuch 1, S. 1 – 11.
2. 09.01 FC AA Nr. 10530 Politische Abteilung. Referat Pol. I M Abwehr – Einbau Zugenbühler, Uffz. 6/1941 – 6/1944.

##### Quellennachweis und Anmerkungen

- (1) N.A.I. Govt. of India. Proceedings of the E.A.D. Question of taking possession of Archives of the German Missions in Foreign Countries on the collapse of German authority in Europe. File No. 483-F/1945, Correspondence 1, pp 1 – 2.
- (2) Ebenda, Corresp. 2, pp. 3 – 4.
- (3) H.M.M. Kabul, Squire, to Secretary of State for Foreign Affairs. Z 39 Katodon 2-5-45; ebenda, Corresp. 4, p. 7.
- (4) Report by Captain E. J. F. Scott, Attache, British Legation, Kabul, 1st June 1945; in: ebenda, Enclosure to Corresp. 10, p. 18.
- (5) Ebenda.
- (6) Ebenda, Corresp. 5ff.
- (7) Ebenda, Corresp. 9, p. 15.
- (8) ZStA 09.01 FC AA Nr. 10530 Pol. Abt. / Pol. I M Abwehr – Einbau Zugenbühler, Uffz., 6/1941 – 6/1944.
- (9) Anhang zum Schreiben Squires an Sir Olaf Caroe, Secretary E.A.D. D.O. No. 42/43/N Top Secret. British Legation, Kabul, 2nd June 1945; in: N.A.I. Proceedings of the E.A.D. Question of taking possession ... (vgl. Anm. 1), Enclosure to Corresp. 10, p. 18.

- (10) Ebenda.  
 (11) Ebenda sowie Notes 12.  
 (12) Ebenda, Enclosure to Corresp. 11, pp. 20–26.  
 (13) Scott (1. 6. 1945) (vgl. Anm. 4), S. 18.  
 (14) Ebenda, Notes 16–20. Vgl. dazu auch N.A.I. Govt. of India. Proceedings of the E.A.D. German Legation papers relating to the work of the Afghan Mining Co. File No. 399(2)-F/1945.  
 (15) N.A.I. Govt. of India. Proceedings ... (vgl. Anm. 9), App. to Corresp. 10, p. 18.  
 (16) Ebenda, Notes 25.  
 (17) H.M.M. Kabul D.O. 42/43/N 2nd June 1945; in: ebenda, Corresp. 10, p. 17.  
 (18) D.O. No. 42/43/N British Legation Kabul, 8th June 1945; in: ebenda, Corresp. 11, p. 19.  
 (19) Ebenda, App. to Corresp. Die Inhaltsangaben zu den Files A–K und Details aus einzelnen Vorgängen befinden sich auf den Seiten 31–58, die Inventarliste Captain Scotts und die Dokumente auf den Seiten 59–84.  
 (20) Ebenda, Notes 14.  
 (21) N.A.I. Govt. of India. Proceedings of the E.A.D. Interrogation of German Legation Staff at Kabul. File No. 583-F/1945. Telegramm B 65 Forminka Secretary of State for Foreign Affairs to His Majesty's Minister, Kabul, v. 5. 7. 1945, Corresp. 9 sowie ebenda, Corresp. 10. Zur Frage des Gesandtschaftseigentums vgl. auch N.A.I. Govt. of India. Proceedings of the E.A.D. Afghanistan. Expenditure involved in the disposal of German Legation in Kabul. File No. 647-F/1945 sowie N.A.I. Govt. of India. Proceedings of the E.A.D. British Legation Kabul. Disposal of the property of the German Legation. File No. 647(1)-F/1945.  
 (22) N.A.I. Govt. of India. Proceedings of the E.A.D. Interrogation of German Legation Staff ... (vgl. Anm. 21), Corresp. 9–10. Siehe auch N.A.I. Govt. of India. Proceedings of the E.A.D. Control Council Resolution about recall of German Officials and of Noxious Germans from Afghanistan, a neutral country in the War. File No. 727-F/1945.  
 (23) N.A.I. Govt. of India. Proceedings of the E.A.D. Question ... (vgl. Anm. 1), Demi-official letters der British Legation Kabul v. 15. 3. und 16. 5. 1946 an C. B. Duke, Deputy Secretary E.A.D., Corresp. 22, p. 38.  
 (24) Der vom Autor vorgenommene Konkordanzvergleich und die vollständigen Quellenverzeichnisse (26 Bl.) liegen bei der Redaktion vor und können vom Autor als Kopie abgefordert werden.

Vf. untersucht das Schicksal der Akten der Deutschen Gesandtschaft in Kabul, die 1945 der Vernichtung entgangen waren und von einer alliierten Kommission beschlagnahmt wurden. Er vergleicht die Berichte über die Sicherstellung mit den heute im Zentralen Staatsarchiv in Potsdam vorhandenen Nachweisen und stellt fest, daß ein Teil der Akten fehlt. Die Stationen der Akten waren: Kabul, Moskau, New Delhi, Kabul, Moskau, Potsdam. Eine abschließende Beantwortung der Frage nach dem Schicksal der Akten ist z.Z. noch nicht möglich.

Автор исследует судьбу документов германского посольства в Кабуле, избежавших в 1945 г. уничтожения и конфискованных специальной комиссией союзников. Автор сравнивает донесения об обнаружении документов с имеющимися в Центральном государственном архиве в Потсдаме сведениями и приходит к выводу о том, что часть документов отсутствует. Их путь пролегал через Кабул, Москву, Нью-Дели, снова через Кабул и Москву, и завершился в Потсдаме. На сегодняшний день не представляется возможным определенно ответить на вопрос о судьбе документов.

The author researches the fate of the German Legation's files in Kabul which had avoided destruction in 1945 but were seized by an Allied commission. He compares the reports concerning their security with the evidence available today in the central state archive in Potsdam, and establishes that a part of the files is missing. The route of the files was: Kabul, Moscow, New Delhi, Kabul, Moscow, Potsdam. It is not yet possible to find a final answer to the question of the fate of the missing files.

L'auteur étudie le sort des dossiers tenus par la légation allemande à Kaboul, qui, échappés à la destruction en 1945, ont été réquisitionnés par une commission inter-alliée. Après vérification des rapports faisant état des actions de protection et des preuves existant actuellement aux archives nationales de Potsdam, il constate l'absence d'un certain nombre de dossiers. Les stations des dossiers ont été les suivantes: Kaboul, Moscou, New Delhi, Kaboul, Moscou, Potsdam. Les recherches ne permettent pas encore de donner une réponse définitive à la question de savoir que sont devenus les dossiers.

El autor investiga el destino de las actas de la legación alemana en Kabul que habían sobrevivido la destrucción en 1945 y fueron confiscadas por una comisión de los aliados. Compara los informes sobre el aseguramiento de los documentos con las pruebas actualmente existentes en el Archivo Central del Estado en Potsdam, y constata la falta de una parte de las actas. Las estaciones de las actas fueron: Kabul, Moscú, Nueva Delhi, Kabul, Moscú, Potsdam. Por el momento no se puede dar ninguna respuesta definitiva con respecto al paradero de las actas.

## Zur Auslagerung und Rückführung wertvollen Archivgutes im Staatsarchiv Schwerin – eine Bilanz

Christa Cordshagen

Ende des Jahres 1942 begann das damalige Mecklenburgische Geheime und Hauptarchiv auf Drängen des mit der Wahrnehmung des Luftschutzes in allen Staatsarchiven betrauten Generaldirektors der Staatsarchive Dr. Zipfel mit der Auslagerung besonders wertvoller Archivalien. In 25 Aktionen dislozierte das Schweriner Archiv bis zum September 1944 rund 4 000 Urkunden, etwa 1 500 Karten, Pläne, Risse und etwa 3 000 lfm Akten sowie einige landeskundliche Standardwerke seiner Bibliothek und Teile seiner wertvollen Zeitungssammlung und seiner genealogischen Sammlungen.

Innerhalb Mecklenburgs waren sieben Bergungsorte ausgewählt worden. Außerhalb Mecklenburgs wurde in Stollen der Kalibergwerke Grasleben und Staßfurt ausgelagert. Alle zur Dislozierung vorgesehenen Archivalien wurden in dazu angefertigten stabilen Bergungskisten verpackt.

Diese Auslagerungen erfolgten z. T. in überstürzten Aktionen und durch die Einziehung einer Reihe von Mitarbeitern bzw. deren kriegsbedingten Einsatz in anderen Institutionen auch bei ausgesprochenem Arbeitskräftemangel. Es wurde ein Verzeichnis der ausgelagerten Archivalien angefertigt, das jedoch, abgesehen von den Urkunden, die Bestände oft nur summarisch mit Mengenangaben in Volumina (1 Vol. = 1 Aktenbündel von 10–20 cm Höhe) aufführte (z. B. Schloß Willigrad: Teil des Ratzeburger Archivs – 224 Vol.). Die Mengenangaben erfolgten, entsprechend früheren mecklenburgischen Archivgepflogenheiten, nur nach Volumen; sie müssen also bei dem Umfang der unverzeichneten Bestände ungenau bleiben. In nur zum Teil gefüllte Kisten wurden Archivalien nachgelegt, die nicht im Verzeichnis erfaßt wurden.

Außerdem wurden im Magazingebäude des Schweriner Archivs die drei oberen Geschosse geräumt, und die im Haus verbliebenen Archivalien wurden in den unteren fünf Geschossen zusammengeführt.

Vordringlichste Aufgabe des Archivs nach dem Krieg war die Rückführung seiner um- und ausgelagerten Bestände. Das Staatsarchiv Schwerin kam unbeschädigt durch den Krieg. Die Auslagerungsstellen innerhalb Mecklenburgs wurden 1946 geräumt, mit Ausnahme der Kirchen Gadebusch und Crivitz, die erst 1950/51 von den großen Depots befreit werden konnten.

In fast allen mecklenburgischen Bergungsstellen erlitten die Archivalien Verluste durch Vernichtung, Verschleppung und Feuchtigkeit. Von dem Pertinenzbestand der Mecklenburg-Schweriner Familienakten, einsetzend im ausgehenden 15. Jh. (1 141 Vol, etwa 130 lfm) blieb nicht eine Akteneinheit erhalten.

Als besonders schmerzlich wurde der Verlust von 740 der ältesten Urkunden der Klöster und der Bistümer Schwerin und Ratzeburg empfunden, die bis 1957 als verloren angesehen werden mußten. Sie waren im Turm der Burg Neustadt-Glewe gelagert. Von sowjetischen Dienststellen sichergestellt, wurden sie 1958 dem Archiv bis auf Einzelstücke zurückgegeben (1). Damit gelangte auch der verloren geglaubte Pertinenzbestand „Stadtakten Generalia“ wieder ins Archiv. Im Juli 1949 kehrte auf dem Wasserwege über Zwischenlagerung in Halle auch das annähernd 900 lfm Akten umfassende Depot aus dem Kalibergwerk Staßfurt wieder in das Schweriner Archiv zurück. Eine Nachlieferung kam gegen Ende des gleichen Jahres. Nach Revisionen mußte man auch bei dieser Auslagerung Verluste feststellen, die vor allem den sehr informativen Bestand Kabinett I in der Höhe von ungefähr 1,5 Prozent betreffen.

Auf die Rückführung der in das Kalibergwerk Grasleben verbrachten Bestände sollte das Archiv nach Kriegsende noch etwa 40 Jahre warten. Erst das Abkommen über kulturelle Zusammenarbeit zwischen der DDR und der BRD vom 6. Mai 1986 (2) machte die gegenseitige Rückführung kriegsbedingt ausgelagerter Kulturgüter möglich und damit auch die Rückführung des Archivdepots Grasleben (3), das nach Kriegsende „bewegte Zeiten“ hinter sich gebracht hatte: Nach Auflösung des Depots im Kalischacht Grasleben Unterbringung im

Schloß in Celle, dann im Zonalen Archivdepot im Kaiserhaus in Goslar, ab 1953 im Staatlichen Archivlager Göttingen, danach im Bundesarchiv in Koblenz und zum Schluß Verbringung nach Frankfurt/Main. Im April und Juni 1987 traf dieses Archivgut wieder im Staatsarchiv Schwerin ein. Sofort durchgeführte Revisionen, die naturgemäß nur bei verzeichneten Beständen letzte Sicherheit geben konnten, ergaben, daß das gesamte Archivgut nahezu lückenlos, von den Berufskollegen der BRD gut konserviert, z. T. restauriert, zurückkam.

Die Wiedereingliederung von Teilbeständen und Einzelstücken erfolgte – wo möglich – schon im Zuge der Revision und ist abgeschlossen. Bis auf den Pertinenzbestand Auswärtiges sind auch alle aus dieser Auslagerung unverzeichnet zurückgeführten Archivalien erschlossen worden.

Es versteht sich von selber, daß die Archive ihre wertvollsten und zum größten Teil ältesten Bestände durch Auslagerungen vor Bombenzerstörungen zu bewahren versuchten. Das damalige Geheime und Hauptarchiv machte darin keine Ausnahme, und gerade in dem Transport nach Grasleben wurde besonders hochwertiges Quellenmaterial verschiedenster Gattungen zusammengestellt.

Bei den rund 3 000 Urkunden handelt es sich um Auswärtige Verträge, d. h. Verträge Mecklenburgs mit anderen deutschen Territorien und nichtdeutschen Ländern aus dem 13. bis 15. Jh., um Urkunden der Bistümer Schwerin und Ratzeburg, der mecklenburgischen Stifte, Klöster und Kirchen mit Kopieren sowie eine kleinere Serie Landesherrlicher Kaufverträge und die sogen. Familienurkunden A–Z, zum überwiegenden Teil Urkunden über Erwerb, Tausch und Erbschaft von Grundbesitz durch mecklenburgische Adels- und Ratsherrenfamilien. Diese Urkunden belegen den Beginn schriftlicher Überlieferung in Mecklenburg bis zum Ende des 14. Jh., in einzelnen Fällen bis zum Ende des 15. Jh. durchgehend. Unter ihnen befinden sich die älteste erhaltene mecklenburgische Urkunde, ausgestellt für das Bistum Ratzeburg aus dem Jahre 1157 und das sogen. Ratzeburger Zehntregister um 1230, das für das gesamte westliche Mecklenburg (Bistum Ratzeburg) den Siedlungsstand aller Dörfer mit Größe der Lokatorenhöfe und Anzahl der bäuerlichen Hufen zu dieser Zeit auführt. Auch die päpstliche und bischöfliche Gründungsurkunde der Universität Rostock (landesherrliche Exemplare), Urkunden über den Erwerb der Krone Schwedens für den mecklenburgischen Herzog Albrecht III., Kaiserurkunden mit goldenen Bullen, um nur wenige Beispiele zu nennen, sind unter ihnen.

Bei den 637 Karten, Plänen, Rissen handelt es sich um ausgewählt seltene und schöne Exemplare der Altkartographie (16. Jh. bis Mitte 18. Jh.), dabei auch die älteste Mecklenburgkarte im Entwurf und Druck von Tilemann Stella aus dem Jahre 1552, nur erhalten in Kopien von Gerd Evert Pilot aus dem Jahre 1623 und andere Originalkarten des berühmten Kartographen Tilemann Stella. Die vielen so genannten Augenscheinkarten des 16. und 17. Jh. mit anschaulichen Aussagen zur Landes- und Volkskunde, Siedlungs- und Sozialgeschichte, aber auch die ältesten nach vorausgehender Vermessung gefertigten Karten mit Aussagen zu Landes- und Verwaltungsgrenzen, Feldmarken, Forsten und Gewässern, Pläne von Befestigungs- und Schloßanlagen machen den Wert dieser Karten aus. Es darf hierbei nicht unerwähnt bleiben, daß alle diese Karten von den Restauratoren in der BRD vorzüglich bearbeitet wurden. Der größte der rückgeführten Aktenbestände ist mit rd. 372 lfm der Pertinenzbestand *Auswärtige Angelegenheiten (Acta Externa)*. Er setzt zeitlich 1414 ein, geht bis in die Mitte des 19. Jh. und ist nach dem Staaternalphabet gegliedert. Seine Bestandsbildner waren vor allem die Ablieferungen des herzoglichen Rates, der Regierung und des Geh. Staatsministeriums, in ihnen vor allem die Korrespondenzen mit Agenten, Geschäftsträgern und Gesandten. Er dokumentiert umfassend die politischen, diplomatischen, wirtschaftlichen und dynastischen Beziehungen Mecklenburgs (später Mecklenburg-Schwerins) zu deutschen, europäischen und außereuropäischen Ländern, die Stellung des Landes zu Kaiser und Reich, Vorbereitung von Militärbündnissen sowie Staats-, Wirtschafts- und Verkehrsverträgen, Erbvereinigungen oder Nachfolgestreitigkeiten. Über Fragen in Hanseangelegenheiten, Grenz-, Zoll-, Fischereistreitigkeiten, über Lüneburger Salzhandel, Eintreibung von Außenständen Hamburger und Lübecker Kaufleute, die nordischen und schlesischen Kriege, die napoleonische Zeit mit Befreiungskrieg und Wiener Kongreß bis zum Aufstand in Baden, aber auch die Verhandlungen in Wien über mecklenburgische Angelegenheiten könnte dieser Bestand Auskunft geben.

Weil der Bestand nicht in Findhilfsmitteln ausreichend erschlossen ist, wurde er bislang auch kaum seinem Quellenwert entsprechend ausgewertet.

Auch der 15 lfm umfassende und zeitlich von 1693 bis 1925 reichende Pertinenzbestand der *mecklenburgischen Judenakten (Acta Judorum)* kehrte ins Archiv zurück. Aus den Ablieferungen der Regierungen und Justizkanzleien von Mecklenburg-Schwerin und -Strelitz wurde dieser Bestand formiert, und so spiegelt er auch sowohl die staatsbürgerlichen Verhältnisse der Juden beider Mecklenburg, ihre sozialen und wirtschaftlichen Lebensverhältnisse ebenso wider wie die Beaufsichtigung von Kultus, Ritus und Unterricht durch den Staat. Schutzbriefe und Handelskonzessionen, Ehescheidungs- und Strafprozesse, Akten über Auseinandersetzungen mit Dissidenten und Proselytentum sind bislang nicht ausgewertet. Sie müßten mit herangezogen werden, um die Lebensverhältnisse der Juden in Mecklenburg allseitig zu erhellen und sie nicht nur als Stufen zu ihrer Emanzipation darzustellen. Mit diesem Bestand kamen auch 51 jüdische Kirchenbücher ins Archiv zurück.

Vollständig sind nun auch wieder die Reihen der *Rentereiregister (Einnahmen- und Ausgabenregister der mecklenburgischen Landeszentalkasse)*, die für Mecklenburg-Schwerin von 1504 bis 1920 in fast lückenloser Folge überliefert sind. Es waren die Register des Landes Mecklenburg-Schwerin bis 1599 und die des Landes Mecklenburg-Güstrow bis 1626 ausgelagert – insgesamt 157 Stück. Ablesbar sind aus ihnen der Ausbau der Landesverwaltung, Ausgaben z. B. für Kanal-, Festungs- oder Schloßbauten, fürstliche Apanagen, Besoldungen von Verwaltungs- und Hofpersonal aller Dienstränge, Militärs, Künstler, Leibärzte, um nur wenige Beispiele zu nennen.

Zur Rückführung gelangte auch eine Gruppe von Beständen früher Steuerregister und Listen, die Volkszählungen dienen sollten. Es sind demographische und familiengeschichtliche Quellen von besonderem Wert. Die Register der 1495/1496 erhobenen *Kaiserbede (Gemeiner Pfennig)* stehen zeitlich am Anfang. Sie sind nicht für das ganze Land erhalten, aber doch für etwas mehr als ein Viertel Mecklenburgs. Zu dieser Gruppe gehören auch die 30 lfm umfassenden *Kontributions- bzw. Kopfgeldregister*, die von 1621 bis 1745 für das ganze Land ohne nennenswerte Lücken erhalten sind und die *Beichtkinderverzeichnisse*, die von den Pastoren auf landesherrliche Anordnung von 1704 bis 1784 in Intervallen als Vorstufe zu einer allgemeinen Volkszählung geführt wurden. Die Auswertungsmöglichkeiten besonders der Kontributions- bzw. Kopfgeldregister sind vielfältig. Unter ihren Wohnorten sind die Steuerpflichtigen namentlich aufgeführt, die ländliche Bevölkerung dabei nach Besitzverhältnissen gruppiert, Bauern mit Angabe ihres Hufenbesitzes, des von ihnen entlohten Gesindes, ihres Viehbesitzes, Kätner und Einlieger mit eigener Wirtschaft mit Angabe eines eventuell betriebenen Handwerks, des ausgesäten Korns oder des Viehbesitzes, so auch die Müller, Schmiede, Schäfer, Hirten, die Meierhöfe mit Gesinde und Vieh, Die Sozialstruktur für Stadt und Land ist gut ablesbar, Bevölkerungszahlen sind mit einiger Sicherheit zu errechnen, weil auch Ehefrauen, mitarbeitende Söhne und Töchter, Altenteiler aufgelistet wurden.

Auch die Listen der ersten offiziellen flächendeckenden *Volkszählung* in Mecklenburg, die 1819 durchgeführt wurde und deren reinschriftliche Exemplare ebenfalls ausgelagert waren, gehören zu dieser Gruppe. In ihnen ist jeder Einwohner des Landes mit Familien- und Vornamen, Geburtsort und Geburtsdatum, Wohnzeit im Zählort, Stand, Beruf oder Gewerbe und Grundbesitz sowie Religionszugehörigkeit registriert. Kinder und Stiefkinder sind als solche gekennzeichnet.

Auch die sogen. *Strelitzer Briefsammlung* mit etwa 16 000 Briefen aus der Zeit von 1705 bis 1880 kam ins Archiv zurück. Diese Sammlung wurde im wesentlichen durch die Großherzöge von Mecklenburg-Strelitz Karl II. (1741–1816) und Georg (1779–1860) angelegt. Sie enthält Korrespondenzen mit Verwandtschaft und Freunden der großherzoglichen Familie, höfische Korrespondenzen zu Anlässen wie Geburtstagen, Jubiläen, Vermählungen und ähnlichem sowie besondere Erinnerungsstücke, aber auch Tagebuchreihen, Notizbücher. Die Sammlung enthält Briefe nahezu aller bekannten Persönlichkeiten der Zeit: gekrönter Häupter, Vertreter der Staatsverwaltung und Diplomatie, der Geistlichkeit, Künstler aller Art. Um die breite Fächerung der Korrespondenten anschaulich zu machen, seien nur einige Namen genannt: Wilhelm und Alexander von Humboldt, Schiller, Goethe

mit Familie, Napoleon Bonaparte und seine Familie, Pestalozzi, G. und W. Schadow, Rauch, Schinkel, Blücher, Gneisenau, Scharnhorst, Henriette Sonntag. Der Quellenwert dieser Korrespondenzen beruht vor allem auf biographischen Aussagen und dem Wert der Autographen, geht aber in den Handakten aus dem Nachlaß der Großherzöge Karl II. und Georg darüber hinaus.

Die Rückkehr der Briefsammlung ins Archiv war durch den seitens des Prinzen Ernst August zur Lippe angestregten Prozeß gegen das Land Niedersachsen (der Bestand befand sich zu der Zeit im Staatlichen Archivlager Göttingen) auf Herausgabe an ihn in den Jahren 1955 bis 1960 in Frage gestellt. Das Urteil des Bundesgerichtes entschied jedoch für die Rechtmäßigkeit des Eigentums des Staatsarchivs Schwerin an dieser Sammlung.

Auch die *Urkunden des Mecklenburg-Strelitzer Geh. Archivs* – insbesondere Haus- und Staatsverträge – waren ausgelagert, darunter auch die Rheinbundakte 1808 und Widerstandsbündnisse gegen Napoleon.

Wertvolle Amtsbücher aus der Verwaltung der Mecklenburg-Schweriner Domänenämter waren in Einzelstücken aus Reihen ausgelagert, so die *Schloßregister* (so genannt nach der auf landesherrlichen Schlössern geführten Amtsverwaltung) aus den Jahren 1404 bis 1500. Sie enthalten die jahrgangsweise geführte Rechnungslegung der Amtshauptleute mit Pacht- und Landessteuerregistern der unterstellten Dörfer und Soldlisten des auf den Amtshöfen gehaltenen Gesindes. Auch Einzelstücke der sogen. *Amtsbeschreibungen* gehören dazu, das sind Landbücher mit Auflistung aller unter dem Amt stehenden Orte mit Angaben über Allmende, Wald, Gewässer, Hufengröße der Feldmark, Beschreibung der Gehöfte aller Besitzgrößen mit Aussaat und aller auf den Stellen liegenden Abgaben, Leistungen und Lieferungen auch der bäuerlichen unselbständigen Arbeitskräfte.

Nicht unerwähnt sollen die rückgeführten *Elbzollregister* der Stationen Dömitz und Boitzenburg des 15. Jh. bleiben oder Teile des Pertinenzbestandes *Militaria* des 16. Jh., die vor allem die Beteiligung der mecklenburgischen Landesherren an den Fehden (v. Sickingen, v. Berlichingen) und Kriegen im Gefolge der Reformation und der Unternehmungen des mecklenburgischen Herzogs Albrecht VII. zum Erwerb der dänischen Krone belegen.

Abschließend sei noch die Rückführung der ältesten Teile der *Zeitungssammlung* (1513 bis Mitte 18. Jh.) erwähnt, dabei auch wertvolle Einblattdrucke, Extrablätter und Zeitungen mit besonders gestalteten Titelseiten.

Die ebenfalls nach Grasleben ausgelagerten *Originalkirchenbücher*, die als Depositum im Geh. und Hauptarchiv Schwerin verwahrt wurden, sind inzwischen an das Archiv beim Oberkirchenrat der ev.-lutherischen Landeskirche in Schwerin abgegeben worden.

Alle rückgeführten Bestände wurden der Öffentlichkeit in repräsentativer Auswahl in einer Ausstellung vorgestellt. Insbesondere die Karten fanden in einer umfangreichen Ausstellung zur mecklenburgischen Altkartographie anläßlich des 400. Todestages Tilemann Stellas große Beachtung (4).

Nachdem alle für Auslagerungen genutzten Deponien aufgelöst und die Bestände in das Staatsarchiv Schwerin zurückgeführt werden konnten, ist ein Überblick über Verluste im Gefolge des zweiten Weltkrieges möglich und nötig.

Abgesehen von dem schon erwähnten Totalverlust der mecklenburgischen Familienakten, gingen noch weitere drei Bestände bis auf Reste von zusammenhanglosen Einzelblättern unter: die Ablieferung der *mecklenburg-schwerinschen Amtsgerichte*, die den Zeitraum von 1850 bis 1930 dokumentierten und etwa 125 lfm ausmachten (Findkartei erhalten), der Bestand der *Mecklenburg-Strelitzer Lehnkammer*, der zeitlich das 18. und 19. Jh. belegte und 20 lfm umfaßte, und der Aktenbestand des *Strelitzer Geh. Archivs-Reichssachen und Auswärtiges*, der sich ebenfalls über das 18. und 19. Jh. erstreckte und etwa 40 lfm groß war.

Teilverluste erlitten – außer dem bereits genannten Bestand *Kabinett I* – die Bestände der *Mecklenburg-Strelitzer Domänenämter*. Das Amt Stargard büßte mit etwa 35 lfm ungefähr 4/5 des Gesamtbestandes ein, die Ämter Mirow, Feldberg und Strelitz etwa 1/4 ihres Bestandes.

Annähernd 1/10 des Bestandes der Mecklenburg-Schweriner Justizkanzleien und des *Oberappellationsgerichtes* sowie 1/10 des Pertinenzbestandes *Mecklenburg-Schweriner Städte Spezialia* gingen verloren.

Es gingen auch unverzeichnete *Gemarkungskarten* unter, nach einem Bericht aus dem Jahre 1952 „eine erhebliche Anzahl“.

Die Urkundenverluste blieben gering; lediglich vom Bestand des Klosters Dargun sind 56 Stück – 13 % des Gesamtbestandes noch nicht wieder aufgetaucht.

Aus nahezu allen ausgelagerten Beständen werden Einzelstücke vermißt.

Es ist nicht eben viel, was – gemessen am Gesamtbestand – das Staatsarchiv Schwerin eingebüßt hat. Doch haben gerade die Verluste, die das Mecklenburg-Strelitzer Archiv getroffen haben, empfindliche Lücken in der Überlieferung hinterlassen. Es ist auf jeden Fall für die Archivarbeit und die Forschung ein großer Gewinn, daß die mecklenburgischen oft über Jahrhunderte gehenden, durch Teilauslagerungen zerrissenen Bestände wieder zusammengeführt und in einem Archiv benutzbar sind.

(1) Cordshagen, H.: Mecklenburgisches Landeshauptarchiv Schwerin. – In: AM 9(1959)5. – S. 169–173. – Lötze, H.: Bericht über die von der UdSSR an die DDR seit 1957 übergebenen Archivbestände. – In: AM 10(1960)1. – S. 12–15.

(2) Neues Deutschland. – Berlin 1985-05-07 (S. 1).

(3) Archivgutrückführung zwischen der DDR und der BRD. – In: AM 37(1987)5. – S. 175. – Archive im innerdeutschen Dialog: Ausstellung aus d. DDR zurückgekehrter Urkunden u. Akten. – Bonn, 1988. – Vgl.: AM 39(1989)5. – S. 187.

(4) Ein ausführlicher Bericht über die Ausstellung erschien in AM 40(1990)2. – S. 62–63.

## Findbuch kontra Kriegsverlust

Angela Buchwald

Die Außenstelle des Universitätsarchivs der Technischen Universität Dresden am Informatikzentrum des Hochschulwesens ist Endarchiv für sieben Vorgängereinrichtungen bis ins Jahr 1861 zurück. Der Gesamtbestand dieses Archivs ist für die Zeit vor 1945 stark dezimiert, da auch die Lehrer und Schüler der damaligen Technischen Lehranstalten der Stadt Dresden am 3. Februar 1945 Zeugen der völligen Zerstörung ihrer Schule durch anglo-amerikanische Bomben sein mußten. Wie durch ein Wunder konnte unter den Trümmern ein Stahlschrank aus der Kanzlei der Schule geborgen werden. In ihm befanden sich mehrere Zensurenbücher aus den 30er und 40er Jahren, die Schülerkartei der Technischen Lehranstalten und wahrscheinlich auch jene 24 gehefteten Sachakten der ehemaligen Städtischen Gewerbeschule Dresden, die heute den Kern des Bestandes städtische Gewerbeschule Dresden bilden.

Dieser Bestand wurde im Verlaufe dieses Jahres bearbeitet, was mit der Reinschrift des dazugehörigen Findbuches im Oktober 1989 seinen Abschluß fand. Es ist der erste Bestand im Archiv des Informatikzentrums, der eine wissenschaftliche Bearbeitung erfahren hat. Zum Bestand wurde eine Sammlung solcher Schriften und Dokumente formiert, die mittelbar mit der städtischen Gewerbeschule verbunden sind (Jahresberichte, Zeitungsausschnitte, Auszüge aus Akten des Gewerbevereins Dresden).

Als dritter im wahrsten Sinne des Wortes Bestand-Teil stehen die Nachlässe einiger Lehrer der Schule für die historische Forschung zur Verfügung (Karl Wilhelm Clauß, Emil Blumstock, Paul Woldemar Clauß). Alle genannten Unterlagen nehmen im Archiv nur 1 lfm in Anspruch. Da dieser Bestand aber die Anfangsjahre dieser Bildungseinrichtung zu dokumentieren hat, erfolgten die Erschließungsarbeiten besonders intensiv, um aus den vorwiegend handschriftlichen, mit finanziellen Angelegenheiten befaßten Akten möglichst keinen informativen Passus zu übersehen. Fast allen Akteneinheiten wurde ein Inhaltsverzeichnis vorangestellt.

Die Erarbeitung des Findbuches folgte dem Ziel, durch informative Darstellung der Geschichte des Registraturbildners, der Geschichte des Bestandes sowie einer Bestandsanalyse den Nutzer an das vorliegende Material so heranzuführen, daß die Auswertung effektiv erfolgen kann. Personen- und Schlagwortregister ergänzen das Findbuch. Als Hauptkenntnis nach Abschluß der Arbeiten kann formuliert werden, daß es sich auch für geringe Mengen an überlieferten Dokumen-

ten lohnt, eine wissenschaftliche Bestandsbearbeitung anzustreben. Die Verantwortung des Archivars gegenüber dem Archiv-Benutzer wächst bei der Erarbeitung eines Findbuches, je weniger Aktenmaterial vorliegt und je lückenhafter es ist. Die im Archiv des Informatikzentrums praktizierte Dreieinigkeit für den Bestand Städtische Gewerbeschule Dresden (Akten + Sammlung + Nachlässe) birgt den Vorteil, daß alles vorhandene Material für den Zeitraum des Bestehens der Gewerbeschule überschaubar auf einem Standort konzentriert ist und aus dem Findbuch ermittelt werden kann.

In geschilderter Weise wurde versucht, mit Einfühlungsvermögen bei der Bearbeitung des Bestandes und der Erarbeitung des Findbuches die Kriegsverluste an Dokumenten des Registraturbildners Städtische Gewerbeschule Dresden inhaltlich auszugleichen und eine vollwertige historische Forschung zu ermöglichen.

## Archivgut deutscher Provenienz und zur deutschen Geschichte in sowjetischen Archiven

Rainer Kohlisch

Im Zuge der Perestrojka werden auch die sowjetischen Archive und ihre Bestände immer besser zugänglich für Forscher, Benutzer und Interessenten des In- und Auslands (1), insbesondere durch eine Demokratisierung der Benutzungsordnungen sowie die weitestgehende Aufhebung von Benutzungssperren und -einschränkungen. Die „Izvestiä“ tragen seit 1987 durch die Publikation offizieller Verlautbarungen sowie eigener Korrespondenzen auch zur Durchsetzung von Glasnost' in diesem sehr spezifischen Bereich bei, so über die erweiterten Nutzungsmöglichkeiten in Militärarchiven (Nr. 201/1987), das Problem der Aufhebung von Geheimhaltungsgraden bei Archivgut (Nr. 316/1988), die Öffnung der Archive des sowjetischen Außenministeriums (Nr. 6/1989) und viele andere. Hinzu kommen Meldungen, Artikel und Abhandlungen über historische Probleme und ihre Interpretation, bei deren Kenntnisnahme einem in quellenkundlicher Analyse historischer Darstellungen geübten und mit der potentiellen Bestandslage vertrauten Historiker bzw. Archivar Hinweise auf sogenannte Quellen deutscher Provenienz deutlich werden, die sich, trotz der umfassenden Archivgutrückgaben bis zum Jahre 1955, noch in sowjetischen Archiven befinden könnten.

So enthält die kürzlich publizierte Artikelserie „Fünf Tage im Sonderarchiv“ (Izvestiä Nr. 49–53/1990) zahlreiche Angaben (2).

E. Maksimova, Sonderkorrespondentin der Zeitung, erhielt als erste Journalistin Zutritt zum „Zentralen Staatlichen Sonderarchiv der UdSSR“, das nach ihrer Aussage nach Größe und Bestandsumfang den 6. Rang im System der Staatsarchive der UdSSR einnimmt.

Das Archiv existiere seit mehr als 40 Jahren, jeglicher Hinweis auf seine Existenz sei verboten. Bei Benutzung von Dokumenten des Archivs ist, nach Aussage der Verfasserin, ein anderes Archiv als Quelle, notfalls auch eine falsche Signatur anzugeben. Der Leiter des Archivs ist Anatolij Stefanovič Prokopenko. Es befindet sich an der Leningrader Chaussee, und damit liegt die Vermutung nahe, daß sich dieses Archiv in Solnečnogorsk befindet und eine Abteilung des Zentralarchivs des Ministeriums für Verteidigung der UdSSR darstellt (3). Es entstand im „Sommer des Jahres 1945, als der Kommandierende der 59. Armee auf dem Instanzenwege meldete, daß im Schloß Althorn in Niederschlesien deutsche Archive entdeckt wurden, die aus verschiedenen Orten Deutschlands dorthin evakuiert worden waren. Sie wurden nach Moskau gebracht, in die Archivhauptverwaltung des NKWD der UdSSR, die damals auch der Staatssicherheit unterstand. Sie bildeten den Grundstock der Beutebestände des Archivs. Was gab es da nicht alles für Unterlagen, welche Seiten des Lebens im Dritten Reich wurden hier nicht alle widergespiegelt! Finanzen, Wirtschaft, wissenschaftliche Institute, Firmen, Konzentrationslager, Verlage, Informationsagenturen, gesellschaftliche Organisationen, persönliche Bestände von Ministern, Parteifunktionären ...“

E. Maksimova zitiert auch die Schriftsteller Besymenskij und Rževskaâ, ehemalige Mitarbeiter der militärischen Aufklärung der Sowjetarmee, die in ihren Erinnerungen beschreiben, wie z. B. in den Stab

der 8. Gardearmee sechs große Kisten aus dem ehemaligen Reichskriegsarchiv in Potsdam gebracht wurden. Darin befanden sich u. a. Dokumente aus dem Operationsplan „Seelöwe“. Prokopenko antwortete ihr auf eine entsprechende Frage, daß sich diese Dokumente nicht in seinem Archiv, vielmehr möglicherweise im Zentralarchiv des Ministeriums für Verteidigung in Podolsk befinden. Rževskaâ schildert, daß bei der 3. Stoßarmee Archivgut sichergestellt wurde, in dem sich Unterlagen des deutschen Auswärtigen Amtes befunden haben sollen. Diese Unterlagen hätten sich in den Korridoren des Stabes gestapelt und sind teilweise nach Moskau abtransportiert, zum Teil sicherlich in Verlust geraten, weggeworfen oder verbrannt worden.

Bei ihrem Aufenthalt im „Sonderarchiv“ sah die Journalistin viele Archivalien, deren Vorhandensein an diesem Ort selbst ihr als Nichtarchivarin völlig unerklärlich war. Die folgenden Informationen sind jedoch hier von Interesse, denn die Verfasserin bekam auch zu Gesicht:

- eine Lebensbeschreibung Katharinas II.;
- Aufzeichnungen eines Deutschen, der im Dezember 1905 in Petersburg mit Graf Witte sprechen konnte;
- einen Dankbrief Bismarcks;
- eine mittelalterliche Handschrift mit dem Titel „Die Beschreibung von Turnieren in Nürnberg“ mit farbigen Wappen und einem Stadtplan;
- eine deutsche Karte des 8. Forts in Königsberg;
- Schriftwechsel des Kaiser-Wilhelm-Instituts mit wissenschaftlichen Laboratorien und Firmen aus den 30er Jahren.

„Die Archive der zentralen Bauverwaltung der SS wurden bei der Befreiung von Auschwitz erbeutet.“ In einigen hundert Akteneinheiten seien da technische Zeichnungen, Belege und andere Dokumente über das Hauptlager sowie einige Teillager enthalten.

Aufschlußreich sind folgende Ausführungen: „In der nächsten Mappe befanden sich Fotokopien maschinenschriftlicher Seiten: die Tagebücher des Ministers für Propaganda des faschistischen Deutschlands, des Hitler am nächsten stehenden Menschen, Josef Goebbels, über den Zeitraum von zwei Jahren, von Juli 1941 bis 1943. Der Direktor Anatolij Stefanovič Prokopenko kann nicht erklären, woher die Kopien ins Archiv gekommen sind. Einmal wurde die Akte mit allerhöchster Genehmigung einem westdeutschen Wissenschaftler gegeben, der sich sehr darum bemüht hatte. Heißt das, daß er sie nirgendwo anders lesen konnte? Die Verfasserin ist der Meinung, daß sich die Originale dieser Tagebücher in der SU befinden. Sie versucht das nachzuweisen, indem sie die bereits erwähnte Schriftstellerin Rževskaâ zitiert, die mit der Aufklärungsgruppe der 3. Stoßarmee in die Reichskanzlei gelangte. „Unter einem Berg Papier ... wurden in einem Koffer zehn dicke Hefte mit den Tagebüchern von Goebbels, beginnend 1932 bis zum Juli 1941, gefunden. Ungelesen ... wurden sie an den Stab der Front weitergeschickt.“ In den Folgejahren, bei der Abfassung ihrer Erinnerungen, wurden der Rževskaâ in einem Archiv auch Hefte von Goebbels, die in dem erwähnten Bunker gefunden worden waren, auf den Tisch gelegt. Die Verfasserin erwähnt auch die Geschichte mit den Fälschungen der Goebbels-Tagebücher und führt dazu an, daß es sich dabei um Kopien von Kopien gehandelt habe, in denen ausgerechnet die Seiten fehlten, die die Vorgeschichte des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages von 1939, den Zeitraum Juni bis September 1939, betrafen. Sie erwähnt einen polnischen Historiker, der in der BRD lebt und bei Archivarbeiten in Moskau, im Archiv des Verteidigungsministeriums, unerwartet Aktendeckel mit diesen Tagebüchern erhielt. Ebenfalls habe Konstantin Simonov Auszüge aus den Tagebüchern verwendet.

Ein weiterer Bestand, der in dieser Serie allerdings nur kurz erwähnt wird, sind die Sterbebücher des Konzentrationslagers Auschwitz (4). E. Maksimova betont ausdrücklich, daß das Sonderarchiv nicht erschlossen ist. Die Bestände wurden nur oberflächlich durchgesehen, in aller Eile aufgelistet, da es sich um „irgendwelche Beute in deutscher Sprache“ gehandelt habe, „angefüllt mit Handschriften“. Sie schreibt wörtlich: „Das, was mir gezeigt wurde, ist nur ein Tropfen in einem Meer, dessen Tiefe niemand ausgelotet hat“. An anderer Stelle betont sie, daß das „nicht einmal die Spitze des Eisberges, der sich über fünf Etagen erstreckt“, sei. Sie verweist darauf, daß die im Jahre 1945 im Schloß Althorn erbeuteten faschistischen Archive sich nicht in der von deutscher Akkuratess erwarteten Ordnung befanden. Inhaltsangaben, Signaturen, Ordnungsmerkmale, Herkunftsangaben sind zum größten Teil nicht erhalten geblieben.

Der Verweis auf den drei Millionen Akteneinheiten umfassenden Bestand der NKWD-Hauptverwaltung für die Kriegsgefangenenlager, den Bestand der GULAG (5), der „Hauptverwaltung der Lager“ (für jede Kategorie von Internierten), sowie die Tatsache, daß das Sonderarchiv der Kommission für die politische und rechtliche Bewertung des sowjetisch-deutschen Nichtangriffsvertrages von 1939 Dokumente zur Verfügung stellte (6), läßt weitere Schlüsse auf das mögliche Vorhandensein von Archivalien zu, die aus unterschiedlichsten Provenienzen stammen können und zur Aufhellung verschiedener historischer, humanitärer und rechtlicher Probleme von Nutzen wären.

(1) Vgl. dazu: Sovetskie arhivy. – Moskva (1989) 1 und weiter in unregelmäßiger Folge mit der Interview-Serie „Das staatliche Archivwesen der UdSSR – Probleme und Möglichkeiten zu ihrer Lösung“.

(2) Die folgenden Ausführungen stellen eine Inhaltswiedergabe und Interpretation der Artikelserie dar; Zitate sind, wenn nicht anders vermerkt, daraus entnommen.

(3) Im kürzlich erschienenen Archivführer für die staatlichen Archive der UdSSR fehlt jeglicher Hinweis auf ein derartiges Archiv, so daß die zitierte Bezeichnung, die auf eine selbständige, einem zentralen Organ auf Unionsebene unterstellte Einrichtung hinweist, als auch die Aussage, es handelt sich um eine Abteilung des Zentralarchivs des Verteidigungsministeriums, nicht verifizierbar sind. – Vgl.: Gosudarstvennyye arhivy SSSR: spravočnik. – Moskva, 1989. – Annot. in: AM 40(1990)1. – S. 37.

(4) Darüber hatte E. Maksimova bereits 1989 in den „Izvestiá“ (Nr. 177) unter der Überschrift „Der Archivdetektiv“ geschrieben; Im Auschwitzprozeß in Frankfurt/Main im Jahre 1964 hatte der sowjetische Vertreter vier Bände des Sterbebuches des Konzentrationslagers Auschwitz vorgelegt. Er gab der Verfasserin die Information, daß er sie von den Ermittlungsorganen des Komitees für Staatssicherheit der UdSSR erhalten und diesen auch zurückgegeben habe. Von dort erhielt sie die Mitteilung, daß die Sterbebücher sich in einem der Moskauer Archive, einem sog. kompetenten Archiv bzw. in einem Sonderarchiv, befänden. Hinweise, daß die Unterlagen sich eigentlich in Polen befinden, wurden von polnischer Seite nicht bestätigt. Gleichzeitig wurde darauf verwiesen, daß in Polen der diesbezügliche Inhalt sowjetischer Archive unbekannt sei.

(5) Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR erklärte lt. Izvestiá Nr. 96/1990 in einem Briefing, daß in sowjetischen Archiven mit der Suche nach Unterlagen über Internierungslager gemäß Kontrollratsdirektive Nr. 38 vom 12. Oktober 1946 begonnen worden sei.

(6) So konnten zwar lt. Abschlusserklärung der gen. Kommission des Kongresses der Volksdeputierten der UdSSR vom 24. 12. 89 die Originale dieses Protokolls nicht aufgefunden werden, doch existierten sie im April 1946 noch und wurden, wie ein entsprechender Aktenvermerk belegt, durch das Sekretariat des Außenministers Molotov dessen Persönlichem Mitarbeiter übergeben, wobei sie bereits als „Dokumente des Sonderarchivs des MfAA der UdSSR“ apostrophiert waren (vgl. Izvestiá Nr. 362/1989).

## Zu den Verlusten des ehemaligen Reichsarchivs im zweiten Weltkrieg

Kurt Metschies

Mit folgenden Modifizierungen hinsichtlich des Umfangs der im Zentralen Staatsarchiv in Potsdam vorhandenen Bestände gelten die Angaben von Gerhard Schmid („Die Verluste in den Beständen des ehemaligen Reichsarchivs im zweiten Weltkrieg“ in: Archivar und Historiker: Studien zur Archiv- u. Geschichtswissenschaft. – Berlin, 1956. – S. 176-207):

S. 187	III 4	Reichsgesundheitsamt	1 lfm
	III 16	Reichsamt für Landesaufnahme	1 lfm
S. 188	III 44	Kuratorium der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt	15,5 lfm
S. 189	V a	Reichseisenbahnamt	12 lfm
	V 2	Reichsschiffsvermessungsamt	4 lfm
S. 190	VII 4	Reichspatentamt	0,4 lfm
S. 191	VIII 2	Reichsschuldenverwaltung	170,3 lfm
	VIII 6	Verwaltung des Reichskriegsschatzes	4,25 lfm
S. 192	VIII 9	Reichsmonopolamt für Branntwein	0,75 lfm
	VIII 22	Deutsche Zentralgenossenschaftskasse	5 lfm

## Siegelreproduktionen – Bestandteil der Öffentlichkeitsarbeit des Staatsarchivs Potsdam

Hans-Joachim Lippert

Wie bekannt, sind Siegel historische Sachzeugen, die insbesondere auch mit regionalgeschichtlichen Ereignissen verbunden sind. Zugleich sind sie wertvolle künstlerische Kleinplastiken des Mittelalters und der frühen Neuzeit.

Seit vielen Jahrzehnten bemühen sich Archivare, Historiker, Museologen und Kunsthandwerker um die Herstellung von Siegelreproduktionen, denn die Erfahrungen zeigen, daß Nachbildungen von Siegeln der Öffentlichkeitsarbeit, insbesondere der Städte und Kreise, in vielfältiger Form dienen. Außerdem werden damit, u.a. bei Ausstellungen, die seltenen und kostbaren Originale geschont. Gleichzeitig werden mit Siegelreproduktionen interessante und künstlerisch wertvolle Souvenirs geschaffen. In diesem Zusammenhang ist aber festzustellen, daß kunsthandwerklich hergestellte Siegelreproduktionen, die weitestgehend den Originalen entsprechen, sowohl in der DDR als auch im internationalen Rahmen Seltenheitswert besitzen.

Seit dem Jahre 1974 gibt das Staatsarchiv Potsdam, bis Ende 1987 in erfolgreicher Zusammenarbeit mit den Kunsthandwerkern Annemarie und Heinrich Binroth (†), eine Reihe verschiedener Siegelreproduktionen heraus, die dem geschilderten Anliegen in hohem Maße entsprechen. Eine kleine Bilanz zu ziehen, soll Hauptanliegen dieses Artikels sein.

Es war im Frühjahr 1974. Im Staatsarchiv Potsdam wurde über die Vorbereitung des 25. Jahrestages der Gründung des Archivs beraten. Auch über ein speziell archaisches Erinnerungsgeschenk für Gäste und Mitarbeiter wurde diskutiert. „Man müßte Siegelreproduktionen herstellen, aber dauerhafter, repräsentativer und in größerer Stückzahl als bei den bisher üblichen Wachsabgüssen möglich. Und zwar Reproduktionen der uns überlieferten mittelalterlichen Siegel der Stadt Brandenburg, die in engster Verbindung mit unserem Zuständigkeitsbereich der für das ehemalige Land bzw. die Mark Brandenburg namengebenden Stadt stehen“; solche und ähnliche Ideen wurden erörtert. Damit sollte, zunächst nicht beabsichtigt, der Öffentlichkeitsarbeit des Staatsarchivs Potsdam ein neuer Baustein zugefügt werden.

Die Anschrift des Ehepaars Binroth wurde ermittelt, und es begann unsere erfolgreiche und zum gegenseitigen Vorteil reichende Zusammenarbeit. Unser Anliegen fand ungeteilte Aufmerksamkeit, und Herr Binroth, stets an schöpferischen Leistungen interessiert, machte sich den Vorschlag, Reproduktionen der Siegel von Brandenburg Alt- und Neustadt in originaler Ausführung mit Siegelschüssel als Faksimile herzustellen, zu eigen. Das bedeutete auch für den erfahrenen Graveur und Heraldiker Neuland, denn bis zu diesem Zeitpunkt wurden in seiner Werkstatt die Reproduktionen der Siegel nur als Plaketten, also in Münzform, gefertigt. Es wurde die Lieferung von je 50 Reproduktionen des Siegels der Altstadt (romanischer Typus) und der Neustadt Brandenburg (gotischer Typus mit Figur des Stadtherrn) vereinbart. Im Gebrauch seit dem 13. Jh. wurden sie zur Beglaubigung einer Pergamenturkunde vom 22. Juni 1491 verwandt. In ihr verpflichteten sich die beiden genannten märkischen Städte sowie Stendal, Berlin, Cölln an der Spree und Frankfurt an der Oder zur Zahlung von 700 Gulden Jahreszins aus einer Schuld des Landesherren, Kurfürst Johann, gegenüber Georg zu Stein, Herrn zu Zossen (1). 483 Jahre nach Ausstellung der Urkunde, fast auf den Tag genau, erhielten wir die Faksimiles der beiden Siegel in gewünschter Anzahl. Sie erwiesen sich als repräsentatives und würdiges Geschenk für die Gäste und Mitarbeiter des Hauses anlässlich des 25. Jahrestages der Gründung des Staatsarchivs Potsdam. Bald meldeten sich weitere Interessenten. Mitarbeiter des Staatsarchivs Potsdam, des Zentralen Staatsarchivs, der Staatlichen Archivverwaltung und anderer staatlicher und gesellschaftlicher Einrichtungen und Institutionen erwarben die Reproduktionen zur Verwendung als Gast- bzw. Erinnerungsgeschenke oder für persönliche Zwecke. So ist z. B. zu vermerken, daß der Oberbürgermeister der Stadt Brandenburg die Siegelreproduktionen Herrn Friedrich Ebert, der ja bekanntlich viele Jahre in Brandenburg gewirkt

hat, zum 80. Geburtstag, den er 1974 beging, überreichte. Es war nur folgerichtig, daß im Jahre 1975 auch Herrn Max Herm, selbst langjähriger Oberbürgermeister in Brandenburg, die Reproduktion der Siegel Brandenburg Alt- und Neustadt zum Geburtstag als Aufmerksamkeit übergeben wurden. Zwischenzeitlich knüpfte der Rat der Stadt Brandenburg selbst Verbindungen mit dem Hersteller und ließ dort, über viele Jahre, Reproduktionen der beiden Brandenburger Siegel fertigen. Hier wurde auf der Rückseite das neue Stadtwappen von Brandenburg abgebildet.

Bis zum heutigen Tage wurden 550 Reproduktionen der Brandenburger Städtesiegel für das Staatsarchiv Potsdam hergestellt. Sie waren stets sehr begehrt. So war es nicht verwunderlich, daß allein während der Dokumentenausstellung der Potsdamer Archive im Oktober/November 1979, die anlässlich der Woche des sozialistischen Archivwesens im Kulturhaus „Hans Marchwitza“ durchgeführt wurde, 60 Reproduktionen der Städtesiegel Interessenten fanden.

Aber dieser erste Erfolg, begonnen im Jahre 1974, zog neue Vorhaben nach sich. Im Jahre 1976 wurde die Gestaltung von Reproduktionen des im Staatsarchiv Potsdam überlieferten Siegels des Bundes der Kommunisten (2) in Auftrag gegeben. Auf der Jagd nach Belastungsmaterial für den Kölner Kommunistenprozeß bespitzelten Agenten der Berliner politischen Polizei die Mitglieder des Bundes der Kommunisten in London. Bei der aus dem Bund ausgeschlossenen Fraktion von Schapper und Willich gelang der Raub von Dokumenten und eines Kartonstreifens mit Lacksiegel. Wie der Polizeiaгент Greiff in einem Anschreiben vom 26. Juni 1852 seinen Auftraggebern mitteilte, sollten die auf dem Siegel zu erkennenden Buchstaben „Central-Comité des Communisten-Bundes London“ bedeuten und derart gesiegelte Karten den Vorsitzenden von Gemeinden des Bundes als Ausweis dienen. Das Siegel, unauffällig und unscheinbar, wurde künstlerisch und graphisch gestaltet, um als Reproduktion wirksam und ansprechend zu sein. 650 Reproduktionen, die schnell einen breiten Abnehmerkreis fanden, dokumentieren diese Initiative des Staatsarchivs Potsdam.

Ein weiteres Vorhaben galt dem repräsentativen und künstlerisch wertvollen spätgotischen Reiter- und Wappensiegel des Kurfürsten Friedrich II. von Brandenburg, das zur Beglaubigung einer Urkunde vom 14. November 1466 verwendet wurde, in welcher der Kurfürst dem Zisterzienserkloster Chorin das Dorf Klein Ziethen bei Angermünde übereignete (3). Die Reproduktionen waren als Ersatz für das nur in wenigen Exemplaren noch erhaltene wertvolle Original bei Ausstellungen und Führungen gedacht, und gleichzeitig sollten durch eine Nachbildung mit Rücksiegel, Siegelschüssel und Siegelschnüren repräsentative Geschenke entstehen. Haupt- und Rücksiegel wurden in der Werkstatt gemessen und fotografiert, die Siegelschnüre gezählt und deren Farbe bestimmt. Am 13. November 1975 erhielten wir die ersten Exemplare. Nur zu besonderen Anlässen fanden die Reproduktionen Verwendung. Sie blieben bis zum heutigen Tage eine Rarität, denn es konnten insgesamt nur 17 Exemplare hergestellt werden. Sie sind eine künstlerisch-handwerkliche Spitzenleistung; aber der äußerst komplizierte Fertigungsprozeß setzte Schranken. Aufgrund der großen Nachfrage wurde deshalb von der Werkstatt Binroth angeboten, das Hauptsiegel, in eine gedrechselte Holzdose eingelegt, wie sie im 15. Jh. in Gebrauch kamen, zu liefern. Hier ließen sich auch größere Stückzahlen fertigen. Seit Dezember 1978, in diesem Jahr wurden die ersten 20 Stück geliefert, erhielt das Staatsarchiv Potsdam Jahr für Jahr 10 bis 20 Reproduktionen dieser Art, und bis heute ist die Nachfrage stets größer als das Angebot geblieben; bisher wurden 190 Stück gefertigt. Ein Höhepunkt in der Verwendung der Reproduktionen des „Roten Reiters“ war u.a. die Überreichung als Erinnerungsgeschenk an die Mitarbeiter des Hauses im Juni 1979 aus Anlaß des 30. Jahrestages der Gründung unseres Archivs. Es ist auch zu erwähnen, daß das genannte Repräsentationssiegel des Kurfürsten von Brandenburg in einem von Joachim Petri (†) gestalteten, künstlerisch eindrucksvollen Foto als ein typisches Beispiel des in den Archiven aufbewahrten Kulturgutes für den Schutzumschlag der Publikation „... mit Brief und Siegel“ (4) ausgewählt wurde. Und es war eine gelungene Überraschung, als den für die Publikation verantwortlichen Mitarbeitern des Verlages „Edition Leipzig“ Reproduktionen des abgebildeten Siegels überreicht werden konnten. Letztlich sei vermerkt, daß die Reproduktionen sowohl von der Staatlichen Archivverwaltung

als auch anderen Institutionen und Einrichtungen gern als Gast- bzw. Geburtstagsgeschenke verwendet wurden.

Die Nachfrage nach dem Reitersiegel ließ die Überlegung reifen, von dem Majestätssiegel Kaiser Karls IV., verwendet zur Beglaubigung der in Berlin ausgestellten Pergamenturkunde vom 17. November 1375, in der dem Grafen Albrecht von Ruppín seine Freiheiten und Rechte bestätigt wurden, analoge Reproduktionen fertigen zu lassen (5). Im Jahre 1981 wurden die ersten Exemplare, 1986 die bisher letzten, gleichfalls in gedrechselter Holzdose, gefertigt. Die Reproduktionen erregten Aufmerksamkeit, und 90 Stück fanden Interessenten.

Neben den bisher geschilderten wurden 16 Nachbildungen des Siegels des Markgrafen Dietrich von Meißen gefertigt. Das Original wurde zur Beglaubigung einer Pergamenturkunde vom 26. April 1200 verwendet, in welcher er das Zisterzienserkloster Dobrilugk in seinen Schutz nimmt und den Umfang des Klosterbesitzes bestimmt (6). Die Eigenart dieses Reitersiegels, sowohl von der grünen Farbe her als auch von Form und Gestaltung, regte zur Herstellung von Faksimiles an, die den Originalen täuschend ähnlich gestaltet wurden.

Ausschließlich als Ersatz und für Ausstellungszwecke gedacht waren die Nachbildungen der Siegel des Domstifts Brandenburg, in zweifacher Ausfertigung hergestellt. Die Originalsiegel des Bischofs Siegfried, des Domkapitels und des Propstes Alverich wurden zur Beglaubigung einer Pergamenturkunde vom 2. Februar 1217 verwendet, in welcher dem Zisterzienserkloster Lehnin die Zehnten in allen seinen Besitzungen bestätigt und ihm die Zehnterhebung von 210 Hufen Land bei Hangelsberg geschenkt wurden (7).

Interessant von seiner spitzovalen Form her war auch die Gestaltung des Siegels Margraf Ottos IV. von Brandenburg, das zur Herstellung von sechs Reproduktionen anregte. Das Original wurde zur Beglaubigung einer Pergamenturkunde vom 27. Oktober 1286 verwendet, in welcher dem Templerorden die Stadt Zielenzig und mehrere Dörfer überlassen wurden (8).

Als letzte gemeinsame Arbeit des Staatsarchivs Potsdam und der Kunsthandwerker Binroth ist die Fertigung und Herausgabe von Reproduktionen fünf historischer Siegel der Stadt Berlin zu nennen. Sie wurden aus Anlaß der 750-Jahr-Feier unserer Hauptstadt im Jahre 1987 herausgegeben. Diese Siegelreproduktionen spiegeln – natürlich eingeschränkt auf ihre spezifischen Möglichkeiten – die Geschichte Berlins vom 13. Jh. bis zur ersten antifaschistisch-demokratischen Stadtverwaltung nach der Befreiung Berlins vom Faschismus durch die Rote Armee wider. Begonnen wird die Serie mit einer Reproduktion des bekannten großen Stadtsiegels Berlins aus dem 13. Jh., das auch im historisch-originalgetreu wiederaufgebauten Stadtzentrum unserer Hauptstadt vor der Nikolai-Kirche nachgestaltet worden ist. Das Siegel fand anlässlich der Übertragung des Brandenburger Stadtrechts durch den Rat von Berlin auf die 1253 gegründete Stadt Frankfurt/Oder Verwendung und ist der Typ früher deutscher Stadtsiegel mit Mauerkrone, im Dreipaß der Adler des Markgrafen von Brandenburg als Stadtherm (9). Es wird ergänzt durch eine Nachbildung des Siegels der Stadt Berlin, mit dem – gemeinsam mit der Stadt Cölln an der Spree – am 11. März 1308 beurkundet wird, daß ein Bündnis mit allen Städten Markgraf Johanns V. von Brandenburg abgeschlossen wurde. Verwendet wurde es nachweislich von 1280 bis 1381 und zeigt zwei aufrechte Bären als Schildhalter des brandenburgischen Adlerschildes (10). Die Serie wird vervollständigt durch eine Abbildung des Siegels der Stadt Berlin, mit dem – gemeinsam mit der Stadt Cölln und jeweils vier Gewerken der beiden Städte – bestätigt wurde, daß dem Kurfürsten Friedrich II. das alte Rathaus und weiterer Boden zwischen den beiden Städten zum Schloßbau überlassen wird. Auf dem Sekretsiegel über dem nach heraldisch rechts schreitenden Bären der brandenburgische Adlerschild am flatternden Band (11). Das vierte Siegel der Stadt Berlin, das für Reproduktionen ausgewählt wurde, wird gemeinsam mit den Siegeln der märkischen Städte Brandenburg Alt- und Neustadt, Cölln, Stendal und Frankfurt/Oder zur Beglaubigung einer Pergamenturkunde vom 22. Juni 1491 verwendet. Im Wappenschild der brandenburgische Adler aufsitzend auf dem mit Halsband gezähmten, nach heraldisch rechts schreitenden Bären (12). Komplettiert wurde die Serie schließlich durch die Nachbildung des Dienstsiegels des Oberbürgermeisters vom Mai 1945, welches für die erste antifaschistisch-demokratische Stadtver-

waltung Berlins unter Oberbürgermeister Dr. Arthur Werner nach der Befreiung vom Faschismus gefertigt worden war. In dem mit einer Mauerkrone bedeckten Schild ist der Berliner Bär aufrechtstehend dargestellt (13). Von diesen fünf historischen Siegeln wurden im Auftrag des Staatsarchivs Potsdam in der Werkstatt Binroth nur wenige Nachbildungen gefertigt. Sie sind der krönende Abschluß der langjährigen Zusammenarbeit des Staatsarchivs Potsdam mit den Kunsthandwerkern Annemarie und Heinrich Binroth. Die Serie wurde auf Bestellung des Oberbürgermeisters von Berlin, Hauptstadt der DDR, als repräsentatives Gastgeschenk vom Kunsthandwerker Dr. André Klimow, Falkenberg, der die Tradition fortführen will, in größerer Anzahl hergestellt.

Als Ergebnis dieses speziellen Zweiges archivischer Öffentlichkeitsarbeit kann konstatiert werden, daß für das Staatsarchiv Potsdam insgesamt 1550 Siegelreproduktionen gefertigt wurden. Sie haben – vor allem über die den Reproduktionen jeweils beigegebenen gedruckten Erläuterungstexte – zum weiteren Verständnis unserer National-, Regional- und Heimatgeschichte sowie für die Aufgabenstellung des Archivwesens beigetragen. Außerdem ist zu vermerken, daß die Idee in zahlreichen Staats- und Stadtarchiven Verbreitung fand.



Reproduktion des Siegels Markgraf Ottos IV. von Brandenburg (Foto: H. Bagemihl)

(1) Staatsarchiv Potsdam (StAP), Pr. Br. Rep. 37 Herrschaft Zossen, U 29. Abbildung in: Staatsarchiv Potsdam (Prospekt) / Hrsg.: Staatl. Archivverwaltung d. DDR; Staatsarchiv Potsdam. Red.: F. Beck; G. Falk; H.-J. Schreckenbach. – Potsdam, 1983. – S. 8.

(2) StAP, Pr. Br. Rep. 30 Berlin C Polizeipräsidium, Titel 94 Lit. A, Nr. 102 (8543), Bl. 62. Abb. in: Staatsarchiv Potsdam (vgl. Anm. 1), S. 21.

(3) StAP, Pr. Br. Rep. 10 B Zisterzienserkloster Chorin, U 107.

(4) Abb. in: Beck, Friedrich; Unger, Manfred: ... mit Brief und Siegel: Dokumente aus Archiven d. Dt. Demokrat. Republik / hrsg. von d. Staatl. Archivverwaltung d. DDR. Aufn.: Joachim Petri. – Leipzig: Edition, 1979. – Schutzumschl. u. S. 55.

(5) StAP, Pr. Br. Rep. 37 Herrschaft Ruppín, U 11.

(6) StAP, Pr. Br. Rep. 10 B Zisterzienserkloster Dobrilugk, U 2.

(7) StAP, Pr. Br. Rep. 10 B Zisterzienserkloster Lehnín, U 5.

(8) StAP, Pr. Br. Rep. 9 A Templerorden, U 22.

(9) Original während des zweiten Weltkrieges im Stadtarchiv Frankfurt/Oder vernichtet. Rekonstruktion nach alten Vorlagen durch H. Binroth.

(10) StAP, Pr. Br. Rep. 8 Stadt Eberswalde, U 4.

(11) StAP, Pr. Br. Rep. 23 A Kurmärkische Stände, U I 139/2.

(12) Vgl. Anm. 1.

(13) Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung. Gestaltung der Form: Dipl.-Ing. M. Czok.

## Die Öffentlichkeitsarbeit der Kreis- und Stadtarchive im Bezirk Dresden

Edeltraut Wolf

Es erscheint in zunehmendem Maße notwendig, die historischen Prozesse besser zu begreifen, den Entwicklungsweg unserer Republik gründlich zu analysieren und den Blick auf die Komplexität der Aufgaben in den kommenden Jahren und Jahrzehnten in unserer Gesellschaft zu lenken.

Das bedeutet: Die Aneignung des historischen und kulturellen Erbes und die Beschäftigung mit den revolutionären Traditionen erlangen für das Geschichtsbewußtsein immer mehr an Bedeutung, wenn dies im Bewußtsein der Widersprüchlichkeit historischen Geschehens und mit tiefer Einsicht in die Dialektik der Geschichte geschieht, wenn dies nicht Selbstzweck bleibt, sondern zu theoretischen und praktischen Schlußfolgerungen führt.

Vor den Gesellschaftswissenschaftlern insgesamt, insbesondere aber auch vor Historikern und Archivaren, steht die Aufgabe, eigenständige Beiträge zu den Problemen einzubringen, die in unserer Gesellschaft in Zukunft zu lösen sein werden. Diese Beiträge sollten so beschaffen sein, daß sie die politische Arbeit unmittelbar befruchten können. Eigenständigkeit schließt Kooperation nicht aus, erfordert sie vielmehr im Sinne höherer Wirksamkeit.

Vor den Volksvertretungen und ihren Räten, in deren Verantwortungsbereich die Kreis- und Stadtarchive sowie ein Großteil der Verwaltungsarchive fallen, steht die Aufgabe, die Möglichkeiten für die Auswertung von Dokumenten für politische, geschichtswissenschaftliche und technisch-ökonomische Belange weitaus besser zu nutzen und in Übereinstimmung mit den geltenden Rechtsvorschriften auszudehnen.

Die meisten Kreis- und Stadtarchive des Bezirkes Dresden können – je nach ihren Möglichkeiten – die unterschiedlichsten Aktivitäten auf dem Gebiet der Öffentlichkeitsarbeit nachweisen. Eine unabdingbare Voraussetzung für eine effektive Öffentlichkeitsarbeit ist, daß in den Archiven entsprechende materiell-technische Bedingungen vorhanden und geeignete Kader beschäftigt sind, die die archivischen Arbeitsprozesse theoretisch und praktisch beherrschen.

Die Öffentlichkeitsarbeit geht über die Benutzungs- und Auskunftstätigkeit hinaus und äußert sich vorwiegend in Form von Publikationen, Ausstellungen, Vorträgen, Führungen. Kooperationspartner für die Archive sind die Gesellschaft für Heimatgeschichte beim Kulturbund, Bildungseinrichtungen, kulturelle und wissenschaftliche Institutionen sowie kommunale Betriebe im Territorium, aber auch die Massenmedien.

Im Zuge der enorm gestiegenen Anforderungen an die Archivarbeit einerseits und angesichts der gewachsenen Ansprüche an die Leistungstätigkeit sowie an das Engagement der Archivkader andererseits ist ein Differenzierungsprozeß in den einzelnen Kreisen des Bezirkes Dresden allerdings nicht mehr zu übersehen. Daher erscheint es notwendig, mit ideellen und materiellen Mitteln Leistungsvergleiche in die Wege zu leiten, die mit der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen und der Qualifizierung der Kaderpolitik einhergehen müssen.

In den nachfolgenden Ausführungen können nur die Hauptaktivitäten der Öffentlichkeitsarbeit der Kreis- und Stadtarchive des Bezirkes Dresden genannt werden. Sie konzentriert sich auf die vielseitigen Probleme im jeweiligen Territorium auf der Grundlage des Gesetzes über die örtlichen Volksvertretungen von 1985. Mitunter gehen die Aktivitäten über die unmittelbaren Belange des Territoriums hinaus, wie z. B. im Stadtkreis Görlitz.

Im wesentlichen sind drei Wirkungsbereiche erkennbar: Bildungswesen, Kultur, Kommunalpolitik. Gleichzeitig soll deutlich gemacht werden, wie nützlich die Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern ist.

1

In den letzten Jahren hat sich besonders stark die Arbeit mit den Bildungseinrichtungen entwickelt. Bei den Hausherrn von morgen sollen alle Fähigkeiten für die Meisterung der gegenwärtigen und künftigen Aufgaben ausgebildet werden.

Über die Hälfte der örtlich geleiteten Archive unterhält Beziehungen zu Bildungseinrichtungen. Dabei geht es – erstens – um die Qualifizierung des obligatorischen und fakultativen Geschichts-, Staatsbürgerkunde- und Heimatkundeunterrichts. Das heißt, daß sich der Unterricht stärker auf das Territorium beziehen soll. Hier bietet sich an, bei der Unterrichtsvorbereitung sachkundige Hilfe zu geben, indem z. B. Reproduktionen von Archivadokumenten zur Verfügung gestellt werden. Zum zweiten geht es um die Unterstützung der außerunterrichtlichen und außerschulischen Arbeit, z. B. in Arbeits- und Interessengemeinschaften.

Auch an den Volkshochschulen fanden Lehrveranstaltungen zu heimatgeschichtlichen Themen statt, für die Archivmaterial herangezogen wird. Das führt nicht selten zu wachsenden Benutzerzahlen in den Archiven. Weiter zu erwähnen ist die Unterstützung bei der Erarbeitung von Schulgeschichten und -chroniken, bei der Einrichtung von Schulumuseen, Traditionskabinetten usw.

Partner bei diesen Aufgaben sind den Archivaren neben den Lehrern und Fachberatern für Geschichte und Staatsbürgerkunde auch Lehrerstudenten, Jugendklubmitglieder, Offizierschüler, Lehrlinge und Schüler der POS und EOS.

Zur Sicherung einer kontinuierlichen Zusammenarbeit sind wir bestrebt, schriftliche Vereinbarungen zwischen den Abteilungen bzw. Ratsbereichen für Inneres und denen für Volksbildung abzuschließen. Diese Vereinbarungen sollten Themenbereiche, Verantwortlichkeiten und Termine fixieren sowie einen Abrechnungs- bzw. Auswertungsmodus enthalten. Bestimmte Erfahrungen auf diesem Gebiet besitzen die Stadtkreise Dresden und Görlitz sowie die Landkreise Löbau, Riesa, Dresden, Meißen und Pirna.

## 2

Die Zusammenarbeit mit den Kultureinrichtungen ist aufgrund der ähnlich gelagerten Aufgaben und Interessen sehr umfangreich. Insbesondere ist die Kooperation mit den Ratsbereichen Kultur und den ihnen nachgeordneten Museen und Bibliotheken hervorzuheben. Hieran ist ebenfalls über die Hälfte der örtlich geleiteten Archive beteiligt. Ihr Hauptanliegen ist es, die Entwicklung von Kultur und Kunst in ihren Territorien mit ihren spezifischen Mitteln zu unterstützen. Vor allem die Archive in den Stadtkreisen Görlitz und Dresden sowie in den Landkreisen Löbau, Riesa, Dresden und Niesky sind bemüht, an Publikationen, Ausstellungen, Vorträgen und Führungen mitzuwirken. Die Kooperation mit den Ratsbereichen Kultur bezieht sich weiterhin auf solche Aufgabenkomplexe wie Ortschroniken und Erbekonzeptionen. Zur Umsetzung der Verordnung über Ortschroniken von 1981 wurde beim Rat des Bezirkes Dresden 1983 ein Beschluß gefaßt, wozu in den Kreisen analoge Beschlüsse ausgearbeitet werden sollten. Die Leitung der Ortschronikarbeit wurde den Ratsbereichen Kultur übertragen. Gleichzeitig wurde festgelegt, wie die Zusammenarbeit mit den Ratsbereichen Inneres und weiteren Partnern zu gestalten ist. Bekanntlich besteht die Aufgabe der Ortschronisten zunächst darin, Material über die gegenwärtige Entwicklung der einzelnen Territorien zu sammeln und aufzubereiten. Es ist jedoch nicht zu übersehen, daß vielfach ein Interesse an der Erforschung der Entwicklung eines bestimmten Ortes bereits von seiner Entstehung an oder doch zumindest seit 1945 vorhanden ist. Um es zu befriedigen, ist neben der Literaturrecherche in den Bibliotheken auch das Quellenstudium in den Archiven erforderlich. Sicherlich dürfen Ortschronikführung und Orts-geschichtsschreibung nicht miteinander vermischt werden, doch dürfen sie im Interesse der Bürger auch nicht künstlich voneinander getrennt werden.

Die örtlich geleiteten Archive sollen in den gebildeten Arbeitsgruppen für Ortschronikarbeit mitwirken, die Ortschronisten in den Archiven betreuen, die Übernahme wertvoller Ergebnisse der Chronikarbeit gewährleisten und die Informationstätigkeit gegenüber den Ortschronisten ausbauen.

An dieser Stelle sei das Engagement der Landkreise Löbau, Riesa, Kamenz, Großhain, Meißen und Niesky sowie der Stadtkreise Görlitz und Dresden hervorgehoben.

Für die Ausarbeitung von Erbekonzeptionen im Bezirk Dresden bildete nachstehende Forderung des X. Parteitages der SED den Ausgangspunkt: „Wer die Aufgaben der Gegenwart meistern und sicher in die Zukunft schreiten will, der braucht das Wissen und die Erfahrungen der Vergangenheit und das Erleben der kulturellen Werte“.

1983 beschloß der Bezirkstag Dresden, eine langfristige Orientierung „Zur Pflege, Verbreitung und sozialistischen Aneignung des kulturellen Erbes und der revolutionären Traditionen im Bezirk Dresden“ durch den Ratsbereich Kultur ausarbeiten zu lassen. Diese Konzeption sollte einerseits einen kurzen historischen Abriss der Entwicklung des Bezirkes Dresden enthalten und andererseits die Aufgaben der staatlichen Organe, gesellschaftlichen Organisationen, kulturellen Einrichtungen und anderer mit der Pflege, Aneignung und Verbreitung des kulturellen Erbes beauftragten Institutionen fixieren. Bemerkenswert ist, daß die oft außer Acht gelassenen Aufgaben der Archive in der Erbpflege voll mit einbezogen werden sollte. Daraufhin hat der Ratsbereich Inneres eine dem gerecht werdende Zuarbeit geleistet. 1984 konnte der Bezirkstag die Erbekonzeption beschließen. Gleichzeitig wurden die Kreise beauftragt, derartige Konzeptionen für ihre Kreise auszuarbeiten. Obgleich die Erbekonzeption des Bezirkes Dresden republikweit Zuspruch gefunden hat und dazu anregte, sich ebenfalls mit dieser Problematik auseinanderzusetzen, ist der Stand im Bezirk Dresden gegenwärtig so, daß nur zwei Landkreise, nämlich Löbau und Riesa, eigene Konzeptionen ausgearbeitet haben. In den Stadtkreisen Dresden und Görlitz liegen Konzeptionen zur Erbpflege in ähnlicher Form vor. Somit ist diese Aufgabenstellung des Bezirkstages Dresden nur von etwa einem Viertel der Kreise erfüllt worden.

Die Erbekonzeptionen des Bezirkes Dresden beinhalten Darlegungen (vielfach mit Übersichten versehen) zur historischen Entwicklung des betreffenden Territoriums, zur Aneignung, Bewahrung und Pflege der revolutionären Traditionen der Arbeiterbewegung, zu namhaften Persönlichkeiten, zur Denkmalpflege und Bodendenkmalpflege, zu den landeskulturellen Aufgaben, zur Arbeit der Museen, Bibliotheken und Archive, zur Chronikführung, zu den Klubs und Kulturhäusern, zu Volkskunst und Folklore sowie zur Fest- und Fei-ergestaltung.

Eine notwendige Schlußfolgerung ist, daß namentlich im Bezirk Dresden die Arbeit mit Erbekonzeptionen nach guten Anfängen wesentlich breitflächiger fortgesetzt werden muß und daß die Archive dazu die entsprechende Zuarbeit leisten.

## 3

Die kommunalpolitischen Vorhaben können seitens der Archive in verschiedenen Formen unterstützt werden:

- durch Bereitstellung von Archivunterlagen für das Bauwesen, die Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft, das Transportwesen, die Infrastrukturentwicklung sowie für Landschafts- und Denkmalpflege;
- durch Mitwirkung an den Ortsgestaltungskonzeptionen. Ergebnisse konnten bspw. bei der Bereitstellung von Archivunterlagen für die Sanierung historischer Stadtkerne, die Restaurierung von historischen Brunnen, die Rekonstruktion ganzer Straßenzüge mit Altbau-substanz erzielt werden, weiterhin bei der Be- und Entwässerung sowie beim Ausbau von Binnenhäfen. Was die übrigen aufgeführten Bereiche anbelangt, so werden über die zuständigen Fachabteilungen der örtlichen Räte Unterlagen in den Archiven eingesehen, um Kosten für Entwicklungs- und Erschließungsarbeiten einzusparen. Hier können vor allem die Stadtkreise Dresden und Görlitz sowie die Landkreise Bautzen, Bischofswerda, Kamenz, Meißen, Pirna, Riesa und Zittau Ergebnisse vorweisen.

Die Mitwirkung der Archive an den Ortsgestaltungskonzeptionen hat erst ihren Anfang genommen, so in den Landkreisen Löbau und Dippoldiswalde und in den Stadtkreisen Dresden und Görlitz.

Allen diesen Aufgabenkomplexen ist künftig noch mehr Aufmerksamkeit zu widmen, denn die Verordnung über das staatliche Archivwesen und vor allem das Gesetz über die örtlichen Volksvertretungen beinhalten eine ganze Reihe von Aufgaben und Problemstellungen, die einer umfassenden und weitsichtigen Planung sowie einer tatkräftigen Mitwirkung vieler Partner, so auch der örtlichen Archive, bedürfen.

Im Zuge der Bestandsergänzung in den Endarchiven der Kreise auf der Grundlage der vorliegenden Nomenklaturen ergeben sich günstige Bedingungen, um den Aufgabenstellungen auf dem Gebiet der Kommunalpolitik wesentlich besser gerecht werden zu können.

Eine der nächsten anspruchsvollen Aufgaben ist die Ausarbeitung von Dokumentationsprofilen. Vorher sind jedoch noch viele Sicherungs-, Bewertungs-, Ordnungs- und Erschließungsarbeiten zu bewältigen. Nach Fertigstellung der Dokumentationsprofile wird die Öff-

fentlichkeitsarbeit mit Sicherheit erleichtert und intensiver werden können. Die Möglichkeiten der örtlich geleiteten Archive weitaus besser auszuschöpfen, dürfte eine wichtige Zielstellung des staatlichen Archivwesens der DDR generell sein.

## Aktivitäten in der Auswertungs- und Öffentlichkeitsarbeit des Kreisarchivs Belzig

Katrin Kuckert

Seit Beginn des Jahres 1989 wurden im Kreisarchiv Belzig verstärkt Anstrengungen unternommen, die Auswertungs- und Öffentlichkeitsarbeit zu intensivieren.

Hauptform der Auswertung ist nach wie vor die Direktbenutzung. Dafür steht ein zweckmäßig eingerichteter Benutzerraum zur Verfügung, der zwölf Personen Platz bietet und sich auch für die Durchführung von Vorträgen u.ä. anbietet.

Neben Studenten und Ortschronisten, von denen viele zu ständigen Nutzern des Archivs gehören, aber auch anderen Benutzern, ist eine neue Benutzergruppe hinzugekommen – Kinder und Jugendliche, Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft „Junge Historiker“ der Polytechnischen Oberschulen. Diese Form des fakultativen Unterrichts wurde durch Publikationen des Archivs in der Tagespresse angeregt, aber auch durch mündliche Informationen. Beim jeweils ersten Besuch im Kreisarchiv wird ein Vortrag gehalten, um die Schüler mit Funktion und Aufgaben des Archivs bekannt zu machen. Anschließend folgt eine Führung durch die Räumlichkeiten, die mit ihrer modernen Ausstattung großes Interesse wecken. Vortrag und Führung bilden die Grundlage für anschließende und spätere Benutzung, deren Themen und Forschungen sich vorwiegend auf die Geschichte des Heimatortes beziehen. Nach diesen ersten Besuchen im Archiv folgen weitere, wobei die Herausbildung der selbständigen Forschungstätigkeit zu erkennen ist, denn die Schüler stellen Fragen zur Quellenlage und zu weiteren Auswertungsmöglichkeiten und beschränken sich dabei nicht nur auf ein Thema. Zum Beispiel erforschen die Mitglieder der AG „Junge Historiker“ der POS Niemeß die Geschichte ihrer Stadt und das Schulwesen in den ersten Jahren der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung.

Zur Zeit steht die Entwicklung des Kreises seit der Gründung der DDR im Vordergrund der Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften. Im 1. Halbjahr 1989 konnten 68 Benutzungstage allein durch die Schulen registriert werden.

Zur Realisierung von Forschungsaufträgen für den Geschichtsunterricht wurde auch Archivgut der Registraturbildner der sozialistischen Landwirtschaft durch Schüler ausgewertet. Die Entwicklung der Landwirtschaft in unserem Kreis steht bei der Auswahl der Themen für Schülerarbeiten im Vordergrund. Hierbei haben sich unter anderem das Vorhandensein des Dokumentationsprofils und der Nomenklatur sowie die Bemühungen, um deren Durchsetzung bewährt. Da der Kreis Belzig vorwiegend eine landwirtschaftliche Struktur aufweist, werden besonders intensiv die LPG und die anderen Registraturbildner der Wertkategorie 1 der Landwirtschaft angeleitet und unterstützt, um ihre archivfachlichen Aufgaben zu erfüllen.

Weiterhin wurden Veranstaltungen im Rahmen von Pionernachmittagen und das FDJ-Studienjahr einer 11. Klasse im Archiv durchgeführt. Anschauungsmaterial für die Schüler der mittleren Klassenstufen bilden vor allem die Sammlung der „Märkischen Volksstimme“ ab 1950, Kopien von Urkunden, Plakate und Fotosammlungen. Auch für die Sammlung der Zeitungen aus dem 19. und 20. Jh., so insbesondere für das „Zauch-Belziger Kreisblatt“ von 1855 bis 1932 gibt es reges Interesse. Akten als Anschauungsmaterial werden bei solchen Veranstaltungen noch nicht zur Verfügung gestellt. Dies geschieht erst beim wiederholten Besuch im Archiv, wenn Themen und Forschungsaufträge vergeben wurden.

Zur Unterstützung der Geschichtslehrer des Kreises bei der Umset-

zung der neuen Lehrpläne werden zur Zeit in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Heimatgeschichte beim Kulturbund Materialien erarbeitet, die direkt für die Hand des Lehrers bestimmt sind und Hinweise zu den verschiedenen Stoffeinheiten enthalten. Popularisiert wurde das Archiv bei den Pädagogen ebenfalls durch Vorträge und Führungen für Deutsch- und Geschichtslehrer sowie für Ortschronisten.

Der Benutzerkreis hat sich nicht nur auf Kinder und Jugendliche ausgedehnt, es gehören auch Bürger zu den Nutzern, die aus persönlichem Interesse hierherfinden.

Die Öffentlichkeitsarbeit des Kreisarchivs findet hauptsächlich in Publikationen in der Kreispresse ihren Niederschlag. Die Mitarbeit im Kreisvorstand der Gesellschaft für Heimatgeschichte des Kulturbundes der DDR hat sich dabei bestens bewährt. So bei der seit einigen Jahren auf der Kreisseite der „Märkischen Volksstimme“ regelmäßig einmal wöchentlich erscheinenden Serie der „Chronik-Blätter – Auf Entdeckungsreise durch unseren Kreis“. Es sind Beiträge verschiedener Verfasser zu den unterschiedlichen Themen heimatgeschichtlichen Inhalts, die aber in keinem unmittelbaren Zusammenhang miteinander stehen. Der Kreisvorstand der Gesellschaft für Heimatgeschichte hat daran den größten Anteil und ist für die Organisation verantwortlich. Das Kreisarchiv ist als Mitwirkender aktiv daran beteiligt, es wurden in vergangenen Jahren mehrfach Beiträge veröffentlicht. Es handelt sich dabei um Quellen aus dem vorhandenen Archiv- und Sammlungsgut. Seit Beginn des Jahres 1989 wird unter dem Titel „Vor 40 Jahren“ das „Amtliche Kreisblatt des Kreises Zauch-Belzig“ von 1949 intensiv ausgewertet. Es erscheinen monatlich zwei bis drei Beiträge innerhalb der „Chronik-Blätter“, die Fakten und Tatsachen aus dem damaligen Kreis Zauch-Belzig vor jeweils 40 Jahren dokumentieren. Hierbei handelt es sich sowohl um bedeutende Ereignisse der Geschichte, die sich auch in unserem Kreis auswirkten (z. B. Volkskongreßbewegung), als auch um Fragen des täglichen Lebens (z. B. Volksfeste, Hilfe für Umsiedler, Kartoffelkäfersuchaktionen u.a.m.). Im September 1989 zum Beispiel wurde u.a. über eine Aktion der VVEAB im September 1949 berichtet.

Ursprünglich war geplant, diese Veröffentlichungen bis zum Ende des Jahres 1989 zu führen, um danach wieder zu den verschiedensten Themen Beiträge erscheinen zu lassen. Die Lokalredaktion der „Märkischen Volksstimme“ hat bereits zum Ausdruck gebracht, daß die Weiterführung der Dokumentation des „Amtlichen Kreisblattes“ über das Jahr 1949 hinaus in ihrem Interesse sei und auch von den Lesern gewünscht werde.

Bürger der älteren Generation werden an längst in Vergessenheit geratene Dinge erinnert, und für die Jugend ist es emotional nachvollziehbare Heimat- und Regionalgeschichte.

Das Kreisarchiv tritt weiterhin mit Veröffentlichungen über die Einrichtung als solche an die Bürger heran. Es wird Auskunft gegeben über Funktion und Aufgaben des Archivs sowie die Quellenlage. Die Bestände werden für die Geschichtsforschung propagiert. Mit der Bereitstellung von Material aus der Fotosammlung wurden die Vorbereitung und Durchführung einer Fotoausstellung über einen neu erbauten Stadtteil von Belzig unterstützt. Diese Ausstellung wurde am 22. September 1989 eröffnet und war bis Ende November 1989 im Heimatmuseum auf der Burg „Eisenhardt“ in Belzig zu sehen.

Neben der Mitarbeit in der Gesellschaft für Heimatgeschichte wirkt das Kreisarchiv in der Arbeitsgruppe „Ortschroniken“ der Abteilung Kultur des Rates des Kreises mit. Hier erstreckt sich die Mitarbeit fast ausschließlich auf die Unterstützung durch Bereitstellung von Archivmaterialien.

In Kooperation mit der Gesellschaft für Heimatgeschichte und den anderen Gremien werden weiterhin Veranstaltungen für bestimmte Interessentenkreise zu verschiedenen Themen durchgeführt. Sie finden im Kreisarchiv oder Heimatmuseum z. B. für Geschichts- und Deutschlehrer statt. Wenn auch manchmal das Archiv zu einigen Themen keinen direkten Beitrag leisten kann, wie zur Ur- und Frühgeschichte oder zur Besiedlung des Kreises, werden doch durch die Präsenz und Gespräche immer wieder die Nutzungsmöglichkeiten hervorgehoben. In der nächsten Zeit ist die Anschaffung von Vitrinen und Schautafeln vorgesehen, um Ausstellungen an einem zentralen Platz im Rat des Kreises bzw. an anderen zentralen Orten durchführen zu können.

## Öffentlichkeitsarbeit im Kreisarchiv Güstrow

Richard Kluge

Das Kreisarchiv Güstrow leistet eine vielschichtige und breite Öffentlichkeitsarbeit. Einer der wichtigsten Schwerpunkte ist dabei die Unterstützung der örtlichen und Regionalgeschichtsforschung.

So war es aber nicht immer. Als ich vor neun Jahren meine Tätigkeit im Kreisarchiv aufnahm, waren kaum Grundlagen einer sichtbaren Archiv- und Öffentlichkeitsarbeit vorhanden. So mußten erst einmal die entsprechenden Leitungsdokumente geschaffen werden. Der Prozeß der Weiterentwicklung im staatlichen Archivwesen forderte nämlich auch hohe Anstrengungen bei der Dokumentation der Entwicklung im Kreis Güstrow an Hand des überlieferten Schriftgutes. Schwerpunkte unserer Bemühungen bildeten die

– Sicherung des Schriftgutes als Zeugnis der schöpferischen Leistungen und als wertvolles Kulturgut,

– wissenschaftliche Erschließung der Archivbestände und

– Bereitstellung und Auswertung des Archivgutes für die vielfältigen Anforderungen der sozialistischen Gesellschaft, somit auch für die Geschichtsforschung.

Vor mir stand nunmehr die Aufgabe, eigene Aktivitäten zu entwickeln und Wege zu finden, damit das Kreisarchiv aus seiner Anonymität herauskommt. Um also eine breite Öffentlichkeitsarbeit entwickeln zu können (Leitungsdokumente waren ja inzwischen geschaffen), mußte ich mir natürlich Partner suchen, um die Vorhaben verwirklichen zu können.

Wer sind nun die Partner?

Zum 35. Jahrestag der DDR gestaltete ich eine kleine Ausstellung, die auch als Wanderausstellung zur Kreisleitung der SED und der FDJ ging. Trotzdem brachte sie nicht die zu erwartende Besucherzahl.

Mein Weg führte mich also folgerichtig zum Heimatmuseum und anderen gesellschaftlichen Einrichtungen. Der Erfolg blieb nicht aus, und wir führten zu gesellschaftlichen Höhepunkten gemeinsame Ausstellungen durch. Damit konnte ein weit größerer Besucherkreis erfaßt werden. Als neueste Beispiele seien die gemeinsamen Ausstellungen mit dem Museum zum 50. Todestag Ernst Barlachs und zum 40. Jahrestag der DDR genannt.

Es werden auch andere örtliche Ereignisse für Ausstellungen genutzt, wie zum Beispiel „80 Jahre Fußball“ und „40 Jahre BSG Traktor Laage“.

Auf einer Kreistagssitzung, die sich vorrangig mit Fragen der Landwirtschaft beschäftigte, wurde eine Ausstellung über die Entwicklung der Landwirtschaft von 1945 bis in die Gegenwart gezeigt, die bei den Volksvertretern und Gästen großes Interesse hervorrief. Wir zeigten sie auch in weiteren kreisangehörigen Städten und größeren Gemeinden. Das sind wichtige Beiträge zur Vertiefung des Geschichtsbeußtseins und des Stolzes auf das Erreichte.

Sehr fruchtbringend wirkte sich meine Mitarbeit in der Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Kreisleitung der SED und in der Gesellschaft für Heimatgeschichte beim Kulturbund aus.

Dokumente aus dem Kreisarchiv wurden auch für Publikationen verwendet, wie zum Beispiel

– für Festschriften bei Ortsjubiläen,

– für die Geschichte der Kommunalen Berufsschule und der Kersting-Oberschule in Güstrow.

– für das Buch „Die Lüssower“ sowie

– für die Broschüre „Bauernwege aus vier Jahrzehnten sozialistischer Landwirtschaft im Kreis Güstrow“.

Außerdem unterstützte das Kreisarchiv die Erarbeitung einer Bilanz zum 40. Jahrestag der DDR in unserem Kreis.

Selbst bei sportlichen Höhepunkten wurden Archivdokumente verwendet, so für die Teilnehmerhefte zur Sternwanderung „Auf den Wegen der Befreier“ oder für die DDR-offenen Wanderungen „Wege zu Ernst Barlach“.

Auch bei Lichtbildervorträgen und bei Stadtführungen spielen Archivdokumente eine Rolle, so zum Beispiel bei dem Thema „Güstrow und seine revolutionäre Tradition“. Hier ist die URANIA unser

Partner. Es werden jährlich 25 bis 30 Vorträge und Stadtführungen mit 1 000 bis 1 200 Besuchern durchgeführt.

Wie ich schon erwähnte, hatten in der Vergangenheit die Bürger unseres Kreises kaum Vorstellungen von der Tätigkeit eines Kreisarchivars. Das widerspiegelte auch die Benutzerzahlen. Wie aber den Bann brechen? Wie erreichen, daß die wertvollen Archivdokumente nicht nutzlos in den Magazinen lagern, sondern für die Forschung genutzt werden? Dazu brauchte ich weitere Partner, und ich fand sie bei allen Regionalzeitungen und beim Sender Schwerin. Der Erfolg blieb nicht aus. Jährlich werden 10 bis 12 Beiträge veröffentlicht. Die Bevölkerung wurde auf uns aufmerksam, was sich in einer stets steigenden Benutzerzahl widerspiegelt. Es sind Personen, die an Chroniken oder an Darstellungen der örtlichen Geschichte arbeiten.

Heute ist ein Stand erreicht, daß die Regionalzeitungen nicht nur warten, bis ich etwas zur Veröffentlichung bringe, sondern sie kommen auch zu mir, um Interviews zu machen oder auch Fragen an mich heranzutragen. So fragte zum Beispiel der Allgemeine Deutsche Nachrichtendienst nach dem Erbauer der ersten Dezimalwaage vor über 100 Jahren in Mecklenburg. Es war übrigens ein Güstrower.

Oder nehmen wir ein anderes Beispiel:

Ich erfuhr vom 25. Jahrestag der Gründung der Jagdgesellschaften. Also wurde der vorhandene Bestand sofort erschlossen, verzeichnet und genutzt, um in der Presse mitzuteilen, daß sich im Kreisarchiv Dokumente von der Gründung bis zur Gegenwart befinden. Auch hier blieb der Erfolg nicht aus. Es kamen Mitglieder der Jagdgesellschaften, die an ihren Chroniken arbeiten. Mittels der bereitgestellten Materialien konnte diese Arbeit durch uns wesentlich unterstützt werden. Mit Hilfe unserer Medien wurden auch andere auf das Kreisarchiv aufmerksam. Die Benutzer kommen zum Beispiel aus der Pädagogischen Hochschule Güstrow und aus anderen Bereichen, die an Forschungsthemen arbeiten.

Weiterhin gilt es, die Zusammenarbeit mit den musealen Einrichtungen (bei Wahrung des Urheberrechtes) und auch mit anderen gesellschaftlichen Einrichtungen, wie zum Beispiel mit der Abteilung Volksbildung, noch mehr zu vertiefen.

Das trifft auch vor allem für den Heimatkunde-, Geschichts- und Staatsbürgerkundeunterricht zu.

Wenn vor acht bis neun Jahren kaum die Rede von einer Öffentlichkeitsarbeit sein konnte, so haben wir heute ein breites Spektrum und erfüllen damit wichtige Aufgaben, die an ein Archiv gestellt werden. Dabei bin ich mir bewußt, daß wir noch nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft haben.

## Aus der Ausstellungstätigkeit des Stadtarchivs Zwickau

Ute Schmidt

In den vergangenen Jahren beteiligte sich das Stadtarchiv Zwickau in vielfältiger Weise an Ausstellungen innerhalb der DDR, vor allem des Stadt- und Landkreises Zwickau. Meist wurden dabei Vervielfältigungen von Archivgut als Dauerleihgaben bzw. vorübergehend für ein bestimmtes Thema zur Verfügung gestellt. Besonderer Beliebtheit dabei erfreuen sich die farbigen Illustrationen zum Strafvollzug aus dem Zwickauer Stadtrechtsbuch von 1348, die Gehaltsquittungen Thomas Müntzers von 1520 und 1521 sowie Plakate vom April und Mai 1945, die das Verbot des 1. Mai als Feiertag und aller politischen Tätigkeiten durch die amerikanische Militärregierung beinhalten.

Im Stadtarchiv selbst wird eine Ausstellungsvitrine zu aktuellen Anlässen jährlich mindestens zweimal neu gestaltet. Vorwiegend wird auch hier mit Vervielfältigungen von Archivgut gearbeitet. Die Wirksamkeit dieser Ausstellungen bleibt natürlich auf Benutzer und Besucher des Stadtarchivs beschränkt, erfreut sich aber eines regen Interesses dieses Personenkreises. Werden die Besucher doch dabei mit einem Teil der historischen Vergangenheit ihrer Heimatstadt vertraut gemacht, so beispielsweise mit dem ältesten Nachweis der Schwäne im Zwickauer Stadtwappen aus dem Jahre 1407. Sehr viel Zuspruch fand auch eine Ausstellung von historischen Ansichtskarten in der Ge-

genüberstellung zu Fotos vom heutigen Stadtbild. Für die Mitarbeiter des Stadtarchivs ebenso interessant wie für die Besucher war eine Ausstellung von nationalen und internationalen Publikationen, in denen Dokumente des Stadtarchivs enthalten sind.

Erstmals führte das Stadtarchiv Zwickau anlässlich der Woche des sozialistischen Archivwesens der DDR vom 14. – 28. 10. 1984 im Städtischen Museum Zwickau eine Dokumentenausstellung durch, die von 1 414 Bürgern besucht wurde. Die Ausstellung zeigte Dokumente zur Stadtgeschichte, beginnend im 13. Jh. bis in die 60er Jahre unseres Jahrhunderts. Dabei waren Urkunden über städtische Privilegien, wie die Befreiung der Bürger von den Zöllen auf den Märkten innerhalb der Mark Meißen von 1296 und das Rotwachsprivileg von 1473, Lehnbriefe, Briefe bedeutender Persönlichkeiten an den Rat (z. B. Martin Luthers und Philipp Melanchthons), Gehaltsquittungen Thomas Müntzers und Georgius Agricolas zu sehen. Es wurde eine Disposition Gottfried Silbermanns über den Bau einer neuen Orgel und ein Empfehlungsschreiben für den Oganisten Krebs von Johann Sebastian Bach gezeigt. Die Wände des zur Verfügung stehenden Raumes wurden mit Plakaten aus der Zeit von 1945 bis in die 50er Jahre gestaltet. Eine Vitrine zeigte Fotodokumente zur Entwicklung der Stadt (u. a. über das schwere Hochwasser 1954) bis hin zur 850-Jahrfeier im Jahre 1968. Da bei dieser Ausstellung das Aufsichtspersonal von Seiten des Stadtarchivs gestellt werden mußte, konnten die Mitarbeiter interessierten Besuchern noch zusätzliche Erläuterungen zu dem Gezeigten geben. Nicht unerwähnt bleiben kann, daß dies allerdings auch einen kaum zu vertretenden Arbeitsaufwand mit sich brachte und erhebliche Schwierigkeiten bei der Aufrechterhaltung der Öffnungszeiten des Stadtarchivs auftraten.

Im Rahmen der Ausgestaltung von drei Vitrinen im Gebäude des Rates des Bezirkes Karl-Marx-Stadt durch Stadt- und Kreisarchive des Bezirkes erfolgte im Jahre 1986 eine Ausstellung des Stadtarchivs Zwickau über die demokratische Schulreform des Jahres 1946 mit Bildmaterial, Dokumenten und kurzen textlichen Erläuterungen.

Ein weiterer Höhepunkt der Ausstellungstätigkeit des Stadtarchivs waren Vorhaben anlässlich des 500. Geburtstages von Thomas Müntzer im Jahre 1989. Herausragend aus all diesen Aktivitäten war eine Sonderausstellung des Ministeriums für Kultur der DDR gemeinsam mit Originaldokumenten der Ratsschulbibliothek und des Stadtarchivs Zwickau im Städtischen Museum Zwickau in der Zeit vom 23. 4. – 21. 5. 1989. Hier wurde die zentrale Wanderausstellung, erarbeitet vom Museum für Deutsche Geschichte, ergänzt durch eine Reihe von Dokumenten aus der Zeit der frühbürgerlichen Revolution, die einen Einblick in die gesellschaftlichen Verhältnisse dieser Zeit in Zwickau gaben. Zu ihnen gehörten u. a. die beiden Gehaltsquittungen Thomas Müntzers, eine Aufforderung Kurfürst Friedrichs von 1444 an den Rat, den Handwerksmeistern und ihren Knappen Versammlungen ohne Wissen des Rates zu untersagen, Anbringen der Handwerker von 1508, eine Bitte der Ritterschaft und des Adels des Vogtlandes von 1525 an den Rat um Unterstützung gegen die sich sammelnden Bauern und das Protokoll der Befragung des Wiedertäufers Hans Sturm von Freistadt von 1529. Eine aus dem Jahre 1660 erhaltene Federzeichnung der Ansicht Zwickaus vermittelte den Besuchern das Bild und die Größe der damaligen Stadt. Diese Ausstellung wurde von insgesamt 1 942 Interessenten besucht.

In der Zeit vom 23. 9. – 5. 11. 1989 führte das Stadtarchiv gemeinsam mit dem Kreisarchiv eine Dokumentenausstellung auf Schloß Schönfels im Kreis Zwickau durch. Gezeigt wurden hier Urkunden über Besitzwechsel und Lehnbriefe einiger zum heutigen Kreis Zwickau gehörender Gemeinden, die zeitweise im Besitz des Zwickauer Rates waren. Weitere Ausstellungskomplexe befaßten sich mit der Befreiung vom Faschismus, der Bildung antifaschistisch-demokratischer Parteien und Organisationen, der demokratischen Schulreform und der Gründung der ersten Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. Ein Vitrinenkomplex zeigte die Volkskongreßbewegung in Zwickau und Umgebung bis zur Gründung der DDR und der Übergabe der Verwaltungsfunktionen durch die Sowjetische Militäradministration an den Oberbürgermeister für die Stadt Zwickau und an den Landrat für den Kreis Zwickau am 14. November 1949. Besonders starkes Interesse an dieser Ausstellung zeigten Ortschronisten und Heimathistoriker, die auf bestimmte territoriale Verflechtungen hingewiesen wurden und eine Reihe von Anregungen für ihre weitere Tätig-

keit erhielten. 7 000 Besucher zeugen für den Erfolg dieser Ausstellung und sollten Verpflichtung sein, den eingeschlagenen Weg dieser Form der Öffentlichkeitsarbeit eines örtlichen Archivs weiter zu beschreiten.

## Erfahrungen bei der Gestaltung einer Ausstellung im VEB Stahl- und Hartgußwerk Bösdorf

Veronique Töpel

Öffentlichkeitsarbeit als fester Bestandteil der Archivarbeit dient nicht nur der Popularisierung des staatlichen Archivwesens, sondern hat entscheidenden Anteil bei der Befähigung der Werktätigen zur demokratischen Mitgestaltung unserer Gesellschaft sowie bei der Bewußtseinsbildung und Persönlichkeitsentwicklung. Die Methoden und Formen der Öffentlichkeitsarbeit sind vielschichtig und können den jeweiligen Gegebenheiten angepaßt werden.

Nachfolgender Beitrag erläutert erste Schritte der Öffentlichkeitsarbeit in einem Verwaltungsarchiv, deren Ergebnis eine Ausstellung über die Entwicklung des Betriebes ist.

Im VE Kombinat Anlagenbau Braunkohle gab es bis auf eine Dokumentation 30 Jahre ZW Regis keine wesentlichen Initiativen, Betriebsgeschichte zu erforschen bzw. zu propagieren. Deshalb verdienen Aktivitäten in dieser Richtung besondere Anerkennung, verbunden mit dem Wunsch, daß weitere Betriebe des Kombinates dem Beispiel folgen.

Der VEB Stahl- und Hartgußwerk Bösdorf gehört als Kombinatbetrieb zum VE Kombinat Braunkohle und ist eng mit der Entwicklung des Industriezweiges Braunkohle verbunden. Die Herstellung von bergbautypischen Ersatz- und Verschleißteilen macht den Betrieb zu einem wichtigen Partner in der Kohle-Industrie (1).

Vorgänger des Stahl- und Hartgußwerkes Bösdorf war die 1894 in Leipzig gegründete Firma Max Heller – Stahlhandel. Im Jahre 1917 wechselte die Firma Max Heller Nachfolger zum Standort Bösdorf. Die Enteignung der Firma erfolgte am 17. April 1948 durch den Befehl Nr. 64 der Sowjetischen Militäradministration. Der Grundstein für das Stahl- und Hartgußwerk war somit gelegt (2).

Im Zuge der Entwicklung des Tagebaus Zwenkau des BKW Borna war die völlige Devastierung des Betriebes notwendig. In relativ kurzer Zeit wurde das „Neuwerk Stahl- und Hartgußwerk Bösdorf“ am Standort Knautnaundorf erbaut und konnte im Januar 1984 seiner Bestimmung übergeben werden. Industrieroboter und moderne Fertigungslinien sorgten dafür, daß der VEB Stahl- und Hartgußwerk Bösdorf heute ein leistungsfähiger sozialistischer Großbetrieb ist (3).

Die Leitung der Betriebsparteiorganisation der SED und die Betriebsleitung des Stahl- und Hartgußwerkes nahmen das Jubiläum „40 Jahre volkseigener Betrieb“ im Jahre 1988 zum Anlaß, vor einer breiten Öffentlichkeit die Entwicklung des Werkes in Form einer Ausstellung zu dokumentieren. Eine im Februar 1988 gegründete kleine Arbeitsgruppe „Betriebsgeschichte“ stellte sich der ungewohnten Suche nach Informationen und der Arbeit mit Archivalien. Man holte sich vorerst Hilfe in anderen Betrieben, die auf dem Gebiet der Betriebsgeschichtsschreibung bereits Erfahrungen sammeln konnten. An die Stahlwerker erging in Form eines „Flugblattes“ die Aufforderung, das Vorhaben durch persönliche Mitarbeit, alte Fotos und Dokumente zu unterstützen. Die Sicherung der Materialien im Verwaltungsarchiv hatte leider ergeben, daß nur wenige aussagekräftige Dokumente zur Verfügung standen.

Als besonders wertvoll erwies sich die Hilfe und Unterstützung durch die Arbeiterveteranen. Mehrere Zusammenkünfte mit ihnen lieferten grundsätzliche Informationen, die z. T. durch das Verwaltungsarchiv präzisiert und ergänzt wurden.

Es entstand ein „Abriß der Entwicklung des Stahl- und Hartgußwerkes Bösdorf“. Er war das erste Ergebnis der Forschungsarbeit und konnte gemeinsam mit einer Konzeption der staatlichen Leitung und den gesellschaftlichen Organisationen vorgelegt werden (4). Mit diesen beiden Grundsatzdokumenten bewies die Arbeitsgruppe die Ernsthaftigkeit und Bedeutung ihrer Arbeit und sorgte gleichzeitig für noch größere Resonanz.

Es folgten Wochen angestrebter Forschungsarbeit, deren Endresultat eine umfangreiche Materialsammlung war, die ihren ständigen Platz im Verwaltungsarchiv fand. Das Verwaltungsarchiv konnte selbst zwar nicht im gewünschten Umfang Dokumente zur Verfügung stellen, bemühte sich jedoch um die Beschaffung von Informationen. So entstand eine enge Verbindung zur Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“. Diese stellte beispielsweise die Fotokopie eines Dokuments über den ersten in der DDR hergestellten Elektroschmelzofen zur Verfügung, der 1950 mit einer Kapazität von 3 t im Stahl- und Hartgußwerk zum Einsatz kam (5). Des Weiteren konnte das Verwaltungsarchiv eine umfangreiche Fotosammlung zur Verfügung stellen. Während dieser Arbeiten zeigten sich im Verwaltungsarchiv auch Reserven bei der Sicherstellung, Erschließung und Bewertung von dienstlichem Schriftgut. Es wurde deutlich, daß auch Verwaltungsarchive der Wertkategorie 3 große Verantwortung für die Sicherung von Dokumenten tragen. Das sind wertvolle Erfahrungen für alle Verwaltungsarchive des Kombinats Anlagenbau Braunkohle. Daher wurde dem Verwaltungsarchiv des VEB Stahl- und Hartgußwerk Bösdorf die ständige Aufgabe übertragen, weiterhin alle Materialien, die für die Betriebsgeschichtsschreibung von Interesse sind, zu sammeln und zu ordnen. Dazu gehören neben dem Schriftgut auch Fotos, Erlebnisberichte sowie Artikel aus Zeitungen und Zeitschriften.

Die Ausstellung wurde erstmals zum Empfang des Betriebsdirektors und auf der Festveranstaltung zum Jubiläum im Kulturhaus „Arthur Nagel“ vorgestellt, wobei noch einmal Rückschau gehalten und die Arbeit der Werkstätigen gewürdigt wurde, darunter auch die Initiative der Arbeitsgruppe „Betriebsgeschichte“, die zu einer Betriebsgeschichtskommission ausgebaut werden soll. Ab 18. April 1988 wurde die Ausstellung über einen längeren Zeitraum im Foyer des Speisesaales des VEB Stahl- und Hartgußwerk Bösdorf allen Werkstätigen gezeigt; sie fand große Zustimmung.

Es ist geplant, ein Traditionskabinett zu errichten, das 1991 seiner Bestimmung übergeben werden soll. Dort soll die Ausstellung ihren endgültigen Platz finden.

Das Interesse für die Traditionen und die Entwicklungstendenzen im VEB Stahl- und Hartgußwerk Bösdorf ist geweckt. Um es zu erhalten, sind persönliches Engagement und Interesse an der Arbeit wichtige Voraussetzungen für den Leiter und die Mitarbeiter der Betriebsgeschichtskommission. Es ist ihnen zu wünschen, daß keine „Ruhepause“ bei der Erforschung und Popularisierung der Betriebsgeschichte entsteht und alle geplanten Vorhaben realisiert werden. Letztendlich trägt die Öffentlichkeitsarbeit in einem Großbetrieb auch zur Stimulierung der Arbeit, zum Stolz auf Erreichtes und zur Ausbildung von Geschichtsbewußtsein bei. Es ist ihr also auch an den Stätten der Produktion ein berechtigter Platz einzuräumen.

(1) Kurzcharakteristik VE Kombinat Anlagenbau Braunkohle (innerdienstliche Ausarbeitung).

(2) Urkunde Nr. 1920 (Iff. Nr. 21) der Landesregierung Sachsen zur Enteignung der Firma Max Heller Nachfolger lt. Befehl Nr. 64 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland vom 17. April 1948.

(3) Vgl. insbes. Artikel in der Betriebszeitung „Kampfgefährte“.

(4) Köhn, Hans-Jürgen: Konzeption zur Erforschung und Schreibung der Betriebsgeschichte des VEB Stahl- und Hartgußwerk Bösdorf: Vorbereitung d. 40. Jahrestages. – Knautnaundorf, 1988-03-09.

(5) Vgl.: LVZ 1950-10-09. — Der Kampf um wissenschaftlich-technischen Fortschritt im Landkreis Leipzig: Erfahrungen d. Schmelzer d. VEB Stahl- u. Hartgußwerk Bösdorf in d. Fahrweise d. 3-Tonnen-Lichtbogenofens zur Übererfüllung d. Pläne bei Kostensenkung u. Einsparung von Elektroenergie / SED-Kreisleitung Leipzig-Land. – 3. Folge. – 1961.

## Zur Strategie und Planung der archivari-schen Erschließungsarbeiten im Goethe- und Schiller-Archiv \*

Gerhard Schmid

In der über hundertjährigen Geschichte des Goethe- und Schiller-Archivs haben archivari-sche Erschließungsarbeiten über Jahrzehnte hinweg eine recht geringe Rolle gespielt (1).

In den ersten 35 Jahren nach der Gründung im Jahre 1885 standen die editorischen Arbeiten in Zusammenhang mit der großen Sophien- oder Weimarer Ausgabe der Werke, Tagebücher und Briefe Goethes (2) ganz im Vordergrund. Sie bestimmten zunächst auch die Erwerbungspolitik, die primär darauf gerichtet war, für diese Ausgabe ergänzende Bestände auszumitteln und zu übernehmen. Zugleich aber wurde ein weiterführendes Programm ins Auge gefaßt und mit zunehmendem Erfolg verwirklicht, dessen Ziel es war, das Goethe- und Schiller-Archiv zu einem umfassenden Archiv der deutschsprachigen Literatur auszubauen – ganz im Sinne der Forderungen, die Wilhelm Dilthey in seinem bekannten Aufsatz über die Notwendigkeit von Literaturarchiven 1889 erhoben hatte (3).

Früher oder später mußte sich bei dem mit diesem Programm verbundenen Anwachsen und der zunehmenden Vielseitigkeit des Gesamtbestandes das Bedürfnis nach Findhilfsmitteln geltend machen, nach Verzeichnissen, mit denen die Schätze des Archivs im einzelnen nachgewiesen und für die Benutzung erschlossen werden konnten. Die Notwendigkeit solcher Hilfsmittel hatte man durchaus schon frühzeitig erkannt. Im Interesse der Weimarer Ausgabe mußten entsprechende Arbeiten aber jahrzehntelang zurückgestellt werden. In dem Maße, in dem sich diese Ausgabe ihrem Abschluß näherte, konnten Arbeiten in dieser Richtung nun ernsthaft ins Auge gefaßt werden. Hoffnungsvolle Ansätze, die seit 1917 unternommen und besonders von dem nach kurzer Tätigkeit als Direktor verstorbenen Rudolf Schlösser gefördert wurden, fielen jedoch weitgehend der Krise zum Opfer, in die das Archiv in den 20er und 30er Jahren in finanzieller und personeller Hinsicht geriet. Immerhin soll nicht vergessen werden, daß in dieser Zeit eine umfassende, wenn auch sehr provisorische Kartei erarbeitet wurde, die entsprechend bibliothekarischen Verfahren nach dem Autorenprinzip aufgebaut war und in Zweifelsfällen auch heute noch hier und da nützlich ist.

Im ganzen und unter archivari-schen Maßstäben gesehen muß aber festgestellt werden, daß die Verzeichnung, diese „allerdinglichste und blutnötigste Aufgabe“ – wie Schlösser es formuliert hatte (4) – erst nach der Eingliederung des Goethe- und Schiller-Archivs in die 1953/54 gegründeten Nationalen Forschungs- und Gedenkstätten der klassischen deutschen Literatur systematisch und planmäßig in Angriff genommen werden konnte – also fast 70 Jahre nach der Gründung des Archivs. Von besonderer Bedeutung war dabei, daß erstmals in der Geschichte des Archivs qualifizierte Archivare an die Spitze gestellt und als Mitarbeiter gewonnen wurden. Damit war sichergestellt, daß alle Maßnahmen konsequent von dem Charakter literari-scher Nachlässe als Archivgut ausgingen. Es fanden archivwissenschaftliche Grundprinzipien Anwendung, die sinngemäß den besonderen Bedingungen bei der Bearbeitung persönlicher Archive angepaßt wurden. Ausgehend von Anregungen Willy Flachs, der als Direktor des Staatsarchivs Weimar in den Jahren 1954 bis 1958 zugleich mit der Leitung des Goethe- und Schiller-Archivs betraut war, wurde die Erschließung des auf etwa 60 Nachlässe angewachsenen Gesamtbestandes tatkräftig eingeleitet. Natürlich war es nicht möglich, jetzt in einer einzigen Gewaltanstrengung alles das an wünschenswerter Ordnung und ins einzelne gehender Verzeichnung nachzuholen, was in vielen Jahrzehnten zuvor nicht hatte geleistet werden können. So wurde in Anlehnung an archivari-sche Erfahrungen ein Vorgehen in zwei Stufen vorgesehen: eine vorläufige Ordnung und Verzeichnung als erste Stufe, die darauf gerichtet war, sämtliche Bestände in möglichst kurzer Zeit überschaubar und benutzbar zu machen; und die endgültige, allen Anforderungen der Benutzung entsprechende Erschließung als ein Ziel, das in einem langfristig angelegten Programm zu verwirklicht war (5).

\* Umgearbeitete Fassung eines Vortrages aus Anlaß des hundertjährigen Jubiläums der Namensgebung „Goethe- und Schiller-Archiv“ im Juni 1989.

Die erste Stufe wurde von einem kleinen Kreis engagierter Mitarbeiter unter Leitung von Karl-Heinz Hahn im wesentlichen bis Mitte der 60er Jahre abgeschlossen, und zugleich wurde ein Bestandsverzeichnis, eine Bestandsübersicht des GSA vorbereitet, die schon 1961 im Druck veröffentlicht werden konnte (6). Im Anschluß daran waren eine Reihe neu übernommener Bestände – wie das Nietzsche- und das Liszt-Archiv – vorläufig zu erschließen und die sehr umfangreiche Aufgabe einer Sicherungsverflüchtung der Bestände zu bewältigen. Zugleich geriet aber in den 60er Jahren das langfristige Programm der endgültigen Erschließung ins Stocken. Es trat gegenüber den neu in Angriff genommenen bzw. ins Archiv überführten Editionsunternehmen in den Hintergrund, an denen – wie besonders an der Gesamtausgabe der Briefe an Goethe in Regestform – auch archivische Mitarbeiter mit eingesetzt wurden (7). Erst in den 70er Jahren wurde der ursprüngliche Ansatz planmäßig wieder aufgenommen, wobei zunächst – um einen wissenschaftlich fundierten Ausgangspunkt zu schaffen, aber auch wegen zu geringer personeller Möglichkeiten – analytische und konzeptionelle Arbeiten zu leisten waren. Am Anfang stand eine „Analyse des Erschließungsstandes“ (1973). Sie bildete die Grundlage für die „Ordnungs- und Verzeichnungsgrundsätze des GSA“, die 1976 abgeschlossen werden konnten. Hier ist nun im einzelnen festgelegt, nach welchen Prinzipien der endgültigen Erschließung die Bestände gebildet, abgegrenzt und geordnet werden sollen und welche Verzeichnungsangaben bei Werkmanuskripten, Briefen, Tagebüchern und anderen in literarischen Nachlässen auftretenden Dokumenten erforderlich sind. Damit wurde zugleich in aller Klarheit deutlich, welche zeitraubenden, ins einzelne gehenden Nachforschungen und Ermittlungen, Schriftanalysen und literaturwissenschaftlichen Bestimmungen bei den meisten Beständen noch erforderlich sind, um z. B. Autoren von Werkmanuskripten zu ermitteln, die unterschiedlichen Überlieferungsformen von Manuskripten und Briefen festzustellen, unbekannte Briefabsender, -empfänger und -daten zu bestimmen, umfangreiche „Varia“-Reste aufzuarbeiten und insgesamt die angestrebte, erforderliche Qualität und Aussagekraft der Verzeichnungsangaben zu erreichen.

Der erste größere Bestand, an dem die neuen Grundsätze erprobt wurden und für den damit ein endgültiges Findbuch entstand, war das Schillerarchiv. Erfahrungen wurden auch an einigen mittleren und kleineren Beständen gesammelt (F. H. v. Einsiedel, K. B. Hase, M. v. Meysenbug, K. W. Müller, F. W. Riemer). Im Zusammenhang mit diesen Arbeiten an endgültigen archivinternen Hilfsmitteln kam aber auch erneut das Problem der für die wissenschaftliche Öffentlichkeit bestimmten Verzeichnisse zur Diskussion. Als Übersicht solcher Art lag seit 1961 das obengenannte Bestandsverzeichnis vor. Es bot einen umfassenden Überblick über den zu diesem Zeitpunkt vorhandenen Gesamtbestand des Archivs und hatte in der Praxis der Benutzung und Auskunftstätigkeit vielfach seinen Nutzen bewährt. Gegen Ende der 70er Jahre entsprach es jedoch nicht mehr den Anforderungen. Prinzipiell auf der Grundlage eines vorläufigen, unvollständigen Erschließungszustandes erarbeitet, spiegelte es in vielen Fällen nicht mehr den inzwischen erreichten Stand der Erschließung wider. So enthielt es z. B. noch die archivwissenschaftlich zwiespältige Abteilung der „Teilnächlässe und Einzelhandschriften“, deren Inhalt schon Ende der 60er Jahre aufgelöst und in konsequenter Anwendung archivtheoretischer Prinzipien teils nach dem Provenienzprinzip den Nachlässen, teils nach dem Autorenprinzip der neu eingerichteten Autographensammlung zugewiesen worden war. Außerdem war seit 1961 – nicht zuletzt durch die Bestandsabgrenzung mit der Handschriftenabteilung der ehem. Thüringischen Landesbibliothek – eine erhebliche Zahl von Neuzugängen zu verzeichnen, so daß sich die Zahl der Bestände von ca. 60 im Jahre 1961 auf über 100 im Jahre 1980 erhöht hatte.

Damit ergab sich für die weitere Planung von Hilfsmitteln für die wissenschaftliche Öffentlichkeit eine Alternative von grundsätzlicher Bedeutung:

- Sollte eine Neubearbeitung des Bestandsverzeichnisses von 1961 vorgenommen, also eine auf den neuesten Stand gebrachte Übersicht in einem Band veröffentlicht werden;
- oder war das GSA in der Lage, ein Gesamtinventar ins Auge zu fassen, d. h. eine Veröffentlichung in einer größeren Zahl von Bänden zu planen und zu realisieren, in der der Inhalt aller Bestände im ein-

zelnen nachgewiesen wird, verbunden mit Informationen über den Bestandsbildner und zur Bestandsgeschichte?

Die Erörterungen über diese Frage gingen davon aus, daß das Gesamtinventar die arbeitsaufwendigste und umfangreichste Form der für die Veröffentlichung bestimmten Archivhilfsmittel ist, aber auf die Dauer auch den höchsten Nutzen und die höchste Effektivität gewährleistet (8). Seine Bedeutung nimmt in dem Maße zu, in dem die Kenntnisse und Fähigkeiten der Benutzer im Umgang mit Archivbeständen abnehmen. Vielfache Erfahrungen in den vergangenen Jahrzehnten haben gezeigt, daß die Archive diesen abnehmenden Kenntnissen mit einer intensiveren Informationstätigkeit entgegentreten müssen, wenn sie den ihrer Verantwortung anvertrauten Schatz an archivalischen Quellen für die Gesellschaft bestmöglich nutzbar machen wollen.

Je konkreter, je ins einzelne gehender die Informationen dabei sind, um so mehr sind sie geeignet, zu entsprechender Nutzung anzulegen. Das gilt in ganz besonderem Maße für ein Literaturarchiv, bei dem die Interessen der Benutzer stärker als bei anderen Archivtypen auf konkret bestimmbare Einzeldokumente – bestimmte Werke, Briefe usw. – gerichtet sind. Verstärkte Motivation und Begründung findet dieses Benutzerinteresse durch die Überlieferungssituation bei literarischen Nachlässen, die durch weitgehende Zersplitterung gekennzeichnet ist. Wenn zahlreiche persönliche Archivbestände auf verschiedenste Archive, Bibliotheken, Museen und sonstige Sammlungen verstreut sind, ist es ein legitimes Anliegen der Forschung, daß jede Institution ihren Bestand im einzelnen in öffentlich zugänglicher Form nachweist. Damit kann viele zeitraubende Sucharbeit eingespart und ein durch Unkenntnis bedingtes Übersehen relevanter Quellen verhindert werden.

Ausgehend von diesen Überlegungen, haben die Archivare des GSA schon 1976 beschlossen, mit den Vorarbeiten für die Veröffentlichung eines Gesamtinventars zu beginnen. Dabei waren zunächst vielfältige Grundsatz- und methodische Fragen zu klären. Sie wurden in den Jahren 1976 bis 1981 intensiv beraten, wobei – im Nachhinein betrachtet – auch mancher Weg im Kreise und mancher Irrweg begangen wurde. Als ein solcher erwies sich insbesondere der immer wieder auftauchende und diskutierte Wunsch, das Inventar mit dem Anliegen von archivübergreifenden Gesamtüberlieferungsverzeichnissen zu den Nachlässen einzelner Dichter – natürlich vor allem Goethes und Schillers – zu verbinden. Erst eine Beratung im Oktober 1982, in der das Projekt einem Gremium geladener Fachkollegen aus unterschiedlichen Einrichtungen vorgestellt wurde, brachte hier schließlich die erforderliche Klärung im Sinne einer Konzentration der Kräfte auf das Machbare, das im Nachweis der eigenen Bestände zu sehen ist. In der Folgezeit wurden die konzeptionellen Arbeiten entsprechend abgeschlossen und mit dem Böhlau-Verlag die erforderlichen Absprachen getroffen. Wenn dabei aus verlegerischen Gründen eine lose Reihe unter dem Titel „Inventare des GSA“ vereinbart wurde, so ändert das nichts daran, daß sich das Archiv mit diesem Unternehmen dem Anspruch stellt, ein „Gesamtinventar“ seiner Bestände im Sinne der Lehre von den archivischen Hilfsmitteln vorzulegen. Die Konzentration auf das Machbare bestimmte auch die Arbeit an den „Grundsätzen für die Inventare des GSA“, die 1986 in einer ersten Fassung vorlagen und 1988 ihre abschließende Gestalt erhielten; und das gleiche gilt für die Erprobung dieser Grundsätze am Inventar des Schillerbestandes, das gewissermaßen als Pilotprojekt des Unternehmens 1982 begonnen und dem Verlag Mitte 1986 im Manuskript übergeben wurde und das jetzt erschienen ist (9). Ein von den archivinternen Findhilfsmitteln übernommenes Grundprinzip durchdrang dabei von Anfang an die Arbeiten: die Konzentration auf diejenigen Angaben, die erforderlich sind, um zu gesuchten Quellen *hinzuführen*. Es muß jede Information gegeben werden, die den Interessenten instand setzt zu beurteilen, ob ein bestimmtes Archivale für ihn von Interesse ist; und andererseits kann und muß auf alle Angaben verzichtet werden, die zu diesem Urteil nichts beitragen, z. B. Informationen über Merkmale formaler Art, wie Format, Einband u. ä., wie sie z. B. vielfach bei bibliothekarischen Handschriftenbeschreibungen üblich sind. Von dem gleichen Grundprinzip war auch die Regel abzuleiten, daß die Inventare weder eine eingehende Beschreibung der Manuskripte leisten können, wie sie etwa im Kommentarteil einer historisch-kritischen Ausgabe zu verlangen ist, noch in irgendeiner Wei-

se auch nur Aspekte einer interpretatorischen Betrachtung der Archivalien einbeziehen können.

In bestimmten Punkten hat die Arbeit am Schiller-Inventar auch zur Klärung von Problemen geführt, die vor Beginn der praktischen Arbeiten nicht oder nicht in vollem Umfang zu überblicken waren. Das trifft zunächst zu für die Frage, wie sich Findbuch und Inventar zueinander verhalten. Je deutlicher die Aufgabe und Funktion der Inventare herausgearbeitet wurde, um so notwendiger wurde es, sie gegenüber den Findbüchern klar abzugrenzen, um Doppelarbeit und unnötigen Aufwand zu vermeiden. Beim Schillerbestand war zunächst das Findbuch entstanden und dann das Inventar erarbeitet worden. Die dabei gewonnenen Erfahrungen zeigten, daß es wesentlich rationeller ist, in Zusammenhang mit der endgültigen Bearbeitung eines Bestandes beide Hilfsmittel gleichzeitig herzustellen. So wird bei dem in diesem Jahr in Angriff genommenen Inventar des Goethe-Bestandes bereits verfahren, wobei nun eine klare Funktionstrennung zugrunde liegt:

- Das Findbuch dient als archivinternes Hilfsmittel für Nachweis, Kontrolle und Verwaltung der Bestände. Es wird auf die für seine Funktion erforderlichen Angaben beschränkt und kann infolgedessen z. B. auf alle Verweise, Zweitverzeichnungen und sonstige vom Inhalt her bestimmten Zusatzangaben verzichten. Andererseits erfordert seine Nachweisfunktion in bestimmten Fällen auch quantitativ detailliertere Angaben, als im Inventar notwendig sind; z. B. ist es im Findbuch nicht zweckmäßig, die Angaben für mehrere Archivalieneinheiten summarisch zusammenzufassen.
- Das Inventar dient als hauptsächliches Instrument für den Benutzungs- und Auskunftsdienst wie überhaupt für die Information der interessierten Öffentlichkeit. Seine Verzeichnungsangaben sollen die Aussagemöglichkeiten und -qualitäten der Archivalien für die unterschiedlichen Forschungsinteressen im einzelnen erkennen lassen. Das erfordert in bestimmten Fällen eine höhere Intensität der Angaben, als im Findbuch notwendig ist; sie kommt insbesondere in umfangreichen Zweitverzeichnungen, in Verweisen und inhaltlichen Erläuterungen zum Ausdruck. Andererseits können im Inventar Angaben über mehrere Archivalieneinheiten und u. U. sogar über ganze kleinere Archivaliengruppen, die im Findbuch einzeln verzeichnet sind, in summarischer Zusammenfassung erscheinen.

Eine besondere Rolle bei den Inventaren spielt die eben erwähnte Zweitverzeichnung, und auch hier haben die Erfahrungen des Schiller-Inventars wesentlich zur Klärung beigetragen. Dieses Verfahren besteht – kurz gesagt – darin, daß bestimmte Archivalien vollständig oder auszugsweise an mehreren Stellen des Inventars verzeichnet werden; und zwar geschieht dies in zwei unterschiedlichen Fällen, zu zwei unterschiedlichen Zwecken:

- zum einen, um Archivalien sowohl unter dem Aspekt ihres Herkunftszusammenhangs, ihrer archivischen Provenienz, als auch unter dem Namen des Verfassers oder Absenders greifbar zu machen, ohne daß umständliche Umordnungen vorgenommen werden müssen; auf diese Weise werden also im Nachlaß eines Autors auch diejenigen von seiner Hand stammenden Manuskripte und Briefe erfaßt, die sich provenienzgemaß in anderen Nachlässen befinden;
- zum anderen benutzen wir die Zweitverzeichnung, um innerhalb eines Nachlasses für die Benutzung relevante Zusammenhänge zwischen solchen Archivalien nachzuweisen, die nach dem zugrundegelegten Ordnungssystem an verschiedenen Stellen eingeordnet sind und bleiben müssen; so werden z. B. in der Reihe der ein- und ausgegangenen Briefe in einem Nachlaß auch diejenigen – oft sehr zahlreichen – Briefe erfaßt, die etwa in Zusammenhang mit Werkmanuskripten oder persönlichen Akten überliefert sind und aus diesem Zusammenhang auch nicht herausgenommen werden können.

Das Verfahren der Zweitverzeichnung verbindet so die charakteristischen Vorzüge der archivischen Erschließung auf der Basis der Provenienz, der gewachsenen Entstehungs- und Herkunftszusammenhänge der Nachlässe, mit bestimmten Elementen einer bibliothekarischen Katalogisierung nach Autorennamen. Ein solches kombiniertes Vorgehen, das den sehr unterschiedlichen Anforderungen und Inter-

essen der Benutzung bestmöglich entgegenzukommen sucht, entspricht auch in besonderem Maße der Bestandssituation im GSA. Hier gibt es, vor allem aus der Zeit des klassischen Weimar, eine große Anzahl von Beständen, die in vielfältiger Weise miteinander verflochten sind, in denen enge Kontakte zwischen den als „Nachlaßbildnern“ auftretenden Personen dokumentiert werden. Das Verfahren der Zweitverzeichnung soll dazu dienen, diese Verflechtungen sicht- und nutzbar zu machen.

Mit dem Projekt der Inventare des GSA haben wir einen neuen Weg beschritten, um das uns anvertraute Erbe der Vergangenheit mit modernen archivwissenschaftlichen Methoden auch für die Nutzung durch künftige Generationen zu erschließen. Wir glauben, daß wir methodisch auf dem richtigen Wege sind und von archivwissenschaftlich fundierten Positionen aus einen Beitrag zur Entwicklung der Theorie und Praxis der Literaturarchive geleistet haben. Ich betone das, weil vor kurzem eine vom bibliothekarischen Modell ausgehende Veröffentlichung über Richtlinien zur Verwaltung und wissenschaftlichen Erschließung von Nachlässen in Literaturarchiven erschienen ist (10). Wir werden uns mit dieser sehr anregenden, aber auch zum Widerspruch herausfordernden Publikation auseinanderzusetzen haben und können in diesem Zusammenhang nur bedauern, daß es uns in den Jahren nach 1976 nicht ermöglicht wurde, unsere „Ordnungs- und Verzeichnungsgrundsätze“ zu veröffentlichen. Sie hatten damals ein weitreichendes Interesse gefunden, konnten aber in der Form einer internen Vervielfältigung nicht die Breitenwirkung erreichen, die vielleicht möglich gewesen wäre.

Das Projekt der endgültigen Bearbeitung der Bestände in Verbindung mit der Veröffentlichung entsprechender Inventare wird auf lange Zeit den Schwerpunkt der archivischen Arbeiten im GSA bilden. Wir wissen, daß dieses Unternehmen hohe Ansprüche mit sich bringt, die eine Herausforderung aller Kräfte darstellen, und daß es einen hohen Aufwand erfordert. Die Arbeiten sind von einem kleinen Team zu leisten, das – ausgehend von einem unterschiedlichen Erfahrungsstand – in diese Aufgabe erst hineinwachsen muß und zugleich eine Vielzahl archivischer Tagesaufgaben in der Benutzungs- und Auskunftstätigkeit wie in anderen Bereichen zu bewältigen hat. Aber wir denken doch, daß wir die Kraft haben, diese Herausforderung zu bestehen und das Vorhaben zunächst einmal auf einen guten Weg zu bringen. Und wir gehen dabei von der Überzeugung aus, daß es auch in der Archivarbeit großer, über die Tagesaufgaben hinausreichender Ziele bedarf, um alle Kräfte und Fähigkeiten zu wecken.

(1) Vgl. hierzu und zum folgenden: Schreckenbach, H.-J.: Die Verzeichnung der Bestände im Goethe- und Schiller-Archiv. – In: AM 6(1956). – S. 117–126. — Goethe- und Schiller-Archiv: Bestandsverzeichnis / bearb. von K.-H. Hahn. – Weimar, 1961. – Einleitung, S. 23–29. — Hahn, K.-H.: Das Goethe- und Schiller-Archiv in Weimar. – In: AM 29(1979). – S. 192–195. — Schmid, G.: 100 Jahre Goethe- und Schiller-Archiv. – In: Goethe-Jahrbuch. – Weimar 102(1985). – S. 251–264.

(2) Goethes Werke / hrsg. im Auftr. d. Großherzogin Sophie von Sachsen. – Abt. I. Werke. – Bd. 1–55. – Weimar, 1887–1918. – Abt. II. Naturwissenschaftliche Schriften. – Bd. 1–13. – Weimar, 1890–1906. – Abt. III. Tagebücher. – Bd. 1–15. – Weimar, 1887–1919. – Abt. IV. Briefe. – Bd. 1–50. – Weimar, 1887–1912.

(3) Dilthey, W.: Archive für Literatur. – In: Deutsche Rundschau. – Berlin 58(1889). – S. 360–375. – Jetzt auch in: Gesammelte Schriften. – Bd. 15. – Stuttgart; Göttingen, 1970.

(4) Bericht Schlössers vom 28. 8. 1918 an die Großherzogliche Schatullverwaltung. – Goethe- und Schiller-Archiv: Institutsarchiv/GSA alt Nr. 53 Bl. 409.

(5) Vgl. Schreckenbach (s. Anm. 1), S. 119, 123.

(6) Vgl. Anm. 1.

(7) In Wiederaufnahme der mit der „Weimarer Ausgabe“ der Werke Goethes begründeten Tradition archiveigener Editionsunternehmen wird im Goethe- und Schiller-Archiv seit Mitte bzw. Ende der 60er Jahre an der Helne-Säkularausgabe, der Herder-Briefausgabe und der Gesamtausgabe der Briefe an Goethe in Regestform gearbeitet.

(8) Vgl. Rudnik, Ch.: Das Gesamtinventar als Hilfsmittel zur Erschließung der Bestände eines Literaturarchivs. – Berlin, Humboldt-Univ., Sektion Geschichte; Bereich Archivwiss., Hausarb. im Postgradualen Stud., 1981. – Masch.-schr.

(9) Inventare des Goethe- und Schiller-Archivs / hrsg. von d. Nat. Forschungs-u. Gedenkstätten d. klass. dt. Lit. in Weimar – Goethe- und Schiller-Archiv. – Bd. 1. Schillerbestand / Redaktor: G. Schmid. – Weimar, 1989.

(10) König, Ch.: Verwaltung und wissenschaftliche Erschließung von Nachlässen in Literaturarchiven: österr. Richtlinien als Modell / hrsg. vom Forschungsinst. „Brenner-Archiv“ (Innsbruck). – München; New York; London; Paris, 1988. – (Literatur und Archiv; Bd. 1).

Die Erschließung der Bestände des Goethe- und Schiller-Archivs erfolgt nach einem langfristig angelegten Programm. Nachdem bis Mitte der 60er Jahre alle Bestände in einer vorläufigen Form benutzbar gemacht worden waren, wird seit den 70er Jahren an der endgültigen, allen Anforderungen der Benutzung genügenden Erschließung gearbeitet. Die Grundlage bildeten dabei von Anfang an archivwissenschaftliche Prinzipien, die sinngemäß den besonderen Bedingungen eines Literaturarchivs angepaßt wurden. Das gilt auch in spezieller Weise für das jetzt in Angriff genommene mehrbändige Gesamtinventar des Archivs, in dem der Inhalt der Bestände in einer nach ihrer Bedeutung differenzierten, aber insgesamt sehr hohen Intensität der wissenschaftlichen Öffentlichkeit vorgestellt wird.

Изыскания в фондах архива Гете и Шиллера осуществляются в соответствии с долговременной программой. После того как к середине 60-х гг. все фонды были приведены во временную рабочую форму, с 70-х гг. проводится окончательная, полнее отвечающая требованиям пользования обработка фондов. Основу этого с самого начала составили архивоведческие принципы, творчески использованные в особых условиях литературного архива. В еще большей степени это относится к предпринятой в настоящее время многотомной общей инвентаризации архива, в результате которой содержание фондов будет представлено научной общественности с дифференцированной по значению фондов, но в общем, большей интенсивностью.

A long-term programme is underway for the classification of the contents of the Goethe and Schiller archive. By the mid-1960s all the archive groups were available in a temporary yet usable form, and since the 1970s work has been carried out on definitive classification to satisfy all the demands of the readers. From the beginning, its foundation has been based on archive scientific principles, which have been adapted accordingly, to meet the particular requirements of a literary archive. This also applies especially to the compilation of a multivolume general inventory of the archive which has now been embarked upon. The contents of the archive will be comprehensively presented to the academic public with even greater emphasis on the most important material.

Le classement des fonds des archives de Goethe et Schiller se fait suivant un programme conçu à long terme. Si l'ensemble des fonds ont été préparés à la communication, dans une forme provisoire, vers 1965, on travaille, depuis les années soixante-dix, systématiquement à en assurer l'accessibilité définitive répondant à toutes les nécessités de la communication. Dès le début, on a suivi les principes d'archivistiques qui ont été adaptés, par analogie, aux conditions particulières régissant les archives littéraires. Cette approche a été tout spécialement adoptée pour l'inventaire général des archives dont l'établissement vient de commencer et qui se composera de plusieurs volumes. Cet inventaire présentera au public scientifique les contenus des fonds d'archives selon leur importance différenciée et marquées en même temps par une très grande intensité.

Sobre la base de un programa concebido a largo plazo se ponen en utilización los fondos del archivo de Goethe y Schiller. Después de haber posibilitado el acceso provisional a todos los fondos hasta mediados de los años sesenta, se ha trabajado desde los años setenta por lograr una utilización completa que satisfaga todas las exigencias. Desde un inicio, los principios científicos de la labor de archivo adaptados analógicamente a las condiciones especiales de un archivo literario han formado el fundamento. Lo mismo se refiere, en particular, al inventario general del archivo, que existe en varios tomos, iniciado hace poco, que presenta al mundo científico el contenido de los fondos en una intensidad muy alta, pero diferenciado según su importancia.

## Das Archiv der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft beim Zentrallausschuß

Barbara Lange

### 1. Zur Geschichte der Gesellschaft

Mit der Gründung der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion am 30. Juni 1947 wurde einem wachsenden Bedürfnis der deutschen Bevölkerung nach Informationen über die Sowjetunion Rechnung getragen. Nachdem sich bereits im Jahre 1946 in einigen Städten der Sowjetischen Besatzungszone Zirkel, Klubs und Wissenschaft im vorrevolutionären Rußland und in der Sowjetunion befaßten, entstanden Anfang 1947 in 14 Ortsgruppen des Kulturbundes Sektionen zum Studium der Kultur der Sowjetunion. Im Mai und Juni 1947 bildeten sich in den Ländern und Provinzen der Sowjetischen Besatzungszone Initiativkomitees, die sich aus namhaften Wissenschaftlern, Künstlern und Vertretern des öffentlichen Lebens zusammensetzten und zur Gründung von Landesgesellschaften bzw. örtlichen Gruppen zum Studium der Kultur der Sowjetunion aufriefen. Daraufhin trat im Juni 1947 ein Vorbereitungsausschuß zusammen, der an die SMAD den Antrag zur Gründung einer Organisation stellte, die sich offensiv mit dem Antisowjetismus auseinandersetzte und die Aneignung sowjetischer Kultur sowie der Ergebnisse sowjetischer Wissenschaft und Technik fördern wollte. Diesem Antrag wurde von der SMAD stattgegeben. An der Gründungsversammlung der zentralen Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion nahmen im Haus der Kultur der Sowjetunion in Berlin Interessensvertreter der Studiengesellschaft aus allen Ländern der Sowjetischen Besatzungszone und aus Berlin teil. Die SMAD vertrat S. I. Tülpanow, der Leiter der für die Zusammenarbeit mit den antifaschistisch-demokratischen Parteien und Massenorganisationen verantwortlichen Informationsverwaltung. Auf der Gründungsversammlung wurden die Ausarbeitung eines vorläufigen Statuts beschlossen und ein Vorstand gewählt, dem Jürgen Kuczynski als Präsident und Anna Seghers als Vizepräsident angehörten. Einige Wochen später übernahm Hans Mark die Funktion des Generalsekretärs (1). Mit der Gründung einer Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion wurden die Gedanken der beiden im Jahre 1933 nach Errichtung der faschistischen Diktatur aufgelösten Vorgängerorganisationen, der „Gesellschaft der Freunde des neuen Rußland“ und des „Bundes der Freunde der Sowjetunion“, wieder aufgenommen und weitergeführt (2). Der Unterstützung der propagandistischen Arbeit und der Verbreitung russischer und sowjetischer Literatur unter den Deutschen diente der am 1. November 1947 ins Leben gerufene Verlag „Kultur und Fortschritt“ in Berlin, der als Verlag der Gesellschaft für DSF bis zum Jahre 1963 bestand und dann mit dem Verlag „Volk und Welt“ in Berlin vereinigt wurde. Die Umbenennung der „Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion“ in „Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft“ fand auf dem 2. Kongreß der Gesellschaft am 1. Juni 1949 statt. Der Organisationsaufbau und die Tätigkeit der Gesellschaft für DSF wurden durch das Prinzip des demokratischen Zentralismus bestimmt. Der Kongreß, der in der Regel alle fünf Jahre stattfand, war das höchste Organ der Gesellschaft, das den Zentralvorstand, den Präsidenten der Gesellschaft und die Zentrale Revisionskommission wählte. Zwischen den Kongressen leitete der Zentralvorstand die Tätigkeit der Organisation. Er wählte den Vizepräsidenten, das Präsidium des Zentralvorstandes, die Sekretäre sowie weitere Mitglieder des Sekretariats. Zwischen den Zentralvorstandstagen leitete das Präsidium die Arbeit der Organisation, der Vizepräsident im Auftrag des Präsidiums das Sekretariat. Bislang standen als Präsidenten an der Spitze der Gesellschaft Jürgen Kuczynski (1947–1950), Friedrich Ebert (1950–1958), Georg Handke (1958–1963), Johannes Dieckmann (1963–1968), Lothar Bolz (1968–1978) und Erich Mückenberger (1978–1989). Die Gesellschaft ist nach dem Territorial- und Produktionsprinzip aufgebaut. Die Bezirksorganisationen, die sich im Jahre 1952 aus den Landesgesellschaften gebildet hatten, untergliedern sich in Kreisorganisationen. Die Delegiertenkonferenzen wählten als höchstes Organ der Bezirks- bzw. Kreisorganisation den Bezirks- bzw. Kreis-

vorstand. Auf den Jahreshauptversammlungen, den höchsten Organen der Grundeinheiten, wurden die Vorstände der Grundeinheiten gewählt, die eng mit den Grundorganisationen der SED und der anderen gesellschaftlichen Organisationen zusammenarbeiteten. Sie stützten sich vor allem auf die Tätigkeit der DSF-Gruppenleiter (3). Zu den Auszeichnungen, die von der Gesellschaft vergeben wurden, gehören das Ehrenbanner des Zentralvorstandes, die Ehrennadel in Silber und Gold, die Ehrenurkunde und die Eintragung in das Ehrenbuch des Zentralvorstandes bzw. der Bezirksvorstände, die Verleihung des Ehrennamens „Kollektiv Deutsch-Sowjetische Freundschaft“ bzw. der Ehrenplakette, die Johann-Gottfried-Herder-Medaille in Bronze, Silber und Gold sowie der Kunstpreis der Gesellschaft für DSF.

## 2. Zur Geschichte des Archivs und zu seiner Tätigkeit

Der Aufbau eines Archivs der Gesellschaft für DSF wurde bereits wenige Jahre nach ihrer Gründung veranlaßt. Dies spiegelt sich in der ersten Archivverordnung des Zentralvorstandes vom 10. März 1954 (4) wider, die auf der Verordnung über das Archivwesen der DDR vom 13. Juli 1950 (5) basierte und mit ihren im Grundsatz noch heute gültigen Vorschriften für die Übernahme und Bearbeitung der Archivalien eine gute Arbeitsgrundlage gegeben hätte. Ihr angegliedert war eine „Dokumentationsordnung“, die im Sinne der positiven Wertauslese alle Dokumente auswies, die als Archivgut gelten. Dazu verfügte sie die Erfassung und Registrierung von Dia-Bildstreifen, Broschüren, Flugblättern, Plakaten, Abzeichen und Emblemen, Fotos, Belegen zur Zeitgeschichte, Geschenken ausländischer Delegationen, Bildmappen und Fotoalben. Offensichtlich aus Mangel an geeigneten Kadern kam diese Ordnung nicht zum Tragen, und so wurde am 19. September 1961 vom Sekretariat des Zentralvorstandes erneut die Einrichtung eines Archivs beschlossen, das dem Büro des Sekretariats unterstellt werden sollte. Die am 11. April 1962 erlassene „Richtlinie für den Aufbau eines Archivs“ entsprach den Festlegungen der im Jahre 1954 erarbeiteten Archivrichtlinie und behielt ihre Gültigkeit bis zur Verabschiedung der Archivordnung vom 13. November 1980 (6), die gleichzeitig die Benutzungsordnung und einen Einheitsaktenplan umfaßt. Das vorliegende Dokument entsprach voll den Prinzipien der Verordnung über das staatliche Archivwesen der DDR vom 11. März 1976 (7).

Trotz der vorhandenen Leitungsdokumente wurde dem Archiv in den sechziger und siebziger Jahren nicht die entsprechende Bedeutung beigemessen. Dies zeigte sich darin, daß die im Archiv tätigen Mitarbeiter keine archivarische Ausbildung besaßen und um die technische Ausstattung sowie um geeignete Räumlichkeiten kämpfen mußten. Die Akten wurden ohne Übergabeprotokolle dem Archiv übergeben, blieben in Hebelordnern und wurden lediglich, getrennt nach den abgehenden Abteilungen, in Regale gestellt. Auch Karteien über die teilweise äußerst wertvollen, weil einmaligen, Drucksachen der Gesellschaft oder über die sonstigen Sammlungen existieren nicht. Eine Benutzung des Archivs war daher faktisch unmöglich. Nur in Ausnahmefällen erhielten Historiker die Genehmigung, in Akten Einsicht zu nehmen, die mühsam gesucht werden mußten. Dank gebührt den Mitarbeitern des Archivs jedoch dafür, daß sie sich engagiert für die Erfassung und Sicherung des wertvollen Archivgutes eingesetzt haben. Die Unterstellung des Archivs wurde im Laufe der Jahrzehnte verändert. Bis zum 27. November 1967 gehörte es zum Büro des Sekretariats, ab 28. November 1967 zum Bereich des Sekretärs für Agitation und Propaganda, der es dem Abteilungsleiter Agitation und Propaganda zuordnete. Seit dem 1. Januar 1989 ist es dem Mitglied und Sekretär des Präsidiums für Agitation und Propaganda direkt unterstellt und seit dem 1. Mai 1989 ein Sektor. Damit wurde der wachsenden Rolle des Archivs als einer zentralen Einrichtung der Gesellschaft für DSF Rechnung getragen, die mit ihren Unterlagen nicht nur die Arbeit der Abteilungen des Zentralvorstandes unterstützt, sondern inzwischen auch in verstärktem Maße Quellen für die historischen Forschungen zur Geschichte der Gesellschaft für DSF und für die ersten Jahre der Geschichte der DDR bereitgestellt hat. Mit einer ordnungsgemäßen Archivarbeit konnte erst nach Einstellung eines archivarischen Fachkaders am 1. August 1981 begonnen werden. Da die Leitungsdokumente über die Archivarbeit denen des staatlichen Archivwesens entsprechen, benötigten sie in der Folgezeit nur eine Aktualisierung. Der Aktenplan wurde jedoch noch im Jahre 1981 über-

arbeitet und bedarf seitdem noch immer seiner strikten Durchsetzung sowohl im Zentral- als auch in den Bezirks- und Kreisvorständen.

## 3. Zur archivalischen Überlieferungslage im Archiv der Gesellschaft für DSF und zum Erschließungszustand

Das Archiv der Gesellschaft für DSF mit seinem Sitz beim Zentralvorstand in Berlin verwaltet als Endarchiv den Archivfonds der Gesellschaft und ist zuständig für das dienstliche Schrift- und das Archivgut des Zentralen Hauses der DSF in Berlin. Es erwirbt Nachlässe und Veteranenaufzeichnungen von Personen, die in der „Gesellschaft der Freunde des neuen Rußland“ und in dem „Bund der Freunde der Sowjetunion“ eine bedeutende Rolle gespielt haben, erfaßt Bild- und Tondokumente, Plakate, Flugblätter aus der Tätigkeit der Gesellschaft sowie die vom Zentralvorstand und von den Bezirksvorständen herausgegebenen Druckschriften, Dia-Ton-Vorträge, Wandzeitungsmaterialien, Kleinausstellungen, Geschenke der Schwestergesellschaften und andere Sachzeugen von historischem Wert. Außerdem werden Abzeichen der Gesellschaft zu verschiedenen Anlässen, alte Mitgliedsbücher und Sondermarken gesammelt. Eine Autographensammlung wurde ebenfalls aufgebaut. Seit dem 1. Januar 1987 ist dem Archiv ein Bildarchiv zugeordnet, das alle Bilddokumente über die Tätigkeit der Gesellschaft erfaßt und erschließt. Im Jahre 1988 wurden die im Zentralen Haus der DSF gesammelten Bildmaterialien übernommen. In den vergangenen Jahren sind etwa 90 % der im Archiv befindlichen Archivalien bewertet und OVG-gemäß verzeichnet worden. Personen- und Ortsregister wurden angelegt. Eine nach Stichworten geordnete Beschlüßkartei unterstützt die Leitungstätigkeit des Zentralvorstandes ebenso wie die wissenschaftlichen Forschungen und wird ständig durch die Einarbeitung neu gefaßter Beschlüsse ergänzt. Die im Archiv gesammelten Plakate sind nur zu einem geringen Teil aufgearbeitet. Für die bisher 600 Kleinausstellungen und Wandzeitungsmaterialien, 591 Dia-Ton-Vorträge, 495 Bildserien sind Nachweise in Form von Karteikarten vorhanden, die, nach sachlichen Gesichtspunkten geordnet, einen schnellen Zugriff sichern. Die Autographensammlung, die sich aus Schriftstücken bedeutender Politiker, Wissenschaftler, Künstler und Schriftsteller zusammensetzt, vereinigt inzwischen 1 050 Autographe, die kartemäßig erfaßt sind. Darunter befinden sich Autographe so bedeutender Schriftsteller wie Johannes R. Becher, Willi Bredel, Werner Eggerath, Konstantin Fedin, Bernhard Kellermann, Martin-Andersen-Nexö, Herbert Otto, Ludwig Renn, Anna Seghers, Erwin Strittmatter, Inge von Wangenheim, Hedda Zinner und Arnold Zweig.

Die 2 200 bibliographisch erfaßten, vom Zentralvorstand und den Bezirksvorständen herausgegebenen Druckschriften bilden eine wertvolle Ergänzung zu den archivalischen Quellen. Die durch Schlagwort- und Verfasserkartei erschlossenen Veröffentlichungen beinhalten auch die im Verlag „Kultur und Fortschritt“ herausgegebenen Periodika, zu denen die illustrierte Wochenzeitung „Friedenspost“, die illustrierte Monatszeitschrift „Die Neue Gesellschaft“ und die „Presse der Sowjetunion“ gehören (8). Zu den verantwortlichen Redakteuren der „Neuen Gesellschaft“ zählten Bernward Gabelin, Hans Mark und seit dem Heft 9/1948 Harald Hauser, der die Zeitschrift bis zu ihrer Einstellung im Dezember 1953 maßgeblich gefördert hat. Langjähriger Chefredakteur der „Presse der Sowjetunion“ war Jona Frei. Auch die Funktionsorgane „Mitteilungen“, „Freundschaft in Aktion“, „Informationen des Sekretariats des Zentralvorstandes“ sind im Archiv lückenlos vorhanden (9). Der Unterstützung der politisch-ideologischen Arbeit der Funktionäre dienen die Reihen „Argumente, Fakten, Zahlen“ (ab 1978), Referentenmaterialien (ab 1/1977) und „Der Blickpunkt“ (seit 1976). Nachzuweisen sind außerdem die Reihen „Argumente, Ziffern, Fakten“ (1965–1969), „Dokumentation“ (1/1969–2/1976), „Informationen für die Häuser der DSF“ (1/1966–Juni 1977) und „Für den Zehnergruppenleiter“ (1973–1976). Alle diese Materialien wurden von der Abteilung Agitation und Propaganda des Zentralvorstandes erarbeitet. Einen großen Interessentenkreis haben auch die von der Abteilung Kultur herausgegebenen Reihen „Methodische Buchbesprechungen“ (1/1960–24/1970), „Für den Literaturpropagandisten“ (1/1963–21/1972) und „DSF-Buchbesprechungen“ (1/1975–3/1983) gefunden, die durch den seit 1988 zweimal jährlich erscheinenden „Literaturtreff“ ersetzt wurden. Besonderes Interesse

verlangen die von den ehemaligen Landesgesellschaften bzw. Kreisvorständen herausgegebenen Zeitungen, die leider nur noch in wenigen Exemplaren nachweisbar sind. Dazu gehören: „Licht vom Osten“, Halbmonatszeitschrift der Landesgesellschaft Thüringen in Weimar, „Die Gesellschaft. Mitteilungen für Mecklenburg der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion“, „Sowjet-Freundschaft. Mitteilungsblatt der Gesellschaft für DSF Kreis Glauchau“ und „Freundschaft und Frieden. Mitteilungsblatt der Gesellschaft für DSF Kreisvorstand Grimma“ (10). Zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse aus der UdSSR gab der Verlag „Kultur und Fortschritt“ die Reihe „Kleine Bücherei“ heraus, deren vollständig vorhandene Hefte, erschienen in den Jahren 1950 bis 1953, die Erkenntnisse sowjetischer Wissenschaftler in allen Bereichen der Volkswirtschaft vermitteln. Die anderen Druckschriften beinhalten eine Fülle von Informationen über die Geschichte der Gesellschaft der DSF in ihren Organisationsteilen, umfassen Kongreßprotokolle, Konferenzberichte, Organisationsangelegenheiten, geben Hinweise auf die Entwicklung der Landes- bzw. Bezirksorganisationen, der Kreisvorstände und einiger Betriebsorganisationen. Sie befassen sich mit den Beziehungen zwischen der DDR und der UdSSR, mit der Außen- und Friedenspolitik, mit Militär- und Jugendfragen, mit Problemen von Kunst und Literatur, Musik und Volkskunst und beantworten unterschiedliche Fragestellungen zur UdSSR. In Ergänzung zu den archivalischen Quellen vor allem in den ersten Jahren des Bestehens der Gesellschaft für DSF werden sie, entsprechend den Benutzungsthemen, zur Verfügung gestellt, gelten jedoch als Sammlungsgut des Archivs und sind für den internationalen Leihverkehr der Bibliotheken der DDR nicht freigegeben. Das Archivgut des Bestandes Zentralvorstand der Gesellschaft für DSF dokumentiert relativ lückenlos die Entwicklung der Organisation von einer zuerst relativ kleinen Studienorganisation, der überwiegend Vertreter der Intelligenz und der Angestellten angehörten, zu einer der größten Massenorganisationen der DDR. Es finden sich zahlreiche Hinweise auf die Arbeit der Gesellschaft in den ehemaligen Ländern, in den Bezirken, Kreisen und Städten der DDR, in Betrieben, Universitäten und Hochschulen. Zahlreiche Archivalien belegen die Entwicklung des Verlages „Kultur und Fortschritt“. Der Bestand ergänzt die in den Staatsarchiven der DDR lagernden Akten aus den ersten Jahren des Bestehens unserer Republik vor allem auf dem Gebiet von Kultur und Ideologie, dokumentiert die Zusammenarbeit zwischen DDR und UdSSR sowohl bei der Propagierung der sowjetischen Neuereremethoden als auch durch den Austausch von Delegationen, die zum gegenseitigen Kennenlernen der Völker beigetragen und damit das Verständnis füreinander sehr gefördert haben, beinhaltet Berichte über Gastspiele aus der UdSSR, über wissenschaftliche Konferenzen und gibt Beispiele für Veränderungen in unserem Volk. Mit der Übernahme und Verzeichnung von Archivgut der Bezirksvorstände wurde begonnen. Eine erste Übersicht zeigt, daß wertvolle Materialien aus den ersten Jahren der Organisation in den Bezirken fast überall verlorengegangen sind. Dennoch werden auch die fünfziger Jahre dokumentiert. Eine systematische Übernahme der Akten muß jedoch kommenden Jahren vorbehalten bleiben, weil bislang der Verzeichnung der Archivalien des Zentralvorstandes Vorrang eingeräumt werden mußte. Die Bestände und Sammlungen stehen im allgemeinen nur Mitgliedern der Organisation bzw. Historikern zur Verfügung, die im Auftrag des Zentralvorstandes oder der Bezirksvorstände Forschungen durchführen. Die Benutzungsbestimmungen entsprechen denen des staatlichen Archivwesens der DDR. Bei den mehr als 130 Benutzern, die in den vergangenen Jahren im Archiv gearbeitet haben, standen Fragen zur Geschichte der Gesellschaft für DSF im Vordergrund. Dazu gehörten Untersuchungen zu den Partnerbeziehungen zwischen Betrieben und Städten der DDR und der UdSSR, Probleme der Zusammenarbeit von FDJ und Komsomol, die Zusammenarbeit zwischen DDR und UdSSR auf politisch-ideologischem Gebiet. In zunehmendem Maße widmen sich die Benutzer kulturpolitischen Aspekten, insbesondere der Rezeption der Sowjetliteratur in der DDR. Von den auf der Grundlage von Materialien des Archivs entstandenen Arbeiten sollen die wichtigsten genannt werden (11). Große Aufmerksamkeit wird auch den Zeitzeugen gewidmet, deren Erlebnisberichte im Archiv gesammelt werden. Die Personalunion zwischen den Funktionen des Leiters des Archivs und des Sekretärs der Kommission Traditionspflege des Zentralvorstandes

ermöglichte in verstärktem Maße die Unterstützung und Einflußnahme auf die Anfertigung von Erlebnisberichten verdienter Funktionäre und vermittelte somit die Erschließung neuer und wichtiger historischer Quellen. Der Verfasser ist sich darüber im klaren, daß mit diesem Aufsatz nur eine erste Vorstellung des Archivs der Gesellschaft für DSF erfolgen konnte. Es wird weiteren Veröffentlichungen vorbehalten bleiben, detaillierte Angaben über die Bestände zu publizieren und Anregungen für weitere historische Forschungen zu geben.

(1) Vgl.: Mai, Joachim: Die Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion 1947–1949. – In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft. – Berlin 35(1987)10. – S. 859–871. – Ders.: Von den Anfängen der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. – In: Fremdsprachenunterricht. – Berlin 31(1987)6. – S. 290–293. – Ders.: Für ein neues freundschaftliches Verhältnis zur Sowjetunion (1945–1949): von d. Studiengesellschaft zur Massenorganisation für dt.-sowjet. Freundschaft. – In: 40 Jahre DDR – Mit der UdSSR in Freundschaft verbunden: propagandist. Veranstaltungsreihe zur Geschichte d. dt.-sowjet. Freundschaft / hrsg. vom Zentralvorstand d. Gesellschaft für DSF. – 3. – Berlin, 1989. – S. 3–16. – Hamacher, Gottfried: Von der Studiengesellschaft zur Massenorganisation. – In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (BzG). – Berlin 29(1987)5. – S. 638–654.

(2) Weiterführende Literatur: Münch, Hans: Die Gesellschaft der Freunde des neuen Rußland in der Weimarer Republik. – Berlin, 1958. – Füsser, Gerhard: Erinnerungen an meine Tätigkeit in der Gesellschaft der Freunde des neuen Rußland in München. – In: BzG 9(1967)Sh. – S. 111–120. – Koch, Gerda; Münch, Hans; Grahn, Gerlinda: Traditionen der deutsch-sowjetischen Freundschaft: zur Geschichte d. „Bundes d. Freunde d. Sowjetunion“. – Berlin, 1978. – Remer, Claus: Der Bund der Freunde der Sowjetunion und seine Tätigkeit auf kulturellem Gebiet. – In: Deutschland – Sowjetunion: aus fünf Jahrzehnten kultureller Zsarb. – Berlin, 1966. – S. 117–126. – Joffé, A. J.: Die ersten Gesellschaften für Freundschaft mit der Sowjetunion in den 20er und 30er Jahren. – In: Sowjetwissenschaft: gesellschaftswiss. Beitr. – Berlin 19(1966)11. – S. 1178–1189. – Aus den Anfängen einer großen Freundschaftsbewegung: Dokumente aus d. Tätigkeit d. Gesellschaft zum Studium d. Kultur d. Sowjetunion. – In: BzG 9(1967). – S. 149–175.

(3) Die Ausführungen entsprechen dem Stand vom August 1989 in der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. Inzwischen sind auf dem Außerordentlichen Kongreß, der am 27. Januar 1990 in Schwerin stattgefunden hat, Veränderungen in der Organisationsstruktur vorgenommen worden, die in einer vorläufigen Satzung ihren Niederschlag gefunden haben und bis zum nächsten ordentlichen Kongreß im Jahre 1991 ihre Gültigkeit besitzen. Die Darstellung von Einzelheiten sollte einem weiteren Aufsatz vorbehalten bleiben. Auf dem Außerordentlichen Kongreß wurden Cyrill Pech zum Vorsitzenden der Gesellschaft für DSF und zu seinem 1. Stellvertreter und Leiter der Geschäftsstelle Wolfgang Lenz gewählt.

(4) Richtlinie für die Anlage eines Archivs für Dokumentation beim Zentralvorstand d. Gesellschaft für DSF vom 10. 3. 1954.

(5) GBl. Nr. 92 vom 22. 8. 1950.

(6) Beschluß des Sekretariats des Präsidiums 428/80.

(7) GBl. I Nr. 10 S. 166–174.

(8) Vgl.: Rehbein, Evelin: Entstehung, Aufgaben und Entwicklung der Pressorgane der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. – Leipzig, Univ., Sektion Journalistik, Dipl.-Arb., 1975. – Zu den Presseorganen gehören: Die Neue Gesellschaft: ill. Monatszeitschr. (Nov. 1947–Dez. 1953, im Archiv vh. bis Dez. 1952); Friedenspost: ill. Wochenzeitung (2. Okt. 1949–30. Nov. 1953, im Archiv vh. Jg. 1949, 1–13 und die ersten HJ. 1950; 1951; 1953, 1–26); Presse der Sowjetunion (am 17. Febr. 1950 erstmals ersch. als hektograph. Bulletin, im Archiv vh. seit Jan. 1958).

(9) Funktionsorgane waren: Mitteilungen (Nov. 1949–März 1952); Freundschaft in Aktion (Okt. 1952–Juni 1962, ersch. nicht Juli 1955–April 1956); Informationen des Sekretariats des Zentralvorstandes der Gesellschaft für DSF an die Vorstände / hrsg. von d. Red. Polit. Massenarbeit (Nov. 1962–Nr. 4/1970); Presse der Sowjetunion, Beilage (1970–1972: Neues für die Organisation: Argumente, Fakten, Ziffern).

(10) Im Archiv vorh.: Licht vom Osten (Jg. 2, Nr. 7 vom 15. 4. 1949); Die Gesellschaft: Mitteilungen für Mecklenburg d. Gesellschaft zum Studium d. Kultur d. Sowjetunion (1949); Sowjet-Freundschaft: Mitteilungsbl. d. Gesellschaft für DSF Kreis Glauchau (Nr. 2–5/1950); Freundschaft und Frieden: Mitteilungsbl. d. Gesellschaft für DSF Kreisvorstand Grimma (Nr. 3/1950).

(11) Zur Geschichte der Gesellschaft für DSF sind im Archiv folgende Arbeiten vorhanden: Petersdorf, Jutta: Die Rolle der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der DDR und UdSSR: (1947–1955). – Berlin, Humboldt-Universität, Phil. Diss., 1973. – Meng, Helmut: Zur Entwicklung der Landesorganisation Thüringen der Gesellschaft für DSF in den Jahren 1945–1949 im Prozeß der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung. – Berlin, Parteihochsch. „Karl Marx“ d. SED, Dipl.-Arb., 1982. – Glossmann, Regine: Die Geschichte der UdSSR als Bestandteil der politisch-ideologischen Arbeit der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion 1947–1949. – Greifswald, Univ., Sektion Geschichtswiss., Dipl.-Arb., 1987. – Hubrecht, Solveig: Die Geschichte der UdSSR als Bestandteil der politisch-ideologischen Arbeit der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft: (1950–1952). – Greifswald, Univ., Sektion Geschichtswiss., Dipl.-Arb., 1987. – Rengert, Bernhard: Gerhard Grüneberg – Wegbereiter der deutsch-sowjetischen Freundschaft im Land Mecklenburg: 1945–1950. – Greifswald, Univ., Sektion Geschichtswiss., Dipl.-Arb., 1987. – Knappe, Petra: Der 40. und 50. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in der DDR: e. Ver-

gleich. — Greifswald, Univ., Sektion Geschichtswiss., Dipl.-Arb., 1987. — Adam, Anette: Zur Geschichte der DSF-Kreisorganisation Zwickau als Element des politischen Systems des Sozialismus : (1949–1956). — Zwickau, Pädag. Hochsch., Dipl.-Arb., 1988. — Havenstein, Corinna: Geschichte der Kreisorganisation der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft in Zwickau in der Zeit von 1956 bis 1963. — Zwickau, Pädag. Hochsch., Dipl.-Arb., 1988. — Knote, Peter: Zur Entwicklung der Zusammenarbeit des Bezirksvorstandes Cottbus der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft mit den Gebietsabteilungen Lipetz der Sowjetischen Gesellschaft für Freundschaft mit der DDR. — Berlin, Parteihochsch. „Karl Marx“ d. SED, Dipl.-Arb., 1985. — Schmidt, Bernd: Hauptrichtungen des Wirkens der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft zwischen dem 11. und 12. Kongreß und ihre Bedeutung für die internationalistische Erziehung der Werktätigen der DDR. — Potsdam, Akad. für Staats- u. Rechtswiss., Inst. für Internat. Beziehungen, Dipl.-Arb., 1984. — Karlsch, Rainer: Probleme der Neuererbewegung in der Industrie der DDR in den fünfziger und sechziger Jahren : dargestellt am Beisp. d. Einführung sowjet. Neuerermethoden. — Berlin, Humboldt-Univ., Gesellschaftswiss. Fak., Diss. A, 1986.

Vfn. skizziert die Geschichte und Organisation der Gesellschaft für DSF von der Gründung am 30. 6. 1947 bis 1989. Die Gesellschaft nannte sich bis 1949 „Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion“ und knüpfte an die „Gesellschaft der Freunde des neuen Rußland“ und den „Bund der Freunde der Sowjetunion“, die 1933 aufgelöst worden waren, an. Neben der Geschichte und Tätigkeit des Archivs werden Überlieferungslage und Erschließungszustand des archivierten Schriftguts und der Sammlungen dargestellt. Ein Literaturverzeichnis mit 33 Positionen rundet den Beitrag ab.

Автор даёт общий обзор истории и организации Общества германо-советской дружбы со дня его основания 30. 06. 1947 г. и до 1989 г. До 1949 г. Общество называлось «Обществом по изучению культуры Советского Союза». Оно продолжило дело разпущенных в 1933 г. «Общества друзей новой России» и «Союза друзей Советского Союза». Наряду с историей и деятельностью архива представлены условия передачи и ход разработок архивированных письменных памятников и собраний. Статью завершает литературный указатель, состоящий из 33 позиций.

The author sketches the history and organisation of the Society for German-Soviet Friendship from its founding on 30th June 1947 up until 1989. The Society was called the "Society for the study of culture in the Soviet Union" until 1949. It succeeded the "Society of Friends of new Russia" and the "Union of Friends of the Soviet Union", both of which had been disbanded in 1933. The records situation and the accessibility of the records and of the collection are presented, besides the history and activities of the archive. A bibliography of 33 items round off the article.

L'auteur présente de façon sommaire l'histoire et l'organisation de l'Association de l'amitié germano-soviétique, depuis sa fondation le 30 juin 1947 jusqu'en 1989. L'Association, qui s'appelait, avant 1949, «Société pour l'étude de la culture de l'Union soviétique», poursuivait les activités de la «Société des amis de la Russie nouvelle» et celles de «l'Union des amis de l'Union soviétique» qui avaient été dissoutes en 1933. Outre l'historique et le fonctionnement du dépôt d'archives, l'auteur décrit l'état de conservation et la situation d'accessibilité des pièces et documents aussi bien que des collections conservées. Une bibliographie comprenant 33 postes vient compléter l'article.

La autora hace un esbozo de la historia y la organización de la Sociedad de Amistad Germano-Soviética (DSF) desde su fundación el 30 de junio de 1947 hasta 1989. La sociedad se llamaba hasta 1949 "sociedad para el Estudio de la Cultura de la Unión Soviética" que continuaba las tradiciones de la "Sociedad de los Amigos de la Nueva Rusia" y la "Unión de los Amigos de la Unión Soviética" que habían sido disueltos en 1933.

Además de la historia y las actividades del archivo se representan la situación referente a los documentos legados y el nivel de acceso a los escritos y colecciones archivados. Una bibliografía de 33 posiciones completa el artículo.

## Das Archiv der Humboldt-Universität zu Berlin

Winfried Schultze

Jubiläen, Geburts- und Jahrestage veranlassen uns immer wieder, unsere Arbeitsergebnisse zu bilanzieren und die nächsten von uns zu lösenden Aufgaben zu benennen. Eine solche Bilanz offenbart zu meist Arbeitsergebnisse, die bei der täglichen Erfüllung der Aufgaben schnell in Vergessenheit geraten. Somit ist die Zusammenfassung der mehrjährigen Arbeitsleistung eines Kollektivs von großer ideeller Bedeutung für die Entwicklung von Stolz auf die geleistete eigene Ar-

beit. Eine gute Bilanz wirkt stimulierend bei der Absteckung neuer Ziele, bei der Lösung neuer Aufgaben und bei der Klärung langwieriger Probleme. Der 40. Jahrestag der Gründung der DDR und das 35jährige Bestehen des Universitätsarchivs sind deshalb Anlaß, erneut (1) über die Arbeitsergebnisse und Aufgaben des Archivs zu berichten. Als Endarchiv einer wissenschaftlichen Forschungs- und Lehreinrichtung von internationaler Bedeutung hat unser Archiv ein breites Spektrum von Aufgaben zu bewältigen, das sich von der Einflußnahme auf die Schriftgutverwaltung in den Struktureinheiten über Erfassung, Übernahme und Erschließung zukünftiger Quellen historischer Forschung bis hin zur zielgerichteten Auswertung aller im Archiv aufbewahrten Bestände und Nachlässe erstreckt. Entsprechend der zu lösenden Aufgaben ist das Archiv strukturell in folgende Arbeitsbereiche untergliedert:

### 1. Historische Abteilung

Die historische Abteilung bewahrt das Archivgut der Berliner Universität von 1810 bis 1945, der Charité-Direktion von 1720 bis 1945, der Landwirtschaftlichen Hochschule Berlin von 1882 bis 1934, der Tierärztlichen Hochschule Berlin von 1817 bis 1934, der Wirtschaftshochschule Berlin von 1906 bis 1945, der Forstlichen Hochschule Eberswalde von 1821 bis 1945, die Bestände der Fakultäten, Institute und Kliniken sowie die Abgangszeugnisse der Studierenden und die Promotionsverfahren auf.

### 2. Abteilung Sozialismus

Dieser Abteilung ist die Bearbeitung des Archivgutes aus der Tätigkeit der Universität nach der Befreiung vom Faschismus bis zur Gegenwart übertragen. In enger Zusammenarbeit mit dem Verwaltungsarchiv wird dauernd aufzubewahrendes Schriftgut nicht erst im Verwaltungsarchiv, sondern gleich in der Abteilung Sozialismus erschlossen und eingelagert.

### 3. Verwaltungsarchiv (mit einer Außenstelle im Bereich Medizin)

Das Verwaltungsarchiv leistet eine umfangreiche Arbeit im archivischen Vorfeld, übernimmt das archivwürdige Schriftgut aus den Struktureinheiten sowie alle Unterlagen, die den Ausbildungsgang, die wissenschaftlichen Abschlüsse und die berufliche Tätigkeit an unserer Universität rechtlich dokumentieren.

### 4. Abteilung persönliches Schriftgut

Mit mehr als 100 Nachlässen bedeutender Wissenschaftler vom 17. bis 20. Jh. besitzt das Universitätsarchiv eine der größten Nachlaßabteilungen im Bereich der dem Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen unterstellten Archive. Erschließung, Auswertung und Neuerungung laufen hier parallel.

### 5. Bildsammlung

Die Bildsammlung verfügt über durch Sammlung erworbene Photographien, die Gebäude, Personen und Ereignisse aus der Universitätsgeschichte darstellen. Durch den Abschluß der Ordnungsarbeiten ist eine gezielte Einbeziehung in die wissenschaftliche Auswertung möglich geworden.

Im Ergebnis der seit Anfang der 60er Jahre unter der Leitung von Oberarchivrat Dr. Heinz Kossack (Leiter des Archivs bis 1986) durchgeführten systematischen Erschließung der Bestände war eine stetig zunehmende Benutzung des Archivgutes zu verzeichnen. Wurde das Archiv im Jahre 1978 noch von 124 Benutzern mit insgesamt 186 Benutzertagen in Anspruch genommen, so waren es 1988 bereits 233 Benutzer und 942 Benutzertage. Der kontinuierliche Anstieg setzt sich in diesem Jahr weiter fort. Auch die Zahl der wissenschaftlichen und rechtlich-sozialen Auskünfte (Bestätigung der Studienzeit bzw. der Dauer des Arbeitsrechtsverhältnisses) ist in den letzten Jahren konstant gestiegen. Betrug die Zahl der Auskünfte 1985: 419, so waren es 1987: 451 und 1988: 512.

Durch diese umfangreiche Hilfe bei der Bereitstellung unserer Quellen konnte die Erarbeitung zahlreicher Beleg- und Diplomarbeiten, Dissertationen A und B, Monographien, Artikel und Vorträge von Forschern des In- und Auslandes wirkungsvoll unterstützt werden.

Auch die Erarbeitung archivspezifischer Forschungsbeiträge rückt stärker in das Tätigkeitsfeld der Mitarbeiter des Archivs. Nach der Erarbeitung von Spezialinventaren zur Berufung des Lehrkörpers der

einzelnen Fakultäten (1972/73), der Publikation des Archivprospekts (1976) und des Dokumentenbandes zur Geschichte der Universität (1985) (2) sind nun die Erarbeitung einer Bestandsübersicht, von Regesten der Sitzungsprotokolle der Medizinischen Fakultät und die Vorbereitung einer Edition der Matrikel von 1810 bis 1821 die nächsten Arbeitsvorhaben. Parallel dazu laufen die Arbeiten zur systematischen Erschließung aller Bestände von 1945 bis zur dritten Hochschulreform (1968/69), da hier durch die Auflösung der Fakultäten und die Bildung von Sektionen eine Zäsur für die Bestandsbildung in der sozialistischen Epoche gegeben ist. In der historischen Abteilung sind die Bestände mit Ausnahme des erst 1986 ungeordnet übernommenen Bestands „Institut für gerichtliche Medizin“ durch Findbücher und Karteien erschlossen. Im Bereich persönliches Schriftgut erhält die systematische, sich auf alle Wissenschaftsbereiche der Universität erstreckende, Erwerbung des Schriftgutes von Wissenschaftlern unserer Universität, die einen bedeutenden Anteil an der Formung und Entwicklung dieser Einrichtung zu einer international geachteten Hochschule hatten, einen immer größeren Stellenwert. Erwerbung und Sicherung werden hierbei eine größere Rolle spielen müssen als die Erschließung. Ähnlich liegen die Probleme für die Bildsammlung, die künftig durch die systematische Übernahme von Bildschriftgut aus den entsprechenden Universitätseinrichtungen zu einem echten Bildarchiv entwickelt werden soll.

Auch für das Verwaltungsarchiv stellen sich kaum noch zu bewältigende Aufgaben. So sind jährlich etwa 300 Sachakten, 4 000 Studentenakten, 1 700 Prüfungsakten sowie ungezählte Promotionsverfahren zur dauernden bzw. 30jährigen Aufbewahrung zu übernehmen. Die Auslastung der Magazine ermöglicht jedoch bereits gegenwärtig keine planmäßige Übernahme von Schriftgut einzelner Struktureinheiten mehr. Als eine provisorische Zwischenlösung wird deshalb eine gezieltere Vorfelddarstellung geleistet, um archivwürdiges Schriftgut in den Sektionen festzustellen und dort zu sichern. Hierbei ist besonders auf die Spezifik der Überlieferung und die richtige Relation zwischen dem Schriftgut der verschiedenen Leitungsebenen zu achten. Planmäßig fortgesetzt wird die Kassation von Studentenakten, deren 30jährige Aufbewahrungsfrist abgelaufen ist.

Diese absehbaren und in den nächsten Jahren abzuarbeitenden Aufgaben werden – wie bisher – durch kurzfristige Aktivitäten in der Öffentlichkeitsarbeit ergänzt. Die Bereitstellung von Dokumenten für Ausstellungen wie die der Charité im Kulturzentrum der DDR in Paris (1988), die Ausstellung „Virchow als Prähistoriker“ im Bode-Museum (1988) sowie für Dokumentarfilme des Fernsehens der DDR über den Friedhof der jüdischen Gemeinde in Berlin (1988), des japanischen Fernsehens über den Rechtswissenschaftler Heinrich Rudolf von Gneist (1989) oder rumänischer und sowjetischer Studios über Mihai Eminescu (1989) wird sicher ihre Fortsetzung finden.

Aus der Erkenntnis, daß zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Auseinandersetzung um das historische Erbe und das Bild der Geschichte interessanter geworden ist, resultiert die Überzeugung, daß immer öfter Wissenschaftler verschiedenster Fachrichtungen und verschiedener Länder den Weg in unser Archiv suchen und finden werden, um die hier verwahrten Quellen zur Geschichte der jeweiligen Fachdisziplin auszuwerten und nutzbar zu machen.

(1) Über das Archiv der Humboldt-Universität zu Berlin berichtete der ehemalige Leiter des Archivs, Oberarchivar Dr. Heinz Kossack, bereits in folgenden Heften der AM: 16(1966)5. – S. 184 f.; 24(1974)5. – S. 191 f. und 29(1979)6. – S. 209 f.

(2) Humboldt-Universität zu Berlin: Dokumente 1810–1985/hrsg. von Helmut Klein. – Berlin, 1985.

Das Archiv der Humboldt-Universität zu Berlin ist Endarchiv einer wissenschaftlichen Forschungs- und Lehrinstitution von internationaler Bedeutung. Es ist nach seinen inhaltlichen Aufgaben in die Arbeitsbereiche Historische Abteilung, Abteilung Sozialismus, Verwaltungsarchiv, Abteilung persönliches Schriftgut und Bildsammlung strukturiert. Die Aufgaben bei der Übernahme, Erschließung, Auskunftserteilung und Benutzerbetreuung haben in den 80er Jahren bedeutend an Umfang zugenommen. Im Jahre 1988 nahmen 233 Benutzer das Archiv an 942 Tagen in Anspruch. Es ist vorgesehen, stärker mit archivspezifischen Forschungsbeiträgen wie einer Bestandsübersicht, einer Matrikeledition und der Erarbeitung von Regesten der Sitzungsprotokolle der Medizinischen Fakultät die Leistungsfähigkeit des Archivs zu dokumentieren.

Archiv Berlin des Humboldt-Universität ist ein archivarischer Endarchiv einer wissenschaftlichen Forschungs- und Lehrinstitution von internationaler Bedeutung. Es ist nach seinen inhaltlichen Aufgaben in die Arbeitsbereiche Historische Abteilung, Abteilung Sozialismus, Verwaltungsarchiv, Abteilung persönliches Schriftgut und Bildsammlung strukturiert. Die Aufgaben bei der Übernahme, Erschließung, Auskunftserteilung und Benutzerbetreuung haben in den 80er Jahren bedeutend an Umfang zugenommen. Im Jahre 1988 nahmen 233 Benutzer das Archiv an 942 Tagen in Anspruch. Es ist vorgesehen, stärker mit archivspezifischen Forschungsbeiträgen wie einer Bestandsübersicht, einer Matrikeledition und der Erarbeitung von Regesten der Sitzungsprotokolle der Medizinischen Fakultät die Leistungsfähigkeit des Archivs zu dokumentieren.

The Humboldt University archive in Berlin is the final archive in an academic research and teaching institution of international importance. It is structured according to the functions of its contents into various departments: historical section, section on socialism, the administrative archive, section for personal records and art collections. The duties involved in accession, classification, reference distribution and attendance on readers, have increased considerably in the 1980s. In 1988, 233 readers made use of the facilities on 942 days. A more detailed documentation of the archive's efficiency is planned, by using more archive-specific contributions from research, such as a survey of archive groups, a student register and the compilation of a register of the minutes of the proceedings of the medical faculty.

Les archives de l'Université Humboldt de Berlin font office d'archives terminales d'un établissement scientifique de recherche et d'enseignement qui revêt une importance internationale. Elles sont structurées selon les fonctions remplies par les différents départements: histoire, socialisme, pièces et documents administratifs, écrits personnels et collection d'images. Les tâches se posant dans les domaines de la prise en charge, du classement en vue de consultabilité, des renseignements et de l'assistance accordée aux utilisateurs ont sensiblement augmenté au cours des années quatre-vingts. En 1988, 233 lecteurs ont consulté les documents de ces archives, en 942 jours. On envisage de documenter plus systématiquement leur capacité, par les travaux archivistiques spéciaux, notamment par l'élaboration d'un état sommaire des éléments composant les fonds de ces archives, l'édition de matricules et l'établissement de régestes des procès-verbaux dressés aux réunions de la faculté de médecine.

El archivo de la Universidad Humboldt de Berlín es el archivo final de un establecimiento científico de enseñanza e investigación de importancia internacional. Está subdividido según sus tareas conceptuales en los sectores de trabajo: Departamento de Historia, Departamento del Socialismo, Archivo Administrativo, Departamento de Escritos Personales y Colección de Fotos. En los años ochenta aumentó considerablemente el volumen de los trabajos de recepción, utilización, información y atención al usuario. En 1988 el archivo fue utilizado por 233 usuarios en 942 días. Está previsto documentar la capacidad de rendimiento del archivo con un mayor número de trabajos científicos específicos del archivo, tales como un resumen de los fondos, una edición de matriculas y la confección de resúmenes de las actas de la Facultad de Medicina.

## Wortmeldungen

Prof. Dr. sc. phil. **Manfred Straube** (Pädagogische Hochschule Leipzig)

Im Heft 1/90 der „Archivmitteilungen“ beschreibt Prof. Dr. Reinhard Kluge kritisch die gegenwärtigen Verhältnisse im staatlichen Archivwesen und beklagt u.a. die geringe Nutzung der Archivbestände durch Historiker der DDR. Mag diese Einschätzung auch prinzipiell richtig sein, eine größere Differenzierung und Ursachenforschung wäre aber sicher wünschenswert und notwendig gewesen, denn es gibt natürlich auch objektive Gründe, für die das staatliche Archivwesen verantwortlich ist, und auch andere Beispiele.

So werden seit mehr als 20 Jahren interessierte Studenten der Sektion Geschichte der Pädagogischen Hochschule Leipzig an handschriftliche Quellen des 15. bis 17. Jh. herangeführt, gewiß nicht häufig für eine Einrichtung, die nur Geschichtslehrer ausbildet. Vorbereitungskursen an der Hochschule in allgemeiner Quellenkunde, in Paläographie, Chronologie u.a. Hilfswissenschaften folgte ein mehrwöchiger Arbeitsaufenthalt vor allem in den Staatsarchiven Dresden und Weimar. Unter Anleitung von Prof. Dr. Heinz Pannach wurden u.a.

(Anm. d. Autors:) Dies sind ein paar Bemerkungen zu dem genannten Artikel, die ich spontan geschrieben habe und die deshalb nicht hinreichend ausgeglichen sind. Mir kam es aber darauf an, die Aufmerksamkeit bei künftigen Veränderungen im staatlichen Archivwesen auch einmal den Bedingungen für die Benutzer zuzuwenden.

fast alle Amtserbbücher des albertinischen Sachsen in Diplomarbeiten ausgewertet, in der Betreuung von Prof. Dr. Manfred Straube vor allem Geleitsrechnungen und Säkularisationsakten. Welche positiven Wirkungen – neben den fachlichen Ergebnissen – die unmittelbare Arbeit an handschriftlichen Quellen auch für die Persönlichkeitsentwicklung der Studenten hatte, muß nicht im einzelnen erläutert werden.

Die hier gewonnenen Erfahrungen und eigene langjährige Archivarbeit berechtigen sicher, die Feststellungen Reinhard Kluges aus anderer Sicht zu ergänzen und zu hinterfragen.

Es ist auffällig, daß in der bisherigen Diskussion die Arbeitsbedingungen für die Benutzer unbeachtet blieben, obwohl sie sich in den letzten 100 Jahren kaum wesentlich verändert, sondern höchstens verschlechtert haben. So sind auch für den erfahrenen Benutzer die unübersichtlichen, unvollständigen und häufig widersprüchlichen Findbücher vor allem für die meisten älteren Bestände eine Zumutung und erschweren bereits die Erfassung und Bestellung der Archivalien; hinzu kommt, daß die Zeit für die Bereitstellung häufig viel zu lang ist und auch die Zahl der Arbeitsplätze zu wünschen übrig läßt.

Die schneller zugänglichen Sicherheitsfilme können nicht als vollwertiger Ausgleich angeboten werden; wer nur einige dieser Filme benutzt hat, wird wissen, daß es bei den meisten Quellen aus älterer Zeit ein vergebliches Unterfangen ist, zu korrekten Ergebnissen zu kommen, weil die Vorlagen selbst im Original häufig nur schwer zu lesen sind und die Verfilmung die Schwierigkeiten nur potenziert (z. B. bei schlechtem Papier mit durchscheinender Schrift von den Rück- oder Vorderseiten, Durchstreichungen bei Konzepten, Rechnungen mit Korrekturen usw.). Sicherheitsverfilmungen unter dem Format 24 x 36 mm sind bei den derzeitigen vorhandenen Lesegeräten sowieso unbrauchbar, so daß von vornherein bezweifelt werden muß, ob diese Form von „Sicherheit“ ihren Zweck überhaupt erfüllt. Der Zeitaufwand für Archivarbeit ist unter den gegebenen Bedingungen jedenfalls enorm und in heutiger Zeit unverantwortlich. Im Grunde werden durch die gegenwärtigen Arbeitsbedingungen gründliche Quellenstudien vielfach blockiert.

Noch vor Jahren war es möglich, bestimmte Archivalien an das hiesige Staatsarchiv auszuleihen, um am Archivort begonnene Arbeiten kontinuierlich fortsetzen zu können. Das war effektiv für Benutzer und Betreuer – denn welcher Hochschullehrer kann sich auf die Dauer wochenlang nur um wenige Studenten in auswärtigen Archiven bemühen? –, zugleich auch im Rahmen des finanziell Möglichen, ein Problem, das unter den gegenwärtigen Verhältnissen natürlich besonders beachtet werden muß.

Seit längerer Zeit dürfen aber die Quellen (des 15. und 16. Jh.) nicht mehr ausgeliehen werden, vielmehr wird – wie auch von Reinhard Kluge (S. 8) – auf die ausleihbaren Mikrofiche verwiesen. Was davon zu halten ist, wurde schon vermerkt (außerdem kann man nicht einen ganzen Arbeitstag an einem Lesegerät sitzen!). Im Ergebnis muß die studentische Arbeit im Archiv eingestellt werden.

Auch wenn die von Reinhard Kluge geforderten Veränderungen im staatlichen Archivwesen erreicht werden, ist die von ihm erhoffte stärkere wissenschaftliche Nutzung von Archivmaterial durch Historiker kaum zu erwarten. Im Gegenteil: mir scheint ein weiterer Rückgang programmiert zu sein, zumal durch den Besucherstrom in die Städte Weimar, Dresden u. a. ein längerer Archivaufenthalt sowieso nicht mehr möglich ist. Sollen die staatlichen Archive ihre Hauptaufgabe nicht nur im Aufbewahren, Sichern und Aufbereiten von Archivgut sehen, dann müßten z. B.

- die Aufarbeitung der Findbücher und anderer Hilfsmittel unter Verwendung moderner Informationstechnik in Bände in Angriff genommen werden,
- die Anzahl der Arbeitsplätze erweitert und durchgehende, längere Öffnungszeiten gesichert werden (ähnlich denen wissenschaftlicher Bibliotheken),
- Kopien von Archivgut schneller, unbürokratischer und technisch einwandfrei möglich sein,
- die bewährte Praxis der Fernleihe auch für Bestände aus dem 15./16. Jh. grundsätzlich möglich sein.

Zusammengefaßt: die staatlichen Archive selbst müßten schnell einiges tun, damit sie wieder zu wichtigen Anregern und Zentren wissenschaftlicher Arbeit werden.

Anwort von OAR Prof. Dr. Reinhard Kluge

Lieber Herr Kollege Straube!

Die Redaktion „Archivmitteilungen“ hat mir Ihren hier am 3. Mai eingegangenen Brief zur Kenntnis gegeben. Ich freue mich über Ihre Reaktion auf mein Diskussionsangebot und danke Ihnen dafür. Die von Ihnen geäußerten Überlegungen sind mir durchweg verständlich, und ich halte ihre öffentliche Diskussion für wichtig, weil ja die Behebung der von Ihnen beklagten Hemmnisse für den Archivbenutzer zum erheblichen Teil eine Erweiterung der finanziellen und personellen Kapazitäten und Möglichkeiten der Archive erfordert, über die in Zukunft die Parlamente zu beschließen haben werden. Die für die Entwicklung der Archive benötigten Mittel zu erhalten, war und ist dabei wohl nicht nur ein Problem dieses unseres Landes, denn vor wenigen Jahren lautete das Generalthema eines internationalen Archivkongresses: *Le défi aux Archives: responsabilités accrues et ressources limitées*. So wird es bei den sicher auch in Zukunft nur langsam wachsenden Möglichkeiten schwer halten, die historischen Findbehalte gemäß modernen Prinzipien schnell neu zu bearbeiten, das um so weniger, als sich unsere Staatsarchive nach dem BRD-Beispiel wohl wieder stärker auf landeshistorische Forschungen werfen werden. Ich darf aus der Sicht der Staatlichen Archivverwaltung die Hoffnung ausdrücken, daß auch in Zukunft zwischen der Erschließung und der eigenen Auswertung der Staatsarchive ein ausgewogenes Verhältnis gefunden wird. Einen Einfluß darauf wird sie mit der Bildung der Länder und ihrer Kulturhoheit nicht mehr haben.

Die Probleme der Filmbenutzung sind hier wohl bekannt. Das Problem der Abbildung der 16 mm-Filme in älteren Geräten wird sich in bestimmtem Umfang mit einer Erneuerung der Gerätetechnik lösen lassen.

Grundsätzlich ist das Auflösungsvermögen von 16 mm-Filmen so hoch, daß jedes Detail bis zum feinsten Haarstrich abgebildet wird. Vergleichsaufnahmen schwieriger Texte auf 35 mm- und 16 mm-Film und ihre nachträgliche Kopierung auf das Format der Originale weisen keine Unterschiede aus.

Sicherlich wird es bei den von Ihnen genannten Schwierigkeiten der Originale immer den Wunsch geben, auf dieses zurückzugreifen, und der Archivar wird diesem Wunsch auch entgegenkommen. Ihre Bewertung des mit der Filmbenutzung verbundenen Aufwandes erscheint mir aus Ihrer Sicht durchaus verständlich, und es ist bedauerlich, daß wir es als Archivare offenbar bisher nicht einmal verstanden haben, unsere Probleme und Sichtweise den treuesten unserer Benutzer, zu denen ich Sie und Prof. Pannach rechne, zu verdeutlichen. Der Archivar steht vor dem Riesenproblem der Erhaltung seiner Bestände. Jede Benutzung ist zugleich eine Vernichtung. Besonders häufig benutzte Teile seiner Bestände sieht der Archivar während weniger Jahre seines Berufslebens regelrecht verfallen. Wenn morgens die Reinigungskraft ihre Pflicht im Benutzersaal erfüllt, dann kehrt sie den Benutzungsabrieb in Form von kleinen Teilen der Quellen regelrecht zusammen. Jeder Restaurator sieht die Spuren der Benutzung in Griff-Flecken, durch die papierzerstörende Säure in die Akten getragen wird. Ist es nicht auch unser gemeinsames Anliegen, den Quellenfonds zukünftigen Generationen zu überliefern? Ist es unbillig, daß der Archivar dem Benutzer so manche Unbequemlichkeit und zeitraubende Reise zumutet, um der Erhaltung der Archivquellen willen? Das ist auch ein Grund für die Einschränkung von Fernleihen, da die Akten beim Transport natürlich besonderen physischen Belastungen ausgesetzt sind. Selbst wenn unsere Restaurierungskapazität ausreichend wäre (was sie bei weitem nicht ist), liegt hier kein Ausweg für unser Dilemma zwischen optimalen Arbeitsbedingungen für Forscher und dem kategorischen Imperativ für den Archivar zur Erhaltung der Quellen. Denn die zur Verfügung stehenden Verfahren sind im Unterschied zur Gemälderestaurierung immer ein tiefer und oft sichtbarer bzw. die Lesbarkeit beeinträchtigender Eingriff in die Quelle. Der zur Zeit gangbare Kompromiß ist die Herstellung von Benutzerfilmen und ihr Einsatz anstelle der Originale. Der Preis dafür ist vielfältig und hoch, für den Benutzer im Zeitaufwand und der Trennung von dem Original mit seinen spezifischen direkten Wirkungen auf den Betrachter, der für den Archivar im Aufwand der Verfilmung und der Lagerung und Verzeichnung der Filme und anderes mehr, auch der Überzeugung der Benutzer, sich mit dem Film zufrieden zu geben, wenn nicht spezifische Lese- und quellenkritische Methoden den Rückgriff auf das Original notwendig machen.

Es kann der Eindruck entstanden sein, daß die Favorisierung der Filmbenutzung aus einem vordergründigen Rationalitätsdenken entstanden

ist. Ich hoffe, daß meine Zeilen Ihnen verdeutlichen, daß es nicht so ist, und Ihnen unsere Sorgen etwas näher gerückt haben, die sich immer auch um die Gefährdung dieses einmaligen Kulturgutes und um die Minimierung dieser Gefährdung bewegen. In dieser Sorge, so glaube ich, können sich Archivar und Historiker durchaus treffen.

**Lutz Schilling**, Humboldt-Universität zu Berlin, Sektion Geschichte, Bereich Archivwissenschaft, Student im 5. Studienjahr.

Trotz sehr geringer Berufspraxis ermutigen die offenen Wortmeldungen im letzten AM-Heft, mich zu einigen Problemen aus der Sicht und dem Bereich eines Studenten zu äußern. Es sollte nicht vergessen werden, daß alle entstandenen Schwierigkeiten auch mit von einer neuen Generation junger Archivare in Zukunft zu bewältigen sind. Die meisten Studenten unseres Bereiches finden jedoch das Niveau der Hochschulausbildung auf einigen Gebieten sehr unbefriedigend. Wir gehen z. T. verunsichert, sogar unmotiviert in die Praxis. Ursachen sehe ich im Stand unserer historischen Kenntnisse und fachlichen Fähigkeiten. Unzureichend praxisbezogene Ausbildung führt dazu, daß ich manchen guten Archivassistenten für weitaus befähigter halte als uns Absolventen. Was nutzt uns heute vorgeschriebene Geschichtsinterpretation und die Fähigkeit, über Gesellschaftstheorie und Archivwissenschaft philosophieren zu können, wenn einige nicht einmal eine Akte verzeichnen können. Unzumutbar finden wir alle den Studienablauf. Wie sollen fundierte Kenntnisse erworben werden, wenn gleichzeitig Aktenkunde des Sozialismus mit Diplomatik fast ohne Lateinausbildung gelehrt wird? Mit erstaunlicher Beharrlichkeit setzt sich diese „Tradition“ von Diskoordination der Paläographie, Aktenkunde, Institutionsgeschichte usw. in jedem Studienjahr fort. Es ist höchste Zeit, die EDV-Ausbildung zu forcieren und intensiv Latein und Französisch zu lehren.

Wer heute den Absolventen mangelnde Berufsmotivation vorwirft, darf nicht vergessen, nach welchen zweifelhaften Auswahlkriterien einige Bewerber diesen Studienplatz erhalten haben (Umlenkungen!) bzw. über Jahre, trotz offenkundigem Desinteresse, „durchgeschleppt“ werden. Die Praxis, interessierten Studenten eine frühzeitige Spezialisierung zu verwehren oder die Teilnahme an Konferenzen und Tagungen von der gnädigen Zuteilung Einzelner abhängig zu machen, muß beendet werden.

Ich freue mich auf meinen Beruf, muß aber leider feststellen, daß ich ohne mein einjähriges Vorpraktikum, welches generell Bedingung sein sollte, hier nicht motiviert wurde.

Diese Aufzählung von Mängeln und Vorschlägen ließe sich beliebig fortsetzen. Vieles ist den Verantwortlichen bekannt. Mögen die nächsten Lehrbeauftragtensitzungen leitender Archivare aus dem ganzen Land nicht nur konstatieren, sondern endlich Abhilfe schaffen!

Es ist übrigens für uns interessant zu verfolgen, wie ein Teil unserer Dozenten nun öffentlich Meinungen vertreten, für die sie uns vor Monaten noch ein „Ungenügend“ in der Prüfung bescheinigt hätten.

### Thesen zur Gestaltung des Archivwesens in unserem Land

Angela Buchwald

1. Der Beruf des Archivars ist ein krisenfester Beruf. Seit der Antike hat es in jeder Gesellschaftsformation Herrscher und Archivare in ihren verschiedenen Ausprägungen gegeben – mit freilich unterschiedlichem Aufgabenprofil. Mit Blick auf die entwickelten Länder auch der kapitalistischen Welt braucht uns um unseren Berufsstand nicht bange zu sein.

2. Archivare sollten Beamte des Staates sein, dem sie dienen, für den sie die Dokumente sichern, die am besten die realen Prozesse der gesellschaftlichen Entwicklung in ihrer Gesamtheit widerspiegeln. Ein Verband der Archivare könnte eine Sektion in einem Beamtenbund sein, der zur Koordinierung der Tätigkeit und des Status jeglicher Beamenschaft nützlich wäre.

3. Eine abgeschlossene Berufsausbildung (Archivassistent, Archivar, Facharchivar, Diplomarchivar) ist für die qualitätsvolle Ausübung

des Berufs unumgänglich. Für die auf diesem Gebiet Ungelernten müssen Qualifikationsmöglichkeiten bereitgestellt werden. Künftig sind Kader ohne archivarische Ausbildung nicht mehr im Archivwesen einzustellen, es sei denn, die Qualifizierung wird bei Aufnahme der Tätigkeit verbindlich vereinbart.

4. Archivare als Staatsbeamte müssen lohnpolitisch und sozial unabhängig von der Trägereinrichtung des Archivs sein, in dem sie arbeiten. Ausgenommen davon sind Staats-, Kreis-, Stadt- und Spezialarchive, wenn die Gliederung in dieser Form bestehen bleiben soll. Damit kann eine realere Einschätzung der Leistungen des Archivars erfolgen, als es bisher durch in der Regel im archivischen Bereich inkompetente Leiter praktiziert wurde. Eine gerechtere Gehaltseinstufung wird die Folge sein, und das Dirigat des Leiters eines Betriebes, einer Einrichtung etc. über das Verwaltungs- bzw. Endarchiv seiner Institution kann eingeschränkt werden. Der Archivar sollte nur seinem Berufsethos und dem gesamten nationalen Archivwesen verpflichtet sein.

5. Der Staatliche Archivfonds kann nicht so wie bisher weiterexistieren. Es ist hierbei davon auszugehen, daß künftig mit Stärkung der Kommunen und Reprivatisierung von Betrieben, Dienstleistungseinrichtungen und der Verselbständigung von Bildungsinstitutionen keine Notwendigkeit mehr besteht, deren Archivgut als Staatseigentum zu betrachten. Die Umwandlung in einen nationalen Archivfonds birgt Potenzen, Positives aus dem bisherigen Archivwesen beizubehalten und unabhängig von der Eigentumsform die Verantwortung zur Dokumentation der historischen Prozesse und Erscheinungen wahrzunehmen.

6. Der Archivar nimmt die volle Verantwortung für die ihm übertragenen Aufgaben im Archiv wahr, ohne bürokratische Rückversicherung über die Grenzen der Einrichtung hinaus. Er allein ist Ansprechpartner für alle Belange, die in der Kompetenz des von ihm betreuten Archivs liegen. Gleichzeitig ist er verpflichtet, im Einvernehmen mit dem Registraturbildner schöpferisch und mit Ideenreichtum die allgemeinen Grundsätze des Archivwesens umzusetzen. Verwaltungsorganisatorische Angelegenheiten werden mit der Autorität der Staatlichen Archivverwaltung gegenüber den Betrieben und Einrichtungen, in denen ein Archiv betreut wird, geregelt. Dies muß seinen konkreten Ausdruck in einem abzuschließenden Vertrag zwischen Archivverwaltung und Registraturbildner finden.

7. Das staatliche Archivwesen sollte einen eigenen Verlag für umfangreiche archivwissenschaftliche Darstellungen haben, der gleichzeitig die „Archivmitteilungen“ in der bisher konzipierten Form übernimmt und eine Wochenzeitung für aktuelle Inhalte, Erfahrungsaustausch, Koordinierung der Archivarbeit in den einzelnen Bereichen und Ähnliches auf dem Gebiet archivarischer Arbeit herausgibt. Kommerzieller Vertrieb dieser Produkte im In- und Ausland, vor allem bei Archivarkollegen, Historikern u.a. Gesellschaftswissenschaftlern wird zur Eigenfinanzierung unumgänglich sein.

8. Die Ausbildung des Fachnachwuchses sollte in Anlehnung an bisherige Formen (Universität bzw. Hochschule, Fachschule, Facharbeiterausbildung) weitergeführt werden. Das schließt auch die unter 3. geforderten Weiterbildungsmaßnahmen ein. Einer Vervollkommnung des Systems sind keine Grenzen gesetzt. Inhaltlich sollten Fragen des Managements auch Beachtung finden, da Archivare oft als Einzelpersonen in ihren Einrichtungen wirken.

9. Die Dienstbezüge der Archivare richten sich nach Qualifikationsniveau der Beamten. Dabei müssen Relationen zu vergleichbaren Bereichen (Bibliothekswesen, Journalistik usw.) gewahrt bleiben. Zuschläge für Titel und besondere Leistungen (Leitung eines Archivs, einer Abteilung) sowie Prämien für herausragende, in der Regel einmalige Leistungen müßten zur Stimulierung der Tätigkeit einen festen Platz erhalten. Honorare für Publikationen sollten sich von denen in anderen Wissenschaftsgebieten nicht unterscheiden und folgende Kriterien beachten: Art der Publikation, Umfang, Auflagenhöhe der Veröffentlichung.

10. Das Staatliche Archivwesen braucht eine Reform der Gebührenordnung für seine Dienstleistungen. Die Einnahmen der Archive sollen ihnen auch direkt zugute kommen und nicht mehr wie bisher der Einrichtung, in der das Archiv besteht. Es sollten Gebühren für die Er-

teilung einer befristeten Nutzungserlaubnis (ähnlich den Bibliotheken) erhoben werden. Jede weitere Dienstleistung ist ihrem Aufwand entsprechend ab einem gewissen Umfang durch den Nutzer zu honorieren (z. B. Kopien, Vermittlung an andere Archive, Bibliotheken, Bereitstellung besonders intensiv erschlossener oder wertvoller Bestände u. ä.).

11. Fachtagungen in Kooperation mit Historikern sollten Höhepunkte archivwissenschaftlicher Arbeit sein, die geeignet sind, das Ansehen der Archivarbeit zu steigern und das Interesse an den historischen Quellen zu fördern. Dabei ist stets ein hohes Niveau anzustreben. Archive müssen teilhaben am Urheberrecht bei Veröffentlichungen von Historikern u. a. Personen, sofern sie Quellen dazu bereitgestellt haben, da in diesen Unterlagen bereits gegenständliche und geistige Arbeit der Archivare enthalten ist. Eine Erwähnung der Archive im Quellennachweis ist dafür nicht ausreichend, da urheberrechtliche Fragen auch unter kommerziellem Aspekt zu betrachten sind.

12. Das Archivgut bleibt Eigentum der Registraturbildner und wird in deren Auftrag durch die Beamten des staatlichen Archivwesens verwaltet, erschlossen, ausgewertet. Dafür hat der Registraturbildner an das staatliche Archivwesen kostendeckende Zahlungen für Ausstattung der Archive bis hin zum Gehalt der Archivare zu leisten. Per Gesetz sollten alle Registraturbildner zur Einrichtung von Archiven veranlaßt werden. Hierbei könnten die Erfahrungen bei der Anwendung der Nomenklatur mit den Wertkategorien 1–3 Eingang finden.

13. Dem Status nach wären alle Archive bei einer Reform des Archivwesens in unserem Land Endarchive, sofern Archivgut tatsächlich entsteht. Auf Antrag muß kleinen Archiven die Möglichkeit gegeben werden, ihr Archivgut als Depositum in großen, regional übergreifenden Archiven einzulagern, um auf diese Weise die wissenschaftliche Bearbeitung der Bestände abzusichern. Dem Registraturbildner muß es jedoch überlassen bleiben, Benutzungsbeschränkungen über bestimmte Teile des Archivgutes zu verhängen, damit seine Interessen im Reproduktionsprozeß gewahrt bleiben – eigenmächtige Kassetten müssen ihm jedoch verwehrt werden.

14. Abschließend kann als Grundsatz jeder archivarisches Tätigkeit formuliert werden: Der Archivar ist bei seiner Arbeit dem Anspruch verpflichtet, die Entwicklung der deutschen Nation optimal zu dokumentieren, für die Nachwelt jene Quellen zu erhalten, die geeignet sind, ein realistisches Bild des Lebens in seinen Grundzügen und seiner Vielfalt zu zeichnen. Dabei achtet er auf die Pflege des nationalen Archivfonds und bringt dies in Einklang mit der internationalen Entwicklung. Frei von jeglichen politischen und Parteiinteressen wird die Bewertungstätigkeit des Archivars diesen Ansprüchen genügen können und das Archivadokument zum Hauptgegenstand der Archivarbeit erheben.

#### *Zur Verwendung einiger Begriffe:*

*Nationaler Archivfonds:* Die objektiv existierende Größe an Archivgut aller Art, das faktisch bei allen Körperschaften des öffentlichen Rechts in ihrer Eigenschaft als Registraturbildner entsteht.

*Staatliches Archivwesen:* Da der Begriff keine Eigentumsbestimmung innerhalb des Staatsgefüges der deutschen Nation mehr beinhaltet, sondern sich auf das Staatsterritorium bezieht, könnte er künftig durch den Terminus „Nationales Archivwesen“ treffender ersetzt werden.

*Staatliche Archivverwaltung:* Die Institution, die im Auftrage des Staates den nationalen Archivfonds in seiner Gesamtheit betreut und sich dabei eines weitverzweigten Netzes von Archiven bei den Registraturbildnern bedient. Ihr obliegt die Aus- und Weiterbildung des archivischen Nachwuchses, die Förderung der Archivwissenschaft und die materielle Sicherstellung der Beamten.

Anm. d. Autorin:

Thesen aus der individuellen Sicht eines Archivars, der in der kleinsten Einheit unseres Archivwesens tätig ist. Sie haben keinesfalls Anspruch auf Vollständigkeit und absolute Richtigkeit. Die Reihenfolge bedeutet keine Wertung. Die Thesen verstehen sich als Diskussionsbeitrag zum Aufsatz von OAR Prof. Dr. R. Kluge in AM 1/90.

## Statut des Verbandes der Archivare der DDR (e. V.) – VdA / DDR –

### § 1. Name und Sitz des Verbandes

- (1) Die Organisation führt den Namen „Verband der Archivare der DDR“ (nachfolgend Verband). Der Verband strebt Gemeinnützigkeit an.
- (2) Der Verband ist juristische Person. Sein Sitz ist Berlin.

### § 2. Ziele der Verbandsarbeit

- (1) Der Verband ist eine unabhängige Vereinigung von Archivaren in der DDR. Er vertritt die Interessen seiner Mitglieder gegenüber den Archiveignern und staatlichen Organen in fachlicher, rechtlicher und sozialer Hinsicht.  
Der Verband ist der Förderung des Archivwesens in Theorie und Praxis, Forschung und Lehre verpflichtet. Er pflegt den Erfahrungsaustausch, unterstützt die Weiterbildung und fördert den Zusammenhalt seiner Mitglieder.
- (2) Der Verband setzt sich für die gemeinsamen berufsständischen Belange der Archivare im Zusammenhang mit der gesellschaftlichen Neuordnung in der DDR und der staatlichen Vereinigung mit der BRD ein. Sein Ziel ist der Zusammenschluß mit dem Verein deutscher Archivare in der BRD zu einer einheitlichen Organisation.
- (3) Der Verband pflegt die positiven Traditionen, die von vielen engagierten Archivaren der DDR geschaffen worden sind. Er fördert die Auseinandersetzung mit den Deformationen im Archivwesen der DDR, die unter den Bedingungen einer einseitigen Parteiherrschaft und eines stalinistischen Kommandosystems entstanden sind.
- (4) Der Verband wirkt für die Hebung des Ansehens des Archivarberufes in der Öffentlichkeit durch das Eintreten seiner Mitglieder für
  - den Schutz des anvertrauten Archivgutes als Bestandteil des kulturellen Erbes des deutschen Volkes aus seiner mehr als tausendjährigen Geschichte.
  - die Erhaltung und Sicherung des in Gegenwart und Zukunft neu erwachsenen Archivgutes,
  - die Arbeit nach unparteiischen, ausschließlich an wissenschaftlichen Forderungen orientierten Prinzipien und Methoden,
  - die Freizügigkeit der Archivbenutzung bei Wahrung des Persönlichkeits- und Datenschutzes entsprechend den Rechtsvorschriften,
  - die allseitige, den Bedürfnissen der Praxis entsprechende Aus- und Weiterbildung auf allen Ebenen,
  - die wissenschaftliche Meinungsvielfalt im Interesse geschichts- und archivwissenschaftlichen Fortschritts,
  - eine zielstrebige und vielseitige Öffentlichkeitsarbeit.
- (5) Der Verband pflegt Kontakt zu nationalen und internationalen Vereinigungen mit gleichen oder ähnlichen fachlichen Interessen. Er arbeitet bei der Vertretung sozialer Interessen mit gewerkschaftlichen und anderen Organisationen zusammen.
- (6) Der Verband ist der Veranstalter des Kongresses der Archivare der DDR.

### § 3. Mitgliedschaft

- (1) Die Mitgliedschaft des Verbandes kann erwerben, wer über eine abgeschlossene archivfachliche Ausbildung verfügt bzw. sich in der Ausbildung befindet.  
Die Mitgliedschaft kann außerdem erwerben, wer mindestens seit drei Jahren eine archivfachliche Tätigkeit ausübt, die Zustimmung der Leitung einer Arbeitsgemeinschaft, einer ständigen Fachkommission oder des Vorstandes eines Regionalverbandes voraussetzt.
- (2) Archive können die Tätigkeit des Verbandes fördern, indem sie korporatives Mitglied werden.
- (3) Der Beitritt wird gegenüber dem Hauptvorstand erklärt.
- (4) Die Mitgliedschaft erlischt
  - durch Tod,
  - durch schriftliche Austrittserklärung an den Vorsitzenden des Hauptvorstandes,

- durch Ausschluß auf Beschluß des Hauptvorstandes,
  - bei Rückstand der Zahlungsverpflichtung des Mitgliedsbeitrages von mehr als einem Jahr.
- (5) Gegen den Ausschluß aus dem Verband kann Beschwerde bei der Schiedskommission eingelegt werden, die darüber endgültig entscheidet.

#### § 4. Mitgliedsbeitrag und Spenden

- (1) Der jährliche Mitgliedsbeitrag wird durch die in der Mitgliederhauptversammlung beschlossene Beitragsrichtlinie festgelegt.
- (2) Betriebe, kulturelle und andere Institutionen können den Verband durch Spenden fördern.

#### § 5. Mitgliederhauptversammlung

- (1) Das höchste Organ des Verbandes ist die Mitgliederhauptversammlung. Sie findet mindestens einmal in zwei Jahren statt. Die Mitgliederhauptversammlung wird vom Hauptvorstand einberufen. Aus besonderen Anlässen kann durch den Hauptvorstand oder auf Antrag eines Drittels der Mitglieder des Verbandes eine außerordentliche Mitgliederhauptversammlung einberufen werden. Die Einberufung muß mindestens zwei Monate, die der außerordentlichen Mitgliederhauptversammlung mindestens einen Monat vor dem Tagungstermin unter Bekanntgabe der Tagesordnung erfolgen.
- (2) Der Hauptvorstand und andere leitende Gremien sind verpflichtet, an der Mitgliederhauptversammlung teilzunehmen.
- (3) Mit einfacher Stimmenmehrheit werden in geheimer Wahl von der Mitgliederhauptversammlung gewählt:
- der Hauptvorstand, wobei der Vorsitzende, der erste und zweite Stellvertreter sowie der Schatzmeister direkt gewählt werden,
  - die Mitglieder der Revisionskommission,
  - die Mitglieder der Schiedskommission.
- Ebenfalls mit einfacher Stimmenmehrheit erfolgt die vorzeitige Abwahl des Vorsitzenden, des ersten und zweiten Stellvertreters oder eines anderen Mitglieds des Hauptvorstandes.
- (4) Mit einfacher Stimmenmehrheit werden von der Mitgliederhauptversammlung beschlossen:
- der Rechenschaftsbericht des Hauptvorstandes,
  - der Bericht der Revisionskommission, verbunden mit der Entlastung des Hauptvorstands,
  - die Beitragsrichtlinie und andere organisatorische Grundsätze für die Verbandsarbeit.
- (5) Eine Zweidrittelmehrheit der Mitgliederhauptversammlung ist erforderlich
- zur Beschlußfassung über das Statut,
  - bei Statutänderungen,
  - bei Auflösung des Verbandes bzw.
  - beim Zusammenschluß mit dem Verein deutscher Archivare gemäß § 2 (2).
- (6) Korporative Mitglieder sind nicht stimmberechtigt.
- (7) Die Beschlüsse und andere Materialien der Mitgliederhauptversammlung werden als Mitteilungen des Verbandes in geeigneter Form veröffentlicht.

#### § 6. Hauptvorstand

- (1) Der Hauptvorstand besteht aus dem Vorsitzenden, dem ersten und zweiten Stellvertreter, dem Schatzmeister sowie den anderen in der Mitgliederhauptversammlung auf vier Jahre gewählten Mitgliedern. Er sollte die Zahl von 25 Mitgliedern und drei Nachfolgekandidaten nicht überschreiten.
- (2) Der Hauptvorstand leitet die Verbandsarbeit zwischen den Mitgliederhauptversammlungen. Ihm obliegen besonders
- die Einberufung der Mitgliederhauptversammlung und Festlegung der Tagesordnung,
  - die Vorbereitung und Durchführung des Kongresses der Archivare der DDR,
  - die Vertretung rechtlicher und sozialer Belange der Mitglieder des Verbandes,
  - die Berufung von Fachkommissionen,
  - die Koordinierung der Verbandsarbeit mit nationalen und internationalen Vereinigungen,
  - die Festlegungen der Geschäftsführung entsprechend einer Geschäftsordnung.

- (3) Der Hauptvorstand ist der Mitgliederhauptversammlung rechenschaftspflichtig.
- (4) Auf Vorschlag des Vorsitzenden wählt der Hauptvorstand den Schriftführer.
- (5) Der Hauptvorstand ist bei Anwesenheit von mehr als der Hälfte seiner Mitglieder beschlußfähig. Er entscheidet mit einfacher Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.
- (6) Der Vorsitzende sowie der erste und zweite Stellvertreter können zweimal in direkter Folge wiedergewählt werden.
- (7) Bei Freiwerden eines Hauptvorstandssitzes vor Ablauf der Wahlperiode nimmt der Hauptvorstand einen Nachfolgekandidaten als Mitglied auf.

#### § 7. Vorsitzender

- (1) Dem Vorsitzenden obliegt
- die Einberufung und Leitung der Hauptvorstandssitzungen,
  - die Führung der laufenden Geschäfte des Verbandes in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Mitgliederhauptversammlung und des Hauptvorstandes.
- (2) Der Vorsitzende vertritt den Verband im Rechtsverkehr.

#### § 8. Gliederung des Verbandes

Der Verband kann sich in Regionalverbände und Arbeitsgemeinschaften gliedern. Darüber hinaus können ständige oder zeitweilige Fachkommissionen gebildet werden.

#### § 9. Regionalverbände

- (1) Regionalverbände können entsprechend der territorialen Gliederung der DDR gebildet werden.
- (2) Die Regionalverbände bestimmen ihr Wirkungsfeld und Arbeitsprogramm nach den im Statut des Verbandes festgelegten Grundsätzen.
- (3) Die Regionalverbände wählen auf Mitgliederversammlungen alle vier Jahre mit einfacher Stimmenmehrheit ihre Vorstände in Anlehnung an den Wahlmodus des Verbandes.

#### § 10. Arbeitsgemeinschaften

- (1) Innerhalb des Verbandes können für einzelne Bereiche Arbeitsgemeinschaften gebildet werden, z. B. für Archivare der
- staatlichen Archive,
  - kommunalen Archive,
  - kirchlichen Archive,
  - Wirtschaftsarchive,
  - Archive von Parteien und Organisationen,
  - Medienarchive,
  - Archive wissenschaftlicher und kultureller Einrichtungen.
- (2) Sie bestimmen ihr Wirkungsfeld und Arbeitsprogramm nach den im Statut des Verbandes festgelegten Grundsätzen.
- (3) Die Arbeitsgemeinschaften wählen in geheimer Abstimmung mit einfacher Stimmenmehrheit ihren Vorsitzenden und seinen Stellvertreter.

#### § 11. Revisionskommission

Der Revisionskommission obliegt die Kontrolle über die ordnungsgemäße Verwendung der finanziellen Mittel. Sie besteht aus fünf Mitgliedern und wählt aus ihrer Mitte den Vorsitzenden und seinen Stellvertreter. Die Revisionskommission wird von der Mitgliederhauptversammlung gewählt und ist ihr rechenschaftspflichtig.

#### § 12. Schiedskommission

Die Schiedskommission entscheidet bei Beschwerden über:

- die Ablehnung von Beitrittsklärungen,
- den Ausschluß von Mitgliedern.

Sie besteht aus fünf Mitgliedern und wählt aus ihrer Mitte den Vorsitzenden und seinen Stellvertreter. Die Schiedskommission wird von der Mitgliederhauptversammlung gewählt. Der Mitgliederhauptversammlung erstattet sie Bericht über ihre Tätigkeit.

#### § 13. Statutenänderungen

Die Mitgliederhauptversammlung beschließt mit Zweidrittelmehrheit Änderungen des Statuts.

Entsprechende Anträge kann jedes Verbandsmitglied an den Hauptvorstand richten bzw. in der Mitgliederhauptversammlung vorbringen.

## § 14. Auflösung des Verbandes

Die Auflösung des Verbandes beschließt eine zu diesem Zweck einberufene Mitgliederversammlung mit Zweidrittelmehrheit. Die Abwicklung erfolgt auf der Grundlage der gesetzlichen Bestimmungen.

## § 15. Schlußbestimmung

Das Statut tritt mit Wirkung vom 12. Mai 1990 in Kraft.

### Beitragsrichtlinie

- (1) Mit seinem Beitritt zum Verband entrichtet das Mitglied eine Aufnahmegebühr von 10,00 Mark. Sie gilt auch für korporative Mitglieder.
- (2) Persönliche Mitglieder zahlen einen Jahresbeitrag, der sich an der Höhe des monatlichen Nettogehaltes orientiert. Die Mitglieder bestimmen die Beitragshöhe selbst auf der Grundlage folgender Richtwerte:

- bis zu 1 000,00 DM = 0,5 %
- bis zu 1 500,00 DM = 1,0 %
- bis zu 2 000,00 DM = 1,5 %
- über 2 000,00 DM = 2,0 %

Für Rentner und Arbeitslose beträgt der Jahresbeitrag 1,00 Mark.

- (3) Korporative Mitglieder zahlen einen Jahresbeitrag von mindestens 50,00 DM. Darüber hinaus bestimmen sie die Höhe des Beitrages selbst, mit dem sie die Tätigkeit des Verbandes unterstützen wollen.
- (4) Der Jahresbeitrag für das laufende Jahr ist jeweils bis zum April zu zahlen. Nach Eingang des Beitrages wird dem Mitglied die Mitgliedskarte des Verbandes für das laufende Jahr übergeben.

*Hinweis:* Die Mitgliederhauptversammlung am 12. Mai 1990 hat die Beitragsrichtlinie mit der Maßgabe beschlossen, die Aufnahmegebühr und den Mitgliedsbeitrag für 1990 erst nach der Währungsunion einzunehmen.

## Berichte

### Gründung des Verbandes der Archivare der DDR - VdA/DDR - (e. V.)

Am 12. Mai 1990 wurde in Berlin der „Verband der Archivare der DDR - VdA/DDR - (e. V.)“ gegründet (vgl. AM 1/90, S. 22/23 und AM 2/90, S. 61). Schon in der Vorbereitungsphase zeigte sich das große Interesse der Archivarinnen und Archivare der DDR an einem Berufsverband, zugleich trat aber auch eine Reihe von Problemen zutage, die einer längeren Diskussion bedurften. Aus diesem Grunde mußte die am 7. April 1990 begonnene konstituierende Versammlung vertagt werden und kam erst am 12. Mai zum Abschluß. Bereits im Vorfeld dieser Tagung hatten Meinungsverschiedenheiten den Vorbereitungsprozeß verzögert. Dies war der Dynamik der Entwicklung geschuldet: Als die Initiatoren mit ersten Kontaktaufnahmen und Vorgesprächen begannen, schien die Eigenständigkeit der DDR noch eine gewisse Perspektive zu haben. Später stellten dann einige der inzwischen im Vorbereitungskomitee versammelten Kollegen die Frage, ob jetzt die Gründung eines eigenen Berufsverbandes noch Sinn habe. Die mehrheitliche Entscheidung für den Verband wurde auf der Gründungsversammlung klar bestätigt. Maßgebend waren hierbei verschiedene Aspekte:

- Der Wunsch vieler Archivarinnen und Archivare, sich in einer berufsständisch orientierten Organisation zusammenschließen zu können,
- die Einbettung in einen Prozeß, in dem in der DDR für zahlreiche andere Berufs- und Interessengruppen ebenfalls Vereinigungen entstehen,
- das Bedürfnis, in der jetzt herrschenden Übergangssituation Kontaktmöglichkeiten zu haben, die außerhalb der bestehenden staatlichen oder gesellschaftlichen Strukturen organisiert sind und
- der Wille, die positiven und negativen Erfahrungen aus vierzig Jahren DDR-Archivwesen aufzuarbeiten und zu bewerten sowie das Bewahrenswerte in den Einigungsprozeß einzubringen.

Der vom Vorbereitungskomitee erarbeitete Entwurf des Statuts stützte sich auf vergleichbare Dokumente aus dem In- und Ausland (darunter das Statut des Vereins deutscher Archivare) und auch das inzwischen in Kraft getretene Vereinsgesetz der DDR, hatte aber auch die besonderen Aspekte des DDR-Archivwesens und der jetzigen Situation zu berücksichtigen. Die ausführliche Diskussion dieses Statutenentwurfes am 7. April führte dazu, daß er in einigen Passagen wesentlich überarbeitet wurde und am 12. Mai zur endgültigen Diskussion vorgelegt und danach beschlossen werden konnte (siehe im vorliegenden Heft S. 104-106).

Neben zahlreichen Detailfragen konzentrierte sich die Diskussion auf die Formulierung der Ziele des Verbandes und auf die Bedingungen der Mitgliedschaft. Besonders hier trafen die unterschiedlichen Auffassungen aufeinander, einerseits ein Refugium des Berufsstandes zu schaffen und andererseits möglichst viele Mitarbeiter des Archivwesens einzubeziehen. Gefunden wurde schließlich eine Formulierung, die den erlernten Beruf des Archivars betont, aber auch mehrjährig auf archivischem Gebiet tätige Mitarbeiter ohne abgeschlossene Qualifikation berücksichtigt. Dies ist v. a. notwendig, um nicht zahlreiche Verwaltungsarchive und Stadt- und Kreisarchive auszugrenzen, die keine archivfachliche Qualifikation erlangen konnten, weil die Ausbildungskapazitäten zu gering waren und sind. Zu akzeptieren sind aber auch die Argumente der Fachkollegen, die das Ansehen des Berufes gefährdet sehen und darauf verweisen, daß archivarische Arbeit eine entsprechende Ausbildung voraussetzt. Deshalb sollte der VdA/DDR seinen Einfluß geltend machen, daß alle Mitarbeiter, die aus anderen Bereichen in die Archive gekommen sind und über eine historische oder andere Ausbildung verfügen, sich archivfachlich qualifizieren bzw. daß in Zukunft nur noch Mitarbeiter mit entsprechender Qualifikation eingestellt werden.

Zu den im Statut verankerten Zielen des VdA/DDR gehören die Stärkung des archivarischen Berufsethos, die Aufarbeitung der Geschichte des DDR-Archivwesens und seiner stalinistischen Deformation und die Förderung des wissenschaftlichen Austausches zwischen den Archivaren der verschiedenen Archivtypen und Territorien. Ausführlich diskutiert wurde auch die Haltung, die der VdA/DDR zum deutschen Vereinigungsprozeß beziehen sollte. Da es sich dabei um eine Kernfrage von existentieller Bedeutung für den VdA/DDR handelt, wurde als Ergebnis dieser Diskussion im Statut festgeschrieben, daß der VdA/DDR nach erfolgter staatlicher Vereinigung Deutschlands den Zusammenschluß mit dem Verein deutscher Archivare der BRD anstrebt. Der Hauptverband des VdA/DDR wurde beauftragt, zum Vorstand des Vereins deutscher Archivare Kontakt aufzunehmen, um bereits jetzt eine enge Zusammenarbeit herbeizuführen und um den Vorschlag des späteren Zusammenschlusses beider Organisationen an den Verein deutscher Archivare heranzutragen und vorzubereiten.

Das Statut regelt auch die Struktur und Arbeitsweise des VdA/DDR. Im Hinblick auf die bevorstehende Verwaltungsreform bildet der VdA/DDR Länderverbände in den zukünftigen Ländern der DDR und - ähnlich wie der Verein deutscher Archivare - Fachgruppen, z. B. für Archivare aus staatlichen, kommunalen oder kirchlichen Archiven, aus Wirtschafts- und Medienarchiven u. a. Daneben gibt es die Möglichkeit, sich zu Interessengemeinschaften bzw. Arbeitsgruppen zusammenzuschließen, z. B. zur EDV-Anwendung, archivwissenschaftlichen Forschung usw. Dies alles sind aber nur Angebote, die der VdA/DDR seinen Mitgliedern unterbreitet; die Gründung der Landesverbände, Fachgruppen und Interessengemeinschaften ist Sache der Archivare und wird vom Hauptvorstand unterstützt, nicht aber vorgegeben. Das gilt auch für die Aufgabenstellung und Arbeitsweise dieser Gliederungen des VdA/DDR.

Zu den im Statut fixierten Aufgaben des VdA/DDR gehört die Durchführung des Kongresses der Archivare der DDR. Dabei besteht Übereinstimmung darin, auch im Falle einer schnellen staatlichen Vereinigung Deutschlands einen solchen Kongreß durchzuführen, bis der Zusammenschluß mit dem Verein deutscher Archivare erfolgt. Das wird u. a. deshalb für notwendig befunden, um die Aufarbeitung der Vergangenheit abzuschließen und nicht als Alllast in den gesamtdeutschen Berufsverband einzubringen.

Nach der Beschlußfassung über das Statut und die Beitragsordnung erfolgte die Wahl der Leitungsgremien. Gewählt wurden der Hauptvorstand, die Revisionskommission und eine Schiedskommission. Gesondert gewählt wurden OAR-Prof. Dr. G. Schmid (Goethe- und Schiller-Archiv Weimar) zum Vorsitzenden, AR Dr. H. Schreyer (Zentrales Staatsarchiv, Potsdam) zum 1. Stellvertreter des Vorsitzenden, AR Dr. J. Buchholz (Staatsarchiv Magdeburg) zum 2. Stellvertreter des Vorsitzenden und AR Dr. K. Kuba (Zentrales Archiv des FDGB) zum Schatzmeister. Der Hauptvorstand bestimmte in seiner konstituierenden Sitzung OAR Dr. W. Gahrig (Stadtarchiv Berlin) zum Schriftführer. Als Sitz der Geschäftsstelle des VdA/DDR wurde das Stadtarchiv Berlin, 1026 Berlin, Breite Straße 30/31, festgelegt, an das ab sofort Beitrittserklärungen und geschäftlicher Schriftwechsel gerichtet werden können.

In den Hauptvorstand wurden zunächst 21 Mitglieder gewählt. Außer den bereits genannten Kollegen sind dies:

OAR Prof. Dr. Botho Brachmann (Humboldt-Universität zu Berlin)  
Uta Gehrman (Staatsarchiv Magdeburg)  
OAR Dr. sc. Reiner Groß (Staatsarchiv Dresden)  
Dieter Hebig (Staatliche Archivverwaltung)  
AR Albrecht Kästner (Militärarchiv der DDR)  
Hannelore Knopp (Kreisarchiv Stralsund)  
OAR Dr. Johannes Kornow (Staatsarchiv Greifswald)  
Herbert Papendieck (Staatsarchiv Magdeburg)  
Sybille Penzek (Kreisarchiv Zeitz)  
OAR Dr. Winfried Schultze (Archiv der Humboldt-Universität zu Berlin)  
Dr. Horst Sieber (Stadtarchiv Rostock)  
AR Rita Silberborth (Ministerium für Schwermaschinenbau)  
OAR Prof. Dr. Manfred Unger (Staatsarchiv Leipzig)  
AR Gabriele Viertel (Stadtarchiv Karl-Marx-Stadt)  
Volker Wachter (Staatsarchiv Meiningen)  
Dieter Weichold (VE Kombinat Braunkohlenkraftwerke, Stambetrieb Jänschwalde)  
Edeltraud Wolf (Rat des Bezirkes Dresden).  
Der Revisionskommission gehören an:  
Dr. Ines Buschbeck (Stadtarchiv Freiberg)  
Marlies Ross (Staatsarchiv Magdeburg, Außenstelle Oranienbaum)  
Birgit Kmezik (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten)  
AR Peter Uarkvitz (Rat des Bezirkes Rostock)  
Susanna Wurche (Akademie der Künste)  
Die Schiedskommission setzt sich wie folgt zusammen:  
Ika Hebig (Staatsarchiv Potsdam) - Vorsitzende -  
Regina Böhmstedt (Verwaltungsarchiv des Kombinates Schwarze Pumpe),  
OAR Harry Hartig (Militärarchiv der DDR, Veteran),  
Rainer Kohlisch (Staatliche Archivverwaltung)  
AR Barbara Lange (Zentrales Archiv der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft).

Nach erfolgter Wahl ergriff der Vorsitzende des Vereins deutscher Archivare, Dr. Rumschöttel, der als Gast an der Gründungsversammlung teilnahm, das Wort. Er übermittelte die Glückwünsche und Grüße des Vereins deutscher Archivare an den neugegründeten VdA/DDR und seine Leitung. Die Archivare der BRD verfolgten mit großem Interesse die Entwicklung in der DDR und im Archivwesen der DDR, insbesondere die Bemühungen der DDR-Archivare zur Sicherung der Schriftgutmassen aus den aufgelösten und noch aufzulösenden Organen und Einrichtungen. Notwendig seien jetzt das fachliche und kollegiale Gespräch sowie der Informationsaustausch zwischen den Archivaren beider deutscher Staaten, um so die Annäherung zu fördern. In einem föderalistischen und pluralistischen System sei der Berufsverband ein integrierendes Element, unter dessen Dach alle Zweige des Archivwesens zusammenfinden. Namens des Vereins deutscher Archivare bot Dr. Rumschöttel dem VdA/DDR engste Zusammenarbeit auf allen Gebieten an.

Abschließend dankte der Vorsitzende des VdA/DDR, Prof. Dr. Schmid, für das ihm entgegengebrachte Vertrauen und versprach, sich für die Ziele des VdA/DDR einzusetzen, was er auch von den anderen gewählten Mitgliedern des Hauptvorstandes erwarte. Nach der Gründung des Verbandes gehe es jetzt darum, die im Statut vorgesehenen Regionalverbände und Fachkommissionen zu bilden und schnell mit der Arbeit zu beginnen. An die Archivare der DDR richtete er den Aufruf, dem VdA/DDR beizutreten und sich aktiv an seiner Arbeit zu beteiligen.

Dieter Hebig (Potsdam)

## Der Internationalismus der Arbeiterklasse in Geschichte und Gegenwart

Anläßlich des 125. Jahrestages der I., des 100. Jahrestages der II. und des 70. Jahrestages der III. Internationale fand am 4. Mai 1989 in Berlin eine wissenschaftliche Konferenz statt.

Zur Eröffnung konnte Prof. Dr. G. HEYDEN 180 Historiker aus Akademien, Universitäten, Hochschulen, Verlagen und anderen Institutionen begrüßen. Im Präsidium hatten als Ehrengäste u. a. ehemalige Mitarbeiter der Kommunistischen Internationale Platz genommen.

In seinen einleitenden Worten hob Prof. Dr. HEYDEN die Bedeutung des proletarischen Internationalismus auch in der Gegenwart hervor. Der proletarische Internationalismus sei theoretisches Prinzip und Anleitung zum praktischen Handeln zugleich, dabei jedoch kein starrer Begriff, sondern in seiner historischen Entwicklung zu sehen. Es komme darauf an, seine Grundprinzipien, Methoden und Aktionsformen herauszuarbeiten. Eine automatische Regeneration proletarisch-internationalistischer Positionen gebe es nicht, sie müßten entsprechend der jeweiligen historischen Situation neu erarbeitet werden.

Zum proletarischen Internationalismus der drei Internationalen sprach im ersten Referat Prof. Dr. E. LEWIN. Er sah das Verdienst aller drei Internationalen darin, daß sie die historische Mission der Arbeiterklasse zur Wirkung brachten und in ihrer Zeit die Einheit von Nationalem und Internationalem in der Arbeiterbewegung verkörperten. Die I. Internationale trug wesentlich zur Bildung selbständi-

ger Arbeiterparteien in verschiedenen Ländern und zur Erörterung theoretischer und praktisch-organisatorischer Fragen in Auseinandersetzung mit verschiedenen Spielarten bürgerlicher Ideologien bei. Die II. Internationale förderte selbständige Parteien der Arbeiterklasse, die zu starken politischen Faktoren in ihren Ländern wurden, und die Durchsetzung des Marxismus in der Arbeiterbewegung. Sie wurde zum Organisator von Massenaktionen, Streiks und einer mächtigen Antikriegsbewegung. Andererseits erstarkte der bürgerliche Opportunismus in der Arbeiterbewegung mit der Konsequenz des Übergangs der Mehrheit der II. Internationale zu Beginn des ersten Weltkriegs auf die Seite der Bourgeoisie. Allein die linken Kräfte verblieben auf dem Boden des Marxismus und des Internationalismus. Die objektiven Bedingungen für eine neue, kommunistische Internationale waren herangereift. Die Verdienste der III., der Kommunistischen Internationale, sah der Referent v. a. in folgenden Momenten: Zum ersten, daß es ihr gelang, das Zusammenwirken der revolutionären Kräfte auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus zu erreichen und die revolutionäre Theorieentwicklung u. a. zum Charakter der neuen Epoche, der revolutionären Triebkräfte, der Faschismus-Analyse zu fördern. Dabei seien Mängel in der Imperialismus- und Revolutionsauffassung nicht zu übersehen. Ein zweites Moment war der Beitrag der Kommunistischen Internationale zur Gründung revolutionärer Parteien auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus. Die kommunistische Bewegung schuf sich eine einheitliche theoretische Grundlage unter Beibehaltung nationaler Spezifika. Damit verbunden war die Internationalisierung der Leninschen Lehre von der Partei neuen Typus und die Ausbildung von Führungskadern. Prinzip war die kollektive Beratung in der Kommunistischen Internationale bei kollektiver Verantwortung für die Realisierung der Beschlüsse. Deutlich gemacht wurde, daß dabei die Entwicklung nicht in allen Phasen gleich verlief, es große positive Erfahrungen, aber auch verhängnisvolle Verletzungen der Leninschen Normen, besonders nach 1928/1929, gab. Als drittes bedeutendes Moment hob der Referent die Unterstützung großer internationaler Solidaritätsaktionen, gemeinsam mit der Internationalen Arbeiterhilfe und der Internationalen Roten Hilfe, hervor. Sie aktivierte Kräfte in vielen Ländern wie auch in den antikolonialen Befreiungskämpfen und förderte die Bildung kommunistischer Parteien in Asien, Afrika und Lateinamerika. Nach dem Machtantritt des Faschismus war sie wesentlich mitbeteiligt an der Organisation antifaschistischer Bewegungen der Volks- und Einheitsfront zur Verteidigung der demokratischen Freiheiten vieler Völker. Die Bedeutung der Kommunistischen Internationale sah der Referent schließlich in ihrer einheitlichen und zentralisierten Organisation, die in ihren einzelnen Sektionen unter unterschiedlichen Bedingungen wirksam wurde. Daraus ergab sich eine komplizierte Dialektik von nationalem Kampf und Internationalismus. Auf dem VII. Weltkongreß wurden die neuen Bedingungen dieser Dialektik analysiert, die sich aus dem internationalen Kampf gegen den Faschismus ergaben und entsprechende Schlußfolgerungen gezogen. In den Jahren zwischen 1935 und 1943 zeigte sich dann immer deutlicher, daß der in anderen Entwicklungsphasen richtige organisatorische Rahmen zu eng geworden war und den neuen historischen Bedingungen nicht mehr entsprach, so daß es zur Selbstauflösung der III. Internationale 1943 kam.

Zu aktuellen Problemen der kommunistischen und Arbeiterparteien und ihrem Zusammenwirken mit allen am Frieden und gesellschaftlichen Fortschritt interessierten Kräften sprach Prof. Dr. H. NEUBERT. Er ging davon aus, daß, basierend auf den objektiven Entwicklungsgesetzen der Gesellschaft, der Sozialismus die erfolgreich realisierbare Alternative zum Kapitalismus ist. Die neuen Bedingungen in der Welt forderten von allen politischen Parteien eine kritische Prüfung ihrer Programme. Die neuen Bedingungen sah der Referent v. a. im neuen Stellenwert der Frage Krieg-Frieden, der Umweltproblematik, der zunehmenden Verelendung in den Entwicklungsländern, den sozialökonomischen und technologischen Grenzen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, der Veränderung der Lage und der Weravorstellungen der Werktätigen. Auf der Suche nach neuen Wegen werden die Fragen an die Geschichte mit Fragen an die Gegenwart verbunden und z. T. konträr, selbst von den kommunistischen Parteien, beantwortet. Neue Überlegungen seien erforderlich zum Internationalismus, zum Verhältnis von Nationalem und Internationalem in der Gegenwart. Gültig bleibt der Internationalismus als Prinzip. Die Eigenwertigkeit der Menschheitsprobleme bedeute nicht, daß Klassenprobleme eliminiert werden, und auch nicht, daß Menschheitsprobleme vor Klassenproblemen zu lösen sind.

Das erste Referat und alle auf die drei internationalen bezogenen Diskussionsbeiträge zeugten von der intensiven und verantwortungsbewußten Arbeit erfahrener Forscher mit den historischen Quellen, die sowohl in publizierter Form vorliegen als auch in den Archiven in großem Umfang zugänglich geworden sind. Daß gerade von der Auswertung der letztgenannten Quellen noch wesentlich neue Erkenntnisse zu erwarten sind, bewies eine Reihe interessanter, viele Fragen aufwerfender Diskussionsbeiträge zur Geschichte vor allem der III. Internationale.

In der Diskussion ergaben sich drei Schwerpunkte. Zum ersten wurden die Durchsetzung und das Wirksamwerden des Internationalismus in der I. und II. Internationale untersucht. Prof. Dr. R. DLUBEK behandelte den Beitrag der I. Internationale zur Herausbildung des proletarischen Internationalismus, der schon in der Zeit ihrer Existenz durch die Gemeinsamkeit in der Diskussion und

Aktion in verschiedenen Ländern und die Erweiterung der Theorie hinsichtlich einer eigenen Außenpolitik der Arbeiterbewegung eine neue Qualität erhielt. Prof. Dr. J. SEIDEL sah in der Gründung und Tätigkeit der II. Internationale einen wichtigen Schritt zur weiteren Durchsetzung des Internationalismus und in ihrem Beschluß zur Durchführung des 1. Mai als Kampftag den Anstoß einer weltweiten internationalistischen Aktion der Arbeiterbewegung. Dr. G. SCHUMACHER untersuchte das internationalistische Wirken der deutschen Sozialdemokraten in der II. Internationale, insbesondere im Zusammenhang mit dem Stuttgarter Kongreß 1907 als erstem in Deutschland durchgeführten Sozialistenkongreß. Dr. R. STOLJAROWA widmete sich der historischen Notwendigkeit der Gründung der Kommunistischen Internationale und der Rolle Lenins und der Linken in verschiedenen Ländern bei ihrer Vorbereitung.

Ein zweiter Diskussionsschwerpunkt waren die vielfältigen Seiten der theoretischen Arbeit und der praktischen Tätigkeit der Kommunistischen Internationale. Prof. Dr. W. WIMMER ging auf die Zusammenarbeit der Kommunistischen Internationale und der KPD zu Beginn der 30er Jahre ein, die besonders durch den Kampf gegen den immer stärker vordringenden Faschismus in Deutschland beeinflusst wurde. Dr. E. LEWERENZ und Prof. Dr. H. KÜHNRICH untersuchten die Wirksamkeit der Kommunistischen Internationale und der KPD im Kampf gegen den aufkommenden Faschismus in den 20er Jahren und im Widerstandskampf nach dessen Machtantritt in Deutschland. Das komplizierte Problem der Solidarität der Kommunistischen Internationale mit den Befreiungsbewegungen in Asien, Afrika und Lateinamerika beleuchtet Prof. Dr. H. PIAZZA. Prof. Dr. G. DIECKMANN forderte die stärkere Herausarbeitung der objektiven Grundlagen des Internationalismus und die Untersuchung der Geschichte der anderen Internationalen, die neben der Kommunistischen Internationale nach dem Zusammenbruch der II. Internationale wirkten.

Einen dritten Komplex in der Diskussion bildeten Probleme des Internationalismus in der Gegenwart. Dr. G. KUBITZ behandelte, ausgehend von den neuen globalen Menschheitsproblemen, den Internationalismus in der Gegenwart. Dr. H. FISCH beleuchtet die Rolle der Beschäftigung mit der Geschichte in der Dialogpolitik heute. Dr. S. SCHRÖDER untersuchte die Gesellschaftsstrategien der kommunistischen Parteien der sozialistischen Länder und Dr. G. POLLACK den Internationalismus der Arbeiterklasse und den Friedenskampf. Die gemeinsame Arbeit der vier internationalen Organisationen der antifaschistischen Widerstandskämpfer und Kriegsteilnehmer war Gegenstand des Diskussionsbeitrages von Dr. W. RUPPERT. Dr. G. KOSE wertete in seinem Beitrag die Internationale Karl-Marx-Konferenz, die 1983 von der SED mit kommunistischen und sozialdemokratischen Parteien und verschiedenen Bewegungen organisiert wurde, als reformoffene, friedensfähige Hinwendung der Arbeiterklasse zu neuen Wegen des Dialogs.

In seinem Schlußwort betonte Prof. Dr. O. REINHOLD, daß die Existenz unterschiedlicher Parteien und Positionen auch im Dialog erkennbar bleiben müsse, aber gemeinsame Positionen im Kampf um den Frieden bestehen.

Es war beabsichtigt, die Ergebnisse der Beratung in einem Protokollband zu publizieren.

Gerlinde Grahn (Potsdam)

### Stalinismus. Begriff – Geschichte – Überwindung

Die Fachkommission Neueste Zeit I (1917–1945) der Historiker-Gesellschaft der DDR hatte unter diesem Thema zu einer Veranstaltung am 22. März 1990 in das Museum für deutsche Geschichte in Berlin eingeladen. Der Einladung waren etwa 150 Historiker, darunter viele Geschichtslehrer, gefolgt. In seinen einleitenden Worten versuchte der bisherige Vorsitzende der Fachkommission, Prof. Dr. K. PÄTZOLD (Humboldt-Universität zu Berlin wie auch die beiden folgenden Referenten) eine gewisse Beschreibung des Begriffs zu geben. Er verglich die historischen Phänomene „Hitler“ und „Stalin“ und stellte die Frage, was 45 Jahre nach dem Tode Hitlers zu ihm von den Historikern noch aufzuarbeiten sei. Bei der Behandlung des Stalinismus gehe es nicht allein um Stalins Person, sondern um die Vorgeschichte, den Weg von Lenin zu Stalin, um ideengeschichtliche Zusammenhänge, das von ihm geschaffene Machtgebilde und schließlich das Weiterwirken nach seinem Tode bis in die Gegenwart hinein.

Prof. Dr. H. PEPPERLE behandelte die Problematik aus der Sicht des Philosophen und der Erkenntnis eines Forschungskreises zum Stalinismus an der Humboldt-Universität zu Berlin. Er charakterisierte den Stalinismus als Gesellschaftssystem, in dem die Demokratie in Partei, Gesellschaft und den obersten Führungsgremien vernichtet wurde, das öffentliche Leben erstarb und Bürokratie und Korruption bestimmend waren. Es bestand zwar staatliches und genossenschaftliches Eigentum, aber die demokratische Verfügungsgewalt wurde beseitigt. Mit dem Stalinismus sei eine ganze historische Periode in allen sozialistischen Ländern zu behandeln, dessen negative Erscheinungen nicht allein auf den Export aus der Sowjetunion zurückzuführen, sondern auch aus den inneren Strukturen der Länder zu erklären seien. Er verwies auf vier Perioden in der Entwicklung des Stalinismus: erstens die Vernichtung der demokratischen Verhältnisse zwischen 1924 und den Moskauer Prozessen 1938; zweitens die unmittelbare Herrschaft Stalins; drittens die Entstalinisierung bis zum Sturz Chruschtschows und viertens die schleichende Restalinisierung, die einherging mit einer Liberalisierung, aber keiner echten Demokratisierung. Im zweiten Teil

seines Referats legte Pepperle einige theoretische Ansätze zur Auseinandersetzung mit dem Stalinismus dar. Ein erster Ansatz waren die Überlegungen des Polen Kofakowski zu den Hauptströmungen des Marxismus, unter denen er den Sozialismus als eine utopische ansah, die nicht demokratisch, sondern nur mit Gewalt und Terror praktisch umsetzbar sei. Andere Betrachtungen gehen von Kautsky aus, der große Sympathie für die revolutionäre russische Arbeiterbewegung empfand, aber befürchtete, daß Lenins Versuch, die Revolution in Rußland bei einem sehr niedrigen Stand der Produktivkräfte durchzuführen, katastrophale Folgen haben würde. Ein dritter Ansatz liegt im Leninismus. Schon Rosa Luxemburg habe sich kritisch mit dem Bolschewismus, unter anderem in der Organisationsfrage und zum Demokratieverständnis, geäußert. Schließlich beinhalte die marxistische Gesellschaftskonzeption selbst die Möglichkeiten der widersprüchlichen Entwicklung und von Machtauseinandersetzungen in der sozialistischen Gesellschaft.

Der zweite Referent, Prof. Dr. G. ROSENFELD, untersuchte objektive und subjektive Faktoren für die Entstehung des Stalinismus in den ersten Etappen der Entwicklung Sowjetrußlands – der Oktoberrevolution und dem Bürgerkrieg und Kriegskommunismus. Als objektive Faktoren betrachtete er die Besonderheiten der Entwicklung des Kapitalismus in Rußland, die heterogene ökonomische Struktur vor der Revolution, den großen Nachholebedarf an bürgerlicher Demokratie, den die Oktoberrevolution zu befriedigen hatte. Neu zu beantworten seien für die Oktoberrevolution Fragen wie die nach der Realität des Sozialismus für Rußland 1917, dem Inhalt der Diktatur des Proletariats, den sozialen Grundlagen des neuen Staates über den sehr kleinen Teil der revolutionären Arbeiterklasse hinaus und dem Verhältnis zu den kleinbürgerlichen Parteien. Interessante Überlegungen brachte der Referent ein zur Thematik im Zusammenhang mit der Untersuchung der Periode des Bürgerkrieges und des Kriegskommunismus. In dieser Phase waren die Elemente der politischen Gewalt sehr stark. Es entstand ein politisches Kommandosystem, das auch in der Periode der „Neuen Ökonomischen Politik“ weiterwirkte. Die Abschaffung des Marktes wurde als der Weg zum Kommunismus betrachtet. Das Anschwellen des bürokratischen Apparates und die niedrige Kultur der Arbeiter hätten einer langen Phase der richtigen Handhabung des Staatsapparates und der Produktion bedurft. Mit der Durchsetzung des Einparteiensystems übernahm die Kommunistische Partei Rußlands (KPR) Funktionen des Staatsapparates. Die Partei wuchs zahlenmäßig sehr stark, wurde aber qualitativ zunehmend schwächer. Der mögliche Meinungsppluralismus in der KPR wurde bis zum Ende der 20er Jahre beseitigt. Aus zeitweilig berechtigten materiellen Unterstützungen für Partei- und Staatsfunktionäre entwickelten sich Privilegien. Die subjektiven Faktoren für die Entstehung des Stalinismus sah der Referent u.a. in den Differenzen um die Nachfolge in der Führung der Partei nach dem Tode Lenins und der Entscheidung der Auseinandersetzungen Stalin–Trotzki zugunsten Stalins.

Die Diskussion war dadurch geprägt, daß die Redner ihre speziellen Forschungsgegenstände nach den Ursachen und Wirkungen des Stalinismus befragten. Eine Reihe bislang feststehender Einschätzungen von Ereignissen, Personen und politischen Orientierungen der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung wurden in Zweifel gezogen und in Ansätzen Neubewertungen versucht.

Dr. HELLAS (Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin) äußerte sich zum Stalinismus als System von Theorie und Praxis und wandte sich besonders der nationalen Variante in Deutschland vor 1933 zu. Dr. G. GRAHN (Zentrales Staatsarchiv, Potsdam) behandelte die deutschen Intellektuellen, die Gesellschaft der Freunde des neuen Rußland und die sowjetische Gesellschaft für kulturelle Verbindungen mit dem Ausland (VOKS) zwischen 1923 und 1933. Prof. Dr. H. SCHÜTZLER (Humboldt-Universität zu Berlin) untersuchte unter aktuellen Aspekten den Stalinismus-Begriff in der Sowjetunion, der BRD und der DDR. Dr. J. PETERSDORF (Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin) stellte die These auf, daß sich stalinistische Privilegienwirtschaft in erster Linie in ökonomisch zurückgebliebenen Ländern bzw. unter ökonomisch schwierigen Bedingungen entwickelt. Das Prinzip „verteilen statt verkaufen“ sei die Basis für Privilegien. Dr. E. LEWERENZ (Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin) beschäftigte sich vor allem mit einer Neubewertung der 7. Tagung des Exekutivkomitees der kommunistischen Internationale (1928), von der, ausgehend von der Auseinandersetzung Stalins mit Trotzki, auch in der Kommunistischen Internationale eine weitgehende Zurückdrängung der Demokratie erfolgte. Prof. Dr. M. WEIBBECKER (Friedrich-Schiller-Universität Jena) zog Vergleiche zwischen Faschismus und Stalinismus und Totalitarismus und forderte eine stärkere Beschäftigung mit der Phasen- oder Epochenspezifität unter dem Aspekt der Formenvielfalt. Prof. Dr. G. ROSENFELD beantwortete eine Frage zu Stalinismus und Antisemitismus. Er charakterisierte das Vorgehen Stalins gegen die Juden vor allem als Vorgehen gegen die Intelligenz und merkte den Antisemitismus Stalins als gewissen irrationalen Zug bei ihm an.

In seinem Schlußwort betonte Prof. Dr. K. Pätzold, daß alle Ereignisse aus ihrem Zeithorizont heraus zu betrachten seien, für den Stalinismus sei das besonders der Beginn der 30er Jahre mit einer äußerst komplizierten internationalen Situation. Notwendig sei die Untersuchung gruppen- und individualpsychologischer Fragen bei der Beurteilung des Masseneinflusses des Stalinismus. Notwendig sei schließlich die Herausarbeitung der historischen Wahrheit als Teil

der Auseinandersetzung des Marxismus um eine neue, humanistische Welt. In den einleitenden Worten, den Referaten und den Diskussionsbeiträgen wurde sichtbar, daß die Bewältigung der Stalinismus-Problematik nur durch den Zugang zu neuen Quellen und deren kritische Betrachtung sowie der Neubewertung der schon bekannten erfolgen kann. Das gilt für die Archive der Sowjetunion und der DDR, aber auch für die publizierten Dokumente von Marx, Engels, Lenin und führender Vertreter der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung.

Insgesamt wurde in der Veranstaltung deutlich, daß trotz umfangreicher, in den letzten Jahren erschienener Literatur in Ost und West, vieler Diskussionen in den Medien und unter den Gesellschaftswissenschaftlern und persönliche Äußerungen von Betroffenen, mehr Fragen gestellt als Antworten gegeben werden konnten.

Gerlinde Grahn (Potsdam)

#### 10. Konferenz der Fachkommission Geschichte der Neuesten Zeit II (1945 bis zur Gegenwart)

Am 1. März 1990 fand zum Thema *Geschichtsschreibung über das Werden und Wachsen der DDR zwischen Krise und Erneuerung* ein wissenschaftliches Kolloquium in Berlin statt. S. PROKOP (Berlin), der die Veranstaltung leitete, gab ihr den Untertitel: „Totalverriß? Kritisch aufarbeiten? Aber wie? Was ist bewahrenswert?“

In seinem einleitenden Referat nahm R. BADSTÜBNER (Berlin), Vorsitzender der Fachkommission Geschichte der Neuesten Zeit II der Historiker-Gesellschaft der DDR, zu den schwerwiegenden Mängeln im bisher offiziell vermittelten DDR-Geschichtsbild kritisch Stellung. Obwohl die Zeit für eine die Ursachen und Zusammenhänge aufdeckende Analyse noch zu kurz ist, wies er auf neue Sichtweisen hin und machte Angebote mit dem Ziel, DDR-Geschichte ohne dogmatische Enge, auf der Grundlage eines Weltanschauungs- und Methodenpluralismus vollständig und wahrheitsgetreu aufzuarbeiten. In der Vergangenheit hatte es zu der Krise, in die unser Land und mit ihm die Geschichtswissenschaft geriet, keine offene und erst recht keine öffentliche Diskussion gegeben; eine grundlegende Kritik und Versuche der Krisenbewältigung blieben aus. Wer es versuchte, geriet unter den Bedingungen des bürokratisch-administrativen Kommandosystems stalinistischer Prägung ins Abseits. Die Auffassung des Referenten, daß künftige Historiker im Hinblick auf die vierzigjährige DDR-Geschichte von frühsozialistischen Versuchen sprechen werden, löste Widerspruch aus, zumal der Begriff Frühsozialismus bereits besetzt und in anderen Zusammenhängen definiert sei.

Die Aufarbeitung der DDR-Geschichte kann, so hob R. Badstübner hervor, nicht nur Trauerarbeit und absolute Negierung heißen. Pauschale Urteile und Verurteilungen helfen nicht weiter. Die tiefe Krise ist unteilbar. Sie betrifft alle Bereiche der Geschichtswissenschaft. Das Berufsethos einer ganzen Berufsgruppe hat großen Schaden genommen. Die Geschichtswissenschaft als Ganzes muß sich, will sie die Vergangenheit bewältigen, den Fragen nach ihrer Mitschuld, ihrer Mitverantwortung stellen. Dies wiederum ist nur im Rahmen einer wahrhaft wissenschaftlichen Aufarbeitung möglich. Dabei kommt es nicht auf ein Umschreiben der Geschichte, sondern auf eine exakte Erforschung, eine umfassende kritische Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte, die auch nach der Vereinigung eine eigenständige Bedeutung behalten wird, an.

Der Bd. 9 der Deutschen Geschichte – so R. Badstübner – enthält neben dogmatischen bereits viele neue Sichtweisen; er liegt aber hinter dem neuesten Erkenntnisstand zurück. Es gilt, die Geschichte u.a. danach zu befragen, ob es – z. B. angesichts des Stalinismus, der Lage zwischen den Blöcken etc. – Alternativen zur Entwicklung in unserem Lande gegeben hat. Hierzu sind ganze Quellenbereiche im In- und Ausland, die bis zur Stunde noch nicht zugänglich sind, auszuwerten.

Im Hinblick auf die andere Seite der Entwicklung machte der Referent darauf aufmerksam, daß der Kalte Krieg, der von der BRD ausgehende Revanchismus, daß nazistische Skandale, der Tanz ums goldene Kalb etc. in unserer Geschichtsschreibung nicht unter den Tisch fallen dürfen. Nicht der Sozialismus, sondern der Realsozialismus in seiner bürokratischen und autoritären Entartung hat politisch und ökonomisch versagt.

Die Geschichtswissenschaft steht vor der dringlichen Aufgabe, die Fragen nach dem Inhalt unserer Epoche neu zu beantworten und zu überdenken, ob unsere Epoche durch den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus gekennzeichnet ist. Schließlich entstand auch unter kapitalistischen Bedingungen – es sei hier nur auf das Alltagsleben der Werktätigen und das soziale Netz verwiesen – historisch Neues.

J. KRÜGER (Potsdam) sprach zu Fragen der internationalen Entwicklung und ihrem Einfluß auf die Geschichte der DDR. Er betonte, daß das bisher gezeichnete Bild der DDR-Geschichte falsch ist; es ist aber auch nicht richtig zu sagen, es wären 40 Jahre Stalinismus, 40 Jahre Betrug, 40 Jahre verlorenes Leben gewesen. Die Frage nach dem Sinn des Lebens ist unter Berücksichtigung der Vielschichtigkeit aller Probleme neu zu beantworten.

Die Geschichtsschreibung der DDR ist gekennzeichnet durch eine maßlose Überschätzung des Erreichten und eine ebenso maßlose Unterschätzung der

kapitalistischen Entwicklung. Die sich wandelnde sowjetische Deutschlandpolitik bedarf einer tieferen und vor allem undogmatischen Auslotung, ebenso wie die Vorgänge um solche historischen Daten wie den 17. Juni 1953 und den 13. August 1961. Krüger stellte schließlich fest, daß das Sozialismusverständnis der z. T. nur über ein Mittelmaß an Intelligenz verfügenden Führungselite in der DDR hinter den Errungenschaften der bürgerlichen Demokratie zurückgeblieben ist. Das Herrschaftssystem der SED hatte die Tendenz zur zwangsläufigen Selbstzerstörung; es gab keine Korrektive, keine Mechanismen zur Selbststeuerung.

Dies alles ist ins Verhältnis zu setzen zum millionenfachen opferbereiten, persönlich ehrlichen Kampf im Sinne einer humanistischen, von Ausbeutung und Unterdrückung freien Entwicklung.

Der Auffassung vom Trend der Selbstvernichtung des Sozialismus wurde von J. CERNY (Berlin) widersprochen, indem er u.a. feststellte, daß es – trotz des zunehmenden Demokratiedefizites – auch Chancen zur Selbstkontrolle gegeben habe, die allerdings zu wenig und seit 1985 gar nicht mehr genutzt wurden. Dennoch habe der „junge Sozialismus“ auch Bleibendes hervorgebracht.

E. KÖNNEMANN und J. HERMANN (beide Halle/Saale) machten darauf aufmerksam, daß viele Termini, die bislang von der DDR-Geschichtswissenschaft verwendet wurden (und zum Teil noch verwendet werden), nicht mehr brauchbar sind bzw. einer kritischen Überprüfung bedürfen. J. Hermann wies auf eine notwendige methodologische Neuorientierung hin; die „Gesetzmäßigkeiten“ von einst sind neu zu bestimmen.

Was das historische Bleibende ist – so G. BENSER (Berlin) –, werden die Realitäten, weniger die Historiker entscheiden. Die Vorkämpfer der Wende werden nicht in jedem Falle die Sieger sein, die anderen nicht unbedingt die Verlierer. W. MÜHLFRIEDEL (Jena) ging auf neue Forschungsergebnisse zu Fragen der Kriegsbeute, der Wiedergutmachungs- und Reparationsleistungen der SBZ/DDR an die SU und der Haltung der SU zur Entwicklung Deutschlands nach dem zweiten Weltkrieg ein. Aus der Sicht der SU wurde die SBZ bzw. die DDR nicht von Anfang an als Partner betrachtet. Vieles ist noch nicht quantifizierbar, fest steht jedoch, daß die Entwicklung der DDR maßgeblich und mit mehr negativen als positiven Folgen für die Volkswirtschaft durch das Verhältnis zur Siegermacht SU geprägt worden ist.

S. KUNTSCHKE (Berlin), nahm eine kritische Wertung der für die DDR-Geschichtswissenschaft üblichen Betrachtungsweise, die auch für die agrarhistorischen Publikationen kennzeichnend war, vor. Anstatt die Widersprüche zur Kenntnis zu nehmen und Probleme herauszuarbeiten, wurde zumeist das Soll für das Ist genommen. Die Vergangenheit wurde vom Podest des Siegers der Geschichte dargestellt, wodurch die Geschichtswissenschaft zur Apologetik einer fragwürdigen Politik degradiert wurde. Generalisierend hob er hervor, daß die Erfahrungen und Erkenntnisse der in der Regel gutmeinenden Andersdenkenden diskreditiert, ja kriminalisiert wurden und so dem Fortschritt verloren gingen. Unverzeihlich ist auch die Unterschätzung bzw. völlige Mißachtung der ökologischen Probleme unserer Zeit.

Im Zusammenhang mit der Bodenreform, der Kollektivierung, der Trennung von Tier- und Pflanzenproduktion und anderen grundlegenden Entscheidungen in der Landwirtschaft ist das Verhältnis zwischen „Revolution von oben“ und den demokratischen Initiativen der Bauern klar herauszuarbeiten.

S. Kuntschke hob schließlich hervor, daß detailfreudige Forschungen über einzelne (landwirtschaftliche) Betriebe und Dörfer vonnöten sind, um auch von dieser Seite her Licht in einen wesentlichen Bereich der Geschichte zu bringen.

G. KRAMER (Halle/Saale) empfahl, bei der kritischen Bewältigung der DDR-Geschichte die z. T. auf umfangreichen Quellenstudien beruhenden, aber unter den Bedingungen der Krise nicht zu Ende geführten wissenschaftlichen Arbeiten zu berücksichtigen.

In weiteren Diskussionsbeiträgen wurde eine kritische Analyse der Literaturentwicklung (L. Krenzlin, Berlin) vorgenommen, die Rolle der Arbeiterklasse, die nicht Subjekt des Geschehens, sondern eher „Komparse und Bühnenarbeiter“ (P. Hübner, Berlin) gewesen ist, behandelt und das Tabuthema Internierungslager in der SBZ/DDR zwischen 1945 und 1950 (D. Krüger, Neubrandenburg) berührt. In den vermutlich neun Lagern (z. B. Buchenwald, Sachsenhausen, Fürstenwalde/Spree und Fünfeichen bei Neubrandenburg) waren aktive Nazis, Angehörige des „Wehrwolf“, Waffenbesitzer, aber auch Techniker und Wissenschaftler und viele Unschuldige, darunter Sozialdemokraten und Kommunisten, interniert. Die Aufarbeitung dieses spezifischen Kapitels unserer Geschichte hat begonnen.

J. CERNY informierte über das Forschungsprojekt „17. Juni 1953“. Er hob die Bedeutung fester marxistischer Grundpositionen für die notwendige radikale Selbst- und Geschichtskritik hervor. Bei aller Kritik gelte es, die positiven Werte der Geschichte der DDR in die künftige Entwicklung Deutschlands einzubringen.

Schließlich ging D. ECKERT (Berlin) auf das problematische Verhältnis zwischen Parteiführung und Regierung ein.

Zusammenfassend ist zu bemerken, daß die historisch-kritische Neubewertung sehr problembeladen ist und beachtliche Schwierigkeiten bereitet. Dennoch konnten neben bilanzierend-kritischen Aussagen erste neue Forschungsergebnisse vorgestellt werden. Die Abwesenheit Andersdenkender setzte der Diskussion allerdings Grenzen.

In der weiteren Arbeit der Fachkommission sollte durch eine entsprechende Einladungspolitik auf ein breites politisches Spektrum der Teilnehmer hingearbeitet und derartige (inhaltlich genauer fixierte) Veranstaltungen einer größeren Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Die Tagung, die von den Medien mit Interesse aufgenommen wurde, kann trotz dieser Einschränkungen als ein gelungener Versuch, sich den Problemen der Zeit und der Krise in der Geschichtswissenschaft zu stellen, gewertet werden. Dank der kritischen und zugleich konstruktiven Ausführungen R. Badstüblers und weiterer Redner stellt sie einen wichtigen Schritt auf dem Wege zur offensiven Geschichtsbewältigung dar.

Gerhard Birk (Potsdam)

### Gab es eine „Ökonomie der Endlösung“?

Unter dieser Thematik veranstaltete das Institut für Geschichtswissenschaft der Technischen Universität Berlin (West) anlässlich seines Institutstags am 6. Februar 1990 eine Podiumsdiskussion. Gesprächsleiter war Prof. Dr. R. RÜRUP, und Partner des wissenschaftlichen Streitgesprächs und der sich anschließenden freien Diskussion waren Dr. G. ALY, S. HEIM (beide Berlin/West) und Dr. U. HERBERT (Hagen).

Bemerkenswert war das überwiegend junge und der Problematik gegenüber im antifaschistischen Sinne offensichtlich sehr aufgeschlossene, interessierte Publikum.

Im ersten Teil der Veranstaltung hatten die Kontrahenten die Möglichkeit, in knapper Form ihre Standpunkte darzustellen. Aly und Heim gelangten durch intensive Studien in Archiven der BRD, der DDR, Polens und der Sowjetunion zu einer Reihe interessanter Erkenntnisse über die „Ökonomie der Endlösung“. Zielstellung ihrer Untersuchungen war die Erforschung des Zusammenhangs zwischen langfristiger ökonomischer Planung durch den faschistischen Staat und der Vernichtung von Menschen. Als zentrale These formulierten sie, daß das Konzept einer „Ökonomie der Endlösung“ von deutschen Akademikern entwickelt worden sei – vor allem von Ökonomen, Agrarwissenschaftlern, Bevölkerungsexperten, Arbeitseinsatzspezialisten, Raumplanern und Statistikern. Diese „planende Intelligenz“ auf den unteren Ebenen des faschistischen Verwaltungsapparates habe die Planungsgremien wie die Reichsstelle für Raumordnung, den Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums und die Vierjahresplanbehörde besetzt und die Vorstellungen für die Ausschaltung der Juden aus der Wirtschaft entwickelt, die Defizite der Ghettowirtschaft berechnet und die Begründung für die Ermordung der Ghettobewohner geliefert (1). Aly und Heim versuchten, die konkrete Verantwortung und den planend vorantreibenden Anteil deutscher Intellektueller an der Menschenvernichtung festzustellen und zwar nicht nur am Holocaust, sondern am Massenmord im Faschismus insgesamt – der Euthanasie, der Ermordung russischer Kriegsgefangener und am Aushungern der sowjetischen Zivilbevölkerung.

Die These war schon vor der Podiumsdiskussion nicht unwidersprochen aufgenommen worden. Der Kontrahent, Dr. U. HERBERT, und der US-amerikanische Historiker Prof. Dr. Christopher R. BROWNING, hatten in recht überzeugender Weise sowohl auf einem Symposium „Wissenschaft und Massenvernichtung“ des Hamburger Instituts für Sozialforschung im Juni 1989 als auch in zwei Heften der Zeitschrift „Konkret“ vom Ende des gleichen Jahres Widerspruch angemeldet. In der Darlegung seines Standpunktes im Gespräch unterstützte U. Herbert zwar die Seite der „Dynamik von unten“ in der These von Aly/Heim, kritisierte jedoch ihre zu enge Verwendung des Rassismusbegriffs in der Begründung. Er ging davon aus, daß die Planung im Faschismus von jungen Intellektuellen vorgenommen worden sei, die die Widersprüche der modernen Industriegesellschaft in ihrer speziellen deutschen Ausprägung erkannt und eine biologische Koordinierung, insbesondere auf die Juden bezogen, für die sozialen Probleme gesehen hätten. In diesem Zusammenhang verwies er auf ein weitgehend geschlossenes antisemitisches Weltbild des hier in Betracht kommenden Teils der deutschen Intelligenz, das in der Zeit der Weimarer Republik an den Universitäten und Hochschulen geprägt wurde, die die späteren faschistischen Führungskader ausbildeten. Davon ausgehend, betrachtete er differenzierter als Aly/Heim die einzelnen Phasen des Antisemitismus in der Zeit der NS-Herrschaft, so das Jahr 1938 mit der Pogromnacht und dem Übergang der Judenproblematik an das Reichssicherheitshauptamt (RSHA) mit Heydrich und das Jahr 1941 als die deutsche Führung noch von einem schnellen Sieg überzeugt war. Bei der Untersuchung der Verwirklichung der geplanten „Endlösung“ polemisierte er gegen eine zu einseitige Betrachtung des Sachzwangs der „Überbevölkerung“ bei Aly und Heim und verwies auf die Widersprüche zwischen Wehrmacht und Verwaltung des Generalgouvernements in der Ghettofrage.

Im zweiten Teil der Veranstaltung – in der Erwiderung der Kontrahenten und in der Diskussion – wurde der große Wert der Aktenstudien durch Aly und Heim unterstrichen, wobei jedoch in gewissem Umfang Zweifel an den daraus gezogenen Schlußfolgerungen angemeldet wurden.

Als Desiderat in der Forschung benannt wurde die auch in der DDR-Geschichtswissenschaft sichtbare Lücke in der Untersuchung der Rolle der Ministerialebene bei der Planung und Verwirklichung von Maßnahmen der faschistischen Staatsmacht.

Von mehreren Diskussionsteilnehmern wurde die Kontinuität in der Entwicklung des Antisemitismus vor 1933, in der Zeit des Faschismus und nach 1945 gesehen. HERBERT unterstrich in diesem Zusammenhang seine These, daß der Antisemitismus ein geschlossenes Weltbild darstelle, in das der Holocaust eingeordnet, darin funktionalisiert und die Entwicklung der deutschen „Funktionselite“ in ihrer Kontinuität zu betrachten ist. In Zweifel gezogen wurde die These Aly/Heims, daß die Juden als Teil der Armut im Generalgouvernement vernichtet worden seien, da die jüdische Bevölkerung sozial gleich strukturiert war wie die übrige Bevölkerung der in Betracht kommenden Gebiete.

Zum Abschluß der Diskussion wurde festgestellt, daß die wesentlich breitere Quellenbasis günstige Ausgangsbedingungen für neue Überlegungen zur „Endlösung“ biete und weitergehende Forschungen vor allem über die Rolle der Intelligenz und der mittleren und unteren Verwaltungsebene erforderlich seien.

Gerlinde Grahn (Potsdam)

(1) Konkret. – Hamburg (1989) 10. – S. 82

### Wissenschaftliches Kolloquium der Fachkommission Betriebsgeschichte der Historiker-Gesellschaft der DDR

Unter dem Thema *Wie weiter mit der Betriebsgeschichte? – Anforderungen aus Marktwirtschaft und sozialer Umwälzung – Konzeption und Diskussion für eine neue Betriebs- und Unternehmensgeschichte* fand am 6. April 1990 in Berlin ein Kolloquium statt, zu dem die Fachkommission Betriebsgeschichte der Historiker-Gesellschaft der DDR eingeladen hatte.

Dr. Hans Joachim HINZ (Berlin), geschäftsführender Vizepräsident der Historiker-Gesellschaft der DDR, begrüßte die ca. 100 Teilnehmer der Veranstaltung und verwies in seinem einführenden Vortrag auf die Bestrebungen, unter den sich in den letzten Monaten in der DDR vollzogenen gesellschaftlichen Umwälzungen auch weiterhin die Arbeitsfähigkeit der Historiker-Gesellschaft aufrechtzuerhalten. Die dazu am 10. 2. 1990 stattgefundene Mitgliederhauptversammlung, auf der ein neues Statut angenommen wurde und Neuwahlen der Leitungsgremien stattfanden, sind erste wichtige Schritte zur Neuprofilierung dieser wissenschaftlichen Gesellschaft.

In ihrem Grundsatzreferat gab Prof. Dr. Waltraud FALK (Berlin), Vorsitzende der Fachkommission Betriebsgeschichte, nach einem komplexen Überblick zur Betriebsgeschichte in der DDR Auskunft über Möglichkeiten und Perspektiven der Geschichtsschreibung in Betrieben und Unternehmen unter marktwirtschaftlichen Aspekten. Die seit den fünfziger Jahren in der DDR stark ins Abseits gedrängte Firmengeschichtsschreibung hatte im Gesamtrahmen der Betriebsgeschichte zur Folge, daß Objektivität und Ausgewogenheit – besonders das Fehlen von Informationen über Verdienste des Unternehmens, firmengebundenen Traditionsdenken usw. – bei der Bewertung betriebsgeschichtlicher Tatsachen immer mehr verschwammen. Das gerade und das Bemühen, betriebsgeschichtliche Forschung insgesamt zu aktivieren und den Erfahrungsaustausch auf diesem Gebiet zu fördern, waren Gründe, die Fachkommission Betriebsgeschichte 1973 zu gründen. Der international bedeutenden Tendenz, die Betriebsgeschichte (nun auch Unternehmensgeschichte) als einen zukunftsfrächtigen Zweig der geschichtswissenschaftlichen Arbeit auszubauen und damit zu einer alternativen Geschichtsschreibung „von unten“ zu machen, standen im Widerspruch zu den Anleitungs- und Koordinierungsstrukturen der SED. Die selbst erkannte oder kollektive Vergangenheit aus der Sicht der arbeitenden Menschen, deren Betriebsverbundenheit und die historisch fundierte Werbung für den Betrieb und seine Produkte konnte oftmals nicht zum Gegenstand der Diskussion werden. Es entstand dadurch ein recht einseitiges Betriebsgeschichtsbild. Betriebsgeschichte wurde zunehmend Parteigeschichte und sollte als Legitimation der Politik der SED dienen.

Durch grundlegende konzeptionelle Veränderungen muß Betriebs- und Unternehmensgeschichte im konkreten allseitig werden, persönliche Initiativen freisetzen und sich unter marktwirtschaftlichen Bedingungen aus eigener Repräsentation fortschreiben. Die „Leistung am Produkt“ wird künftig die Betriebs- und Unternehmensgeschichte festschreiben; Traditionen und Neuerungen auf wissenschaftlich-technischem und sozialem Gebiet sollten in Betrieben zu konkreten geschichtswissenschaftlichen Forschungsergebnissen führen, die den Nutzern zur Verfügung gestellt werden. Die erforderliche Anleitung und Ausbildung für die betriebs- und unternehmensgeschichtliche Arbeit kann nur in einer dauerhaften und ständigen Institution effektiv sein. Der Bereich Wirtschaftsgeschichte der Sektion Wirtschaftswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin will deshalb für die inhaltliche und organisatorische Unterstützung einer neuen Betriebs- und Unternehmensgeschichte eine Lehrstuhlgruppe bilden, die sich als Konsultations- und Dokumentationszentrum versteht. Des weiteren ist geplant, daß das Konsultations- und Dokumentationszentrum in Kooperation mit einem aus der Fachkommission Betriebsgeschichte der Historiker-Gesellschaft der DDR hervorgehenden Förder- und Interessenverband eine Zeitschrift als zentrale Publikationsmöglichkeit für die Betriebs- und Unternehmensgeschichtsschreibung herausgibt. Der Inhalt dieser Zeitschrift sollte wissenschaftstheoretische und methodologische Beiträge, wissenschaftliche Erkennt-

nisse und Forschungsergebnisse aus Grundlagen- und Hilfsdisziplinen der Betriebs- und Unternehmensgeschichte (z. B. Wirtschaftsgeschichte, Sozialgeschichte, Politikgeschichte, Quellenkunde, Statistik, Technikgeschichte etc.), ausgewählte konkrete betriebs- und unternehmensgeschichtliche Forschungsergebnisse und Diskussionsbeiträge aus Betrieben, Firmen, Genossenschaften, Institutionen sowie Konferenzberichte und Bibliographien enthalten.

In der anschließenden Diskussion wurde das große Interesse an Arbeitserfahrungen und Problemen der Betriebsarchive zum Ausdruck gebracht, besonders im Hinblick auf die grundlegenden Veränderungen der Betriebs- und Unternehmensgeschichtsschreibung unter marktwirtschaftlichen Bedingungen.

Insgesamt positiv wurde sich für die Bildung des Förder- und Interessenverbandes ausgesprochen, der sowohl regionale, lokale und betriebliche Strukturen und Organisationsformen aufbauen bzw. aufnehmen als auch die Entwicklung weiterer Konsultationstellen für Betriebs- und Unternehmensgeschichte unterstützen sollte. Damit würde er sich als Moment der Demokratie des Wissens, der Basisbildung für eine demokratische und sozial hochentwickelte Gesellschaft verstehen.

Nachdrücklich wurde durch die Teilnehmer des Kolloquiums darauf hingewiesen, daß für eine lückenlose und kritische Betriebsgeschichtsschreibung alle verfügbaren Quellen (nicht nur archivalische) gesichert werden müssen. Dabei sollte in Zukunft die Zusammenarbeit zwischen den betrieblichen Leitungen und den einzelnen wissenschaftlichen Einrichtungen (Archive, Bibliotheken, Museen u. a.) stärker als bisher Beachtung finden. Die Diskussion, die konstruktiv und auf einem hohen wissenschaftlichen Niveau stattfand, zeigte – auch für die Zukunft die vielfältigen Möglichkeiten und Perspektiven einer lebendigen Betriebsgeschichtsschreibung auf.

Roland Foitzik (Potsdam)

#### 40 Jahre Maschinen – und Ausleihstationen.

Konferenz der Fachkommission Agrare Betriebsgeschichte und der Fachkommission Agrargeschichte der Historiker-Gesellschaft der DDR

Zum Thema 40 Jahre MAS führten vom 12. bis 15. September 1989 in Schwerin gemeinsam die Fachkommission Agrare Betriebsgeschichte der Historiker-Gesellschaft der DDR ihre vierte und die Fachkommission Agrargeschichte ihre neunte Konferenz durch. Die Mehrzahl der 130 Teilnehmer waren ehrenamtliche Betriebshistoriker und Leitungskader aus landtechnischen Betrieben sowie eine Reihe Geschichtspropagandisten, Historiker und Archivare aus unterschiedlichen wissenschaftlichen Institutionen.

Bei der Eröffnung der Konferenz verwies der Vorsitzende der Fachkommission Agrare Betriebsgeschichte, Prof. Dr. sc. S. KUNTSCHE, darauf, daß in einer Zeit, da sich tiefgreifende geistige Auseinandersetzungen um den historischen Platz und die Perspektive von Kapitalismus und Sozialismus in nie gekannter Intensität vollziehen, das Wort des Historikers – auch des Agrarhistorikers und des Betriebshistorikers – mehr denn je gefragt ist.

Das Hauptreferat der Konferenz hielt Prof. Dr. sc. Ch. NEHRIG (Institut für Ausländische Landwirtschaft und Agrargeschichte der AdL der DDR) zum Thema *Die historischen Leistungen der MAS/MTS*. Im Referat wurden die Entwicklung der MAS/MTS, ihre ökonomischen Leistungen und ihre politische Wirksamkeit in den verschiedenen Entwicklungsetappen von 1949 bis in die 60er Jahre dargestellt. Die Referentin machte dabei deutlich, daß die MAS in ihrer ersten Entwicklungsphase – den Jahren 1949 bis 1952 – trotz begrenzter Kapazitäten und unzureichender Bedarfsbefriedigung einen wesentlichen Anteil an der Steigerung der Agrarproduktion im Sektor der einfachen bäuerlichen Warenproduktion hatten. Mit der Gründung der ersten LPG im Jahre 1952 änderten sich die Aufgaben der MAS grundlegend. Sie waren längst keine Ausleihstationen mehr; ihren Charakterwandel machte auch die im Dezember 1952 erfolgte Umbenennung in MTS deutlich. Dabei betonte die Referentin, daß den MTS als Stützpunkten der Arbeiterklasse auf dem Lande in allen Phasen der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft in der DDR eine wichtige Funktion zukam. Mit dem Eintritt aller Bauern in die LPG begann 1960 ein neuer Entwicklungsabschnitt in der Geschichte der MTS. 1963 gestattete es die Situation in der Mehrzahl der LPG, die Eingliederung der Technik in den genossenschaftlichen Reproduktionsprozeß zu vollziehen. Die MTS hatten ihre historische Rolle erfüllt, sie wurden in RTS umgebildet.

An den Diskussionen im Plenum und in den vier Arbeitskreisen war mehr als ein Drittel der Konferenzteilnehmer beteiligt. Ansatzpunkte für einen internationalen Vergleich des Konferenzthemas boten die Vorträge von Dr. S. HANTOS (Agrarwissenschaftliche Hochschule Gödöllő) zur Rolle der MTS in Ungarn und von Prof. Dr. sc. L.-D. BEHRENDT (Karl-Marx-Universität Leipzig) zur Geschichte der MTS in der UdSSR. Weiterhin sprachen in der Diskussion Prof. Dr. sc. G. OTTO (Institut für Mechanisierung der Landwirtschaft Potsdam-Bornim) zur Mechanisierungsforschung in der DDR in den 40er und 50er Jahren, Prof. Dr. sc. H. MAINZ (Ingenieurhochschule Berlin-Wartenberg) zur Aus- und Weiterbildung landtechnischer Ingenieure in Berlin-Wartenberg, Prof. Dr. sc. G. IHLE (Technische Universität Dresden) zur Ausbildung von Landmaschineningenieuren an der TH/TU Dresden, S. BEHREND (Zentralvorstand Gewerkschaft

LFN, Berlin) zur Einflußnahme der Gewerkschaft auf die Entwicklung der MTS, Dr. K. SCHELLENBERGER (Deutsche Hochschule für Körperkultur Leipzig) über den Beitrag der MAS/MTS zur Entwicklung des Sports und Prof. Dr. sc. L. PARADE (Karl-Marx-Universität Leipzig) zur kulturhistorischen Stellung und Leistung der MAS/MTS in der dörflichen Kulturentwicklung der DDR. Weitere Diskussionsbeiträge betrafen die Technikübergabe im Bezirk Dresden 1963 (Dr. K. PANZIG), den Komplexeinsatz der Landtechnik als Ausgangspunkt stabiler Kooperationsbeziehungen in der ersten Hälfte der 60er Jahre (Dr. Ch. PANZIG, beide Institut für Ausländische Landwirtschaft und Agrargeschichte der AdL der DDR) – sowie den Rationalisierungsmittelbau in der Agrar-Industrie-Vereinigung Neustadt/Orla (R. SCHAU, AIV Neustadt/Orla). Außerdem wurden im Plenum Beiträge zur Traditionspflege im Kombinat Landtechnik Schwerin vorgetragen.

Im Arbeitskreis 1 (*Geschichte der MAS/MTS*) unter der Leitung von Prof. Dr. sc. Ch. NEHRIG, der die Mehrzahl der Konferenzteilnehmer umfaßte, gab es neun vorbereitete Beiträge und acht Wortmeldungen in der freien Diskussion. Es sprachen u. a. H. EISENÄCHER (Tucheim) zu den Anfängen der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung in den MAS im Kreis Jerichow II, Dr. S. LUCIUS (Institut für ausländische Landwirtschaft und Agrargeschichte der AdL der DDR) über die Aktivistenbewegung in den MAS/MTS in der ersten Hälfte der 50er Jahre, Dr. D. SCHULZ (Humboldt-Universität Berlin) über die Unterstützung der MAS/MTS für die Einzelbauern in der ersten Hälfte der 50er Jahre, Dr. B. BREHME (Ministerium des Innern, Berlin) zum Schutz der landwirtschaftlichen Produktion durch die Angehörigen der Deutschen Volkspolizei zu Beginn der 50er Jahre und G. HERRMANN (Straach) über die politische Arbeit der MTS Straach 1959/60.

Der Arbeitskreis 2 (*Geschichte der landtechnischen Betriebe seit 1963/64*) unter der Leitung von Dr. Ch. PANZIG hatte 28 Teilnehmer. Vorwiegend waren es Vertreter aus LPG und landtechnischen Betrieben, die sich u. a. zu folgenden Themen äußerten: R. GÜGOLD (VEB Kreisbetrieb für Landtechnik Jena) über die Fertigung eines Tränkenippels für die Tierproduktion, R. ROSIN (Kooperation Cobbelsdorf/Fläming) zur Entwicklung betriebseigener Werkstattkapazitäten sowie Dr. R. SCHINDLER (VEB Kombinat Landtechnik Karl-Marx-Stadt) über den Beitrag des VEB Landtechnischer Anlagenbau Karl-Marx-Stadt zur Mechanisierung der Tierproduktion.

Die 16 Teilnehmer des Arbeitskreises 3 (*Methodik betriebsgeschichtlicher Arbeit*) unter der Leitung von Prof. Dr. R. FALKENBERG (LPG-Hochschule Meißen) vermittelten vor allem Erfahrungen aus der betriebsgeschichtlichen Arbeit. Der Arbeitskreis 4 tagte unter der Leitung von Prof. Dr. sc. W. HEUN (Hochschule für Land- und Nahrungsgüterwirtschaft Bernburg) mit 20 Teilnehmern zum Thema *Aufbau und Nutzung von Traditionskabinetten*. In der Diskussion wurden Erfahrungen ausgetauscht und verallgemeinernde Schlußfolgerungen zur Arbeit mit und in Traditionskabinetten vermittelt.

Mit der Konferenz waren Exkursionen in die Traditionskabinette des Kreisbetriebes für Landtechnik Roggendorf und des Kombinats Landtechnik und Anlagenbau Brüsewitz verbunden, die den Tagungsteilnehmern konkret Leistungsstand und Entwicklungsprobleme landtechnischer Betriebe vor Augen führten. Außerdem bot eine in der Tagungsstätte errichtete Dokumenten- und Exponatenausstellung zur Geschichte der Betriebe des Kombinats Landtechnik Schwerin anschauliche Beispiele betrieblicher Traditionspflege.

In seinem Schlußwort im Plenum betonte der Vorsitzende der Fachkommission Agrare Betriebsgeschichte, Prof. Dr. sc. S. KUNTSCHE, die Verantwortung der Agrarhistoriker und der ehrenamtlichen Betriebshistoriker, durch eine lebensnahe, quellenmäßig exakte Aufarbeitung der Betriebsgeschichte und eine wirksame Vermittlung und Darstellung zu wachsendem Geschichtsverständnis beizutragen.

Das Protokoll der Konferenz – umfangsmäßig gekürzt und inhaltlich stark komprimiert – wird 1990 erscheinen. Dabei gehen die Herausgeber davon aus, daß auch in der gegenwärtig in der DDR vor sich gehenden tiefgreifenden Erneuerung der Gesellschaft die Mehrzahl der Beiträge geeignet ist, in puncto Betriebsgeschichte den erreichten Erkenntnisstand, aber auch bisherige Grenzen und heutige Erfordernisse, deutlich zu machen.

Dorothea Schmidt (Berlin)

#### Kolloquium der Kommission der Historiker der DDR und Ungarns am 21. November 1989 in Potsdam

Die DDR-Sektion der Kommission der Historiker der DDR und Ungarns hatte für den 21. November 1989 zu einem Kolloquium zum Thema *Arbeiterklasse und Friedenskampf vor und während des ersten Weltkrieges* nach Potsdam eingeladen. Das Kolloquium fand im Rahmen der turnusmäßigen Tagung der Kommission in der DDR statt, die vom 19. bis zum 24. November 1989 durchgeführt wurde. Der Vorsitzende der DDR-Sektion, Prof. Dr. G. SEEBER, konnte ca. 25 Teilnehmer aus Ungarn und der DDR begrüßen. Von ungarischer Seite anwesend war eine Delegation von acht Historikern unter Leitung des Vorsitzenden der ungarischen Sektion, Prof. Dr. G. TOKODY (Kossuth-Universität Debrecen). Die Delegation vertrat die Historiker des Instituts für Geschichte der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, des Instituts für Parteigeschichte der USP, des Instituts für Kriegsgeschichte und der Karl-Marx-Universität in Bu-

dapest. Die Teilnehmer aus der DDR repräsentierten das Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, das Institut für Marxismus-Leninismus, das Institut für Militärgeschichte, Archive und andere wissenschaftliche Einrichtungen.

Das Hauptreferat zum Thema hielt Dr. H. HENICKE (IML). Er stellte zwei Problemkreise in den Mittelpunkt seiner Ausführungen – zum einen die Herausarbeitung einer Friedenskampfstrategie durch die deutsche und internationale Sozialdemokratie seit Beginn des Übergangs zum Imperialismus und zum anderen die Umsetzung einer revolutionären Strategie im Handeln der Arbeiterklasse. Er ging aus von den objektiven Momenten, die den Übergang zum Imperialismus im Weltmaßstab charakterisieren und ihren subjektiven Erscheinungen bis hin zur imperialistischen Kriegspropaganda. Er ließ sichtbar werden, daß die auf Krieg orientierte Außenpolitik der imperialistischen Länder zugleich Gegenbewegungen in der Arbeiterklasse hervorrief. Auf dem Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Mainz und dem Internationalen Sozialistenkongreß in Paris 1900 zeigten sich erste Reaktionen auf die Kriegsgefahr, aber auch erste Momente unterschiedlicher Einschätzungen der neuen Erscheinungen in der Entwicklung des Kapitalismus, die zur Formierung verschiedener Gruppierungen in der internationalen Sozialdemokratie beitrugen. Anhand unterschiedlicher Standpunkte zur Einschätzung der internationalen Lage, zur Rolle der Monopole, zum General- und Massenstreik, zu Krieg und Revolution, Angriffs- und Verteidigungskrieg wurde die zunehmende Formierung der linken, zentristischen und opportunistischen Richtung in der Sozialdemokratie untersucht. Die Beschlüsse der Internationalen Sozialistenkongresse von Stuttgart und Basel wurden unter dem Aspekt ihres Beitrages zur Klärung prinzipieller Standpunkte zur Frage Krieg – Frieden in der Sozialdemokratie betrachtet. Hervorgehoben wurde die Bedeutung des Stuttgarter Kongresses, der eindeutig den Überlegungen der Linken hinsichtlich der Organisation großer außerparlamentarischer Massenaktionen entsprach. Im zweiten Teil seines Vortrages ging der Referent auf die ideologische und organisatorische Arbeit der deutschen Sozialdemokratie zur Umsetzung einer revolutionären Friedensstrategie ein. Er verwies darauf, daß ideologische Aspekte wie die Rezeption von Ideen der Abrüstung, des Pazifismus, der internationalen Schiedsgerichte durch die Sozialdemokratie noch gründlicher zu untersuchen sind. Gefehlt habe in der deutschen Sozialdemokratie ein klares Aktionsprogramm des Antikriegskampfes, was zu widersprüchlichen Reaktionen im parlamentarischen und außerparlamentarischen Kampf geführt habe.

Das Koreferat der ungarischen Seite trug Dr. J. JEMNITZ (Institut für Geschichte der Ungarischen AdW) vor. Er machte deutlich, daß trotz umfangreicher, jahrelanger Forschungen und zahlreicher Publikationen in beiden Ländern, immer neue Fragen entstehen, die nur durch noch intensivere Beschäftigung mit den Quellen zu beantworten seien. In chronologischer Abfolge sprach er eine ganze Liste von zu bearbeitenden Forschungsproblemen an wie die differenzierte Bewertung der Kräfte in den sozialdemokratischen Parteien, so der pazifistisch orientierten Kräfte, der mittleren und unteren Kader in der Partei, der Gewerkschaften, der nicht immer einheitlichen Linken. Besonders hervorgehoben wurde die Notwendigkeit der Erforschung der Bemühungen um die Zusammenarbeit von Vertretern der sozialistischen Parteien trotz des Krieges wie der Internationalen Sozialistenkonferenz 1915, der internationalen Ausstrahlung der „Junius-Broschüre“, der Konferenz von Kiental, des Einflusses der Februarrevolution in Rußland, der Stockholmer Beratungen 1917. Angeregt wurden Untersuchungen zur Ausschaltung der Linken zu Beginn des Krieges aus der sozialdemokratischen Presse, zu den ersten Ansätzen des Zusammengehens der Arbeiterbewegung mit bürgerlichen Pazifisten und zur Reaktion der bürgerlichen Presse auf den Friedenskampf der Arbeiterklasse.

An der Diskussion beteiligten sich zwölf Redner, die drei große Problemkreise behandelten. Das waren: erstens die objektiven Bedingungen und subjektiven Möglichkeiten im Kampf um die Erhaltung des Friedens, zweitens die innere Differenzierung der sozialistischen Bewegung in der Erkenntnis und Beurteilung der sich verändernden internationalen Lage und drittens das Verhältnis der Arbeiterbewegung zu anderen Strömungen im Friedenskampf.

Zu den objektiven Bedingungen äußerte sich, anknüpfend an das Hauptreferat, eine Reihe von Diskussionsrednern. In einem faktenreichen Beitrag untersuchte Dr. J. LAMPE (Institut für Militärgeschichte der DDR) die wachsende Intensität des Friedenskampfes der Arbeiterklasse vom Beginn des 20. Jh. an bis zum August 1914. Anhand des Vergleichs der Zahlen der Arbeiter in Deutschland, der Mitglieder und Wähler der SPD, der Abonnenten der Parteipresse versuchte er, die objektiven Grundlagen eines möglichen Masseneinflusses zu bestimmen. Er kam zu dem Schluß, daß der Masseneinfluß der deutschen Sozialdemokratie auf Grund dieser Fakten wesentlich geringer war als bislang dargestellt, hier aber noch gründlichere Untersuchungen notwendig seien. Prof. Dr. G. TOKODY hielt die weitere Erforschung der sozialen Basis des Friedenskampfes in der Arbeiterklasse und darüber hinaus ebenfalls für eine dringende Aufgabe. Zugleich warf er die Frage auf, ob die Leninsche Konzeption vom Übergang vom Kampf um die Beendigung des Krieges zum Bürgerkrieg zu diesem Zeitpunkt real gewesen sei.

Einen zentralen Platz in der Diskussion um den zweiten Schwerpunkt nahm August Bebel's Haltung zur Frage Krieg – Frieden ein. Dr. B. KAULISCH (Zentralinstitut für Geschichte der AdW der DDR) untersuchte die Stellung August Bebel's

zur Friedensfrage anhand seines Auftretens in den Debatten um die Flottennotwendigkeit 1900. Dr. W. HENSEL, Dr. E. MÜLLER (beide IML) und Prof. Dr. G. SEEBER (ZIG der AdW der DDR) beleuchteten August Bebel's Friedensvorstellungen im Zusammenhang mit seiner, in den Erkenntnissen von Ende des 19. Jh. befangenen, Monopolvorstellungen und andererseits seiner grundsätzlich antimilitaristischen und antichauvinistischen Grundposition. Prof. Dr. G. SEEBER betonte das Defizit hinsichtlich der Erforschung des Einfließens bürgerlich-liberaler Ideen, wie z. B. der des Interessenausgleichs Deutschland – England, in die Sozialdemokratie. Dr. U. LÖBEL (Institut für Militärgeschichte der DDR) untersuchte das Verhältnis Arbeiterklasse – Heer beim Übergang zum Imperialismus. Prof. Dr. W. GUTSCHE (ZIG der AdW der DDR) beschäftigte sich mit den Vorgängen im Sommer 1914 und den Ursachen für die Reaktion in der Sozialdemokratie. Diese wurden u. a. in unterschiedlichen marxistischen und opportunistischen Friedenskonzeptionen gesehen, die wiederum auf der unterschiedlichen Einschätzung der internationalen Lage basierten. Dr. J. JEMNITZ (Ungarische Akademie der Wissenschaften) stellte in seinem Beitrag fest, daß die Unterschiede in der Haltung der revolutionären und reformistischen Kräfte in den einzelnen Ländern zur Frage Krieg – Frieden noch nicht ausreichend untersucht seien. In einem interessanten Beitrag stellte Prof. Dr. T. ERÉNYI (Institut für Parteigeschichte der USP) Forschungsergebnisse zum internationalistischen Kampf um den Frieden und zur Differenzierung innerhalb der ungarischen Arbeiterbewegung bis zur Gründung der KP Ungarns und der Ungarischen Räterepublik vor.

Beim dritten Diskussionsschwerpunkt ging es v. a. um das Zusammengehen mit nichtproletarischen Kräften und um den Zusammenhang von Kampf um den Frieden und Selbstbestimmungsrecht der Nationen. Dr. G. SZÉKELY (Institut für Parteigeschichte der USP) sprach über die pazifistischen bürgerlichen Bewegungen und ihre Organisationen. Er zeigte Ansatzpunkte des Zusammengehens mit der Arbeiterbewegung schon 1901/1902 in der Schweiz. Engere Berührungspunkte sah er nach dem ersten Weltkrieg und ein wirksames Zusammengehen erst mit dem Amsterdamer Kongreß 1932. Dr. G. GRAHN (ZStA Potsdam) äußerte sich zur Erforschung des gemeinsamen Kampfes von linken bürgerlichen und sozialdemokratischen Intellektuellen vor, während und nach dem ersten Weltkrieg, insbesondere im Spiegel von Presse und Literatur. Prof. Dr. G. SEEBER forderte, im Zusammenhang mit der Untersuchung des Bezuges „Vaterlandsverteidigung“ und nationale Frage, die wesentlich intensivere Untersuchung des „Nationalen“ im Verständnis der Arbeiterbewegung. Dazu sollten interdisziplinär Ethnologen, Historiker und Philosophen herangezogen werden. Auf ideologische und massenpsychologische Wirkungsmechanismen in den Heeren und im Friedenskampf machten Dr. H. MÜLLER (ZIG der AdW der DDR) und Prof. Dr. G. TOKODY aufmerksam. Dr. H. Müller beschrieb den bis zur Novemberrevolution wirksamsten Mechanismus des preußischen Heeres, der sich auch darin zeigte, daß sich das Denken der Masse der Soldaten in den Dimensionen des bürgerlichen Nationalstaates bewegte.

Sowohl in den Referaten als auch in fast allen Diskussionsbeiträgen wurde sichtbar, daß die intensive Beschäftigung mit den Quellen in den Archiven zu wesentlichen neuen Erkenntnissen geführt hat und noch führen wird. Besonders sichtbar wurde das in der Diskussion um die Stellung August Bebel's nach der Jahrhundertwende zum Friedenskampf und zum Heer. So verwiesen Mitglieder der Gruppe zur Erarbeitung der Bebel-Biographie am IML auf ihre Forschungen im Zentralen Parteiarchiv beim IML, in den Staatsarchiven der DDR und der BRD und im Archiv des Instituts für Sozialgeschichte in Amsterdam. In seinem Schlußwort brachte Prof. Dr. G. SEEBER zum Ausdruck, daß das Kolloquium seine beiden Ziele erfüllt habe – einerseits die intensive gegenseitige Information über den Stand der Erkenntnisse auf deutscher und ungarischer Seite vorzunehmen und andererseits den Katalog gemeinsamer zukünftiger Forschungen zu präzisieren.

Gerlinde Grahn (Potsdam)

#### Rückführung von staatlichem Archivgut aus dem Zentralen Parteiarchiv der PDS

Am 3. Mai 1990 unterzeichneten der Leiter der Staatlichen Archivverwaltung der DDR, Dr. Günter Herzog, und der Leiter des Zentralen Parteiarchivs der PDS am Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung, Prof. Dr. Heinz Voßke, ein Protokoll, das die Übergabe von Aktenbeständen staatlicher Provenienz aus der Zeit vor 1945 aus dem zentralen Parteiarchiv an staatliche Archive festlegt. Diese Bestände waren dem Zentralen Parteiarchiv Mitte der fünfziger Jahre im Zusammenhang mit den Rückführungen von Archivgut aus der Sowjetunion als Dauereihgabe für die wissenschaftliche Forschung auf den Gebieten des antifaschistischen Widerstandskampfes und der Geschichte der Arbeiterbewegung übergeben worden. Dazu gehören bedeutende Aktenüberlieferungen des faschistischen Reichssicherheitshauptamtes – Geheime Staatspolizei und des Volksgerichtshofes, des Reichsjustizministeriums, des Reichsministeriums des Innern, des Reichskommissars für die Überwachung der öffentlichen Ordnung, der Ministerien des Innern von Thüringen und Preußen sowie der Polizeipräsidien Berlin und Leipzig.

## Literaturbesprechungen

Franz, Eckhart G.:

**Einführung in die Archivistik** / Eckhart G. Franz. – 3., grundlegend überarb. Aufl. – Darmstadt: Wiss. Buchges., 1990. – VIII, 153 S.

(Die Geschichtswissenschaft: Einführungen in Gegenstand, Methoden und Ergebnisse ihrer Teildisziplinen und Grundwissenschaften)

Wenn auch der Autor des vorliegenden Buches, Ltd. Archivdirektor des Hessischen Staatsarchivs Darmstadt und langjährig in der Ausbildung tätig, selbst einschränkend feststellt, daß ein „modernes Handbuch des Archivwesens in deutscher Sprache“ (S. 4) noch ausstehe, so ist die in dritter Auflage vorgelegte Publikation dennoch für Studenten, Archivbenutzer sowie für den Berufskollegen ein willkommenes Angebot zur Information. Obwohl die Auflagen von 1977 und 1990 in der Seitenzahl nur wenig voneinander differieren, ist der Umfang in der dritten Auflage durch Verwendung einer anderen Papierqualität „gewichtiger“ geworden. Die im Inhaltsverzeichnis ausgewiesene Gliederung, einschl. der Anhänge, deckt sich bis auf zwei Kleinigkeiten in beiden Veröffentlichungen und umfaßt folgende Abschnitte: I. Einführung (S. 1–6), II. Die Archive (S. 7–41), III. Das Archivgut (S. 42–71), IV. Der Archivar und seine Aufgaben (S. 72–109), V. Der Archivbenutzer (S. 110–131), Anhang A: Die staatlichen Archive in der Bundesrepublik Deutschland, in der Deutschen Demokratischen Republik und in Österreich (S. 132–142), Anhang B: Archivverwaltungen und Archive der umliegenden Staaten (S. 143–153) (neu darin: 12. Archive internationaler Organisationen).

Die bewährte, didaktisch günstige Gliederung mit Unterabschnitten ermöglicht im Text eine rasche Orientierung. Es ist verständlich, daß sich in dem Zeitraum von zwölf Jahren, der zwischen beiden Auflagen liegt, die Aktualisierung besonders der bibliographischen Hinweise im allgemeinen und im Anschluß an den jeweils behandelten Abschnitt erforderlich gemacht hat. Auch im Text selbst sind häufig Zusätze vorgenommen worden.

Akzeptierbar ist, daß die Theorie und Praxis für die Abschnitte 20. Bild- und Tondokumente (S. 61–64) sowie 21. Elektronische Datenträger (S. 64 f.) im vergangenen Dezennium Wandlungen durchlaufen haben, die sich weltweit sowohl auf den Archivarsberuf (Abschnitt 24., S. 72–74) als auch auf die Archivaraus- bildung (Abschnitt 25., S. 74–77) auswirken. Die Hilfestellung für den Archivbenutzer (S. 110–131), um anhand einiger Beispiele (Frage A bis Frage G, S. 126–131) das methodologische Vorgehen archivarischer Recherchestrategie kennenzulernen, ist beibehalten worden. Die hier demonstrierte Dialektik von Pertinenz und Provenienz kann durch weitere Fallbeispiele in jedem Archiv aus der Alltagspraxis beliebig ergänzt werden.

Ohne beckmesserisch sein zu wollen und wohl wissend, daß es sich um eine Einführung handelt, seien kleinere Wünsche geäußert. Bei den Bild- und Tondokumenten vermißt der Rezensent die zweifellos international beachtlichen Aktivitäten und Publikationen des Deutschen Rundfunkarchivs in Frankfurt am Main oder neuere Literatur zum selten behandelten Thema der archivischen Sicherung fotografischer Aufnahmen (stills). Auch eine Hervorhebung der Bemühungen des Studienkreises Rundfunk und Geschichte, der internationalen nicht-staatlichen Organisationen IASA, FIAT und FIAF wie der Aktivitäten der Fachgruppe 7 des Vereins deutscher Archivare in der Zeitschrift INFO 7 (Information und Dokumentation in Archiven, Mediotheken und Datenbanken. 1. Jg. 1986) hätten eine Erwähnung verdient.

Da inzwischen auch bei den Medien verschiedene Generationen elektronischer Datenträger mit kostenaufwendigen Folgen für eine Langzeitlagerung in Anwendung gekommen sind, könnte dies zukünftig in dem betreffenden Abschnitt neben den Aktivitäten des ICA-Ausschusses für Automatisierung Berücksichtigung finden. Die Abschnitte 12. (S. 37–41) und 35. (S. 114–118) berühren allgemeine Rechtsgrundlagen sowie Benutzungsbedingungen und Benutzungsbeschränkungen. Das in der Literatur bisher unterrepräsentierte Gebiet des Archivrechts, einschl. Datenschutz, Persönlichkeits- und Urheberrecht, Verwertungsrechte usw. wäre in einer 4. Auflage zweifellos durch das Angebot der NOMOS Verlagsgesellschaft Baden-Baden, das sie in ihrer Schriftenreihe des Archivs für Urheber-, Film-, Funk- und Theaterrecht bereits vorgelegt hat, zu erweitern. Von großem Interesse sind schließlich für die archivischen Sammlungen (S. 68–71) Ergebnisse aus den Absprachen zwischen dem Südwestfunk Baden-Baden mit dem Landeshauptarchiv Koblenz in Rheinland-Pfalz bzw. zwischen dem Hauptstaatsarchiv Stuttgart mit dem Süddeutschen Rundfunk, ausgewählte regional besonders instruktive Hörfunk- und TV-Beiträge als Ergänzung traditioneller Schriftgutarten langfristig aufzubewahren.

Indem dem Autor für seine Bemühungen gedankt wird, sei der Meinung zugestimmt, daß für die Profession des Archivars weitere Lehr- und Lernmittel, vor allem aber eine umfassende archivalische Quellenkunde immer unverzichtbarer werden.

Botho Brachmann (Potsdam)

Freys, Alexander F. J.:

**Das Recht der Nutzung und des Unterhalts von Archiven** / Dr. Alexander F. J. Freys. – 1. Aufl. – Baden-Baden: Nomos Verl., – Ges., 1989. – 139 S.

(Schriftenreihe des Archivs für Urheber-, Film-, Funk- und Theaterrecht (UFITA) ; Bd. 85)

Die anzuzeigende Arbeit berührt das Thema des Archivrechts, dessen Kenntnis eingeständenermaßen sowohl beim berufserfahrenen Praktiker als auch in der archivarischen Ausbildung allgemein als defizitär einzuschätzen ist. Dem versucht der Autor mit seiner Publikation zu begegnen. Die Zugänglichkeit (access) von Archiven findet in der Literatur eine doppelte Definition, eine informelle und eine juristische. Hier dominiert letztere. A. Freys gibt einen kurzen Überblick über die Geschichte des Archivwesens (S. 11–13), über dessen Aufbau und Organisation in der Bundesrepublik Deutschland (Öffentliche Archive – S. 15–20; Private Archive – S. 20–22). Es folgen im Sinne einer Aufzählung gesetzliche Bestimmungen (S. 23 ff.) und Bemerkungen über den Erwerb von Archivmaterial (Abgabefrist – S. 27–32), Möglichkeit und Zulässigkeit der Aktenabgabe – S. 32–59). Darin enthalten sind Hinweise über die Beachtung des Sozial-, Steuer-, des Amts- und Meldegeheimnisses, der Privatgeheimnisse, der Datenschutzgesetze des Bundes und der Länder u. a. m.

Gedanken zur Archivierung, Sicherungsverfilmung, Archivnutzung und dabei gültige Sperr- und Schutzfristen (S. 61–100) schließen sich unter Berücksichtigung des Bundesarchivgesetzes, des Urheberrechtsgesetzes, des Bundesdatenschutzgesetzes und des BGB an.

Ausführlicher werden die zivilrechtlichen Probleme einer Archivnutzung erörtert, und zwar die Archivhaltung bei Persönlichkeitsrechtsverletzungen durch Benutzer (S. 101–107), das Verhältnis von Archiv und Urheberrecht (S. 108–119). Ein Exkurs ermöglicht den Blick auf strafrechtliche Folgen (S. 120–122). Zum Umgang mit Archivalien privater Herkunft (S. 123–134) gehört u. a. das Feld der Nachlaßarchivierung, die Anwendbarkeit des BGB sowie die Beachtung der Denkmalschutzgesetze der Länder.

Eine Schlußbetrachtung (S. 133 ff.) rekapituliert die Rechtslage für die staatlichen Archive, nennt Aufbewahrungsfristen in der Verwaltung, Schutzfristen für personenbezogenes Material und verweist auf offene Fragen. Ein Literaturverzeichnis (S. 137–140) ermöglicht, neben dem Anmerkungsapparat, ein weiterführendes eigenes Studium.

Der Autor will sicher nicht so verstanden werden, daß mit seinen Ausführungen alle auftretenden Rechtsfragen entschieden werden können. Er bietet eine längst überfällige Zusammenfassung und Interpretationshilfe. Obwohl die Arbeit vorwiegend an Adressaten in der BRD gerichtet gewesen ist, ist sie inzwischen auch für den Archivar in der DDR zu einem notwendigen Kompendium geworden, um sich den neuen Gegebenheiten stellen und die gültigen Rechtsgrundlagen sachkundig berücksichtigen zu können.

Im einzelnen wäre für eine Überarbeitung darauf aufmerksam zu machen, daß der personenbezogene Datenschutz, in dessen Mittelpunkt die Persönlichkeitsrechte und die Privatsphäre des Bürgers zu stehen haben (vgl. das informelle Selbstbestimmungsrecht S. 50–54), im administrativ-bürokratischen System der DDR nicht gewährleistet und der Bürger weitgehend durch den Staat entmündigt war. Der hiesige umfassende Gebrauch der Personenkennzahl (PKZ), die eine Identifizierung ermöglicht, sollte abgeschafft werden. Marginalen Charakter hat der Wunsch, deutlich zu machen, daß beim dualen Rundfunksystem der Bundesrepublik Deutschland auch private Sender mit ihren Archiven existieren, was in der vorliegenden Publikation noch nicht widerspiegelt ist. An dieser Stelle sei auch die Meinung zum Ausdruck gebracht, daß jüngsten Diskussionsüberlegungen, bei der Benutzung von Archivgut in den Medien ein Wissenschaftsprivileg einzubringen, wohl kaum vom Gesetzgeber her entprochen werden dürfte.

Mit Verwunderung nimmt der Archivar zur Kenntnis, daß der historische Kontext des Begriffs der „Datei“ (S. 44 ff.), im Zusammenhang mit sprachreformerischen Absichten Anfang der 20er Jahre neben den Begriffen „Akten“, „Schriftteil“, „Blattei“, „Kartei“ usw. als Bezeichnung für Registraturen entstanden, offensichtlich vergessen worden ist. Damals konnte die „Datei“ mühelos als Registratur, die mit Einträgen arbeitet (Beispiel Standesämter), interpretiert werden. Im Zuge der EDV-Anwendung ist die Transformierbarkeit traditioneller Registraturen juristisch anscheinend zu etwas Besonderem geworden. Hierüber müßte nochmals nachgedacht werden, da es keine chinesische Mauer zwischen den traditionellen, konventionellen und modernen maschinengestützten auf Einträgen beruhenden Registraturen gibt. Voraussetzung bei archivrechtlichen Betrachtungen wäre immer, daß es sich um Registratur- und um potentielles Archivgut handelt, so daß andere Speicherformen bei den Bibliotheken, Dokumentationsdiensten und Datenbanken unberücksichtigt bleiben. Da das Urheberrecht und die Verwertungsrechte in der DDR, aber auch international, noch viele Wünsche offen lassen, kann diese höchst aktuelle Publikation für den persönlichen Bedarf, aber auch für die Dienstbibliotheken der Archive der DDR und andere Eigentümer von Archivgut (Bibliotheken und Museen) sowie für die Zwecke der Ausbildung nur dringend empfohlen werden.

Botho Brachmann (Potsdam)

**Wissenschaftliche Archivarbildung in Europa** : Marburger Vorträge / hrsg. von Wilhelm A. Eckhardt. – Marburg, 1989. – 163 S.

(Veröffentlichungen der Archivschule Marburg – Institut für Archivwissenschaft ; 14)

**Vorschriften zur archivarischen Berufsbildung** : Textausg. / hrsg. von Werner Moritz. – Marburg, 1989. – 141 S.

(Veröffentlichungen der Archivschule Marburg – Institut für Archivwissenschaft ; 16)

Die Diskussionen – zuweilen auch der Streit – über den inhaltlichen Umfang und die organisatorische Gestaltung der archivarischen Ausbildung sind so alt wie die Bestrebungen, eine solche Ausbildung überhaupt einzurichten und anzubieten. Im Zeitalter der wissenschaftlich-technischen Revolution, in dem ein latenter Druck auf den Ausbildungsbereich mit dem Ziel seiner stetigen Anpassung an die sich fortlaufend verändernden Praxisanforderungen besteht, gehören solche Diskussionen zum wissenschaftlichen Alltag. Sie berühren existentielle Fragen des archivarischen Berufs.

In der Bundesrepublik haben diese Diskussionen einen Stand erreicht, daß sie, wie Wilhelm A. Eckhardt in seinem Vorwort hervorhebt, im nationalen Rahmen mit Aussicht auf Erfolg nicht mehr weitergeführt werden können. Das war der Anlaß für das Internationale Kolloquium, um das sich die Archivschule Marburg verdient gemacht hat und das hier anzuzeigen ist.

Leitende Archivare aus elf europäischen Ländern (BRD, DDR, Frankreich, Italien, Jugoslawien, Niederlande, Österreich, Polen, Tschechoslowakei, UdSSR, Ungarn), die gleichzeitig maßgeblich an der Ausbildung des archivarischen Nachwuchses Anteil haben, tragen ihre Erfahrungen vor und legen Probleme dar. Daraus wird klar, daß sowohl die universitäre wie die postuniversitäre Ausbildung Vor- und Nachteile haben und daß ein Konsens der Fachwelt für eine dieser beiden Methoden wohl kaum Aussicht auf Erfolg hat. Ebenso muß akzeptiert werden, daß ein dauerndes Spannungsverhältnis in den Proportionen zwischen den traditionellen und den modernen Ausbildungsfächern bestehen bleiben wird, für das je nach der unterschiedlichen Ausgangssituation unterschiedliche Lösungen gefunden werden müssen.

Der Abdruck von Studienplänen und Studententafeln läßt manchen Vergleich zu. Ein solcher wäre sicher noch ertragreicher, hätten auch Kollegen aus den skandinavischen Ländern, aus England und aus Spanien ihre Erfahrungen und Vorschläge eingebracht.

Eine willkommene Nebenfrucht stellen die Überblicke über die Geschichte des Archivwesens und der archivarischen Ausbildung dar, die in vielen Beiträgen geboten werden.

Die zusammenfassende Veröffentlichung aller rechtlichen Regelungen für die Ausbildung von Archivaren des höheren Dienstes an der Archivschule und des gehobenen Dienstes an der Fachhochschule Marburg rundet das Angebot an Informationen über die archivarische Ausbildung ab. Wolfgang Blöß (Potsdam)

**Archiv zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft** / hrsg. von der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften. – München, 1988. – 84 S. : Ill.

(Berichte und Mitteilungen / Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften ; 1/88)

Das Archiv zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft wurde 1973 als „Bibliothek und Archiv zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft“ gegründet und 1978 eröffnet. Es firmiert seit 1986 unter der kürzeren Bezeichnung. Nach einer ersten Vorstellung im Jahr 1978 (*Der Archivar*. – Düsseldorf 31 (1978) 2. – Sp. 250–251) wird nun ein kurzer Überblick über Geschichte und Bestände des Archivs vorgelegt. Dieser informiert zunächst über die Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und ihre Ansiedlung in Dahlem sowie über die Baugeschichte des Gebäudes für das Kaiser-Wilhelm-Institut für Zellphysiologie von Otto Warburg, das heute als Archivgebäude dient.

Die Ausführungen zur Entstehung des Archivs lassen allgemeine Züge der Archivgeschichte hervortreten. Die Sorge für die Bewahrung der Dokumente als historische Quellen nicht nur für die Geschichte der produzierenden Institution folgt mit z. T. erheblichem Zeitverzug der Gründung der Institution. Zunächst stand die Sammlung von Veröffentlichungen aller Direktoren und wissenschaftlichen Mitglieder und die Schaffung eines „Bildarchivs“ im Vordergrund. So kam es, daß die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zeit ihres Bestehens kein Archiv bildete.

Auch ihre Nachfolgerin, die 1946/48 gegründete Max-Planck-Gesellschaft, bedurfte der verschiedensten Anstöße, um ihr Archiv zu konstituieren. Zu den inneren Anstößen zählen Jubiläen. Sie treten aber wohl hinter die äußeren zurück. Zu diesen zählt hartnäckiges Vorbringen wissenschaftlicher Forderungen zur Auswertung der vorhandenen Quellen, wie es in besonderem Maße aus der amerikanischen Archivgeschichte bekannt ist. Vor allem aber wird auch hier die allgemeine Erkenntnis bestätigt, daß Dokumenteneigentümer erst dann recht eigentlich den Wert ihrer Dokumente erkennen, wenn sich auf diese das Interesse anderer richtet. Das war in diesem Falle die mehrfach vorgetragene Absicht des Bundesarchivs und der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, in die Zuständigkeit für das Archivgut der Gesellschaft einzutreten.

Schließlich darf nicht unerwähnt bleiben, daß für die Wahl Westberlins als Sitz des Archivs der in München ansässigen Gesellschaft politische Erwägungen mitgesprochen haben. Die Vorstellung der Bestände – von Zuständigkeit wird nicht gesprochen – offenbart die Spezifik und die Problematik der Archive von Institutionen, die außerhalb der staatlichen Struktur bestehen. Sie tendieren wie Archive, die für spezielle Archivgutarten zuständig sind, dazu, die Zuständigkeit anderer Archive zu tangieren. In diesem Falle betrifft das besonders die Nachlässe. Solche Archive neigen darüber hinaus dahin, ihre Funktion neben ihrer eigentlichen Aufgabe als Archiv in andere Dokumentationsbereiche auszuweihen.

Das Archiv – mit einem augenblicklichen Bestandsumfang von ca. 1 000 lfm. – verwahrt in drei Abteilungen die Akten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, der Max-Planck-Gesellschaft und Nachlässe von Mitgliedern, leitenden Mitarbeitern und Freunden beider Gesellschaften. Darunter befinden sich die Nachlässe von sieben Nobelpreisträgern, aus denen der von Otto Hahn mit über 200 Akteneinheiten herausragt.

Dazu kommen die Abteilungen Karten und Pläne, Archivische Sammlungen und Selekte, Bildersammlung, Film- und Schallarchiv, Unterlagen verwandter wissenschaftlicher Einrichtungen, Dokumentation zur Geschichte der Gesellschaft und ihrer Mitglieder. Die Kurzübersicht soll durch eine ausführlichere Bestandsübersicht ergänzt werden.

Die Archivterminologie wird durch den Terminus „NE“ (Normaleinheit) bereichert: ein Archivkasten mit den Maßen 0,15 × 0,38 × 0,28 m.

Wolfgang Blöß (Potsdam)

**Henning, Eckart:**

**Chronik der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften** / Eckart Henning u. Marion Kazemi. – Berlin, 1988. – 148 S. : Ill. (Veröffentlichungen aus dem Archiv zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft ; 1)

Als Band 1 der Schriftenreihe des Archivs, von der inzwischen bereits fünf weitere Bände erschienen sind, legen E. Henning, der Direktor des Archivs, und M. Kazemi die Chronik der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft vor.

Die Auswahl der Ereignisse und Daten – bei der Bedeutung der Gesellschaft, ihrem komplizierten Aufbau, der Verschiedenartigkeit ihrer Tätigkeitsgebiete und der Verknüpfung mit Politik und Zeitgeschehen eine Bewertungsaufgabe von Rang – ist überzeugend.

Erklärtes Ziel der Bearbeiter war es, alle Angaben belegen zu können. Das sollte dazu führen, viele in der Literatur überlieferte Irrtümer zu korrigieren. So schließt jede Eintragung mit dem Zitat der Fundstelle, meist mit einer Archivsignatur. Die Chronik wird damit gleichzeitig zu einem Inventar, von dem sich der Rezensent nur noch Vervollständigung durch die Erfassung von Belegen aus staatlichen Archiven wünschte.

Wolfgang Blöß (Potsdam)

**Izvestiá na dŕžavnite arhivi. – Sofia**

54 (1987). – 306 S.

55 (1988). – 386 S.

56 (1988). – 395 S.

Mit dem Jahrgang 1987 wurde eine Abgrenzung der Profile der beiden bulgarischen Fachzeitschriften (*Arhiven pregled* und *Izvestiá na dŕžavnite arhivi*) vorgenommen. *Arhiven pregled* beschäftigt sich mit der Schriftgutverwaltung, der Archivwissenschaft, ihrer praktischen Anwendung und den Arbeitserfahrungen der Archivare, d. h. Problemen der Bewertung und Bestandsergänzung, Erschließung und Auswertung, Archivgeschichte, des Archivwesens des Auslandes und der Restaurierung, Konservierung und Reprographie. Mit den *Izvestiá na dŕžavnite arhivi* wird mit zwei Bänden pro Jahr der Behandlung hilfswissenschaftlicher und quellenkundlicher Fragen, der Veröffentlichung von Studien zu historischen Ereignissen, von Quellen und Bestandsanalysen erfreulich viel Raum gewährt. Damit wird zugleich den Archivaren eine gute Möglichkeit gegeben, ihre reichen Quellenkenntnisse dem Historiker zu vermitteln. Die Zeitschrift soll sich nach dieser Profilierung offensichtlich stärker an den Historiker als den Nutzer der Quellen und den Informationen über diese wenden als an den Archivar. Beide Zeitschriften sind mit einem reichen Rezensionsteil versehen, der mit archivfachlicher Literatur und Dokumentenpublikationen Bulgariens und des Auslands vertraut macht.

*Dokumentenveröffentlichungen und thematische Quelleninformationen*

Mit jeweils mehr oder weniger umfangreichen Kommentierungen versehen, werden Dokumente sowohl der kapitalistischen als auch der sozialistischen Epoche veröffentlicht. Die bulgarischen Kollegen verfügen über große Erfahrungen in der Quellenedition, die in methodischen Hilfsmitteln und in Veröffentlichungen zur Archäographie ihren Niederschlag fanden. Festzustellen ist, wie auch in den Bänden vergangener Jahre, daß neben den Archivaren der Zentralen Staatsarchive in großem Umfang auch die Archivare aller Staatsarchive die Möglichkeiten zur Popularisierung der Quellen ihrer Archive, meist neuerschlossener Bestände oder Einzelakten, nutzten.

#### Quellen bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts

Da bulgarische Originalquellen über das Land vor der Befreiung, besonders bis zum Beginn des 19. Jh., selten sind, kommt Dokumenten aus Archiven anderer Länder, aber auch nichtarchivalischen Quellen wie Reisebeschreibungen über den Balkan eine besondere Bedeutung zu. Ein Beispiel dafür können die diplomatischen Briefe Tomaso Contarini von 1528 über den Balkan sein, die S. RAKOVA (Bd. 55, S. 295–301) ediert. Mit der kirchlichen katholischen Geschichtsschreibung in Westeuropa, insbesondere mit Cäsar Baroni, und ihrem Einfluß auf die bulgarische Geschichtsschreibung im 17. Jh. beschäftigt sich R. ZAIMOVA (Bd. 55, S. 365–372).

Neuentdeckte Dokumente aus den Archiven in Wien und im Vatikan zum Aufstand von 1688 gegen die türkische Herrschaft in Bulgarien veröffentlicht J. D. SPISAREV (Bd. 55, S. 5–27). Veröffentlichungen in der „Wiener Zeitung“ über den Aufstand von 1688 am Beginn des 19. Jh. geht S. PANOVA (Bd. 55, S. 29–32) nach. Niederländische diplomatische Berichte für den Zeitraum zwischen 1810 und 1814 als wichtige historische Quelle zur Geschichte des Balkans legt B. SLOT (Bd. 54, S. 221–239) vor. Ein Dokument zur Gründung der ersten bulgarischen Schule in Ohrid 1858, das sich in einem Nachlaß im Zentralen Historischen Staatsarchiv fand, veröffentlicht I. PASKOV (Bd. 54, S. 149–154).

#### Befreiungskampf des bulgarischen Volkes im 19. Jahrhundert

Berichte des italienischen Konsuls in Ruse, A. Donato, von 1868 über die bulgarische Revolutionäre Hadži Dimitry und Stefan Karadža veröffentlicht L. GENOVA (Bd. 56, S. 281–323). Über die Tätigkeit von Revolutionären in Loveč 1876 wird in Dokumenten berichtet, die N. ŽEČEV (Bd. 54, S. 155–171) vorlegt. L. MARKIŠKA (Bd. 54, S. 173–199 u. Bd. 55, S. 125–176) dokumentiert die Hilfe des englischen Journalisten Edwin Pears für die bulgarischen Revolutionäre 1876 und seine Unterstützung für den Befreiungskampf 1877–1878. Berichte, die im Ergebnis einer Umfrage des Engländers Walter Bering über den Terror der Türken 1876 in Bulgarien entstanden und der britischen Regierung übermittleit wurden, veröffentlicht J. MITEV (Bd. 55, S. 177–216). Bd. 56 ist in seinem Einleitungsteil dem 110. Jahrestag der Befreiung Bulgariens gewidmet. St. ŠANOVA (Bd. 56, S. 3–23) gibt in Verbindung damit eine ausführliche Rezension des Sammelbandes der Materialien zum Russisch-Türkischen Krieg 1877–1878 auf der Balkanhalbinsel. Bisher unbekannt Briefe der aktiv am Befreiungskampf 1878 beteiligten Brüder Jakin und Georgi Gruev veröffentlicht K. MIRČEVA (Bd. 56, S. 325–362).

#### Dokumente über die Zeit von der Befreiung 1878 bis zum Ende des ersten Weltkrieges

Dem Echo des Serbisch-Bulgarischen Krieges von 1885/86 in der Presse von Silištra geht St. GEORGIEVA (Bd. 56, S. 372–379) nach. Auszüge aus dem Tagebuch des österreichisch-ungarischen Generalkonsuls in Sofia, Stefan Burian, von 1889–1890 gibt P. KAMENOV (Bd. 55, S. 353–354) wieder. Einen Untersuchungsbericht von 1894 über die gesellschaftspolitische Lage und den religiösen Kampf in Skopje veröffentlicht C. BILARSKI (Bd. 55, S. 103–124). Zahlreiche Dokumente zur Inneren Mazedonischen Front legt C. V. BILARSKI (Bd. 54, S. 77–114 u. Bd. 56, S. 117–189) vor. Sie geben Einblick in die Situation in der Inneren Mazedonisch Odrinischen Revolutionären Organisation, der Vereinigung Bulgarischer Konstitutioneller Klubs und der Volksföderation der Partei (Bulgarische Sektion) vor und nach der jungtürkischen Revolution. Kontakte zwischen der Inneren Mazedonischen Front und dem Balkan-Komitee in Großbritannien belegen Dokumente, die I. ILČEV (Bd. 55, S. 95–102) ediert. Die Beteiligung der Mannschaft des bulgarischen Schiffes „Zora“ an der russischen Revolution 1905–1907 untersucht auf der Grundlage von Quellen im Zentralen Historischen Staatsarchiv der Ukraine in Kiev L. ČAKALOVA (Bd. 54, S. 115–147).

Eine Übersicht über osmanotürkische Dokumente für das Strandža-Gebiet zwischen 1866 und 1911 gibt C. RAJČEV (Bd. 55, S. 283–293). Die Krise des osmanischen Reiches am Ende des 19. Jh. im Spiegel der Dokumente des österreichisch-ungarischen Grafen P. A. Kapnist beleuchtet N. Dülgerova (Bd. 54, S. 201–219).

Aspekte der Politik des zaristischen Rußland in Bulgarien in den Jahren des ersten Weltkrieges, reflektiert in den Berichten des russischen Gesandten A. A. Savinski, gibt I. ILČEV (Bd. 56, S. 57–115) wieder.

#### Quellen über den Zeitraum vom Ende des ersten Weltkrieges bis zum September 1944

Über das Gesundheitswesen in Tyrговише zwischen 1878 und 1944 informiert anhand von Quellen I. BOGDANOV (Bd. 54, S. 241–246). Dokumente zur bürgerlichen Vereinigung „Nationale Eintracht“ (gegr. 1921) legt V. GEORGIEV (Bd. 55, S. 55–92) vor. Mit einer Studentenaktion 1931–1932 gegen die Ernennung Prof. Aleksandyr Cankovs beschäftigt sich P. MILANOV (Bd. 55, S. 33–53).

#### Dokumente zur sozialistischen Gesellschaftsordnung

Materialien aus der Vorbereitungsphase des V. Parteitages der Bulgarischen Arbeiterpartei (Kommunisten) 1948, des ersten legalen Parteitages nach dem Septemberaufstand von 1923, publiziert St. GEORGIEV gemeinsam mit K. IVANOVA (Bd. 56, S. 25–56). Eine Quelleninformation zur Teilnahme der Jugend des Bezirkes Burgas an der Brigadebewegung 1946–1950 gibt T. APOSTOLOVA (Bd. 56, S. 363–372). Dokumente der Bulgarischen Esperanto-

Vereinigung für die Zeit von 1944 bis 1972 stellt O. STEFANOVA (Bd. 54, S. 19–76) vor.

#### Erinnerungen

Als besondere Quellengattung haben Erinnerungen bedeutender Persönlichkeiten ihren besonderen Wert und auch ihren Reiz für den Forscher. Auch diese Quellen zugänglich zu machen, ist ein Anliegen der Zeitschrift.

Drei Erinnerungsberichte aus dem Russisch-Türkischen Krieg und den Balkankriegen gibt N. UKOVSKI (Bd. 55, S. 303–333) wieder.

#### Bestandsanalysen

Bestandsanalysen geben einen Einblick vor allem in neu erschlossene Bestände verschiedener Archive. Eine große Gruppe der Bestandsanalysen stellen die zu Nachlässen bedeutender Persönlichkeiten des politischen und kulturellen Lebens dar. So beschreibt N. KOLEV (Bd. 54, S. 265–291) den Nachlaß des Philologen und Schriftstellers Auguste Dozon (1822–1890), der in Belgrad aufbewahrt wird, aber von großer Bedeutung für die Erforschung der bulgarischen Sprache und Geschichte ist, A. GEORGIEV (Bd. 55, S. 217–238) den Nachlaß des Historikers Rajča Karolev (1846–1928), G. TODOROV (Bd. 54, S. 247–252) den im Staatsarchiv Veliko Tymovo überlieferten Nachlaß des Schriftstellers Jordan Hristov Kuleliev (1877–1966), N. MITREVA (Bd. 55, S. 349–352) den des Schriftstellers und Journalisten Aleksandyr (Sašo) Nikolov Nastev (1900–1971) und S. STOJKOVA (Bd. 55, S. 339–347) den eines der bedeutendsten bulgarischen Juristen, Ivan Georgiev Altynov (1882–1972).

Eine Bestandsanalyse und Dokumentenveröffentlichung zur Tätigkeit der Handelsgesellschaft „Stančo Arnaudov und Sohn“ in Gabrovo 1860–1861 gibt M. T. STEFANOVA (Bd. 55, S. 239–282). Den Bestand „Staatliches Knabengymnasium Exarch Josif I“ in Razgrad (1896–1944) beschreibt L. GANČEVA (Bd. 55, S. 335–338) und den des schwedischen Militärattachés in Bulgarien (1915–1919), der in Stockholm aufbewahrt wird, Ž. DAMANOVA (Bd. 54, S. 253–263).

#### Hilfswissenschaften

Die osmanotürkische Paläographie als historische Hilfswissenschaft erläutert V. STOĀNOV (Bd. 54, S. 3–18).

Gerlinde Grahn (Potsdam)

#### Ličnite dokumenti kato istoričeski izvor / Bylgarska akademiā na naukite /

Edinen centyr po istoriā pri BAN / Glavno upravlenie na arhivite pri ministerski syvet / Centyr po bylgaristika pri BAN. Red.-Koll.: Kynčo Georgiev (verantw. Red.); Stefka Petkova; Stoān Radev. – Sofiā, 1987. – 384 S.

Übers. d. ST: Persönliche Dokumente als historische Quelle.

Die Publikation ist in vier Kapitel gegliedert. Das erste gibt theoretische Forschungen zur Thematik wieder, das zweite umfassende quellenkundliche Analysen, das dritte beinhaltet einen wissenschaftlichen Meinungsäustausch zum Gegenstand, und den Abschluß bildet schließlich ein bibliographischer Teil.

Das erste Kapitel beschäftigt sich mit erkenntnistheoretischen und archivwissenschaftlichen Grundfragen in der Arbeit mit Nachlässen und anderen Dokumenten persönlicher Herkunft. Kynčo GEORGIEV (S. 9–63) untersucht die persönlichen Dokumente im historischen Erkenntnisprozeß. Er geht davon aus, daß die Dokumente persönlicher (privater) Herkunft zur Quellengrundlage jedes forschenden Historikers gehören. Zu den typischen Merkmalen dieser Dokumente im Unterschied zu den offiziellen zählt er u. a. die individuelle Betrachtung, den subjektiven Bezug mit psychologischen Reaktionen auf eine Sache, d. h. die subjektive Widerspiegelung der lebendigen Erscheinungen und Fakten. Er weist zugleich auf den quellenkundlich zu beachtenden Mangel hin, der im Subjektivismus bei der Widerspiegelung und Wertung der Fakten und Ereignisse besteht. Umfassend und detailliert analysiert der Autor die erkenntnistheoretische Bedeutung der einzelnen Arten persönlicher Dokumente wie Memoiren, Tagebücher, Briefwechsel, retrospektive Interviews, Umfragen, Randbemerkungen, Autobiographien, mit der schöpferischen Arbeit des jeweiligen Autors verbundene Notizen.

Die sowjetische Autorin I. P. SIROTINSKAĀ beschäftigt sich (S. 64–69) mit den persönlichen Dokumenten als historische Quelle. Sie definiert die Dokumente persönlicher Herkunft als Dokumentenkomplexe, die im Prozeß der Tätigkeit von Einzelpersonen entstehen und deren persönliches Eigentum sind. Sie verweist darauf, daß der Terminus in der Praxis häufig auf alle Quellen angewandt wird, die aus unterschiedlichen Gründen Eigentum einer Einzelperson sind, unter Umständen auch Dokumente offizieller Herkunft. Im einzelnen behandelt die Autorin quellenkundliche Aspekte, Gliederungs- und Bewertungsprobleme von Nachlässen der Literatur und Kunst in den Archiven der Sowjetunion.

Den vorh Umfang und der konkreten Aussage her überwiegenden Teil der Publikation stellen quellenkundliche Analysen dar. Ivan DUJČEV untersucht (S. 70–75) die persönlichen Elemente in den bulgarischen mittelalterlichen historischen Quellen. Mit den Nachlässen in englischen Archiven als Quellen für die bulgarische Geschichte beschäftigt sich Rumen GENOV (S. 121–131); mit der quellenkundlichen Charakteristik der Briefe der Führer des Aprilaufstandes in der bulgarischen Wiedergeburt Rumāna DAMANOVA (S. 163–168); Valeri

STOĀNOV mit den persönlichen Briefen in der osmano-türkischen Diplomatie (S. 169–176); Katerina VENEDIKOVA mit dem Persönlichen in den Epigraphen aus der osmanischen Zeit und deren Bedeutung als historische Quelle (S. 177–198); Mihail IONOV mit ausländischen Reisebeschreibungen als historische Quellen (S. 199–215); Kosta HADŽIEV mit den mittelalterlichen kyrillischen Epigraphen als Quellen für die Geschichte und Kultur Bulgariens im 13. und 14. Jh. (S. 216–226); Vasilka GERASIMOVA-TOMOVA mit antiken Aufschriften als historische Quelle (S. 227–233); Veličko VYLČEV anhand des Schaffens bedeutender bulgarischer Persönlichkeiten wie Ivan Vazov, Konstantin Veličkov u. a. mit dem persönlichen Dokument als Quelle für die Biographie eines Schriftstellers (S. 234–251); Dimitir MINCEV mit dem Schriftsteller und Historiker Zahar Stoānov und seinem Verhältnis zu den dokumentarischen Quellen (S. 252–258); Ioana SPISAREVSKA mit dem Handelsbuch (1590–1605) der Dubrovniker Kaufleute Benedeto Marino di Resti in Sofia und einigen Problemen der Wirtschaftsgeschichte der bulgarischen Länder (S. 259–272); Ilko T. TATARLIEV mit dem Briefnachlaß des Dichters Dželaludin Rumi Mevlana (1197–1273) (S. 273–313); Elena TOMOVA mit dem Leben Ivan Rilskis anhand der Nachlässe, die in der Staatlichen Leninbibliothek in Moskau aufbewahrt werden (S. 314–315).

Einen umfassenden Überblick über die Nachlässe im Zentralen Staatsarchiv der Volksrepublik Bulgarien gibt Slavān BARUTČIJSKI (S. 46–53). Mit speziellen quellenkundlichen Aspekten befassen sich in ihren Beiträgen: Dočo LEKOV im Hinblick auf das persönliche Dokument und die literarische Konzeption anhand der Literatur zur bulgarischen Wiedergeburt (S. 132–136); Anna ROŠKOVSKA mit den persönlichen Siegeln, Stempeln und Gemmen als Schlüssel zur Volkspsychologie der Bulgaren seit der Epoche der Wiedergeburt (S. 137–149); Lidiā MIKOVA mit der Rolle der Kalender in der kulturellen Erziehung der Persönlichkeiten in der Zeit der bulgarischen Wiedergeburt (S. 150–162) und Ivan KALČEV mit der Bedeutung des Interviews als historisches Dokument bei der Erforschung der Entwicklung der Wissenschaft (S. 367–371).

In einem gesonderten Kapitel werden ausländische Erfahrungen vermittelt. Erhard HARTSTOCK gibt einen knappen Überblick über die mit den Nachlässen in der DDR in Zusammenhang stehenden archivwissenschaftlichen Probleme (S. 326–327). Zlatica KALOUČKOVA vermittelt Erfahrungen in der Bearbeitung von Nachlässen im Zentralen Staatsarchiv der Slowakischen Sozialistischen Republik in Bratislava (S. 328–331); Jindrich RUŽICKA äußert sich zum persönlichen Nachlaß als historische Quelle in der Tschechischen Sozialistischen Republik (S. 332–336) und Erna PAP zu den Familienarchiven in Ungarn (S. 337–341).

In einem Kapitel, das dem wissenschaftlichen Meinungs austausch gewidmet ist, äußern sich u. a. Videta PYLOVA (S. 342–345) anhand der Erfahrungen des Zentralen Parteiarchivs der BKP über die Nachlässe von Parteiführern als Quelle zur Erforschung der Parteigeschichte; Kalirika ANČOVA (S. 354–357) zur Rolle der persönlichen Dokumente bei der Erforschung der Geschichte der Verbände der Kulturschaffenden; Nadežda OVCAROVA (S. 358–361) zu den wissenschaftlich-technischen Dokumenten in den Beständen von Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Technik als historischen Quellen; Valeriā TODOROVA (S. 362–366) zu quellenkundlichen Problemen in Nachlässen von Persönlichkeiten aus technischen Wissenschaften.

Den Abschluß der Publikation bildet ein umfangreicher bibliographischer Teil. Ein Abschnitt der Bibliographie enthält archivwissenschaftliche Literatur zur Methodik der Bestandsergänzung und wissenschaftlich-technischen Bearbeitung von Nachlässen und ein zweiter den Nachweis der Findbücher der in den Staatsarchiven und dem Archiv der Akademie der Wissenschaften der VRB aufbewahrten Nachlässe und der über sie erschienenen Veröffentlichungen.

Gerlinde Grahn (Potsdam)

#### Mitteilungen aus dem Frankfurter Stadtarchiv. – Frankfurt am Main

Die Veröffentlichungsreihe aus dem Stadtarchiv Frankfurt am Main erscheint seit 1936. Sie wurde mit der Geschichte des Archivs von dem damaligen Direktor eröffnet (1) und gedieh zunächst nicht weiter als bis zum zweiten Band (2). Nach einer langen Pause wird die Reihe wieder belebt. Neben einer kurzen Bestandsübersicht (3) und dem Frankfurter Glockenbuch (4) scheint man die Mitteilungen mehr der Veröffentlichung von Findbüchern des Stadtarchivs zum Nutzen der interessierten Forschung widmen zu wollen.

Bd. 5. BUND, KONRAD: Findbuch zu den Lersnermanuskripten S 1/136 Nr. 1 – 479 (742) – 1748. Mit Georg Ludwig Kriegks Register zu Lersners Frankfurter Chronik. – 1988.

Manuskripte, Materialsammlungen und Nachlaßteile der beiden Frankfurter Chronisten Achilles August v. Lersner (1662–1732) und seines Sohnes Georg August v. Lersner (1701–1749) gelangten auf unterschiedlichen Wegen in das Frankfurter Stadtarchiv und wurden bis 1984 zu einem Archivbestand formiert und in außerordentlicher Tiefe erschlossen (z. B. beanspruchen die Inhaltsangaben zu 29 Blatt annalistischer Notizen 25 Druckseiten).

Die Gliederung ist übersichtlich: Material- und Quellensammlungen sowie Konzepte zu den drei Teilen der Lersnerchronik (5), Materialsammlung zu Epitaphien in Frankfurter Kirchen, Ratswahl- und Ratsämterverzeichnisse, genealogische Materialsammlungen und Familiensachen v. Lersner.

Wie bei vielen ähnlichen Sammlungen stammen viele Teile aus Registraturzusammenhängen. Es hätte im Interesse vergleichender Forschungen gelegen, wenn auf die Herkunft und die Art der Beschaffung dieser Quellen eingegangen worden wäre.

Die Titelwiedergabe bzw. Titelbildung ermöglicht im Zusammenhang mit zusätzlichen Inhaltsangaben einen schnellen Zugang zu den Sachinhalten der Verzeichnungseinheiten. Allerdings vermag Rez. den Sinn der entsprechend der Papritzschens Verzeichnungslehre verwendeten eckigen Klammern in den Aktentiteln nicht recht einzusehen. Das um so mehr, als verschiedene Aktentitel (u. a. Nr. 22 bis 24) ohne eckige Klammern neu gebildet zu sein scheinen und die Klammerzufügung bei Nr. 54 eine erläuternde Erklärung und keinen Bestandteil des Aktentitels darstellt. Weniger könnte manchmal mehr sein.

Den größten Teil des Bandes nimmt das von Siegbert WOLF und Bernd SEIDEL bearbeitete Kriegksche Register zu Lersners Frankfurter Chronik ein (S. 117–535). Die beiden gedruckten Bände der Chronik sind damit ausgezeichnet zugänglich.

Das Findbuch selbst und damit auch der ungedruckte Teil der Lersner-Chronik werden durch einen Personen- und Sachindex (von Bernd SEIDEL) zusätzlich erschlossen.

Der Wiederabdruck des heute noch lesenswerten Vortrags von R. JUNG „Lersners Frankfurter Chronik“ aus dem Jahr 1906 führt in die Eigenart dieser Chronik und die Arbeitsweise ihrer Autoren ein und rundet somit das Findbuch ab.

Bd. 6. BUND, KONRAD: Findbuch der Epitaphienbücher (1238) – 1928 und der Wappenbücher (1190) – 1801. Mit e. Bildanh. u. a. der vollständ. farb. Nachzeichnungen d. ehem. Malereien im Römer aus d. sog. Fetterschen Wappenbuch. – 1987.

Besondere Archivgutarten haben schon immer zu besonderer archivischer Behandlung geführt. Das gilt zunächst vor allem für Urkunden, die von der zweiten Hälfte des 18. Jh. an aus ihren ursprünglichen Zusammenhängen gerissen und zu Urkundenbeständen (Sammlungen) vereinigt wurden. Aber auch Karten, Bilder, Drucksachen und Bücher in Akten- oder Registraturzusammenhängen sind Gegenstand solcher Manipulationen gewesen. Das traurige Schicksal vieler Autographen muß zwar erwähnt werden, gehört aber nicht in diesen Zusammenhang. Auch den in diesem Findbuch vorgestellten Epitaphien- und Wappenbüchern wurde eine solche Behandlung zuteil. Allerdings wurden nicht alle aus ihren ursprünglichen bestandsmäßigen Zusammenhängen entfernt, so daß man vor der Frage stand, ob man sie bei einer Neuordnung wieder ihren alten Beständen zuweisen sollte. Man entschied diese Frage positiv, mußte dabei aber in Kauf nehmen, daß nicht alle Bücher eindeutig zugeordnet werden konnten. Die (nutzerfreundliche) Lösung bestand in der bestandsübergreifenden, sachthematischen Verzeichnung aller Epitaphien- und Wappenbücher des Stadtarchivs. Die Verzeichnung ist durch zusätzliche Inhaltsangaben zu den Titeln der Bücher außerordentlich intensiv. Für die Verzeichnungstechnik gilt das oben Gesagte. Ein Personen- und Sachregister (von Bernd SEIDEL) erschließt die Bücher zusätzlich.

Bd. 7. BUND, KONRAD: Findbuch zum Bestand Ratswahlen und Ämterbestellungen in der Reichs- und Freien Stadt Frankfurt am Main (1193) – 1887. – 1989.

Dieser Bestand erweist erneut, vor welche Fragen Archivare gestellt werden können, wenn sie an die Erschließung älterer Archivbestände gehen, die bereits eine Bearbeitung im vergangenen Jahrhundert erfahren haben. Hier war man aus dem Wirken von Vorgängern mit einer Ansammlung von Dokumenten konfrontiert, deren Hauptinhalt zwar die Wahlen zum Rat und zu den verschiedenen städtischen Gremien war, deren Ursprung und Provenienz sich jedoch vielgestaltig darboten. Sie reichen von der städtischen Kanzlei, über Zusammenstellungen des Stadtarchivs bis zu Arbeiten privater Forscher zum Thema Ratswahlen, die aus deren Nachlässen überkommen waren.

Daraus auch erklärt sich die bereits aus dem Findbuch erkennbare inhaltliche Vielfalt des Bestandes, die zu seiner Bezeichnung so gar nicht passen will. Es finden sich darunter u. a. die Beschreibung des Münsters zu Ulm, die Charakterisierung von Sehenswürdigkeiten italienischer Städte, die Abzeichen der Hausarmen zu Regensburg sowie chronikalische Notizen und Extrakte aus Frankfurter Chroniken. Die Entscheidung des Bearbeiters, dieses Konglomerat beizubehalten, rührt sicher aus der Erkenntnis her, daß eine Aufteilung noch größere Schwierigkeiten zur Folge gehabt hätte. Das muß jedoch Vermutung bleiben, weil Überlegungen zur Bestandsbildung nicht mitgeteilt sind.

Die innere Ordnung folgt, soweit aus den alten Signaturen erkennbar, im wesentlichen der ersten archivischen Ordnung aus der Zeit um 1888. Sie bietet keinen schnellen Zugang, so daß ein Personen- und Sachindex (von Bernd SEIDEL) erst den eigentlichen Schlüssel zu dem Bestand darstellt.

Reproduktionen aus Stadtbüchern und Abbildungen von Bürgermeistern und ihrem Umfeld runden den Band ab.

Bed. 9. DRUMMER, HEIKE: Findbuch zum Bestand Niederländische Gemeinde Augsburg Confession 1585 – 1985. Mit e. Bildanh. – 1988.

Das Archiv der Niederländischen Gemeinde gelangte im Ergebnis einer Ausstellung, die das Frankfurter Stadtarchiv aus Anlaß des 400jährigen Bestehens der Gemeinde 1985 veranstaltet hatte, als Depositum in das Archiv.

Die niederländischen Protestanten emigrierten in der zweiten Hälfte des 16. Jh. wegen der spanischen Protestantenverfolgung nach Frankfurt und bildeten dort eine eigene Gemeinde.

Der ungeordnet übernommene, relativ umfangreiche Bestand (wohl über 1 000 Verzeichnungseinheiten) wurde übersichtlich in sechs sachliche Ordnungsgruppen (Gründung und Geschichte der Gemeinde, Rechnungswesen, Wohltätigkeit, Immobilien und Mobilien, Varia) gegliedert. Personen- und Sachregister erschließen die Verzeichnungsangaben zusätzlich.

Leider sind die Informationen zur Bestandsbearbeitung zu kurz gehalten. So erfährt man u. a. nichts über das Verhältnis der neuen Ordnung zu evtl. vorgefundenen Anhaltspunkten einer alten Ordnung, über das Aktenbildungsprinzip und das daraus abgeleitete Verfahren zur Bildung von Verzeichnungseinheiten, über evtl. Bewertungsgesichtspunkte und über das Signatursystem. Die Hintergründe für das Fehlen von laufenden Nummern bleiben dem Leser daher verschlossen.

Wolfgang Blöß (Potsdam)

(1) Ruppertsberg, Otto: 500 Jahre Frankfurter Stadtarchiv. – Frankfurt am Main, 1936. – (Mitteilungen aus dem Frankfurter Stadtarchiv; 1)

(2) Gerber, Harry: Reichsgeschichtliche Quellen im Frankfurter Stadtarchiv von 1500 – 1555. – Frankfurt a. M., 1936. – (...; 2).

(3) Bund, Konrad: 1436 – 1986, 550 Jahre Stadtarchiv Frankfurt am Main: e. Kurzübersicht über seine Bestände. – Frankfurt a. M., 1986. – (...; 3).

(4) Frankfurter Glockenbuch / hrsg. von Konrad Bund. – Frankfurt a. M., 1986. – (...; 4).

(5) Lersner, Achilles August von: Der Weitberühmten Freyen Reichs-, Wahl- und Handelsstadt Franckfurt am Mayn Chronica ... – Frankfurt a. M., 1706. – Lersner, Georg August von: Nacheholte, vermehrte und continuirte Chronica der Weitberühmten freyen Reichs-, Wahl- und Handelsstadt Frankfurt am Mayn. ... – Frankfurt a. M., 1734. – Der dritte Teil ist nicht im Druck erschienen.

#### Studien und Quellen. – Bern 15 (1989)

Daniel BOURGEOIS (*William E. Rappard et la politique extérieure suisse à l'époque des fascismes, 1933–1945*; S. 7–82) wertet den im Schweizerischen Bundesarchiv deponierten Nachlaß von R. für seine Themenstellung aus. Der Wirtschaftshistoriker R., Professor an der Universität Genf, Beamter beim Völkerbund, Gründer und zusammen mit Paul Mantoux Direktor des „Institut universitaire de hautes études internationales“, hatte wesentlichen Anteil an der Wahl der Schweiz als Sitz des Völkerbundes und an deren Beitritt zum Völkerbund. Er war Gegner der Appeasement-Politik der westlichen Großmächte und trat für die Zustimmung der Schweiz zu einem Beitritt der UdSSR zum Völkerbund ein. Wie andere führende Schweizer Persönlichkeiten neigte er dem bekannten politischen Realismus zu, der sich vor allem aus der Beurteilung des Kräfteverhältnisses ableitet. Der Vergleich von öffentlichen Äußerungen mit Bekennnissen in seinem Briefwechsel, die bis zu einer Schmähung der Schweiz als „arsenal du totalitarisme“ gingen, erweist erneut die unverzichtbare Notwendigkeit, der Würdigung von handelnden Personen nicht nur amtliche und gedruckte Quellen zugrunde zu legen, sondern auch und gerade „Gedächtnisprotokolle“ aus dem privaten Bereich der Nachlässe beizuziehen.

Silvia KISS (*Die Schweiz als Gastgeberland des Völkerbundes in den Jahren 1938–1942*; S. 83–149) zeichnet anhand der Akten des Eidgenössischen Politischen Departements das Verhältnis der Schweiz zum Völkerbund in einer krisengeschüttelten Zeit nach. Auch diese neue Facette fügt sich in das Bild der schweizerischen Politik jener Jahre: Am eigenen Interesse orientierte Realpolitik, die sich in der Postulierung der „integralen (absoluten) Neutralität“ äußerte, führte dazu, daß die Schweiz ihre am 4. August 1919 eingegangene Verpflichtung, „den Organen des Völkerbundes eine Atmosphäre der Unparteilichkeit und geistigen Unabhängigkeit gegenüber den politischen Leidenschaften der Welt zu sichern“, in diesem Zeitraum nicht erfüllt hat.

Mauro CERUTTI (*Georges Oltramare et l'Italie fasciste dans les années trente. La propagande italienne à Genève à l'époque des sanctions et de la crise de la Société des Nations*; S. 151–211) untersucht die Beziehungen, die Georges Oltramare, der Führer der faschistischen „Union Nationale“, die ihr Aktionsfeld besonders in der romanischen Schweiz hatte, zum faschistischen Italien und zu Mussolini unterhielt. Gestützt auf bisher nicht ausgewertete Quellen im Archivio storico-diplomatico del Ministero degli affari esteri in Rom, dem Archivio centrale dello Stato in Rom und im Schweizerischen Bundesarchiv, gelingt es ihm, das Beziehungsgeflecht zwischen den beiden ungleichen Partnern zu erhellen. Mussolini nutzte Oltramare vor allem für seine Politik gegen den Völkerbund, ließ ihn aber fallen, als ihm Aktionen gegen den Völkerbund nach dessen Krise im Jahre 1938 nicht mehr als lohnend erschienen.

Hugo CADUFF, Bernhard FLÜCKIGER, Christoph GRAF (*Informatik im Dienste von Forschung und Verwaltung. Elektronische Datenverarbeitung im Schweizerischen Bundesarchiv*; S. 213–272) stellen in einem groß angelegten Rahmen die Anwendung der EDV im Schweizerischen Bundesarchiv vor, für die bisher ca. 2,1 Mio. Franken aufgewendet wurden und für die bis 1992

noch einmal Ausgaben von mehr als 2 Mio. Franken vorgesehen sind. Das Gesamtsystem EDIBAR (Elektronische Datenverarbeitung im Bundesarchiv) gliedert sich in Teilsysteme zur Verwaltung und Benutzung von Beständen, zur Erschließung einzelner Bestände und zur Herstellung spezieller Findhilfsmittel, zur Archivierung und Benutzung elektronisch gespeicherter Daten sowie zur internen Verwaltung.

Bei der Gestaltung des archivischen Recherchesystems ist man entsprechend der Spezifik der Bestände des Bundesarchivs hierarchisch von oben nach unten vorgegangen, um die Behörden- und Schriftgutstruktur genau wiedergeben zu können. Dabei hat man die Anwendung eines Thesaurus verworfen. Er wird ebenso für „illusorisch“ gehalten wie die Weiterführung des Provenienzprinzips im „konventionellen Archivbereich“. Wer vor der Entscheidung steht, Archivarbeit zu computerisieren, kann aus den Darlegungen großen Nutzen ziehen. Aus ihnen lassen sich unschwer sowohl das Entscheidungsfeld als auch die Entscheidungskriterien und die Wege des Vorgehens für dieses in jeder Hinsicht wertvolle neue Gebiet der Archivarbeit bestimmen.

Wolfgang Blöß (Potsdam)

#### Smers, Hanspeter:

##### Orte des Kreises Weißwasser auf historischen Landkarten bis 1815/

Hanspeter Smers. Hrsg.: Pädagog. Kreiskabinett Weißwasser. – Weißwasser, 1988. – 35 S.: 24 Abb.

(Heimatkundliche Beiträge für den Kreis Weißwasser; H. 6)

Das Heft rühmt sich, erstmals in der DDR alte Karten im Rahmen eines Kreises anzubieten. Es zielt auf den Geschichtsunterricht der 7. Klassen und alle heimatkundlich Interessierten. Im Format 21 x 29,5 cm auf gutem Papier gedruckt, enthält es kurze Informationen zur Kartographie und ihrer Geschichte sowie 24 Abbildungen und Erläuterungen zu 30 Einzelkarten von 1561 bis 1815. Die Publikation ist sehr zu begrüßen und Autor und Herausgeber Dank zu sagen, daß sie 1988 so etwas vollbracht haben! Die Auflage von 1 000 Exemplaren wurde nur über das Museum Bad Muskau und das Pädagogische Kreiskabinett verkauft und ist bis auf einen Restposten vergriffen.

Weil das Heft etwas Erstmalsiges ist, Nachahmer finden sollte und der Autor an eine zweite, erweiterte Auflage denkt, seien einige grundsätzliche Gedanken geäußert, die die Veröffentlichung nicht herabsetzen wollen.

1. Der Autor beklagt im Vorwort den beschränkten Umfang des Heftes, die geringe Zahl der nur schwarzweißen Abbildungen in zumeist nur kleinen Ausschnitten, die nichts von der Faszination der Originale wiederzugeben vermögen. Neben den materiellen Zwängen, denen der Autor sich zu unterwerfen hatte, wurde die Kleinheit der Ausschnitte aber auch durch die Konzeption bedingt, d. h. durch die Enge eines einzigen Kreisgebietes als Darstellungsraum.

Der Kreis Weißwasser ist kein historisches Territorium, sondern ein plötzlich an der neuen Neißegrenze erst 1952 entstandenes Verwaltungsgebilde. Alte Kartographie sollte an den auf sie bezogenen historischen Territorien demonstriert werden. Das waren bis 1815 Sachsen, die Oberlausitz, der Görlitzer Kreis und die Herrschaft Muskau. Eine Gebietsvergrößerung könnte ganze Karten und größere Ausschnitte bieten, mehr Käufer finden und ein echter Beitrag zur Geschichte der Kartographie sein.

2. Ein schlimmer Fehler des Heftes ist politischer Natur und geht nicht zu Lasten des Autors: Wer flüchtig blätternd die Abbildungen überfliegt, empfindet Empörung über unzumutbare Fehldrucke. Näheres Hinsehen nimmt jedoch den Verdacht von den Bildherstellern und Druckern und zeigt ein Versagen des sozialistischen Systems, das erst heute öffentlich angesprochen werden kann. Da seine Chefideologen Schwierigkeiten mit der Wahrheit hatten und unfähig waren, die Vergangenheit offen und ehrlich zu bewältigen, sollte weggelassen werden, daß es vor 1815 bzw. 1945 östlich der Neißer Orte mit deutschen Namen gegeben hat. Dem Bemühen des Autors ist es zu verdanken, daß wenigstens ein Kompromiß zustande kam, bei dem die Orte rechts des Flusses zwar nicht voll, aber doch gerade noch lesbar mitgedruckt werden durften, was das Informationsbedürfnis befriedigt, die Ästhetik aber zerstört. Gerade wer sich in politischer Verantwortung für den Frieden in Europa voll zur Oder-Neiße-Grenze bekennt, darf die Geschichte der polnischen Westgrenze nicht verdunkeln und historische Quellen nicht verstümmeln, liegt doch in ihnen der Schlüssel zum Verständnis der Gegenwart und guter deutsch-polnischer Nachbarschaft. Vielleicht sollte am Ende einer solchen Publikation im Grenzgebiet eine zweisprachige übergreifende Karte der Gegenwart aus deutsch-polnischer Gemeinschaftsproduktion stehen, wie sie als Wanderkarte der Sächsisch-Böhmischen Schweiz schon seit Jahren existiert.

3. Künftig sollte eine Veröffentlichung alter Karten für die Heimatgeschichte nicht bei 1815 aufhören. Erst danach entstanden die topographisch aussagefähigsten, großmaßstäbigen Aufnahmen. Erste Meßtischblätter und solche von heute könnten den krönenden Abschluß bilden. Der Vergleich zwischen ihnen und den alten Karten würde letztere auch für ökologische Forschungen nutzbar machen, die zeigen, welcher Preis für technischen Fortschritt bzw. verfehlte Wirtschaftspolitik zu zahlen war. Und das trifft ganz hart auf den Kreis Weißwasser zu, stand doch auch der Raum Rietschen mit neun Dörfern (ca. 100 km<sup>2</sup>) im

Einzugsbereich der Braunkohlentagebaue Nochten/Reichwalde im Devastierungsplan. Für Klitten im Nachbarkreis Niesky wurde die Absicht des Wegbaggers am 2. 2. 1990 widerrufen. Für den Kreis Weißwasser liegen mir keine Informationen vor.

4. Auf Seite 6 vermutet H. Smers, daß bei den alten Karten bewußt Ungenauigkeiten eingearbeitet wurden, weil Herrscher aus Sicherheitsüberlegungen genaue Karten fürchteten. Diesem Sicherheitsbedürfnis kamen sie nach, indem sie amtliche Landesaufnahmen nicht publizieren ließen. Die Vermutung trifft aber nicht auf die in diesem Heft vorgestellten Produkte der Verlagskartographie zu, die mangels Originalkartierungen und unkritischer Nachdrucke nicht besser waren. Hier hat der Autor unbewußt eine Erscheinung sozialistischer Praxis übernommen, die sich nicht nur mit der strengsten Sekretierung der topographischen Karten begnügte, sondern selbst Wanderkarten verzerrte und entleerte. Das zielte nicht nur auf den „äußeren Feind“, der sich ohnehin durch Erd-, Luft- und Fernaufklärung aus dem All seine kartographischen Informationen besorgte, sondern mehr auf die eigene Bevölkerung, um sie über das eigene Land zu täuschen.

Gerade weil die Verlagskartographie seit dem 16. Jh. von den amtlichen Aufnahmen getrennt war und durch das Abkupfern über Jahrzehnte hinweg neben Fehlern auch inhaltliche Magerkeit aufweist, sollten in erster Linie Original-Aufnahmekarten ausgewählt werden, die meistens nur in Handzeichnungen vorliegen und Unikate sind. Bei der Auswahl wurden die Archive leider völlig ausgeklammert. Auf die Originalkarten der Oberlausitz von F.A. Zörner wurde zugunsten der Nachdrucke von Schenk, Homann und Lotter verzichtet. Für das Gebiet des Kreises ist auch an unkatete Grenzarten der Situation zwischen Ober- und Niederlausitz, Schlesien und Brandenburg sowie den Herrschaften Muskau und Hoyerswerda mit dem Görlitzer Kreis und dem Amt Spremberg zu denken.

5. Die Erläuterungen der Karten bedürfen an einigen Stellen kleiner Korrekturen. Insgesamt wirken sie etwas formal. Der Autor hätte mehr und detaillierter auf Parallelen zwischen dem alten Kartenbild und heutigen Natur- und Kulturzuständen des Kreises eingehen können. Des aufwendigen Ortsverzeichnisses (S. 32–35) und überhaupt der Thematisierung auf die Siedlungen bedürfte es bei einem so kleinen Gebiet m.E. nicht. Die Abbildungen auf der 2. und 4. Umschlagseite sind zwar attraktiv, aber ohne Bezug zum Kreis Weißwasser. Durch deren Wegfall und einen etwas platzsparenderen Drucksatz des verdienstvollen Literaturverzeichnisses hätten 7 Seiten A 4 für andere Kartenabbildungen gewonnen werden können.

Abschließend sei noch einmal betont, daß das Heft ein guter Beginn in der heimatsgeschichtlichen Literatur ist. Der Enthusiasmus des Autors und neue Möglichkeiten nach der politischen Wende, zu denen auch die Länderstruktur gehören wird, lassen hoffen, daß eine Neubearbeitung zu einem sehr guten Ende käme.

Hans Brichzin (Dresden)

**Jahrbuch für Geschichte.** – Berlin: Akademie-Verlag

Bd. 35. **Studien zur Geschichte Berlins** / hrsg. von Gerhart Keiderling; Ingo Materna u. Wolfgang Schröder. – 1987. – 638 S. : 20 Abb. – M 35,–

Dieser dem 750. Jahrestag der Stadt Berlin gewidmete Band vereinigt 18 Beiträge, die sich alle mit der wechselvollen Entwicklung Berlins unter territorialgeschichtlichen, rechtshistorischen, ökonomischen und politischen Aspekten auseinandersetzen, sich dabei nicht mit der Rezeption des gegenwärtig erreichten Forschungsstandes zu ihrer Thematik begnügen, sondern in vielen Fällen neue Forschungsergebnisse darbieten, was den Band für die weitere Arbeit an der Berlin-Geschichte zu einem unentbehrlichen Hilfsmittel machen dürfte. Dabei werden die ersten 500 Jahre Stadtgeschichte relativ summarisch reflektiert, nämlich in vier Beiträgen.

J. HERRMANN leitet den Band mit einem Aufsatz über das Verhältnis von bauerlicher Rodungsarbeit und landesherrlicher Territorialpolitik im Umfeld der Stadtgründung ein, indem er unter Zurückweisung der älteren These der Berlin-Forschung von siedlungsgeschichtlichen Vorgängern Berlins und Cöllns ausführt, daß erst bauerliche Rodungsarbeiten seit den letzten Jahrzehnten des 12. Jahrhunderts die Voraussetzungen hierfür schufen, wobei dieser Landesausbau im Zusammenhang mit Auseinandersetzungen weltlicher und geistlicher Fürsten um Territorien und Landesherrschaft standen, bis die askanischen Markgrafen die Herrschaft über Barnim, Teltow und angrenzende Gebiete an sich bringen konnten und in ihrem Interesse die Stadtentstehung durch Stadtrechtsverleihungen regelten.

Mit der facettenreichen Gestalt des Berliner Bürgermeisters Tite Wardenberg aus der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts setzt sich E. MÜLLER-MERTENS in einer quellenkritischen Studie auseinander, die für sich in Anspruch nehmen kann, hierbei Pionierarbeit zu leisten und besonderes Interesse unter methodologischen Gesichtspunkten zu wecken. Dabei kommt er zu dem Ergebnis, daß Wardenberg das Interesse Berlins gegenüber der Hausmachtspolitik auswärtiger Fürstenhäuser und der Landesregierung in einer Weise zu behaupten suchte, die ihm die Ungnade des Kaisers einbrachte. M.-M. wertet Wardenberg überhaupt als herausragenden politischen Repräsentanten des mittelalterlichen Städtebürgertums in Berlin.

Mit den Stadterweiterungen Berlins im 17. und – bis zum Regierungsantritt Friedrichs II. – im 18. Jahrhundert setzt sich W. VOLK auseinander. Ausgehend von der eine Wende in der Städtebesteuerung einleitenden Kurmärkischen Generalsteuer- und Konsumtionsordnung von 1684 schildert sie, wie die darin eingeschlossene Einführung der Akzise die Lage Berlins erleichterte und eine neue Entwicklung des schwer darniederliegenden Berlin ermöglichte. Diese mündete in eine Forcierung der Bautätigkeit und sicherte dem absolutistischen preußischen Staat hohe Steuereinnahmen. Hierbei wird besonders vorgestellt, wie mit der Aufnahme der Hugenotten ein spürbarer Aufschwung im Wirtschaftsleben der Stadt erreicht wurde.

Der auf der Grundlage zahlreicher neu erschlossener Archivmaterialien entstandene Beitrag von R. STRAUBEL über die Entwicklung des Berliner Seiden- und Baumwollgewerbes in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts knüpft thematisch und chronologisch an die Studie V. VOLKS an und bringt neue Aufschlüsse über die Wirtschaftspolitik des aufgeklärten Absolutismus unter Friedrich II. hinsichtlich Berlins, namentlich was Funktion und Tätigkeit des neu begründeten Polizeidirektoriums angeht. Daraus ergibt sich, daß die bürokratische Gewerbeförderung den verschiedenen Wirtschaftszweigen der Stadt höchst unterschiedlich zugute kam und sich besonders auf das Seidengewerbe konzentrierte, während der Aufschwung des Baumwollgewerbes sich gleichsam nur gegen den Willen der Behörden durchsetzen konnte, die aber durch die Abschirmung des eigenen Territoriums gegen fremde Konkurrenz doch einen Beitrag dazu leisteten.

Drei der Entwicklung Berlins in der Etappe der bürgerlichen Umwälzung gewidmete Studien werden durch einen ergebnisreichen Aufsatz von K.-H. BÖRNER eingeleitet, der mit seiner Untersuchung über Voraussetzungen und Ergebnisse der Einführung der preußischen Städteordnung für Berlin eine fühlbare Forschungslücke schließen hilft. Er macht dabei auch auf den Widerspruch zwischen der perspektivischen Bedeutung der Städteordnung und den in sie eingeschlossenen Möglichkeiten für die Realisierung bürgerlicher ökonomischer und politischer Ansprüche in einem weiterhin den Zielen der Adelsklasse vorrangig dienenden Staat mit ihren relativ bescheidenen unmittelbaren Wirkungen aufmerksam. Dies wird vorrangig darauf zurückgeführt, daß die Städteordnung von oben oktroyiert wurde und daß die starken wirtschaftlichen und politischen Belastungen der Jahre 1809 bis 1813 ebenfalls retardierende Wirkungen zeigten.

Der Neuorganisation der Berliner Wissenschaft im Rahmen der preußischen Reformära wendet sich L. ZEIL zu und korrigiert damit die bisher nur geringe Hinwendung unserer Literatur zu den wissenschaftsgeschichtlichen Dimensionen des Reformwerks und dessen Auswirkungen auf die Entwicklung der Wissenschaften und ihrer Institutionen. Die Vfn. unterstreicht den durch die Reformen in Gang gesetzten Entwicklungsprozeß hinsichtlich Berlins in der Weise, daß es sich zur „Metropole der Gelehrsamkeit“ wie als wissenschaftliches Zentrum von Weltgeltung entwickeln konnte. Andererseits weist sie aber auch darauf hin, daß die nunmehr institutionalisierte Finanzierung von Forschung und Lehre durch den Staat diesem einen beträchtlichen Einfluß auf den Wissenschaftsbetrieb sicherte und die Wissenschaftler besonders eng an ihn band, bei gleichzeitig erfolgreicher Förderung der Herausbildung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft durch die Vertreter der unterschiedlichsten Wissenschaftsgebiete.

In die Anfänge der Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung, bei Würdigung der Bedeutung Berlins für diesen Prozeß, führt K. WERNICKE mit seiner Schilderung des Lebens- und Kampfweges von Hermann Kannegießer ein, der wesentlichen Anteil an der Gründung des Gutenbergbundes als gewerkschaftliche Berufsorganisation der Buchdrucker und Schriftgießer hatte. Damit leistet er einen beachtlichen Beitrag bei der detaillierten Erforschung der Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung während der Revolution von 1848/49 und der ihr folgenden Reaktionsperiode, der auch der Gutenbergbund zum Opfer fiel.

Die drei nachfolgenden Beiträge – sie fallen in den Zeitabschnitt zwischen 1890 und Novemberrevolution – beziehen sich wie Wernickes biographische Skizze auf die Entwicklung der Berliner Arbeiterbewegung. Zugleich wird durch sie evident, daß und wie sich Entwicklungen und Vorgänge in Berlin bei dessen Stellung und Hauptstadtfunktion auch auf das gesamte übrige Reichsgebiet auswirkten. Das gilt besonders für das Bemühen, den ab 1891 in Berlin erscheinenden *Vorwärts* bis 1900 insgesamt auf proletarisch-revolutionären Positionen zu halten, was auch durch die Berliner Parteioorganisation der SPD unterstützt wurde, deren Kritik an der Redaktion in die Beschlüsse der Parteitage von 1891, 1897 und 1899 einging. Eine von der Vfn. erarbeitete Übersicht über die zwischen 1891 und 1900 in der Redaktion tätigen Mitarbeiter darf als eine wertvolle Ergänzung ihrer Studie angesehen werden.

Die Kämpfe der Berliner Arbeiter unter Führung ihrer Partei gegen das undemokratische Drei-Klassenwahlrecht im Jahre 1910 schildert im Anschluß daran G. FESSER. Seine Untersuchungen wenden sich vorrangig den durch die Wahrechtskämpfe ausgelösten neuen Auseinandersetzungen um die Auslegung des in Preußen geltenden Vereins- und Versammlungsrechts zu, wie sie zwischen der Sozialdemokratie und den Staatsorganen, aber auch im Regierungslager selbst geführt worden sind. Auf der Grundlage neu erschlossener Archivmaterialien geht er auf die Entscheidung des Berliner Oberverwaltungsgerichts im Streitverfahren zwischen der Berliner Sozialdemokratie und der

preußischen Regierung ein, nachdem diese gegen die Wahlrechtsdemonstrationen vorgegangen war. Während bis dahin vereins- und versammlungsrechtliche Entscheidungen von Staatsorganen mehrfach aufgehoben worden waren, wenn sie juristisch nicht haltbar erschienen, fällt es diesmal eine Entscheidung, die darauf abzielte, die Sozialdemokratie von der Organisierung weiterer Wahlrechtsdemonstrationen abzuschrecken und zerstörte so den Nimbus, über den Klassengegensätzen zu stehen.

Die relativ schnelle Herausbildung einer Berliner Organisation der KPD im November/Dezember 1918 wird in einem Beitrag I. MATERNAS nachgezeichnet. Hierbei werden besonders nachhaltig die bedeutenden Wirkungen herausgearbeitet, die auf diesen Prozeß vom Gründungsparteitag der KPD ausgingen, so daß trotz härtester Kampfbedingungen wichtige Ergebnisse bei der Formierung der jungen KPD in Berlin erzielt wurden, die sie zur revolutionären Vorhut des hauptstädtischen Proletariats reifen ließen.

Die sich auf die Periode der Herrschaft des Faschismus bzw. des zweiten Weltkrieges beziehenden drei Aufsätze werden durch eine Untersuchung von H. HABEDANK eingeleitet, die auf der Grundlage namentlich des Fonds *Reichsbank aus dem Bestand des Zentralen Staatsarchivs Potsdam den Anteil der fünf Berliner Großbanken an der Rüstungsfinanzierung des faschistischen Deutschlands zu bestimmen sucht*. Sie gelangte damit u. a. zu dem Ergebnis, daß diese Banken, indem sie 1936 fast 50 Prozent der zur öffentlichen Zeichnung aufgelegten Reichsschatzanweisungen und 1937 ca. 44 Prozent unterbrachten, in hohem Maße zur Erschließung des Kapitalmarktes als unabdingbare Quelle der Rüstungsfinanzierung beigetragen haben. Das widerlegt die in den Selbstdarstellungen der Banken unternommenen Versuche, ihre Mitverantwortung für die wirtschaftliche Vorbereitung des zweiten Weltkrieges in Abrede zu stellen.

Durch Auswertung der im Stadtarchiv Berlin zugänglichen Akten des Osrarn-Konzerns bietet S. JACOBEIT einen aussagekräftigen Beitrag über die Zwangsverpflichtungen und die Zwangsarbeit deutscher und ausländischer Arbeiterinnen in der Kriegsproduktion der deutschen Elektroindustrie während des zweiten Weltkrieges dar.

K. SCHEEL schließlich stellt in einer Dokumentenpublikation 17 Flugblätter, Aufrufe und Handzettel vor, die von der Roten Armee während ihrer Berliner Operation im Frühjahr 1945 unter den Angehörigen der faschistischen Wehrmacht bzw. der Berliner Bevölkerung verbreitet wurden. Er versteht sie als einen Beitrag zur Aufhellung des politisch-ideologischen Kampfes gegen den Faschismus in der Endphase des Krieges. In einer Einführung skizziert der Autor die Entwicklungslinien der Flugblattpropaganda der Roten Armee vom Beginn bis zur Endphase des Großen Vaterländischen Krieges, ihre Inhalte, Aufgabenstellungen und stellt den mit dieser Arbeit beauftragten Personenkreis vor.

Fünf Beiträge des Bandes sind der Entwicklung Berlins nach der Befreiung gewidmet, wobei freilich der Schwerpunkt für die ersten schweren Jahre der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung gesetzt wurde.

U. ADAM zeigt zunächst in einer interessanten Dokumentation mit 13 Quellenstücken, die von insgesamt 17 Personen stammen, wie sich die Rückkehr nach Berlin für die aus dem britischen Exil zurückkehrenden Antifaschisten gestaltete. Damit gewährt sie zugleich einen Einblick in die Art und Weise, wie sich die im englischen Exil lebenden und arbeitenden deutschen Antifaschisten – unter ihnen eine Gruppe von etwa 400-500 Kommunisten – am Kampfe der Anti-Hitler-Koalition beteiligten, und wie sie Vorbereitungen trafen, um nach der Zerschlagung der faschistischen Diktatur auf deutschem Boden für ihre politischen Ziele wieder legal wirken zu können.

J. ROESLER kommt in einer dem Wiederaufbau der Berliner Industrie in den ersten beiden Nachkriegsjahren gewidmeten Untersuchung zu dem bemerkenswerten Schluß, daß sich die dabei vollbrachten Leistungen im nationalen Vergleich gut behaupten konnten. Damit füllt er – gestützt auf ein umfangreiches Archivmaterial aus dem Stadtarchiv Berlin wie aus dem Landesarchiv (West) – zugleich eine bis heute bestehende bedeutende Forschungslücke aus, wie sie gerade für die Leitung der Berliner Wirtschaft in der Nachkriegszeit und ebenso für die Wiederherstellung der Produktivkräfte von Berlin zu verzeichnen war. Diese Aufgabenstellung erfolgte bei spezieller Hinwendung auf den Wiederaufbau in der Industrie als den für Berlin umfangreichsten Teil der Wirtschaft.

Th. SCHOLZE wiederum will seine Studie zur Ernährungssituation der Berliner Bevölkerung für den Zeitraum 1945–1952 als Beitrag zur Erforschung des Großstadttags und damit zu einer noch zu schreibenden Kultur- und Sozialgeschichte Berlins gewertet wissen. Ihr spezifischer Untersuchungsansatz für den sowjetischen Sektor von Berlin bzw. ab 1949 Hauptstadt der DDR liegt in der Kennzeichnung der Ernährungsprobleme aus familiärer Sicht. Den dabei maßgeblich werdend „Ernährungsalltag“ der Familie hat er in solche Sachverhalte wie die „normale“ Nahrungsbeschaffung und in „Selbsthilfeaktionen“ geschieden, die vor allem für die Periode bis 1948/49 weitgehend verbreitet waren, bis sich 1949 die Ernährungssituation entspannte und sich schließlich statistisch ab 1951 eine ausreichende Ernährungsgrundlage einstellte.

Die Tätigkeit der Alliierten Kommandantur der Stadt Berlin, wie sie ab 1944 in London durch die Europäische Beratende Kommission als Organ der Hauptmächte der Anti-Hitler-Koalition vorbereitet wurde, stellt für die Zeit ihrer Wirksamkeit bis zum Sommer 1948 G. KEIDERLING vor. Auch mit diesem Beitrag

wird eine Forschungslücke ausgefüllt, gab es doch in der historischen Literatur der DDR bisher keine Gesamteinschätzung der Tätigkeit dieses mit allen Problemen der Berliner Nachkriegsentwicklung besonders eng verbundenen Organs der vier Besatzungsmächte. Für die Tätigkeit der Alliierten Kommandantur wird ebenso wie für die des Alliierten Kontrollrats für Deutschland durch den Vf. die Feststellung getroffen, daß beide Organe ihren aus dem Potsdamer Abkommen hervorgehenden Auftrag nicht erfüllen konnten, doch wendet er sich gegen die in der bürgerlichen Historiographie vorgetragene Behauptung, daß das alliierte Kontrollsystem über Deutschland a priori lebensunfähig gewesen sei, indem er unterstreicht, daß für das Gelingen der Viermächteverwaltung nicht ihr Mechanismus, sondern allein das gemeinsame Bestreben zur Verwirklichung der Potsdamer Beschlüsse maßgeblich werden mußte. Deshalb wird vorrangig im politischen Kurswechsel der Westmächte die entscheidende Ursache gesehen, die die Alliierte Kommandantur im Juni 1948 handlungsunfähig machte, nachdem sie in den drei Jahren ihres Wirkens immerhin 1 168 Befehle in städtischen Angelegenheiten erlassen hatte.

Als einziger Beitrag, der die Gegenwarts- und Zukunftsprobleme in der Hauptstadt Berlin reflektiert, wenden sich die Betrachtungen von G. PETERS in gedrängter Form der Lösung der Wohnungsfrage als sozialen Problems für ihren Bereich zu, wobei als „eindrucksvollstes Kapitel der 750jährigen Baugeschichte Berlins“ die letzten vier Jahrzehnte gewertet werden, wie sie, beginnend mit dem Wohnungsbauprogramm der KPD von 1946 über die entsprechende Direktive des VIII. Parteitag der SED bis zur 8. Baukonferenz des ZK der SED und des Ministerrates der DDR vom Juni 1985, programmatisch bestimmt wurden.

Harald Müller (Potsdam)

## Post nach Redaktionsschluß

### Empfehlung zur Bildung einer Arbeitsgemeinschaft der Archivare der Stadtarchive im Verband der Archivare der DDR

An der traditionellen Jahrestagung von Direktoren der Stadtarchive der DDR, die vom 5. bis 7. Juni 1990 in Chemnitz stattfand, nahmen teil: Dr. sc. G. Richter (als Gastgeber), I. Buchholz (Magdeburg), Dr. H.-J. Hacker (Stralsund), B. Fischer (Erfurt), G. Günther (Weimar), Dr. W. Piechocki (Halle), F. Scherer (Greifswald), Dr. H. Sieber (Rostock), H.-J. Zenker (Dresden) sowie als Gäste R. Kohlisch (Staatliche Archivverwaltung) und H. Ramm (Rat des Bezirkes Karl-Marx-Stadt). Die genannten Teilnehmer sowie G. Viertel (Stadtarchiv Chemnitz) befaßten sich mit der Frage der Bildung einer Arbeitsgemeinschaft der Archivare der Stadtarchive im Verband der Archivare der DDR. Sie kamen überein, auf der Grundlage des am 12. 5. 1990 von der Gründungsversammlung beschlossenen Statuts des Verbandes der Archivare der DDR, insbesondere der §§ 2, 3 und 10, die Bildung einer solchen Arbeitsgemeinschaft zu empfehlen. Sie sollte bei nächster Gelegenheit (z. B. im Rahmen einer Mitgliederhauptversammlung oder bei der nächsten Tagung der Stadtarchivdirektoren) gegründet werden, ihr Wirkungsfeld und Arbeitsprogramm bestimmen, den Vorstand wählen, allen Mitarbeitern in Stadtarchiven (die Mitglied des Verbandes sind oder deren Einrichtung korporatives Mitglied ist) offenstehen und als ein tragendes Element die Jahrestagungen der Stadtarchivdirektoren der DDR einschließen.

Bedingt durch die im Verhältnis zur Anzahl der existierenden Stadtarchive geringe Teilnehmerzahl und den noch nicht abgeschlossenen Prozeß der Gründung des Verbandes der Archivare der DDR, wurde von einer sofortigen Gründung der Arbeitsgemeinschaft der Archivare der Stadtarchive abgesehen. Im Auftrag der Teilnehmer:

G. Günther (Stadtarchiv Weimar)

Dr. H. Sieber (Stadtarchiv Rostock)

### Computerausstattung für das Goethe- und Schiller-Archiv

„Saarbrücken hilft Weimar“ konnte man Ende Januar 1990 im Saarland hören. Aus Mitteln der saarländischen Sparkassenorganisation wurde dem 1885 gegründeten Weimarer Literaturarchiv für seine international bedeutsamen Archiv- und Editionsprojekte eine EDV-Grundausstattung avisiert. Am 22. April 1990 konnte sie vom Goethe- und Schiller-Archiv entgegengenommen werden; zwei leistungsfähige Personalcomputer mit Laser- und Matrixdruckern und die entsprechende Software für Textverarbeitung und Datenbankarbeit sowie ein Kopiergerät. Von den archivarischen und editorischen Mitarbeitern ist diese materielle Unterstützung ihrer wissenschaftlichen Arbeit mit großer Dankbarkeit registriert worden. Der Vorgang zeigt, daß der Wissenschafts- und Kulturbereich nicht zurückstehen muß, wenn es um die Aufholung von Rückständen in unserem Land geht.

Initiator dieser Spendenaktion sind der Germanist Prof. Dr. Karl Richter von der Universität des Saarlandes, der Herausgeber der „Münchner Goethe-Ausgabe“ (Verlag Carl Hanser in München), und seine Mitarbeiter, die seit Jahren vom Goethe- und Schiller-Archiv in der Forschungs- und Editionsarbeit für diese

neue Goethe-Ausgabe unterstützt werden. Als Geste des Dankes für wissenschaftskooperative Haltung, wie sie in der Vergangenheit in den Archiven der DDR nur selten anzutreffen war, aber vom Goethe- und Schiller-Archiv seiner internationalen Reputation entsprechend schon immer vertreten und praktiziert wurde, wollen die Stifter dieses Geschenk verstanden wissen.

Dafür eingesetzt hat sich vor allem Minister a. D. Werner Klumpp, der Präsident des Sparkassen- und Giroverbandes und Vorsitzender der Stiftung Saarländischer Kulturbesitz, der erkannt hat, daß es für ein gemeinsames deutsches Kulturerbe, wie es die archivalische Überlieferung der deutschen Klassik im Goethe- und Schiller-Archiv in Weimar darstellt, auch eine weitergehende und nicht nur auf Weimar und die DDR beschränkte Verantwortung geben muß. Computergestützte Archiv- und Editionsarbeit heißt die Devise, mit der das älteste Literaturarchiv der Welt in das letzte Jahrzehnt unseres Jahrhunderts gehen will.

Volker Wahl (Weimar)

## Personalia

### Geburtstage

70 Jahre: Helmut Juhra, Staatsarchiv Dresden, Veteran (22.07.20).

65 Jahre: Ilse Hobohm, Staatsarchiv Magdeburg, Veteran (26.07.25). – Karl-Heinz Krüger, Staatliche Archivverwaltung, Archivdepot Barby (15.08.25). – Wolfgang Krug, Staatliche Archivverwaltung, Veteran (17.08.25).

60 Jahre: AR Magda Mückenheim, Bezirksparteiarchiv der PDS, Gera (15.07.30). – OA Arnold Hoffmann, Ministerium für Geologie, Verwaltungsarchiv (18.07.30). – Rita Engel, Deutsches Theater, Berlin (21.07.30). – Elfriede Peetz, Staatliche Archivverwaltung (12.08.30). – Waltraud Cujas, Zentralstelle für Reprographie, Kossenblatt (26.08.30).

50 Jahre: Magdalene Würzer, Stadtarchiv Rostock (28.05.40). – OA Dagmar Hering, VEB Kombinat Zellstoff und Papier, Heidenau (5.07.40). – OA Christa Hufeland, Zentrales Staatsarchiv, Potsdam (8.07.40). – Sabine Schulz, Zentrales Staatsarchiv, Potsdam (14.07.40).

### Dienstjubiläen

35jähriges Dienstjubiläum: Günter Fonfara, Staatliche Archivverwaltung (2.08.1990). – Dieter Lorenz, Staatliche Archivverwaltung (5.08.1990).

30jähriges Dienstjubiläum: Wolfgang Benndorf, Staatliche Archivverwaltung (7.05.1990). – Dietrich Böhm, Staatliche Archivverwaltung (1.06.1990).

25jähriges Dienstjubiläum: Helga Lehmann, Staatliche Archivverwaltung (01.06.1990).

### Stellenausschreibung

Für die Neubesetzung der Direktorenstelle im Stadtarchiv Wismar wird ein Diplomarchivar oder Diplomhistoriker mit einschlägiger Erfahrung in der archivistischen Arbeit (möglichst Abt. Feudalismus/Kapitalismus) gesucht. Die Besoldung erfolgt nach Vergütungsgruppe 11.

Bewerbungen sind zu richten an den

Rat der Stadt Wismar

Abt. Innere Angelegenheiten

Wismar

2400

## Informationen

### Ausstellung

Vom 21. September 1990 bis 2. Dezember 1990 findet im Museum für Deutsche Geschichte eine Ausstellung zum Thema *1000 Jahre deutsche Geschichte. Dokumente aus Archiven der DDR* statt, die von der Staatlichen Archivverwaltung der DDR in Zusammenarbeit mit dem Museum für Deutsche Geschichte ausgerichtet wird.

### 61. Deutscher Archivtag

Der 61. Deutsche Archivtag zum Thema „Geschichtliche Überlieferung gestalten – erhalten – nutzbar machen“ findet vom 1.–4. Oktober 1990 in Karlsruhe

statt. Die Archivare der DDR sind hierzu eingeladen. Einladungen und Anmeldekarten gehen den Staatsarchiven, Stadtarchiven, Archiven wissenschaftlicher Einrichtungen usw. zu und können auch über den Hauptvorstand des Verbandes der Archivare der DDR (Prof. Dr. G. Schmidt, Goethe-Schiller-Archiv, Hans-Wahl-Str. 4, Weimar, 5300, oder Dr. H. Schreyer, Zentrales Staatsarchiv Potsdam, Berliner Str. 98–101, Potsdam, 1561) oder direkt im Generallandesarchiv Karlsruhe, Nördliche Hildapromenade 2, D-7500 Karlsruhe 1, angefordert werden. An letztere Adresse in Karlsruhe müssen die Anmeldungen bis spätestens 1. August 1990 gesandt werden.

### 22. Österreichischer Archivtag

Der 22. Österreichische Archivtag mit dem Generalthema *Die Bewältigung des Massenproblems in den öffentlichen Archiven* wird vom Verband Österreichischer Archivare veranstaltet. Er findet in Verbindung mit dem 18. Österreichischen Historikertag unter dem Generalthema *Friede und Konfliktlösung – Historische Aspekte*, veranstaltet vom Verband Österreichischer Geschichtsvereine, vom 24. bis 29. September 1990 in Linz statt.

### Veranstaltungen der Historiker-Gesellschaft der DDR

*Der Madrider Kongreß in der Geschichte der Weltkongresse des CISH. Schlußfolgerungen in Forschung und Lehre.* 12. Tagung der Fachkommission Theorie, Methodologie und Geschichte der Geschichtswissenschaft am 26. September 1990 in Berlin.

*Demokratische Bodenreform in der Geschichte der slawischen Völker.* Kolloquium der Fachkommission Geschichte der slawischen Völker am 1. Oktober 1991 in Berlin.

*Die Bauern im Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus.* 5. Konferenz der Fachkommission Agrare Betriebsgeschichte vom 2.–5. Oktober 1990 in Zwickau.

*Zur Bedeutung der Regionalgeschichte für den Geschichtsunterricht.* 22. Konferenz der Fachkommission Geschichtsunterricht in Verbindung mit der Fachkommission Regionalgeschichte vom 15.–18. Oktober 1990 in Erfurt.

*Militärhistorisches Erbe und Tradition. Probleme und Aufgaben bei der weiteren Erforschung der deutschen Militärgeschichte.* Kolloquium der Kommission Militärgeschichte der DDR am 18. Oktober 1990

*Auswertung des XVII. Internationalen Historikerkongresses in Madrid.* Erweiterte Präsidiumstagung am 24. Oktober 1990 in Berlin.

*Textverarbeitung in der Geschichtsforschung – quellennah oder codiert?* 2. Tagung der Arbeitsgemeinschaft Anwendung der Statistik, Mathematik und Informatik in der Geschichtswissenschaft am 30. Oktober 1990 in Berlin.

*Fragen der historischen Interpretation archäologischer Funde.* Kolloquium der Fachkommission Ur- und Frühgeschichte im Oktober 1990 (1 Tag) in Halle.

*Hanse – Verfassung und Recht.* 35. Jahrestagung der Hansischen Arbeitsgemeinschaft vom 30. Oktober – 2. November 1990 in Magdeburg.

*Aktuelle Probleme der Historischen Hilfswissenschaften.* 4. Tagung der Fachkommission Quellenkunde/Historische Hilfswissenschaften vom 20.–22. November 1990 in Eisenach.

Anfragen zu den Veranstaltungen der Historiker-Gesellschaft der DDR bitten wir zu richten an:

Historiker-Gesellschaft der Deutschen Demokratischen Republik, Sekretariat, Unter den Linden 2, Berlin, 1080, Tel. 200 0941

## Содержание

- Вайдемман, Дитхельм: Судьба документов германского посольства в Афганистане  
Кордсхаген, Криста: Итоги перемещения и возврата ценного архивного материала в государственном архиве Шверина  
Бухвальд, Ангела: Книга архивных материалов и утраченные во время войны документы  
Колиш, Райнер: Архивные материалы немецкого происхождения и по немецкой истории в советских архивах  
Липперт, Ханс-Йоахим: Восстановление печатей – составная часть работы с общественностью в государственном архиве Потсдама  
Массово-просветительная работа в архивах  
Шмид, Герхард: О стратегии и планировании архивных изысканий в архиве Гете и Шиллера  
Ланге, Барбара: Архив Общества германо-советской дружбы  
Шулце, Винфрид: Архив Берлинского университета им. Гумбольдта

## Contents

- Weidemann, Diethelm: The fate of the German Legation's files in Kabul, Afghanistan  
Cordshagen, Christa: A review of the release from store and the return of valuable archives to the state archives in Schwerin  
Buchwald, Angela: Inventory against war losses  
Kohlisch, Rainer: Archiv documents of German provenance and to the German history in Soviet archives  
Lippert, Hans-Joachim: Seal reproduction – part of public relations at the Potsdam state archives  
Public relations of the archives  
Schmid, Gerhard: Strategy and planning of archival classification projects in the Goethe and Schiller archives  
Lange, Barbara: The Archives of the German-Soviet Friendship Society  
Schultze, Winfried: The Archives of the Berlin Humboldt-University

## Autoren der Abhandlungen und Miscellen

- Angela Buchwald, TU Dresden, Universitätsarchiv  
OAR Dr. Christa Cordshagen, Staatsarchiv Schwerin  
OA Richard Kluge, Kreisarchivar in Güstrow  
Rainer Kohlisch, Staatliche Archivverwaltung, Potsdam  
Katrin Kuckert, Kreisarchivarin in Belgig  
AR Barbara Lange, Leiterin des Archivs der Gesellschaft für DSF, Berlin  
Hans-Joachim Lippert, Stellv. Abteilungsleiter im Staatsarchiv Potsdam  
AR Kurt Metschies, Abteilungsleiter im Zentralen Staatsarchiv in Potsdam  
OAR Prof. Dr. Gerhard Schmid, Stellv. Direktor des Goethe- und Schiller-Archivs Weimar  
AR Ute Schmidt, Stadtarchivarin in Zwickau  
Dr. Winfried Schultze, Leiter des Universitätsarchivs der Humboldt-Universität zu Berlin  
Veronique Töpel, Verwaltungsarchivarin im VEB Zentralwerkstatt Regis  
Prof. Dr. sc. Diethelm Weidemann, Humboldt-Universität zu Berlin, Sektion Asienwissenschaften  
Edeltraut Wolf, Leitende Mitarbeiterin Archivwesen beim Rat des Bezirks Dresden

## Sommaire

- Weidemann, Diethelm: Le sort des dossiers de la légation allemande à Kaboul, en Afghanistan  
Cordshagen, Christa: Dresser un bilan: La sortie et la restitution des pièces et documents importants conservés aux Archives d'Etat de Schwerin  
Buchwald, Angela: Le Répertoire s'opposant aux pertes dues à la guerre  
Kohlisch, Rainer: Archives de provenance allemande et pour l'histoire allemande aux Archives soviétiques  
Lippert, Hans-Joachim: Les reproductions des sceaux, élément des actions de relations publiques aux Archives d'Etat de Potsdam  
Les relations publiques des archives  
Schmid, Gerhard: Remarques sur la stratégie et la planification des travaux de classement aux Archives de Goethe et Schiller  
Lange, Barbara: Les archives de l'Association de l'amitié germano-soviétique  
Schultze, Winfried: Les archives de l'université Humboldt de Berlin

## Índice

- Weidemann, Diethelm: El destino de las actas de la legación alemana en Kabul, Afganistán  
Cordshagen, Christa: Acerca del desalmacenaje y el retorno de valiosos materiales al Archivo Estatal de Schwerin – un balance  
Buchwald, Angela: Un libro en contra de las pérdidas de guerra  
Kohlisch, Rainer: Materiales de archivo de procedencia alemana y sobre la historia alemana en archivos soviéticos  
Lippert, Hans-Joachim: Reproducciones de sellos – parte de las relaciones públicas del Archivo del Estado de Potsdam  
El trabajo de relaciones públicas de los archivos  
Schmid, Gerhard: Sobre la estrategia y planificación de los trabajos para la utilización del archivo de Goethe y Schiller  
Lange, Barbara: El archivo de la Junta Central de la Sociedad de Amistad Germano-Soviética  
Schultze, Winfried: El archivo de la Universidad Humboldt de Berlin

## Hinweise für unsere Autoren:

Die Manuskripte werden maschinenschriftlich in zwei Exemplaren (zweizeilig, 30 Zeilen zu je 60 Anschlägen, Format A4, einseitig beschrieben) erbeten. Wissenschaftlichen Beiträgen ist ein Autorreferat im Umfang von 15-20 Zeilen beizugeben.  
Nach Abstimmung mit der Redaktion besteht die Möglichkeit, Beiträge auf Diskette einzureichen. In diesem Fall sind die o. g. Vorgaben zur Gestaltung der Manuskriptseiten nicht anzuwenden. Es wird um die Verwendung gebräuchlicher Textverarbeitungssysteme gebeten. Der automatische Wortumschlag ist auszuschalten, so daß ein Endlostext entsteht. Druckhinweise bitte handschriftlich auf einem beigegebenen Ausdruck vermerken. Angaben für das Autorenverzeichnis (Name, Vorname, Titel und akademischer Grad, Dienststelle und Tätigkeit bzw. Anschrift) sind korrekt und vollständig zu nennen. Die Autoren tragen die Verantwortung für diese Angaben selbst.  
Bei der Erarbeitung der Beiträge sind die „Hinweise zur Manuskriptgestaltung“ (AM 39(1989)2. – S. 62/63) zu beachten, die auch bei der Redaktion als gesondertes Merkblatt angefordert werden können.

## Vorschau auf Heft 4/90:

- Engel, E.: Zum 800. Todestag Kaiser Friedrichs I. Barbarossa am 10. Juni 1990;  
Kobuch, M.: Stauferurkunden für das östliche Markengebiet; ferner:  
Schetelich, E.: Das Nationalarchiv der USA – Ein Überblick  
Metschies, K.: Quellen zur kolonialen Politik des deutschen Imperialismus in Afrika und Nahost im Zentralen Staatsarchiv Potsdam

*Wieder lieferbar!*

# Methodische Richtlinien für die Bewertung von dienstlichem Schriftgut

**192 Seiten · Loseblatt mit Ordner · 11,80 M (Grundwerk) · EDV-Schlüsselnummer 002600**

Die Methodischen Richtlinien für die Bewertung von dienstlichem Schriftgut wurden auf der Grundlage der Verordnung über das staatliche Archivwesen vom 11. März 1976 (GBl. I S. 165 ff.) § 8 Abs. 2 von der Staatlichen Archivverwaltung der DDR herausgegeben. Sie bestehen aus folgenden Dokumenten:

- Rahmendokumentationsprofil der staatlichen Archive der DDR
- Rahmenarchivgutverzeichnis für den Bereich Industrie
- Übersicht über geltende Rechtsvorschriften, Bestimmungen, Richtlinien und Schriftgutbewertungsverzeichnisse für die Bewertung von dienstlichem Schriftgut (Stand: 30. 4. 1990)
- Auswahlbibliographie zur Bewertung von dienstlichem Schriftgut (Stand: 31. 12. 1989).
- Methodische Hinweise zur Erarbeitung und zum Aufbau eines Aktenplanes/Schriftgutbewertungsverzeichnisses
- Beispiellösungen einer Ordnung über den Umgang mit dienstlichem Schriftgut und einer Ordnung über die Archivarbeit
- Anwendungshinweise zum Vordruck „Ablieferungsverzeichnis, Bewertungsentscheidung, Kassationsnachweis“

In Vorbereitung befindet sich gegenwärtig die

- Richtlinie zur Erfassung und Übernahme von dienstlichem Schriftgut,

die den Bestellern der Methodischen Richtlinien für die Bewertung von dienstlichem Schriftgut nach Erscheinen zugestellt wird.

Die Kenntnis und Anwendung dieser Dokumente ist eine Voraussetzung für die Erfassung und Sicherung des Archivgutes in den aktenführenden Stellen, Registraturen und Verwaltungsarchiven von staatlichen und kommunalen Organen, Betrieben und allen anderen Einrichtungen zur Durchsetzung der Forderungen der Verordnung über das staatliche Archivwesen und des Kulturgutschutzgesetzes. Insbesondere kann auf dieser Grundlage bereits in den aktenführenden Stellen mit der Ermittlung und Sicherung des Archivgutes begonnen werden.

Durch die gemeinsame Anwendung der Methodischen Richtlinien für die Bewertung von dienstlichem Schriftgut mit dem Rahmenverzeichnis für die vereinfachte Kassation typischer Schriftgutkategorien (EDV-Schlüsselnummer 001407) kann eine wesentliche Verbesserung der Schriftgutverwaltung und Erhöhung der Ordnungsmäßigkeit im Umgang mit dienstlichem Schriftgut erreicht werden.

Zugleich ermöglichen diese Materialien den Einsatz zusätzlicher Kräfte bei der Sicherung des Schriftgutes im Zuge der Vorbereitung und Durchführung der Verwaltungsreform.

Die Methodischen Richtlinien für die Bewertung von dienstlichem Schriftgut werden ständig aktualisiert. Zu diesem Zweck werden in unregelmäßigen Abständen Ergänzungs- und Änderungsblätter herausgegeben, die ohne erneute Bestellung allen Beziehern des Grundwerkes zugestellt werden.

Die Methodischen Richtlinien für die Bewertung von dienstlichem Schriftgut werden mit Hilfe des EDV-Liefersystems für amtliche Dokumente ausgeliefert. Bestellungen sind nur auf EDV-gerechten Bestellschuldrucken, bei gleichzeitiger Angabe der EDV-Kundennummer, der Betriebsnummer und o. g. EDV-Schlüsselnummer möglich. Besteller, die noch keine EDV-Kundennummer erhalten haben, beantragen diese beim

Staatsverlag der DDR, Bereich Amtliche Dokumente, Otto-Grotewohl-Straße 17, Berlin, 1086.

Mit dem Antrag auf Vergabe einer Kundennummer ist gleichzeitig die Betriebsnummer anzugeben.

**STAATS  VERLAG**  
der Deutschen Demokratischen Republik